Innovationen auf dem Land

Planerische Impulse für Bauten, Orte und Regionen



Akademie Ländlicher Raum
BADEN-WÜRTTEMBERG

KIT Karlsruher Institut für Technologie

Baiersbronn

Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR LÄNDLICHEN RAUM
UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Herausgeber

Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (MLR)
Kernerplatz 10, 70182 Stuttgart
www.mlr-bw.de

Akademie Ländlicher Raum Baden-Württemberg (ALR)
bei der Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume
Oberbettringer Straße 162, 73525 Schwäbisch Gmünd
www.alr-bw.de

Karlsruher Institut für Technologie (KIT)
Institut Entwerfen von Stadt und Landschaft,
Fachgebiet Regionalplanung und Bauen im Ländlichen Raum
Englerstrasse 11, 76131 Karlsruhe
rbl.iesl.kit.edu

Gemeinde Baiersbronn
Oberdorfstraße 46, 72270 Baiersbronn
www.gemeinde-baiersbronn.de

Konzept der Veranstaltung, Organisation und Durchführung

Martin Baumgartner und Brigitte Wolf, MLR
Dr. Gerhard Faix und Ulrike Schütze, ALR
Prof. Kerstin Gothe und Stefan Netsch, KIT

Redaktion

Prof. Kerstin Gothe, KIT und Stefan Netsch, KIT/ FH Salzburg

Verantwortlichkeiten

Für den Inhalt der Beiträge sind die Verfasser verantwortlich.

Die Rechte auf die enthaltenen Abbildungen und Texte liegen bei den jeweiligen Autoren.

Layout und Umsetzung

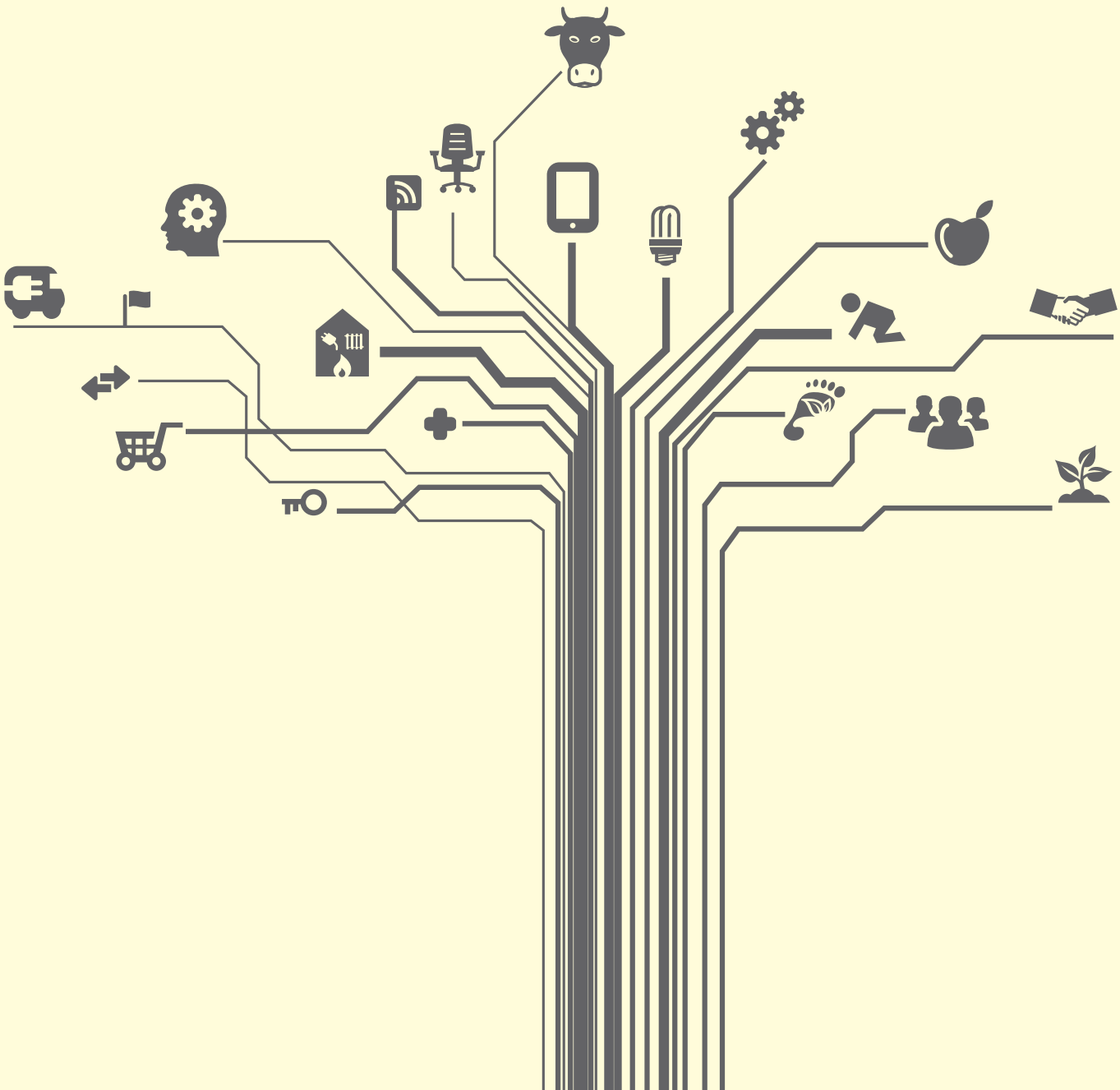
LUV Design, www.luv-design.de
Mahsa Bagheri (KIT)

Druck

Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg, Stuttgart
Drucknr.: MLR 10-2017-41
Stand Mai 2017
ISBN: 978-3-930092-11-6
Zitierweise der Dokumentation: Innovationen auf dem Land, Baiersbronn 2016

Innovationen auf dem Land

Planerische Impulse für Bauten, Orte und Regionen



Innovationen auf dem Land

Beiträge der wissenschaftlichen Tagung vom 13.–14.10.2016 in Baiersbronn

Grußwort 7
Minister Peter Hauk MdL, Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg

Editorial 8
Prof. Kerstin Gothe, Karlsruher Institut für Technologie, Fachgebiet Regionalplanung und Bauen im Ländlichen Raum

Impressionen von der Tagung 13
Prof. Kerstin Gothe, Stefan Netsch, Karlsruher Institut für Technologie, Fachgebiet Regionalplanung und Bauen im Ländlichen Raum

Innovationen im Ländlichen Raum Baden-Württembergs 17
Ministerialdirektorin Grit Puchan, Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg

Innovationen in Landgemeinden: Bedingungen, Akteure und Prozesse 23
Prof. Dr. Gabriela B. Christmann, Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung e. V. (IRS), Erkner

Bürgerschaftliches Engagement als Impuls für die Dorfentwicklung 29
Prof. Dr. Rainer Danielzyk, Linda Lange, Pia Steffenhagen-Koch, Leibniz Universität Hannover, Institut für Umweltplanung

Neulandgewinner – Zukunft erfinden vor Ort oder vom Leerstand zum ‚Transformator' 38
Siri Frech, Urban catalyst, Berlin

L wie Leerstand, K wie Kunst –interkommunale Zusammenarbeit in der Oberpfalz 43
Prof. Dr. Silke Weidner, |u|m|s| Stadtstrategien, Leipzig

Strategie für die abgestimmte Entwicklung von vier Kleinstädten 48
Denise Ehrhardt, Prof. Mark Michaeli, Technische Universität München, Lehrstuhl für Nachhaltige Entwicklung von Stadt und Land

Ja, es ist möglich! Wie Bürgerbeteiligung und Architekturwettbewerb verknüpft werden können 57
Caren Ohrhallinger, nonconform zt gmbH, Wien

Vier Ministerien x zwei Planerinnen x Bewohnerinnen und Bewohner 63
Dr. Sabine Müller-Herbers, Baader Konzept GmbH, Mannheim
Manuela Skorka, Planungsbüro Skorka, Neuried

HausAufgaben im Münsterland: Alternde Wohnquartiere fit für die Zukunft machen 69
Uta Schneider, Sebastian Niekamp, Regionale 2016 Agentur GmbH, Velen

Bau_Kultur_Erneuerung 77
Nadja Häupl, Technische Universität München, Lehrstuhl für Nachhaltige Entwicklung von Stadt und Land

Regiobranding - Innovative Perspektiven für regionale Kulturlandschaften 84
Ines Lüder, Leibniz Universität Hannover, Institut für Entwerfen und Städtebau

Erreichbarkeit in ländlichen Räumen als Element der Daseinsvorsorge 91
Prof. Dr. Stefan Siedentop, Florian Ahlmeyer, Dr. Dirk Wittowsky, ILS - Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH, Dortmund
Prof. Dr. Markus Friedrich, Stefanie Rönsch, Universität Stuttgart, Institut für Straßen- und Verkehrswesen

MobErfolgAmLand – Faktoren zur Implementierung alternativer Mobilitätsservices 98
Hannes Brandl, Dr. Markus Frewein, verkehrplus GmbH, Graz

Innovationen für eine altersgerechte Mobilität – ÖPNV in ländlichen Räumen 104
Rafael Kistner, Prof. Dr. Heidi Megerle, Hochschule für Forstwirtschaft Rottenburg

Kreativwirtschaft im Ländlichen Raum: Kommunikationskonzept und Förderansätze 111
Prof. Dr. Martin Engstler, Lutz Mörgenthaler, Hochschule der Medien Stuttgart, Institut für Kreativwirtschaft

Leitbildprozess Baiersbronn 117
Tina Eberhardt, Aprinum Kommunikation; Bürgermeister Michael Ruf, Gemeinde Baiersbronn

Grußwort

Minister Peter Hauk MdL

Liebe Leserinnen und Leser,



„Innovationen auf dem Land“, dieses Thema passt genau zu Baden-Württemberg. Tragen doch unsere ländlichen Räume mit ihrer Kreativität, Lebensqualität und Wirtschaftskraft erheblich zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Landes bei. Damit dies so bleibt, betreibt die Landesregierung eine aktive und vorausschauende Strukturpolitik. Der demografische Wandel und der Fachkräftemangel erfordern neue Strategien, um den Ländlichen Raum auch zukünftig gut zu positionieren. Und hierfür ist der ständige Dialog mit der Wissenschaft und der Projektpraxis vor Ort ein wichtiger Erfolgsfaktor.

Das Ministerium für Ländlichen Raum Baden-Württemberg pflegt einen regelmäßigen Austausch mit den Hochschulen des Landes zu aktuellen Forschungsfragen des Ländlichen Raums. Aus diesem Netzwerk heraus sind wegweisende Studien und wichtige Impulse für die Strukturpolitik des Landes und der Weiterentwicklung unserer Förderprogramme entstanden.
Mit der wissenschaftlichen Tagung in Baiersbronn richteten wir den Blick über die Landesgrenzen in andere Bundesländer und auch nach Österreich und die Schweiz. Dieses Format haben wir in Zusammenarbeit mit dem Karlsruher Institut für Technologie und der Akademie Ländlicher Raum mit der vielbeachteten ersten Tagung „Raumbilder für das Land” im Jahr 2010 begründet. Die Veranstaltungsreihe konnten wir mit der Tagung „Neue Kooperationen für das Land“ 2013 fortführen. Mit der Tagung „Innovationen auf dem Land“ hat sich Baden-Württemberg zum dritten Mal als gastgebende Plattform für die Diskussion aktueller Forschungsprojekte präsentiert.

Die Tagung thematisierte Innovationen im Ländlichen Raum und verließ damit die gängige Sichtweise auf den Ländlichen Raum als benachteiligt und abgelegen. Im Mittelpunkt standen neue Wege der Kreativität und des Erfindungsreichtums für neue Wohnformen und Arbeitsplätze, für innovative Wege der Daseinsvorsorge, Infrastruktur und Mobilität sowie für eine ländliche Baukultur.

Von den Vorträgen und den Diskussionen in den Arbeitsgruppen gehen vielfältige Anregungen für die ländlichen Räume und für unsere Arbeit im Ministerium aus. Ich freue mich daher sehr über die vorliegende Dokumentation „Innovationen auf dem Land - Planerische Impulse für Bauten, Orte und Regionen im Ländlichen Raum“ und danke allen Referentinnen und Referenten für Ihre Beiträge.

Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich spannende Einblicke in die wissenschaftlichen Arbeiten und Forschungsprojekte zu aktuellen Fragestellungen rund um die ländlichen Räume.

Peter Hauk MdL
Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz
Baden-Württemberg

Editorial
Innovationen auf dem Land

Kerstin Gothe
KIT, Fachgebiet Regionalplanung und Bauen im Ländlichen Raum

Die Tagung „Innovationen auf dem Land“ war bereits die dritte in einer Folge von Tagungen, die von der Akademie für den Ländlichen Raum, dem Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz und dem Fachgebiet Ländlicher Raum am KIT veranstaltet wurde. Die erste fand 2010 mit dem Thema Raumbilder für das Land statt (Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.), 2011), die zweite 2013 über Neue Kooperationen (Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Raum Schwäbisch Gmünd, 2013). Wichtig war den Veranstaltern auch hier - wie bei den Vorgängertagungen - der Dialog mit Kolleginnen und Kollegen aus der Schweiz und Österreich und aus strukturschwachen und strukturstarken Regionen. Erwünscht war der interdisziplinäre Dialog zwischen Architektur und Stadtplanung mit der Verkehrsplanung, Geografie und Wirtschaftswissenschaften. Die Tagung hatte ebenfalls auch den Zweck, eine Plattform der Begegnung und des Diskurses zwischen jungen Wissenschaftlern zu bieten, die sich mit dem Ländlichen Raum befassen: Austausch, Anregung und wenn nötig auch produktiver Streit sollte gefördert werden – sowie der Austausch der Disziplinen untereinander. Auch dem Ministerium selbst ging es um neue Impulse.

Die Tagung richtete sich diesmal außerdem bewusst auch an Engagierte aus der Projektpraxis, Entwickler von Innovationen, aktive Bewohner sowie an kommunal-(politisch) Verantwortliche.

Der Begriff „Innovation“

“Innovation heißt wörtlich „Neuerung“ oder „Erneuerung“.... Innovationen entstehen durch „Forschung und Entwicklung“. „Eine Erfindung ist noch keine Innovation... Von Innovation im ökonomischen Sinne kann erst gesprochen werden, wenn ihre Nützlichkeit erkannt und ein Produkt, Produktionsprozess oder ein Geschäftsmodell entsprechend neu eingeführt oder verändert wird. Dabei kann es sein, dass der Nutzen oder Wert einer Innovation erst nach einer langen Phase entdeckt wird. Viele hergestellte Objekte sind im Moment ihrer Schaffung noch „Unsinn“.” (Wikipedia. 2016)

Die Fähigkeit zur Innovation ist ein sehr wichtiges Element für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Das Karlsruher Institut für Technologie widmet sich dem Handlungsfeld Innovation daher qualitativ gleichrangig zu den Handlungsfeldern Forschung und Lehre und sieht sich mit dieser Haltung im Einklang mit der Hightech-Strategie der Bundesregierung und der Fortschreibung des Paktes für Forschung und Innovation des Bundes, der Länder und der Wissenschaftsorganisationen, die auf eine immer stärkere Vernetzung zwischen guter Bildung, exzellenter Grundlagen- und anwendungsorientierter Forschung in Wissenschaft und Industrie zielen.

Das Erforschen neuer Produkte und Prozesse und das Entwickeln marktförmiger Anwendungen soll beschleunigt werden.

Ungewöhnlich ist es, dass über Innovationen in Planungsprozessen nachgedacht wird. Wie sieht Innovation in der Planung im Ländlichen Raum, in der Dorfentwicklung aus?

Ein DFG-gefördertes Forschungsprojekt „Innovationen in der Planung: Wie kommt Neuartiges in die räumliche Planung?“

von Wissenschaftlern vom IRS, der TU Berlin und der Universität Stuttgart versteht unter Innovationen in der räumlichen Planung grundlegende Veränderungen in der Praxis der Planung: etwa in der Vergangenheit das Auftreten neuer Produkte (wie die Fußgängerzone oder die autofreie Siedlung) oder Prozesse (wie das Leerstandsmanagement). (BBSR 2015, Ibert, 2016:5)

Wie sehen Innovationen in der räumlichen Planung auf dem Lande aus? Werden schlicht Innovationen übernommen, die in den großen Städten entwickelt wurden? Oder sind es Adaptionen von Innovationen, die in den Städten entwickelt wurden, die aber für die Situation auf dem Land angepasst werden, wie z.B. verkehrsberuhigte Ortsdurchfahrten?

Oder werden auch ganz eigenständige Innovationen auf dem Lande entwickelt, die umgekehrt Impulse in die Metropolen geben, etwa die energie-autarken Dörfer oder Aktivitäten selbstverständlicher Nachbarschaftshilfe?

Themenschwerpunkte des Heftes

Dieses Heft bietet unterschiedliche Beiträge zum Thema Innovationen auf dem Land: Projektberichte aus der Praxis vor Ort ebenso wie klassische Forschungsberichte sowie Forschungsprojekte, die von vornherein transdisziplinär angelegt sind und auf einer intensiven Interaktion mit Bewohnern und Bewohnerinnen vor Ort basieren. Die Grenzen sind manchmal fließend. Die Themenfelder, die auf der Tagung behandelt wurden, waren Leerstandsaktivierung in unterschiedlichen Gebäudestrukturen, die ländliche Bau- und Landschaftskultur, interkommunalen Zusammenarbeit sowie Mobilität und Daseinsvorsorge. Sie werden im Folgenden dargestellt.

Grit Puchan gibt einleitend einen Überblick darüber, wie das Land Baden Württemberg die Innovationsfähigkeit fördert und insbesondere im Ländlichen Raum gezielt vorhandene Strukturen weiter entwickelt. Sie nennt Studien und Modellprojekte, die durch das Land gefördert werden.

Gabriela Christmann berichtet in einem Forschungsprojekt über Innovationen in Landgemeinden am Beispiel eines sächsischen Dorfes, das sich über den gemeinsam bewerkstelligten Bau einer Gruppenkläranlage und einer Biogasanlage hervortat. Im Rahmen des Handelns der Akteure und schließlich der gesamten Dorfgemeinschaft entfaltet sich ein kleiner, aber durchaus wirksamer Diskurs, in dem sich die Bewohner als ein ideenreiches, sozial intaktes, tatkräftiges und lebendiges Dorf begreifen.

Bei der Aktivierung von Leerständen spielen oft Einzelpersonen eine wichtige Rolle. *Rainer Danielzyk, Linda Lange* und *Pia Steffenhagen-Koch* untersuchen daher im Rahmen der Engagementforschung die Motive aktiver Personen bei der Wiedernutzung von Leerständen in Dorfkernen. Diese anwendungsorientierte Forschungsarbeit mündet in Empfehlungen, wie dieses Engagement gefördert werden kann.

Dabei wird unter anderem auf veränderte gesellschaftliche Strukturen, wie differenzierte Beschäftigungsverhältnisse und Erwerbsverläufe hingewiesen, die im Rahmen der Engagementförderung berücksichtigt werden müssen. Heute seien Strukturen nötig, die einer Ausfächerung der Lebensstile und Motivationslagen gerecht werden und den Wunsch nach Selbstverwirklichung und Selbstentfaltung berücksichtigen.

„Neulandgewinner“ nennt *Siri Frech* die aktiven Menschen, die sich für Gebäude im eigenen Wohnort engagieren, weil sie gesellschaftliche Verantwortung übernehmen und zur Transformation der Gesellschaft beitragen wollen. So lassen sich sogar große Gebäudekomplexe entwickeln, werden Allianzen geschmiedet und lokale Ressourcen aufgespürt. Im Prozess des Anstoßes liege eine große Innovationskraft. Diese Pioniere schaffen auf mehreren Ebenen Neues: sie reaktivieren Räume als „Produzenten“ und binden sie wieder in Wertschöpfungsketten und Kreisläufe ein. Sie schaffen Gemeinschaftlichkeit und stärken die Handlungsfähigkeit – gesellschaftlich, ökonomisch und politisch. Sie haben gelernt, Probleme aktiv und mit Sinn für das Machbare anzugehen und können dieses Wissen auch auf andere Bereiche übertragen.

Silke Weidner schildert am Beispiel des Projektes Leerstands OFFENSIVE, wie ein Vor-Ort-Expertenteam bestehend aus vier Absolventen zehn Monate lang in ein Dorf zog und von dort aus eine Gruppe von Dörfern intensiv betreute. Die Experten entwickelten Konzepte für seniorengerechtes Wohnen und Handwerkerhöfe, und erprobten erfolgreich die Nutzung von Leerständen auf dem Lande durch Kunstprojekte.

Sabine Müller-Herbers und *Manuela Skorka* berichten über Entwicklungskonzepte für alternde Quartiere, in denen Städtebau, Sozial- und Seniorenpolitik sowie energetische Sanierung zusammengeführt wurden. Wichtig sei vor allem die Netzwerkbildung der beteiligten Akteure gewesen. So konnten bisher nicht bedachte Kooperationsmöglichkeiten ausgelotet werden. Die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Ressorts der Landesregierung war für das Projekt förderlich.

Auch *Uta Schneider* und *Sebastian Niekamp* stellen neue Formate und Instrumente zur Aktivierung der Eigentümer und Bewohner in alternden Einfamilienhausquartieren aus den 1950er bis 1970er Jahren vor. Hier musste überhaupt erst ein Zugang zu den Eigentümern geschaffen und die Bereitschaft geweckt werden, gemeinsam mit den kommunalen Verwaltungen und weiteren Akteuren über die Zukunft ihrer Häuser und ihrer Quartiere nachzudenken.

Das Thema der ländlichen Bau- und Landschaftskultur ist ein weiterer Schwerpunkt der Tagung:

Nadja Häupl versteht unter Baukultur mehr als traditionelle oder aktuelle baulich-architektonische Leistungen, sondern auch gemeinschaftliche Werte, die nachhaltige Nutzung einer Vielfalt an eigenen Ressourcen und daraus resultierenden neuen Wertschöpfungen, und ein Engagement für eine breit aufgestellte Zukunftsgestaltung. Sie illustriert dies anschaulich an Beispielen aus der Schweiz, Österreich und Italien.

Caren Ohrhallinger berichtet über Projekte, in denen das Format der Ideenwerkstatt mit einem Architektenwettbewerb verbunden wurde. Auf diese Weise können die örtliche Kreativität und die der Architekten sich wechselseitig befruchten – das Ergebnis war vor Ort besser vermittelbar und die Lösung gewinnt durch den Diskurs.

Ines Lüder skizziert ein inter- und transdisziplinäres Forschungsprojekt, in dem Kulturlandschaften profiliert und in Wert gesetzt werden sollen – auch dies im intensiven Dialog mit den Interessierten vor Ort.

Reiner Nagel ergänzte die Berichte in einem hier nicht dokumentierten Beitrag über die Ergebnisse einer im Erscheinen begriffenen Studie der Bundesstiftung Baukultur (Bundesstiftung Baukultur. 2016)

Um Fragen der interkommunalen Zusammenarbeit ging es am Beispiel von vier benachbarten Kleinstädten. Fragen der Versorgung, der Gewerbeansiedlung und der verkehrlichen Erschließung können sinnvoll nicht nur lokal behandelt werden. *Denise Eberhardt* und *Mark Michaeli* zeigen, welche Chancen eine interkommunale Betrachtung bietet, und wie eine Arbeitsteiligkeit zwischen Kommunen im Rahmen eines „Zentrenverbandes“ systematisch entwickelt werden kann. Wie das regionale Konzept in lokales Handeln überführt werden kann, wird anhand einer systematischen Transformation und Wiedernutzung der zahlreichen Leerstände eines Ortes dargestellt.

Zu den Themenbereichen Mobilität und Daseinsvorsorge wurden Forschungsberichte vorgestellt.

Der Frage, wie Angebot und Nachfrage an daseinsvorsorgerelevanten Dienstleistungen sowie die verfügbaren Verkehrsangebote dargestellt werden können, widmet sich *Stefan Siedentop*: er präsentiert ein Bevölkerungs-, Standort- und Verkehrsmodell, das umfassende, kleinräumig differenzierte Analysen der Erreichbarkeitsniveaus für alle Hauptverkehrsmittel (PKW, Rad, Fuß und ÖPNV) erlaubt und daher politische Entscheidungen unterstützen kann.

Hannes Brandl und *Markus Frewein* identifizieren Erfolgsfaktoren für alternative Mobilitätsservices, also die verschiedenen Formen des „Mikro-ÖV“ für ländliche Räume. Es wurde Grundlage für ein Förderprogramm für entsprechende Angebote in der Steiermark.

Rafael Kistner und *Heidi Megerle* dokumentieren Erhebungen zum Verkehrsverhalten der Generation 60+ in zwei Gemeinden – insbesondere zur ÖV-Nutzung. Deutlich wird, wie unterschiedlich diese sein kann und wie wichtig die Perspektive der Nutzer für die Ausgestaltung innovativer Mobilitätsangebote ist.

Martin Engstler und *Lutz Mörgenthaler* untersuchen in ihrem Beitrag die Branchen der Kultur- und Kreativwirtschaft im Ländlichen Raum, die zur regionalen Identitätsstiftung sowie Standortqualität und zur Entwicklung anderer Wirtschaftssektoren beitragen. Sie identifizieren Hindernisse und Hürden für eine Unterstützung dieser Unternehmen und diskutieren Empfehlungen, sie zu überwinden.

Tina Eberhardt und *Michael Ruf* stellen den Leitbildprozess

der Gemeinde Baiersbronn vor, einen innovativen Planungsprozess, der ein konkurrierendes, interdisziplinäres Planungsverfahren mit einer offenen Bürgerbeteiligung verknüpfte. In relativ kurzer Zeit konnte ein breit getragenes Leitbild für die Gemeinde verbunden mit konkreten Gestaltungs- und Handlungsempfehlungen erarbeitet werden.

Aspekte aus der Diskussion

Aus der Diskussion insbesondere zum Thema der Leerstandsaktivierung sollen einige Punkte herausgegriffen werden, die diese wie ein roter Faden durchzog. Sie wurden unterstützt durch einen Beitrag von Heike Mayer, auf den in diesem Heft nur hingewiesen werden kann sowie Thesen von Gabriela Christmann in ihrem mündlichen Vortrag und ergänzen den eingangs erwähnten Beitrag über Engagementforschung. Entscheidend für gelingende Projekte seien drei Handlungsstränge:

Triebkräfte vor Ort finden

Ortsvorsteher, Bürgermeister oder Vereinsvorsitzende sind oft wichtige Akteure: sie sichern Kontinuität und verankern das Projekt lokal. Unternehmerisch geprägte Akteure sind aktiv in der Umsetzung und Sozialunternehmer können mit ihrem Blick von außen Impulse geben - nicht zuletzt in kritischen Phasen. Danielzyk nennt Persönlichkeiten mit Zukunftsvisionen und Führungsqualitäten „Leitwölfe“. Sie unterstützen die Gemeinschaft und stärken den Zusammenhalt einer Gruppe. Aber auch Neu-Zugezogene oder Rückkehrer bringen oft Potenzial für neue Impulse mit, sie haben einen distanzierten Blick. Heike Mayer weist darauf hin, dass es vermehrt auch junge Personen und Familien in Alpendörfer zieht. Diese «New Highlanders» engagieren sich vor Ort als Unternehmer und vermarkten innovative Produkte oder Dienstleistungen. Die Zuwanderer verfügen über Kontakte in die Städte und verbinden somit Orte im ländlichen Raum und im Berggebiet mit den wirtschaftlichen Zentren. (Messerli, Mayer (2015), siehe auch: Meili /Mayer (2015), Baumgartner, Mayer (2015))

Soziale Netzwerke etablieren

Ein externer Anstoß kann hilfreich sein, aber auch längerfristig müssen Personen gefunden werden, die die Koordination übernehmen, die Akteure zusammenbringen, die sich gegenseitig ergänzen: Ideengeber, Macher, Ressourcenbeschaffer, Bastler und Netzwerker. Der Transfer von Wissen, Erfahrungen, Know-how muss organisiert, prominente lokale Unterstützerfiguren müssen gewonnen werden. Das Projekt muss im Ort sozial akzeptiert werden.

Kommunikation organisieren

Sie muss nach innen und nach außen systematisch betrieben werden. Die Menschen vor Ort müssen angesprochen, interessiert, involviert und beteiligt werden – in Versammlungen, bei Festen, Aktionen oder z. B. Arbeitseinsätzen. Ideen sind mit geeigneten Kommunikationsformaten zu entwickeln (runder Tisch, Zukunftswerkstatt, Design Thinking). Kontakte nach außen sind unerlässlich.

Das nötige Wissen muss beschafft werden – aus unterschiedlichen Bereichen, auch zu möglichen finanziellen Förderformaten. Know-how für den Umgang mit Verwaltungen und strategisches Denken wird gebraucht, etwa die Wahrnehmung für „Windows of Opportunity“.

Ausblick

Wie andere Räume und wie auch die Unternehmen steht auch der Ländliche Raum unter Anpassungsdruck: die Veränderungsdynamik ist hoch, Innovationszyklen etwa in Industrie und Gewerbe werden kürzer, der demografische Wandel verändert die Lebensräume, die neue Generation verkörpert neue Werte, sie hat einen Hang zur Individualisierung und Autonomie.

Gleichzeitig ist die räumliche Umgebung in vielen Dörfern noch von 30, 50 oder gar 70 Jahre alten Gebäuden geprägt, die heute oft nicht mehr sinnvoll nutzbar sind. Diese sind aber für das Gesicht der Orte oft entscheidend. Es sind also vielfältige Themen, für die neue, innovative Lösungen gefunden werden müssen.

Welche Chancen der Ländliche Raum hat, dazu macht der Soziologe Hartmut Rosa in einem Interview zu seinem neuesten

Werk RESONANZ folgende Bemerkungen:

„Resonanz ist für mich eine Form der Berührung, des Mitschwingens, des nicht verdinglichten Umgangs mit sich selbst und den anderen. Ich fühle mich nicht entfremdet in Situationen, in denen ich das Gefühl habe, dass mich etwas ergreift, wenn ich mich verliebe zum Beispiel, wenn ich mich auf einen anderen, auf Natur oder Kunst einlasse, oder, falls ich religiös bin, eine religiöse Erfahrung mache. Dann ist der Mensch selbstbestimmt, aber nicht entfremdet, weil er in einer Verbindung mit der Welt steht. Das Leben gelingt, wenn man spürt, es bewegt sich was.

Ich habe während meiner Studien- und Arbeitsjahre in London, in Berlin und in New York immer eine große Veränderung in der Zeiterfahrung gespürt, wenn ich nach Hause, nach Grafenhausen kam. Irgendwie schien sich der äußere und auch der innere Rhythmus umzustellen. ... Im Dorf gibt es für mich eine andere Weise des In-die-Welt-gestellt-Seins. Ich gucke in Grafenhausen durch mein Teleskop in die Sterne, spiele sonntags ab und zu in der Kirche Orgel und leite den Tennisclub. Ich nenne das meine Resonanzoase, weil ich da nicht in erster Linie funktionieren muss,... sondern fühle mich auf andere Weise Dingen verbunden, die ich als Resonanzachsen bezeichne.

Es wäre aber natürlich eine Illusion zu denken, das Land bliebe vor der Beschleunigung verschont. ..." (Rosa, Hartmut, 2015) Diese Stärke des Ländlichen Raumes sollte bei zukünftigen Experimenten erhalten und entwickelt werden.

Kerstin Gothe



Prof. Kerstin Gothe (Architektin und Stadtplanerin DASL/ SRL)
Langjährige Tätigkeit als Stadtplanerin in Niedersachsen, Hamburg-Harburg und Ludwigsburg
Seit 2004 Professorin am Fachgebiet Regionalplanung und Bauen im Ländlichen Raum an der Architekturfakultät des KIT
Praxisnahe Stadtforschung unter anderem zu Perspektiven des ländlichen Raumes (z.B. Begleitforschung zum Förderprogramm MELAP PLUS) sowie Innovationen in urbanen Leerräumen in Karlsruhe und Seoul (Südkorea)

Quellenverzeichnis:

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hg): Raumbilder für das Land, Heft 1-2 / 2011 in der Reihe „Der Bürger im Staat", ISSN 0007–3121 siehe auch: http://www.buergerimstaat.de/1_2_11/raumbilder.pdf (Abruf vom 01.02.2017)

Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Raum Schwäbisch Gmünd, 2013: Neue Kooperationen für das Land, Ergebnisse siehe: http://www.landwirtschaft-bw.info/pb/site/lel/node/1101101/Lde/index.html (Abruf vom 01.02.2017)

https://de.wikipedia.org/wiki/Innovation, Abruf vom 10.10.2016

Ibert, O.: Ideen, Akteure, Orte und Konflikte –Innovationen in der Planung als soziale Prozesse, in: IRS aktuell – Magazin für Raumbezogene Sozialforschung, Nr. 86, Mai 2016, Seite 5-6

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR, Hg.) 2015: Innovationen in der räumlichen Planung, Heft 3/ 2015, ISSN 0303 – 2493

Messerli, Paul und Mayer, Heike (2015): Berggebiete und ländliche Räume- Fokus auf die Peripherie (Gastkommentar) in: Neue Züricher Zeitung, 26.08.15 / Nr. 196 / Seite 12

Meili, Rahel, Mayer, Heike (2015): „Zuwanderung und Unternehmensgründungen in peripheren Berggebieten in der Schweiz" in: Geografische Rundschau 9/ 2015

Baumgartner, Daniel, Mayer, Heike (2015): Grundzüge einer Strategie des Bundes für Berggebiete und ländliche Räume in: Die Volkswirtschaft - Das Magazin für Wirtschaftspolitik 3-4/2015

Bundesstiftung Baukultur. 2016: Baukulturbericht Stadt und Land 2016/ 17, ISBN 978-3-88118-575-2

Hartmut Rosa: Resonanz: Eine Soziologie der Weltbeziehung, Suhrkamp Verlag, 2016

Hartmut Rosa im INTERVIEW mit Ulrike Frenkel „Zeit lässt sich nicht steigern", Stuttgarter Zeitung, 30. Dezember 2014

Impressionen von der Tagung

Kerstin Gothe, Stefan Netsch
KIT, Fachgebiet Regionalplanung und Bauen im Ländlichen Raum











Nach den Plenumsvorträgen von Grit Puchan, Gabriela Christmann, Reiner Danielzyk, Heike Mayer, Reiner Nagel und Stefan Siedentop gab es Raum für Diskussionen und Fragen. In parallelen Arbeitsgruppen wurden anschließend Beiträge präsentiert und diskutiert. Studierende des KIT besuchten die Veranstaltung als Teil eines Seminars zum Thema.







Zwischendurch gingen die Teilnehmer in zwei Gruppen durch das Unterdorf von Baiersbronn – geführt von den Planern, die Ergebnisse eines Leitbildprozesses aus dem Jahr 2015 vorstellten. Sie zeigten vor Ort Testentwürfe für wichtige Bereiche. An dem Beispiel konnte nachvollzogen werden, wie sehr in einer einzigen Dorfmitte vielfältige Themen miteinander verflochten sind. Auf diesem Rundgang wurden Häppchen gereicht, die Lust auf die Küche in Baiersbronn machten.






Cafe







Abendprogramm: „Die Öffentliche Probe“ der Theatermacher Herbordt / Mohren

In Lecture-Performances, Video-Installationen, öffentlichen Workshops und einem Bühnenmonolog inszenierten Herbordt/ Mohren eine künftige (Kultur-) Institution im ländlichen Raum - immer gleichzeitig Unterkunft, Theater, Symposium und Ausstellung. Eine Institution des gemeinsamen Gestaltens, Lernens, Erinnerns und Aufführens. Selbstorganisiert, dezentral und mit der Welt im Dialog. Vernetzt mit ortsansässigen Vereinen und Bürgerinitiativen sowie regionalen und überregionalen Kulturinstitutionen und Künstlerinitiativen. An diversen Orten im Schwarzwald (Wolfach- Kirnbach, St. Blasien-Menzenschwand, Freudenstadt und Donaueschingen) erprobte und präsentierte ‚Die öffentliche Probe‘ modellhaft mögliche Funktionen dieser Institution zwischen Labor, Kunstraum und Begegnungsstätte. Bespielt wurde etwa ein leerstehendes Rathaus, eine verwaiste Schwarzwaldklinik oder ein verlassenes Hotel. Für eine mobile Aufführungs-, Gesprächs- und Archivarchitektur wurden sie zur Bühne auf der sich Nachbar_innen, Künstler_innen, Wissenschaftler_ innen, Studierende und Publikum begegneten. Sie verhandelten die Zukunft einer neuen Einrichtung, die auch die ihre sein könnte. Ästhetischer Ausgangspunkt ist der erweiterte Theaterbegriff von Herbordt/Mohren. Er wird konsequent weiterentwickelt: zwischen Probe und Aufführung, Alltag und Kunst, Versammlung und Teilhabe. Das Verständnis, was Theater ist, will und sein kann, wird kontinuierlich verschoben und seine transformatische Qualität in strukturellen Situationen des Umbruchs getestet.



Abbildungen:
Alle Fotos: Akademie Ländlicher Raum Baden-Württemberg (ALR)
Ulrike Schütze

Innovationen im Ländlichen Raum Baden-Württembergs

Ministerialdirektorin Grit Puchan
Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg

Mehr als 70 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Aktive im Ländlichen Raum aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, aus Ost und West, aus Hochschulen und Universitäten sowie aus Planungsbüros sind zu der Tagung „Innovation auf dem Land – Planerische Impulse für Bauten, Orte und Regionen im Ländlichen Raum" zusammengekommen.
Der Tagungsort Baiersbronn hätte nicht besser gewählt werden können. Hier in einer Baukultur-Gemeinde im Ländlichen Raum ist erlebbar, welchen Mehrwert räumliche Planung für eine Gemeinde haben kann, wenn die einzelnen Aspekte Hochwasserschutz, Straßenplanung, Tourismusförderung, Ausbau der Mobilitätsangebote, der Angebote für ältere Menschen und nicht zuletzt die Ortsbildpflege in ein Gesamtkonzept eingebunden sind.

Baden-Württemberg hat einen starken und attraktiven Ländlichen Raum. Darauf sind wir zu Recht stolz. Doch zurücklehnen und auf dem Erreichten ausruhen wäre fatal. Neue Entwicklungen und Veränderungen im Ländlichen Raum müssen ständig beobachtet und analysiert werden. Nur so ist es einer vorausschauenden Politik möglich, die richtigen Weichen für eine erfolgreiche Zukunft zu stellen. Das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (MLR) ist sich dieser Verantwortung bewusst.
Aufgrund seiner besonderen Strukturen ist der Ländliche Raum für Baden-Württemberg nicht nur landschaftlich prägend: Er ist auch wirtschaftlich und gesellschaftlich von herausragender Bedeutung. Hier gibt es mittelständische Weltmarktführer in-



1

mitten einer gewachsenen Kulturlandschaft mit hoher Lebens- und Erholungsqualität. Dies macht den Ländlichen Raum zum Rückgrat unseres Landes.
Unsere ländlichen Regionen stehen aber auch vor einer Reihe von Herausforderungen. Der demographische Wandel, ein ansteigendes Lebensalter oder aber die langfristige Unterbringung und Integration von Flüchtlingen sind hierbei entscheidende Themen.

Kabinettsausschuss „Ländlicher Raum"

Ziel der Landesregierung sind gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Den aktuellen und künftigen Herausforderungen soll deshalb mit einer integrierten Politik für den Ländlichen Raum begegnet werden. Der Kabinettsausschuss „Ländlicher Raum" als ressortübergreifendes Gremium soll hierzu zukunftsorientierte Zielvorstellungen und konkrete Handlungsempfehlungen für die Weiterentwicklung der Ländlichen Räume erarbeiten.

Die zentralen Themen sind:

- Die Dorf- bzw. Innenentwicklung. Hier besonders der Umgang mit Hofgebäuden im Außenbereich und der baurechtliche Bestandsschutz bzw. Denkmalschutz.
- Des Weiteren die flächendeckende gesundheitliche Versorgung. Zu nennen wäre hier unter anderem die stärkere Verzahnung von Haupt- und Ehrenamt in der Pflege.
- Auch die Themen Mobilität und Erreichbarkeit sollen eine wichtige Rolle spielen sowie die stärkere Vernetzung des Ländlichen Raums mit dem Verdichtungsraum.
- Und auch die Bioökonomie als neues wichtiges Zukunftsthema wird einen bedeutenden Platz einnehmen.

Viele weitere Themen für die Weiterentwicklung unserer Ländlichen Räume werden folgen und sollen in verschiedenen interministeriellen Arbeitsgruppen bearbeitet werden.

Innovationsfähigkeit des Landes im Mittelpunkt unserer Politik

„Wir stellen die Innovationsfähigkeit unseres Landes in den Mittelpunkt unserer Politik." Diese Kernaussage des Koalitionsvertrages der grün-schwarzen Landesregierung gilt gerade für den Ländlichen Raum. Für dessen Zukunftssicherung wird Innovation das zentrale Thema bleiben. Innovation entsteht durch Menschen. Die Politik kann helfen, ihre Möglichkeiten zu steigern. In Baden-Württemberg sind wir stolz, dass dies nicht nur in den sogenannten Metropolen stattfindet, sondern auch im Ländlichen Raum.

Die Landesregierung hat früh auf die Hochschulen im Ländlichen Raum gesetzt, mit Hochschulstandorten von A wie Aalen bis V wie Villingen-Schwenningen. Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften halten zusammen mit den Universitäten und der Dualen Hochschule unser Land seit Jahren an der Spitze des Innovationsindexes im europaweiten Vergleich.

Europäischer Fonds für regionale Entwicklung

Die Hochschulen betreiben nicht nur Lehre. Sie sind auch forschungsaktiv. Die Landesregierung unterstützt sie dabei mit Forschungszentren. Eines entsteht keine Stunde vom Tagungsort in Offenburg, gefördert durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), der vom MLR verwaltet wird. Wir verbessern aber auch den Technologietransfer durch die Förderung von Innovations- und Transferzentren, z.B. in Tuttlingen oder Sigmaringen, in Aalen, Biberach oder Albstadt. Damit werden wir in erster Linie dazu beitragen, dass zukunftsfähige Arbeitsplätze im Ländlichen Raum erhalten werden können und neue entstehen.



2

Förderlinie „Spitze auf dem Land"

Mit dem ebenfalls aus dem EFRE kofinanzierten Programm „Spitze auf dem Land" des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR) fördert das MLR zukunftsträchtige Firmen der Spitzentechnologie, die das Potential zum Technologieführer mit sich bringen. Damit entstehen Arbeitsplätze in Branchen mit Wachstumspotential, die eine Reihe von weiteren neuen Arbeitsplätzen nach sich ziehen. „Spitze auf dem Land" ist ein gutes Beispiel dafür, dass die Landesregierung nicht nur die internationalen Big Player im Auge hat, sondern explizit die in der Fläche besonders bedeutenden kleinen und mittleren Unternehmen fördert. Damit werden moderne Arbeitsplätze geschaffen und die Wirtschaftsstruktur im Ländlichen Raum gestärkt.

Clusterinitiative Forst und Holz

Die Landesregierung unterstützt und fördert das so genannte Cluster „Forst und Holz" und möchte damit die erfolgreichen Branchen in diesem Bereich bei Netzwerkbildung und Innovation unterstützen. Deshalb hat das MLR im Rahmen der EFRE-Förderung das Holz-Innovativ-Programm (HIP) aufgelegt.



3

Hiermit wollen wir Leuchttürme im modernen Holzbau fördern, besonders dann, wenn hierdurch zugleich Impulse für die Baukultur im Ländlichen Raum ausgehen.

Vor allem im Ländlichen Raum bildet das Cluster „Forst und Holz“ häufig einen wichtigen Teil des wirtschaftlichen Rückgrates mit einer hohen Beschäftigungswirkung. Es bietet die Chance regional bedeutsame Strukturen zu entwickeln, die langfristig die wirtschaftliche Stabilität des Ländlichen Raums stärken.

Bioökonomie mit großem Innovationspotenzial

Die im Klimagipfel von Paris zugesagten Klimaziele erfordern einen grundlegenden Umbau der gesamten Wirtschaftsstruktur. Dies wird ein grundlegendes Umsteuern auf Kreislaufwirtschaft und erneuerbare Energien einschließlich nachwachsender Rohstoffe zur Folge haben, um das bislang vor allem auf fossile Kohlenstoffquellen ausgerichtete System abzulösen. Ein Strategiebaustein wird die Entwicklung eines biobasierten Wirtschaftssystems, auch Bioökonomie genannt, sein. Nachhaltiges Wirtschaften in allen Lebensbereichen, so lässt sich Bioökonomie einfach beschreiben.

Gerade für den Ländlichen Raum bietet die Bioökonomie eine Chance durch die Schaffung regionaler, biobasierter Wirtschaftskreisläufe, die Einkommensstrukturen zu diversifizieren und damit krisenfester zu machen. Unsere Forschungseinrichtungen und Unternehmen leisten hierzu bereits eine exzellente und international anerkannte Forschungs- und Entwicklungsarbeit. Die Bioökonomie ist ein Wachstumsmarkt, auf dem sich Baden-Württemberg bereits im Spitzenfeld bewegt. Mit der Landesstrategie „Nachhaltige Bioökonomie“ wollen wir die Aktivitäten in diesem Bereich zusammenführen und Prioritäten für eine Bioökonomie-Politik in Baden-Württemberg setzen.

Digitalisierung

Breitband ist die Straße der Zukunft. Auch Internetzugänge, die große Datenmengen schnell übertragen können, gehören zu einer modernen, wettbewerbsfähigen Infrastruktur und haben sich zu einem wichtigen Standortfaktor entwickelt. Deshalb hat sich das MLR auch diesem Thema in den letzten 15 Jahren intensiv gewidmet und die Kommunen dort beim Breitbandausbau unterstützt, wo der Markt versagt.

Geobasisdaten

Um im Bild der Tagung „Innovationen auf dem Land“ zu bleiben, verstehen sich die Geobasisinformationen als elementarer

Baustein oder auch digitaler Rohstoff für die vielfältigen Anwendungen in der Daseinsvorsorge, Infrastruktur, Kommunikation oder Mobilität. Die Geobasisinformationen sind für viele raumwirksame Entscheidungen im wahrsten Sinne des Wortes „maßgebend“, so auch bei Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen, speziell für Maßnahmen zur Landentwicklung, für die Land- und Forstwirtschaft, den Naturschutz und die Ökologie.
Geodateninfrastrukturen schaffen die Voraussetzung, um bislang voneinander getrennt betrachtete Informationen räumlich in Bezug zu bringen. Oftmals reicht dieser räumliche Bezug bereits aus, um daraus gezielt neue Erkenntnisse ableiten zu können, beispielsweise für eine sozialökologische und nachhaltige Entwicklung eines Wohnquartiers. Geobasisdaten sind daher eine wichtige Grundlage für jedes Forschungsvorhaben mit Raumbezug.

Durch Förderprogramme vorhandene Strukturen gezielt weiter entwickeln

Der Ländliche Raum ist aber mehr als Hightech, er ist auch Heimat. Um den Ländlichen Raum auch zukünftig vital und erfolgreich zu halten, müssen die vorhandenen Strukturen bestmöglich genutzt werden. Mit Blick in die Zukunft und auf den demographischen Wandel müssen jedoch auch Anpassungsprozesse erfolgen. Hierfür stehen im MLR die passenden Förderprogramme bereit.

Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum

Das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) unterstützt die nachhaltige strukturelle Verbesserung in ländlich geprägten Gemeinden. Die Förderschwerpunkte Wohnen, Grundversorgung, Arbeiten und Gemeinschaftseinrichtungen sprechen zentrale Aufgabenfelder staatlicher Struktur- und gemeindlicher Entwicklungspolitik an. Damit wird den Gemeinden die Möglichkeit geboten, Strukturentwicklung aus einem Guss zu betreiben. Auch die wohnortnahe Grundversorgung mit Waren und Dienstleistungen hat das Land im Blick. Wir setzen uns für den Erhalt von Dorfgasthäusern und Dorfläden sowie für die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung ein.

Besonderen Wert legen wir auf die Innenentwicklung und die Stärkung der Ortskerne. Wir werden die örtliche und regionale Baukultur bewahren und fördern und den Flächenverbrauch reduzieren. Ortskerne haben die wichtige Funktion als Mittelpunkt und Treffpunkt für Wohnen, Arbeiten und Versorgung, gerade in kleineren Orten. Ziel ist, vorhandene Potenziale im Ortskern zu nutzen und Leerständen vorzubeugen. Gleichzeitig gilt es auch im Ländlichen Raum, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Deswegen stellen wir in diesem Jahr die Hälfte der ELR-Mittel für Anträge auf Förderung wohnraumbezogener, innerörtlicher Projekte bereit. Dabei ist innovativer Holzbau auch ein Thema.

Dorfflurneuordnung - ein Instrument zur Innenentwicklung

Viele Grundstücke in der Ortslage sind ungünstig geformt und kommen daher für eine Bebauung nicht in Frage. Oft sind auch einzelne Flächen durch gemeinschaftliches Eigentum und Überfahrtsrechte nur eingeschränkt nutzbar oder haben keine öffentlich-rechtliche Erschließung. Eine Dorfflurneuordnung kann dabei helfen, diese Probleme zu lösen.

MELAP PLUS

Wie gehen wir mit den Ortskernen um? Auch wenn wir im Vergleich zu anderen Bundesländern noch gut dastehen, müssen wir uns dieser Frage stellen. Die Zukunft der Gemeinden im Ländlichen Raum liegt im Bestand und nicht in Neubaugebieten auf der grünen Wiese. Gerade mit Blick auf den Wohnungsbau ist es ökologisch und ökonomisch sinnvoll, das innerörtliche Potenzial noch mehr zu nutzen.
Um dem hohen Flächenverbrauch und den wachsenden Herausforderungen in ländlichen Gemeinden zu begegnen, hatte das MLR das „Modellprojekt zur Eindämmung des Landschaftsverbrauchs durch Aktivierung des innerörtlichen Potenzials“ (MELAP) bereits 2002 initiiert. Mit den Modellprojekten MELAP und dem Folgeprojekt MELAP PLUS hat das MLR in 27 Modellgemeinden planerische und investive Maßnahmen in den Ortskernen gefördert. Es wurde Bürgerengagement geweckt und es wurden vorbildliche Umnutzungsprojekte realisiert so-

4



5



wie vor allem übertragbare Strategien für die Stärkung der Ortsmitten erarbeitet. Die Modellprojekte wurden wissenschaftlich begleitet. MELAP hat gezeigt, welche Schlüsselfaktoren für eine erfolgreiche Innenentwicklung von Bedeutung sind.
Erkenntnisse aus den Modellprojekten sind in die Weiterentwicklung des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR) eingeflossen. Die ELR-Förderung konzentriert sich damit noch stärker als bisher auf die Innenentwicklung.

Baukultur im Ländlichen Raum

Baukultur in ihrer regionalen Vielfalt prägt die Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden und hat daher strukturpolitische Bedeutung. Baukultur schafft Identität und verkörpert unsere Heimat. Doch unsere Dörfer befinden sich in einem Umbruch. Viele ortsbildprägende Gebäude, wie Scheunen oder Gasthäuser aber auch Rathäuser und Schulen, werden nicht mehr als solche genutzt. Mit unseren Förderprogrammen wollen wir ländliche Gemeinden dabei unterstützen, individuelle Lösungen für den Erhalt, die Pflege und Weiterentwicklung der örtlichen und regionalen Baukultur zu finden.

LEADER

Der besondere Denkansatz des EU-Strukturprogramms LEADER ist, dass die Menschen vor Ort, Bürgerinnen und Bürger, Kommunen, Verbände sowie Vereine darüber entscheiden, welche Vorhaben in die Förderung gelangen sollen. Die Landesregierung setzt auch weiterhin auf ein starkes LEADER-Programm mit breiten Fördermöglichkeiten für die Kommunen, für kleine Unternehmen und Privatpersonen. Damit setzen wir ein starkes Zeichen für unsere Regionalentwicklung im Land.

Modellvorhaben, Forschungen und Studien im Ländlichen Raum

Veränderungen der ländlichen Bevölkerung aber auch der Wandel der globalen Wirtschaft oder die Energiewende erfordern neue Strategien. Um mehr zu erfahren und Wissen zu generieren, beauftragt und fördert das MLR Modellvorhaben, Forschungen und Studien zu Fragestellungen und Entwicklungschancen des Ländlichen Raums. Nachfolgend eine Auswahl aktueller Studien der letzten Jahre.

Erreichbarkeits-Studie

Wir müssen insbesondere dafür Sorge tragen, dass Bank- und Postfilialen, Arztpraxen, Läden, Behörden und andere Einrichtungen der Daseinsvorsorge von den Bürgerinnen und Bürgern zumindest in einem akzeptablen Zeitrahmen erreicht werden können. Das MLR hat deshalb ein Forschungsprojekt mit dem Ziel finanziert, den verantwortlichen Akteuren ein Planungswerkzeug an die Hand zu geben, mit dem sich unkompliziert und objektiv ermitteln lässt, wie sich Veränderungen bei den Infrastrukturen der Daseinsvorsorge, zum Beispiel die Schließung einer Arztpraxis, oder Veränderungen beim Angebot im öffentlichen Personennahverkehr auf die Wegstrecken der Bürger

auswirken würden.

Der „Erreichbarkeits-Studie“ ist ein für uns sehr wichtiges Forschungsprojekt des Instituts für Raumordnung und Entwicklungsplanung der Universität Stuttgart (IREUS) vorausgegangen, die viel beachtete IREUS-Studie. Die Studie hat das Ausmaß des demografischen Wandels im Ländlichen Raum Baden-Württembergs aufgezeigt. Das MLR hat darauf reagiert und seine Strukturprogramme den zukünftigen Anforderungen angepasst.

Elektromobilität im Ländlichen Raum

Die Tatsache, dass im Ländlichen Raum von Baden-Württemberg rund 34 Prozent der Bevölkerung unseres Landes leben, zeigt, dass hier ein großes Potenzial für bürger- und klimafreundliche Mobilitätslösungen und den Einsatz umweltfreundlicher Fahrzeugtechnologie vorhanden ist. Vor diesem Hintergrund hatte das MLR im Rahmen der Landesinitiative Elektromobilität II zwanzig kommunale und interkommunale Modellprojekte zur Erprobung der Elektromobilität im Alltag ländlicher Gemeinden initiiert. Aufgrund der gewonnenen Erfahrungen unterstützt das MLR zwei weitere „e-mobile Pilotprojekte“. Dabei geht es zum einen um die Aufrechterhaltung der ärztlichen Versorgung und zum anderen um die Sicherung ländlicher Hochschulstandorte. Beides Themen, die für die Zukunftsfähigkeit ländlicher Regionen von großer Bedeutung sind.

6



Kreativwirtschaft im Ländlichen Raum

Das Institut für Kreativwirtschaft an der Hochschule der Medien Stuttgart hat die wissenschaftliche Studie „Kreativwirtschaft im Ländlichen Raum: Situationsbeschreibung und Entwicklungsperspektiven“ mit finanzieller Unterstützung des MLR durchgeführt. Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft werden in der Regel in städtischen Räumen verortet. Die Durchführung der Studie bot die Möglichkeit, die Bedeutung dieses Wirtschaftszweigs für den Ländlichen Raum zu beleuchten. In einer vertiefenden Untersuchung sollen nun Handlungsoptionen erarbeitet werden. Auch diese Studie wird vom MLR gefördert.

Resümee

Ich bin überaus froh und dankbar, dass wir uns zu wichtigen Zukunftsfragen des Ländlichen Raums mit der Wissenschaft und Forschung austauschen können. Für Innovationen auf dem Land ist es unabdingbar, dass ein zielgerichteter Wissenstransfer und eine enge Kooperation zwischen Politik, Wissenschaft und Industrie, begleitet von einem intensiven gesellschaftlichen Dialog stattfinden.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und uns innovative Anregungen für die tägliche Praxis. Hierbei soll die Dokumentation der Tagung auch als Nachschlagewerk dienen.

An dieser Stelle möchte ich unseren Kooperationspartnern der Tagung meinen besonderen Dank aussprechen. Der Gemeinde Baiersbronn für die Unterstützung vor Ort, dem Karlsruher Institut Technologie für die wissenschaftliche Federführung und der Akademie Ländlicher Raum für die hervorragende Organisation.

Abbildungen:
1: Ministerialdirektorin Grit Puchan (ALR)
2: Arbeitsgruppe in der Diskussion (ALR)
3: Forum erlebnis:holz in Bernau (MLR)
4: MELAP PLUS Sinsheim-Adersbach (MLR)
5: Ortsspaziergang Baiersbronn (ALR)
6: e-Bürgerbus-Projekt in Berkheim (MLR)

Innovationen in Landgemeinden: Bedingungen, Akteure und Prozesse

Gabriela B. Christmann
Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung e. V. (IRS), Erkner

Einleitung

Seit geraumer Zeit wendet man sich ländlichen Regionen nicht mehr nur zu, um Strukturdefizite und Abwanderungen zu diskutieren. Vielmehr sind auch Potenziale und Chancen dieser Räume ein Thema geworden. In diesem Zusammenhang ist man nicht zuletzt aufmerksam darauf geworden, dass sich vielerorts Landgemeinden neu erfinden und jenseits ausgetretener Pfade innovative Ansätze der Gemeindeentwicklung verfolgen. Im Beitrag soll aus einem Forschungsprojekt berichtet werden, das dieses Phänomen systematisch untersucht.[1]

Zunächst sollen Ausgangsbedingungen vieler ländlicher Räume betrachtet werden. Als eine der Ausgangsbedingungen soll der ausgeprägte Negativ-Diskurs über die Perspektivlosigkeit der Räume hervorgehoben werden (Teil. 2). Im Anschluss daran werden die zentralen Fragestellungen und Vorgehensweisen im Projekt zu innovativen Landgemeinden vorgestellt. In diesem Zusammenhang wird geklärt, was man unter einer „Innovation" auf dem Land verstehen kann (Teil. 3). Im Anschluss daran werden ausgewählte empirische Befunde präsentiert. Es wird gezeigt, unter welchen Bedingungen die Akteure vor Ort in der Lage waren, mit ihren Ideen und Initiativen gewissermaßen „von unten" einen Gegendiskurs über lebendige Dörfer zu entfachen (Teil. 4). Eine Zusammenfassung rundet den Beitrag ab (Teil. 5).

Über den Demografie-Diskurs zu ländlichen Räumen: Krisenhafte Problemlagen und „sterbende Dörfer"

Angesichts der Wahrnehmung von fehlenden Zukunftsperspektiven in ländlichen Regionen Europas sehen sich viele Menschen vor die Frage gestellt, ob sie in ihrer Heimatregion bleiben oder ob sie gehen sollen. Freilich ist die Abwanderung vom Land in die größeren Städte historisch nicht neu, übten doch die Städte mit ihren vielfältigen Möglichkeiten schon immer eine große Anziehungskraft aus. Was wir heute im Zusammenhang mit Abwanderungsbewegungen – speziell in strukturschwachen und peripher gelegenen – ländlichen Regionen erleben, geht jedoch weit über das historisch bekannte Phänomen hinaus. Der Umfang und das Tempo der Abwanderungen haben enorm zugenommen, zudem sind sie in einen tiefgreifenden demografischen Wandel eingebettet.

Seit den 1970er, und verstärkt seit den 2000er, Jahren werden in westlichen Gesellschaften Geburten-, Sterbe- und Abwanderungsraten in einem breiten gesellschaftlichen Diskurs intensiv diskutiert. In Deutschland spricht man seit den 2010er Jahren sogar von einer demografischen „Krise" (vgl. e-politik, 2010). Auch ländliche Regionen waren von Anfang an Gegenstand des Demografie-Diskurses, wobei man sich stets bewusst war, dass nicht alle ländlichen Gebiete gleichermaßen von Erscheinungen des demografischen Wandels betroffen sein werden. In Deutschland sind vor allem strukturschwache ländliche Räume in den neuen Ländern in die Diskussion gekommen. Dort setzte der demografische Wandel sehr früh und besonders stark ein. Dies täuscht freilich nicht darüber hinweg, dass sich das Phänomen auch in den alten Ländern zeigt.

Im Rahmen der sozialwissenschaftlichen Raumforschung sind zahlreiche Arbeiten vorgelegt worden, die sich typischerweise mit der Frage beschäftigen, ab welchem Zeitpunkt welche

Problemlagen zu erwarten sind (vgl. z.B. BMVBS/BBSR, 2009). Besonders bedrohliche Szenarien entwerfen Studien, die sich mit der Überalterung ländlicher Regionen befassen. Dort zeigt sich, dass die Grundversorgung und die Pflege der alternden Landbevölkerung in Zukunft nicht mehr sichergestellt werden kann (Wegner, 2012:153). Abgesehen davon sind Entwicklungen und Folgen des demografischen Wandels in einem breiten öffentlichen – überregionalen wie auch regionalen – Mediendiskurses thematisiert worden. Zwar beziehen sich Journalisten auf wissenschaftliche Studien und stellen ausführlich deren Inhalte dar. Gleichzeitig rahmen sie die wissenschaftlichen Befunde jedoch mit dramatisierenden Metaphern: Vor allem im Zusammenhang mit den neuen Ländern ist typischerweise von einem „Ausbluten" der ländlichen Randregionen (vgl. z.B. Lausitzer Rundschau: 08.12.2008, Frankfurter Rundschau: 08.04.2015), von künftigen „leeren Landschaften" (vgl. z.B. Süddeutsche Zeitung: 04.10.2012) sowie von „sterbenden Dörfern" (vgl. z.B. Die Welt: 28.11.2011) die Rede.

Es liegt nahe anzunehmen, dass Landbewohner angesichts der in den Massenmedien regelmäßig thematisierten Negativprognosen zu dem Schluss kommen müssen, dass sie ihre Region besser verlassen sollten, wenn sie nicht zu den Verlierern gehören wollen. Nicht enden wollende Abwanderungen von Landbewohnern setzen ihrerseits insofern eine Abwärtsspirale in Gang, als sich wirtschaftliche Entwicklungschancen in der Region wegen fehlender potenzieller Arbeitskräfte zunehmend verschlechtern (Müller/Siedentop, 2003; Weber 2012:75). Die Situation, vor die sich ländliche Akteure – angesichts des verzahnten Gefüges von Abwanderungen, Negativdiskursen und strukturellen Abwärtsentwicklungen – mancherorts gestellt sehen, hat somit den Charakter einer Krise.

„Innovationen in Landgemeinden" und neue Entwürfe vom Raum – zum Konzept eines Forschungsprojekts

Angesichts der krisenhaften Herausforderungen werden gesellschaftliche Akteure vor Ort von der Frage umgetrieben, wie die Abwärtsspirale gestoppt werden kann und was sie als ländliche Akteure dafür tun können. Zumindest einige Landgemeinden haben sich mit ihren Bewohnern aufgemacht und experimentieren mit neuartigen Lösungen. Sie beginnen damit, im Rahmen von innovativen Projekten ihren ländlichen Raum neu zu denken. Mehr noch: Sie denken nicht nur in neuer Weise über ihre Räume, sondern sie brechen mit bisherigen Handlungsweisen, entwickeln neue Praktiken in der Gemeindeentwicklung und gestalten ihren Ort neu.

Das Forschungsprojekt „Innovationen in Landgemeinden" adressiert in diesem Zusammenhang die bislang vernachlässigte Fragestellung, unter welchen Kontextbedingungen innovative Ansätze in der Gemeindeentwicklung entstehen, wer die beteiligten Akteure sind und in welchen Prozessen die Innovationen verlaufen. Es wird auch gefragt, in welche diskursiven Prozesse sie eingebettet sind. Da es um Innovationen in der Gemeindeentwicklung geht, stehen allerdings weder rein technische noch rein wirtschaftliche Innovationen im Vordergrund der Betrachtung, sondern vielmehr ein Innovationstyp, der in der Literatur seit geraumer Zeit als soziale Innovation bezeichnet wird (Zapf, 1989; Gillwald, 2000; Howaldt/Schwarz, 2010; Christmann 2011). Soziale Innovationen werden als neuartige Praktiken – und im Anschluss an Zapf (1989:177) als „neue Wege, Ziele zu erreichen, insbesondere neue Organisationsformen, neue Regulierungen, neue Lebensstile" – verstanden. Ein zentrales Kriterium für die Bestimmung von Innovationen schlechthin ist bekanntlich die ‚Neuheit'. Allerdings ist eine Innovation in der Regel nicht etwas zum ersten Mal absolut neu in die Welt Kommendes, sondern eine ‚relative' Neuheit (vgl. Gillwald, 2000:11), eine neuartige Kombinationen von bereits bekannten Elementen. Kennzeichnend für eine (soziale) Innovation ist außerdem, dass eine neuartige Idee bereits in die Praxis umgesetzt und institutionalisiert worden ist (vgl. Zapf, 1989:177) oder aber dass sie sich dynamisch weiter entwickelt.

Vor diesem Hintergrund wurden im Projekt sechs Landgemeinden ausgewählt: zwei aus dem Feld der Nahversorgung bzw. der Dorfladenbewegung (Klockow in Brandenburg und Frankershausen in Hessen); zwei, die dem Innovationsfeld „Kunst, Kultur und Identität" zugeordnet werden können (Kyllburg in Rheinland-Pfalz und Plessa in Brandenburg); und zwei aus dem Feld

Bioenergiedörfer (Bechstedt in Thüringen und Treptitz in Sachsen). Alle Gemeinden liegen in Regionen, die in hohem Maße vom demografischen Wandel gekennzeichnet sind. Sie haben ungünstige Prognosen für die weitere demografische Entwicklung durch weitere Abwanderungen. Es handelt sich insofern um strukturschwache ländliche Räume, als die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Region unter dem Durchschnitt ihres jeweiligen Bundeslandes wie auch der Bundesrepublik Deutschland liegt. Auch das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf der ländlichen Bewohner liegt in dieser Hinsicht unter dem Durchschnitt.

Was das methodische Vorgehen angeht, so wurde ein Multi-Methoden-Ansatz gewählt (vgl. Christmann 2014). Dazu gehören:

- Eine Dokumentenanalyse von Statistiken, Sachbüchern und Broschüren, um regionale Kontextbedingungen der Gemeinden rekonstruieren zu können.
- Leitfadeninterviews mit Akteuren zur Erhebung der Handlungsstrategien, der sozialen Netzwerke sowie der Verläufe und Dynamiken der Projekte.
- Teilnehmende Beobachtungen von Akteursgruppen zur Erforschung der Arbeits- und Kommunikationsformen in der innovativen Gemeindeentwicklung.
- Eine Diskursanalyse zur Erforschung der Diskursthemen in den kleinen und großen Öffentlichkeiten vor Ort. Im Beitrag sollen im Folgenden Ergebnisse fokussiert werden, die vor allem im Rahmen der Diskursanalyse herausgearbeitet worden sind.

Über das innovative Handeln und den kleinen Diskurs über ein „lebendiges Dorf" – das Beispiel Treptitz

Am Beispiel des Dorfes Treptitz, einem Ortsteil der sächsischen Landgemeinde Cavertitz, soll gezeigt werden, was dort Bedingungen, Akteure und Prozesse für die innovative Gemeindeentwicklung waren und wie man es schaffte, einen neuen Diskurs über den Ort zu entfalten.

Ausgangssituation. Treptitz liegt im Landkreis Nordsachen inmitten eines Landschaftsschutzgebietes. Es ist ein Dorf mit 130 Einwohnern und gehört der Gemeinde Cavertitz an. Das Dorf und die gesamte Gemeinde litten in den letzten Jahrzehnten in hohem Maße unter dem demografischen Wandel. Innerhalb von knapp 20 Jahren (von 1995 bis 2014) verlor Cavertitz rund 20% seiner Bevölkerung. Auch die Prognosen bis 2025 sehen für den gesamten Landkreis Nordsachen ungünstig aus. Es werden weitere Verluste berechnet, die über 10% liegen (vgl. Statistik Sachsen 2015). Folgt man dem vorherrschenden Demografie-Diskurs für strukturschwache ländliche Räume, so handelt es sich bei Treptitz um ein „sterbendes Dorf". Allerdings setzten die Treptitzer etwas entgegen.

Der Anstoß für das Projekt. Im Rahmen eines Kläranlagenproblems, das vordergründig zunächst keinen Bezug zum demografischen Wandel hatte, entwickelten die Dorfbewohner einen Lösungsansatz, der zugleich eine Antwort auf das demografische Problem geben sollte. Die Herausforderung bestand darin, dass aufgrund der Lage von Cavertitz gemäß bestehender EU-Richtlinien bis Ende 2015 in der Gemeinde eine vollbiologische Klärung des Abwassers umzusetzen war. Da die berechneten Baukosten für eine zentrale Anlage zu hoch waren und sich die Gemeinde über Generationen hinweg hätte hoch verschulden müssen, beschloss der Gemeinderat von Cavertitz, dass die Ortsteile abwassertechnisch dezentral zu erschließen seien, womit die Ortsteile und ihre Bewohner auf sich gestellt waren.

Das innovative Projekt der Gemeindeentwicklung. Angesichts dieser Situation zeigten sich die Bewohner von Treptitz erfinderisch und offen für Experimente. Neuartig ist an dem Projekt, dass ein ganzes Dorf den Kläranlagenbau buchstäblich in die eigene Hand nahm. Statt teure Einzelkläranlagen für jedes Haus zu bauen, wurde der wesentlich kostengünstigere Bau von zwei Gruppenkläranlagen für das ganze Dorf geplant. Das Projekt sah dabei hohe Anteile an Eigenarbeit der Bewohner bei der Verlegung von Abwasserrohren und bei den Bauarbeiten vor. Eine erste Versammlung der Dorfbewohner war ein großer Erfolg. Im September 2010 wurde der „Verein zum ökologischen Gewässerschutz Treptitz e.V." (VÖG) gegründet, über den das Dorf als kollektiver Akteur agieren konnte. Die unteren Behörden sorgten für Blockaden, die jedoch ausgeräumt werden konnten. Inspiriert durch innovative Modellprojekte aus Bioenergiedör-

fern wurde in das laufende Kläranlagen-Projekt die Idee für ein zweites Vorhaben integriert, das mit dem ersten verbunden werden sollte: Um die Energieversorgung der Dorfbewohner erheblich zu vergünstigen, sollten während der Bauarbeiten nicht nur Abwasserrohre für die Kläranlage, sondern in gleichem Zuge Fernwärmerohre von der Biogasanlage eines nahegelegenen Bauern in die Haushalte verlegt werden. Auf diese Weise sollten ökologische Kriterien erfüllt, die Energiekosten für die Bewohner spürbar gesenkt und nicht zuletzt die Lebensqualität und die Attraktivität des Ortes gesteigert werden. Gerade das letztere Ziel war von Anfang an von großer Bedeutung für die Akteure.

Zu einem Schlüsselakteur in dem gesamten Projekt wurde ein Bewohner, der zwar ein gebürtiger Treptitzer ist, aber nicht schon immer eine zentrale Position in der Dorfgemeinschaft innehatte. Als junger Diplom-Ingenieur und Wissenschaftler an einer sächsischen Hochschule galt er in dem landwirtschaftlich geprägten Ort nicht als typischer Dörfler. Entscheidend für den Projektverlauf war, dass der Akteur sein Spezialgebiet in den Fachgebieten Wasserbau und Siedlungswirtschaft hatte, ein umfangreiches technisches Wissen und ein Netzwerk von weiteren Experten einbrachte. Das Netzwerk schlechthin war aber die Dorfgemeinschaft als Ganzes, das sie das Projekt von Anfang an – ausgesprochen konfliktarm – unterstützt hatte.

Ein kleiner Diskurs über ein lebendiges Dorf. Die Planungen und Aktivitäten der zentralen Akteure wurden schon bald zu dem Gesprächsgegenstand schlechthin im ganzen Dorf. In der kleinen Öffentlichkeit des Ortes entfaltete sich ein Diskurs, der von den Bewohnern engagiert geführt wurde. Eine typische und zentrale Aussage dieses Diskurses kommt auf der Website des „Vereins zum ökologischen Gewässerschutz Treptitz e.V." zum Ausdruck: „Wir sind Treptitz, ein 130 Seelenort am Rande der Dahlener Heide und für Zusammenhalt und Ideenreichtum in unserer Gemeinde bekannt." (vgl. http://treptitz.de/der-verein-2/)

Die Treptitzer zeigen hier, wie sie sich selbst und ihren Ort sehen: Treptitz wird als ein ideenreiches und solidarisches Dorf beschrieben. Der Ort wird somit als ein sehr kreativer und lebendiger Raum dargestellt – und nicht, wie es sonst in den Medien meistens der Fall ist, als ein sterbendes Dorf.

Treptitzer Interviewpartner berichteten, dass die Dorfbewohner so stolz darauf waren, was sie gemeinschaftlich im Dorf bewerkstelligten, dass sie sogar Menschen außerhalb des Dorfes von ihrem Projekt erzählten. Selbst in den Urlaub nahmen sie Fotos von dem Bauprojekt mit, um Fremden anschaulich davon berichten zu können. Dies zeigt, dass die kollektive Identität der Treptitzer gestärkt werden konnte. Selbstbewusstsein machte sich breit, hatte man doch erfahren, dass man die räumliche Entwicklung – sogar in materieller Hinsicht – selbst gestalten kann. „Ziel ist es, das Leben auf dem Land lebenswert und bezahlbar zu machen, um die kleinen Orte wie Treptitz vor dem Aussterben zu bewahren", heißt es außerdem auf der Website des Vereins (vgl. http://treptitz.de/der-verein-2/). Interessanterweise nimmt der Verein auf einen zentralen Begriff des großen Demografie-Diskurses, den des „Aussterbens", direkt Bezug. Es wird dabei deutlich, dass man das Aussterben durch das eigene Handeln abwehren möchte.

Dieser lokale Diskurs des Anpackens blieb zunächst auf das Dorf beschränkt. Dennoch war er vor Ort wirksam. Es entfaltete sich darin ein neues lokales Wissen davon, dass das Dorf als ein lebendiges Dorf mit Visionen für die Zukunft angesehen werden darf. Die lokalen oder regionalen Medien interessierten sich allerdings so gut wie gar nicht für den neuartigen und mutigen Ansatz und für die Lebendigkeit der Treptitzer.

Der kleine Diskurs wird groß. Die Medienberichterstattung änderte sich erst, als das Dorf mit seinem Verein im Jahr 2014 am Wettbewerb „Innovationen querfeldein – Ländliche Räume neu gedacht" von „Land der Ideen" teilnahm. Zu jenem Zeitpunkt konnte das Dorf wegen der kostengünstigen Energieversorgung bereits erste Zuzüge verzeichnen. In ihrer Bewerbung konnten die Dörfler zeigen, dass ihr gegen das Aussterben gerichtete Handeln tatsächlich zu dem angestrebten Ziel geführt hatte, da bereits junge Familien zugezogen waren und in dem für sie – wegen der geringen Energiekosten – attraktiv gewordenen Treptitz bauten.

Als die „Land der Ideen"-Jury Treptitz im Herbst 2014 zum Bundessieger in der Kategorie „Umwelt" kürte und damit dem Dorf gesellschaftliche Anerkennung angedeihen ließ, schaffte der Ort den Sprung in einen größeren massenmedialen Diskurs (vgl.

z.B. Eco-world, 09.09.2014; Leipziger Volkszeitung, 13.11.2014; Die Welt, 16.11.2014). In regionalen und überregionalen Presseartikeln wie auch in wichtigen Online-Foren zeigten sich die zentralen Botschaften bereits in den Überschriften. Als Beispiele sollen hier nur die folgenden Artikel genannt werden: „Innovationen querfeldein: Klare Sache dank Innovation aus Treptitz" (Eco-world, 09.09.2014) und „Diese Ideen retten unsere Dörfer vor dem Aussterben" (Die Welt, 16.11.2014). Zu den zentralen Botschaften der Medien gehörte es also, dass Innovationen auf dem Land möglich sind und dass sie im Kontext des demografischen Wandels Dörfer vor dem Aussterben retten können. In den übergreifenden – von ‚sterbenden Dörfern' dominierten – Demografie-Diskurs mischten sich somit ‚neue Töne'.

Zwar war die Medienaufmerksamkeit für Treptitz nur temporär gegeben, es zeigte sich aber, dass Wettbewerbe und Auszeichnungen Mittel sind, mit denen eine gesellschaftliche Beachtung hergestellt werden kann.

Tatsächlich werden kleine Diskurse in kreativen Dörfern auch seit geraumer Zeit durch das politische Handeln „von oben" gestützt und befördert. Durch eine Entscheidung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wurde beispielswiese im Jahr 2013 das Wissenschaftsjahr „Demografische Chance" ausgerufen, um positive Aspekte des Wandels – auch im Hinblick auf ländliche Regionen – gezielt öffentlich zu verhandeln und ins Bewusstsein heben zu können. Im Jahr darauf lobte die Initiative „Deutschland – Land der Ideen" – wie oben erwähnt – den Wettbewerb zu „Innovationen querfeldein" (2014) aus, der ebenfalls innovative Ideen in ländlichen Regionen öffentlich bekannt machen konnte.

Zusammenfassung

Der Beitrag beruht auf ersten Beobachtungen und Analysen in einem Forschungsprojekt, das Innovationen in Landgemeinden untersucht. Es fragt danach, wie ausgewählte Gemeinden in strukturschwachen, vom demografischen Wandel geprägten ländlichen Räumen über innovative Ansätze der Gemeindeentwicklung Auswege aus ihrer krisenhaften Lage suchen und welche Rolle diskursive Prozesse darin spielen. Am Beispiel eines sächsischen Dorfes, das sich über den gemeinsam bewerkstelligten Bau einer Gruppenkläranlage und einer Biogasanlage hervortat und sich auf diese Weise Zukunftschancen erhoffte, konnte gezeigt werden, wie sich im Rahmen des Handelns der Akteure und schließlich der gesamten Dorfgemeinschaft ein kleiner, aber durchaus wirksamer Diskurs entfaltete: Darin setzte sich die Auffassung durch, dass das Dorf als ein ideenreiches, sozial intaktes, tatkräftiges und lebendiges Dorf gelten kann, als ein Dorf, das rege an seinen Zukunftschancen arbeitet. Dieser kleine Diskurs vermochte es, den großen Demografie-Diskurs zu konterkarieren, in dem bislang vor allem ‚sterbende Dörfer' thematisiert worden waren. Zwar konnte der kleine Diskurs letztlich nur temporär im großen Demografie-Diskurs in Erscheinung treten. Es zeigte sich aber immerhin, dass die Auslobung von Wettbewerben und die Verleihung von Preisen seitens politischer Akteure innovative Ansätze auf dem Land sehr wohl bekannt machen können. So kann ein Bewusstsein von lebendigen Dörfern und von den potenziellen Zukunftschancen ländlicher Räume geschaffen werden.

1. Das Projekt „Innovationen in Landgemeinden. Bedingungen, Akteure und Prozesse kreativer Gemeindeentwicklung" wird am Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) in Erkner durchgeführt und aus Mitteln der Leibniz-Gemeinschaft finanziert (Laufzeit: 2015-2018).

Gabriela B. Christmann



Prof. Dr. Gabriela B. Christmann ist Leiterin der Forschungsabteilung „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum“ und stellvertretende Direktorin am IRS. Sie ist zugleich außerplanmäßige Professorin für Raum-, Wissens- und Kommunikationssoziologie am Institut für Soziologie der Technischen Universität Berlin, Fakultät VI - Planen Bauen Umwelt.

Quellenverzeichnis:

BBSR (2010): Raumtypen 2010. Zugriff auf http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumbeobachtung/ Raumabgrenzungen/Raumtypen2010_vbg/Raumtypen2010_alt.html am 15.06.2015

BMVBS; BBSR (Hg.) (2009): Ländliche Räume im demografischen Wandel. BBSR-Online-Publikation 34/2009 [urn:nbn:de:0093-ON3409R142, 05.01.2016]

CHRISTMANN, Gabriela B. (2011): Soziale Innovationen, Social Entrepreneurs und Raumbezüge. In: Jähnke, Petra/Christmann, Gabriela/Balgar, Karsten (Hg.): Social Entrepreneurship. Perspektiven für die Raumentwicklung. Wiesbaden, S. 193-210

CHRISTMANN, Gabriela B. (2014): Investigating Spatial Transformation Processes. An Ethnographic Discourse Analysis in Disadvantaged Neighbourhoods. In: Historical Social Research, Band 39, S. 235-256

Die Welt (2011): Wo in Deutschland die Dörfer sterben. In: Die Welt, 28.11.2011, Zugriff auf http://www.welt.de/dieweltbewegen/article 13739849/Wo-in-Deutschland-die-Doerfer-sterben.html, am 14.06.2015

Die Welt (2014): Diese Ideen retten unsere Dörfer vor dem Aussterben. In: Die Welt, 16.11.2014, Zugriff auf http://www.welt.de/wirtschaft/article134390506/Diese-Ideen-retten-unsere-Doerfer-vor-dem-Aussterben.html am 14.06.2015

Eco-world (2014): Innovation querfeldein: Klare Sache dank Innovation aus Treptitz. In: Eco-world, 09.09.2014, Zugriff auf http://www.eco-world.de/scripts/basics/econews/basics.prg?a_no=28972,am 14.06.2015

E-politik (2010): Deutschland in der Demographie-Krise. Zugriff auf http://e-politik.de/artikel/2010/deutschland-in-der-demographie-krise/ am 15.06.2015

Frankfurter Rundschau (2015): Die Großstadt boomt, das Land blutet aus. In: Frankfurter Rundschau, 08.04.2015, Zugriff auf http://www.fr-online.de/rhein-main/demografischer-wandel-die-grossstadt-boomt--das-land-blutet-aus, 1472796, 30381458.html am 14.06.2015

Gillwald, Katrin (2000): Konzepte sozialer Innovation. Paper der Querschnittsgruppe Arbeit und Ökologie P00-519. Berlin

HOWALDT, Jürgen/SCHWARZ, Michael (2010): Social Innovation. Concepts, Research Fields and International Trends. Zugriff auf http://www.sfs-dortmund.de/odb/Repository/Publication/Doc%5C1289%5CIMO_ Trendstudie_Howaldt_Schwarz_englische_Version.pdf am 15.03.2015

Lausitzer Rundschau (2008): Brandenburgs Randregionen bluten weiter aus. In: Lausitzer Rundschau, 08.12.2008, Zugriff auf http://www.lr-online.de/nachrichten/brandenburg/Brandenburgs-Randregionen-bluten-weiter-aus;art25,2302223 am 14.06.2015

Leipziger Volkszeitung (2014): Dorf Treptitz wird mit HTWK-Umwelt-Konzept als „Ort im Land der Ideen“ ausgezeichnet. In: Leipziger Volkszeitung, 13.11.2014, Zugriff auf http://www.lvz.de/Leipzig /Bildung/Dorf-Treptitz-wird-mit-HTWK-Umwelt-Konzept-als-Ort-im-Land-der-Ideen-ausgezeichnet am 14.06.2015

MÜLLER, Bernhard/SIEDENTOP, Stefan (Hg.) (2003): Räumliche Konsequenzen des demografischen Wandels. Teil 1. Schrumpfung – Neue Herausforderungen für die Regionalentwicklung in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Hannover

Statistik Sachsen (2015): Zugriff auf http://www.statistik.sachsen.de/bevprog/ am 18.08.2015

Süddeutsche Zeitung (2012): Leere Landschaften. In: Süddeutsche Zeitung, 04.10.2012, Zugriff auf http://www.sueddeutsche.de/leben/bevoelkerungsentwicklung-wie-der-demografische-wandel-deutschland-veraendert-1.1486334-2 am 14.06.2015

VÖG Treptitz e.V. (2014): Zugriff auf http://treptitz.de/land-der-ideen/ am 16.07.2015

WEBER, Gerlind (2012): Fünf Megatrends prägen Landleben und ländliche Raumbilder. In: Ländlicher Raum Band 63, S. 74-78

WEGNER, Martina (2012): Zivilgesellschaftliche Veränderungen. Ideen vom älteren Menschen. In: Beck, Gerald/Kropp, Cordula (2012): Gesellschaft innovativ. Wer sind die Akteure? Wiesbaden, S. 151-170

ZAPF, Wolfgang (1989): Über soziale Innovationen. In: Soziale Welt, Band 40, S. 170-183

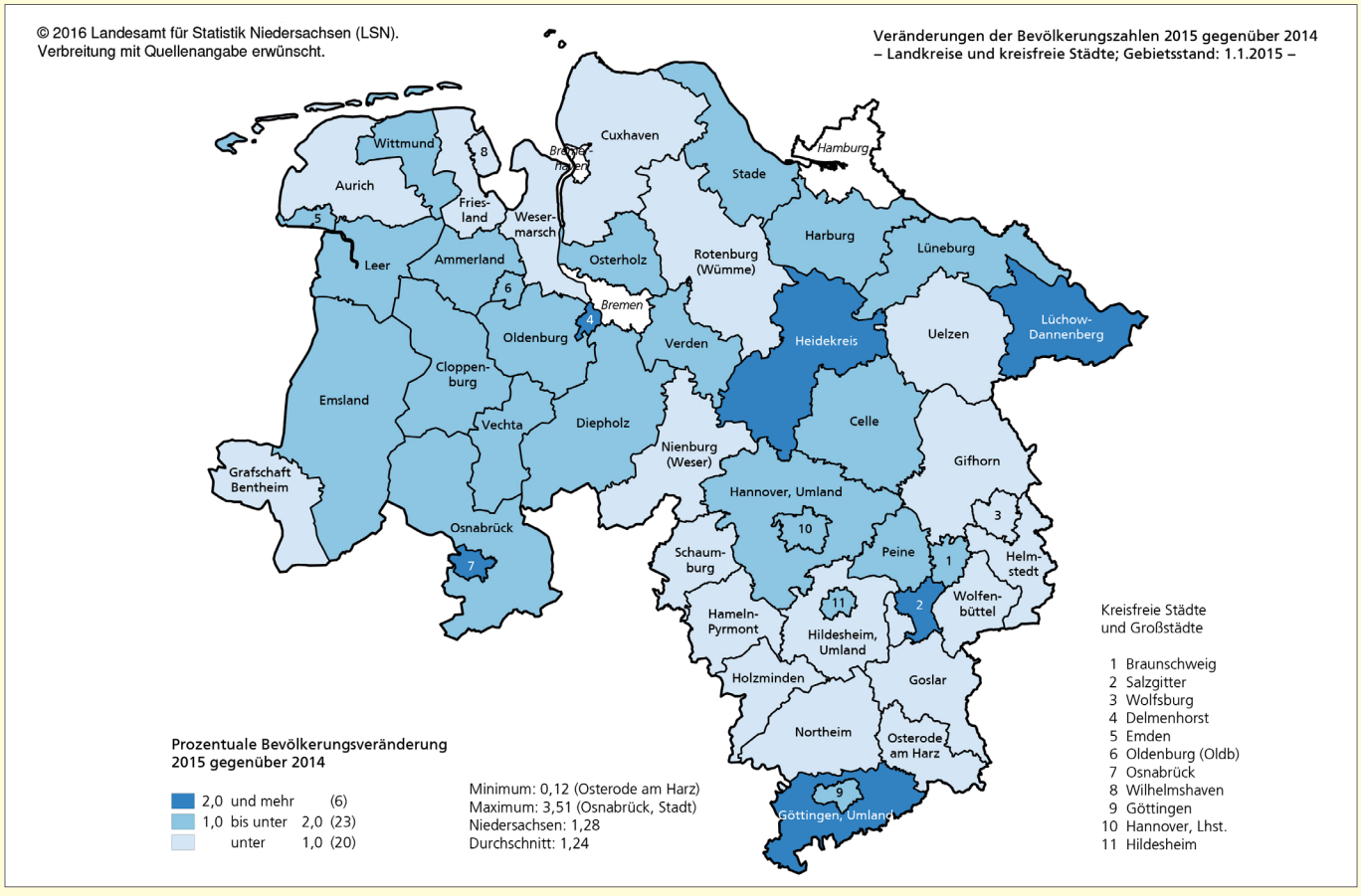
Bürgerschaftliches Engagement als Impuls für die Dorfentwicklung

Rainer Danielzyk, Linda Lange, Pia Steffenhagen-Koch
Leibniz Universität Hannover, Institut für Umweltplanung

Der agrarstrukturelle sowie der demografische Wandel hinterlassen vielfältige Spuren in den ländlichen Räumen Niedersachsens. Durch Bevölkerungs- und Arbeitsplatzverluste verlieren viele Orte an Attraktivität und Lebensqualität. Eine Folge dieser Entwicklung ist die Zunahme an leerstehenden Gebäuden, wodurch ländliche Kommunen mit weiteren Herausforderungen bezüglich ihrer Innenentwicklung konfrontiert werden. In diesem Zusammenhang gewinnt die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Zivilgesellschaft an Bedeutung.

Herausforderungen in ländlichen Räumen

„Wer über Land fährt, dem fällt in vielen Ortschaften eines auf: leerstehende Gebäude – vor allem im alten Ortskern. Die Leerstandsquote schwankt zwischen 5% und 40%. Besonders gravie-



1

rend ist das in den abgelegenen und wirtschaftsschwachen Regionen". So beginnt das neue Buch von Gerhard Henkel: Rettet das Dorf! – Was jetzt zu tun ist (HENKEL 2016). Die Problematik des Leerstands in alten Ortskernen steht beispielhaft für den Strukturwandel ländlicher Räume und wird daher in den Mittelpunkt dieses Beitrags gerückt.

Leerstand in Ortskernen ist jedoch kein isoliertes Phänomen, sondern muss in engem Zusammenhang mit demografischen, ökonomischen und funktionalen Veränderungen in ländlichen Räumen betrachtet werden. Allerdings entwickeln sich diese Veränderungen durchaus sehr differenziert, wie am Beispiel von Niedersachsen deutlich wird: So finden sich insbesondere im Westen des Landes, in durchaus metropolenferner Lage, Teilräume, denen auch mittelfristig ein bemerkenswerter Bevölkerungszuwachs vorhergesagt wird, während sich insbesondere im Südosten des Landes sowie in Küstenregionen schrumpfende Gebiete finden.

Gerade in längerfristig schrumpfenden Regionen und Dörfern sind zunehmende Leerstände von Wohngebäuden zu verzeichnen. Aber auch in den Ortskernen ländlicher Räume, die sich demografisch positiv entwickeln, zeigt sich der gravierende ökonomische und funktionale Wandel der letzten Jahrzehnte: Viele infrastrukturelle Einrichtungen (u. a. Bahnhöfe, Schulen, kleinere Lebensmittelläden oder Gaststätten), aber auch Landwirtschafts- und Handwerksbetriebe wurden bzw. werden wegen mangelnder Tragfähigkeit, Nachbarschaftskonflikten, fehlenden Nachfolgeregelungen usw. entweder ganz aufgegeben oder etwa in Gewerbegebiete am Ortsrand verlegt. So kommt es zu strukturellen Leerständen und Bedeutungsverlusten des Dorfkerns. Das beeinträchtigt das Ortsbild und die damit verbundene Wahrnehmung von Lebendigkeit und Lebensqualität des jeweiligen Ortes. Dies kann sich wiederum negativ auf die Identifikation der Bevölkerung mit ihrem Ort, die Attraktivität für mögliche Zuwanderer und auf den Tourismus auswirken. Zusammengenommen führen diese Entwicklungen meist auch zu einem Verfall der Immobilienpreise.

In vielen Orten findet sich die Bevölkerung jedoch nicht mit diesen negativen Auswirkungen ab, sondern es gibt vielmehr ein bemerkenswertes, in der Regel auf einzelne besonders markante Gebäude gerichtetes Engagement für deren Um- und Wiedernutzung. Diese Beobachtung war Anlass für ein Forschungsprojekt, dass sich dem Engagement in ländlichen Räumen im Hinblick auf die spezielle Thematik des Umgangs mit Leerstand in Ortskernen gewidmet hat. Dabei ging es unter anderem darum, Charakteristika des Engagements und der besonders engagierten Personen (Gruppen) herauszuarbeiten sowie Faktoren für erfolgreiches Engagement zu identifizieren.

Vor diesem Hintergrund und mit dieser Zielsetzung wurde von 2011 bis 2014 an der Leibniz Universität Hannover ein Forschungsprojekt unter dem Titel „Engagement für Umnutzungen als Impulsgeber für ländliche Räume in Niedersachsen" [1] mit Förderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) durchgeführt. Hauptziel der anwendungsorientierten Forschungsarbeit war es, auf Basis von verschiedenen empirischen Teilstudien Empfehlungen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements in ländlichen Räumen herauszuarbeiten. Ehe die Forschungsergebnisse und die Empfehlungen vorgestellt werden, soll aber zunächst knapp und vor dem Hintergrund der umfangreichen wissenschaftlichen und politischen Diskussion das hier zugrundeliegende Verständnis von „Engagement" dargelegt werden.

Beiträge zur Engagementforschung

Seit circa zwei Jahrzehnten findet zivilgesellschaftliches Engagement zunehmende Aufmerksamkeit in Politik und Wissenschaft. Das hat vielfältige Ursachen (vgl. statt vieler z.B. das Themenheft Neues Archiv für Niedersachsen 1/2015): Es hat zum einen mit den zahlreichen Initiativen zur Deregulierung und Privatisierung öffentlicher Aufgaben, insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge, in den vergangenen Jahrzehnten zu tun. Unabhängig davon, ob es dabei eher um Sparstrategien angesichts angespannter öffentlicher Haushalte oder um grundsätzliche Kritik an Überregulierung durch den Staat ging, kam es vielfach zu staatlich initiierten oder „von unten" entstandenen kompensatorischen Initiativen. Dafür gibt es zahlreiche Beispiele vom „Bürgerbus" bis hin zum genossenschaftlich organisierten Freibad oder Dorfladen. Zum anderen sind aber auch die Mit-

gestaltungsansprüche aus der Zivilgesellschaft heraus größer geworden, nicht zuletzt wegen gewachsener Ressourcen und Kompetenzen (u. a. in der Gruppe der „jungen Senioren").

Vor diesem Hintergrund hat es umfangreiche Diskussionen und Untersuchungen zum „Ehrenamt", zur Selbsthilfe, zur Bürgerbeteiligung/Partizipation, zum zivilgesellschaftlichen Engagement usw. gegeben. Das reicht zum Beispiel bis zum sogenannten „Engagementatlas" (vgl. PROGNOS 2015) oder den Engagementberichten der Bundesregierung (2012; 2016). Diese komplexe Debatte kann hier nicht im Einzelnen nachgezeichnet werden (vgl. z. B. BMFSFJ 2012, OLK & HARTNUß 2011). Hervorgehoben sei zu dem auch noch, dass das ehrenamtliche Engagement zunehmend Aufmerksamkeit seitens des Staates und der Kommunen erfährt, in dem etwa entsprechende Preise verliehen, gute Beispiele herausgestellt, Ehrenamtskarten vergeben und Agenturen zur Unterstützung der „Freiwilligen" gegründet werden.

In Anlehnung an eine entsprechende Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages beziehen wir uns auf nachfolgende Definition von „bürgerschaftlichem Engagement" (vgl. DEUTSCHER BUNDESTAG 2002 sowie BMFSFJ 2012).

Bürgerschaftliches Engagement

- ist freiwillige Mitverantwortung im und für den öffentlichen Raum;
- ist nicht auf materiellen Gewinn gerichtet;
- ist gemeinwohlorientiert;
- wird in der Regel gemeinschaftlich bzw. kooperativ erbracht;
- drückt sich in kontinuierlichen Leistungen aus und
- ist Struktur bildend, d. h. setzt wichtige Impulse für das gesellschaftliche Miteinander.

Dabei ist selbstverständlich zu erwähnen, dass die Motive für das Engagement von Individuen in diesem Kontext keinesfalls nur altruistisch sein müssen, sondern unter anderem etwa auch in der Absicht bestehen können, sich durch gute Arbeit zu bestätigen (Leistungsmotiv), soziale Kontakte zu knüpfen (Anschlussmo-

Tabelle 1: Schematische Übersicht der Arbeitsschritte (Eigene Darstellung)

		Hauptarbeitsschritte	Begleitende Arbeitsschritte
AP 1	Vorlauf	Auswahl der sechs Kooperationskommunen	Durchführung eines Auftaktworkshops
		Charakterisierung der Kommunen	
AP 2a bis c	Erhebung der empirischen Daten/ Feldphase	Durchführung der Haushaltsbefragung	Entwicklung von Fragebögen für die Haushaltsbefragung
		Statistische Auswertung der Befragung und Aufarbeitung der Ergebnisse zu Informationsblättern	Entwicklung eines Leitfadens für die KMU-Interviews
		Durchführung der Telefoninterviews mit KMU	
		Qualitative Auswertung der KMU-Interviews	Entwickelung eines Leitfadens für Schlüsselinterviews; Besichtigung guter Beispielprojekte
		Durchführung der Schlüsselinterviews und Besichtigung guter Beispielprojekte	
		Qualitative Auswertung der Schlüsselinterviews	Entwicklung eines Leitfadens für die Befragung von Freiwilligenagenturen
		Durchführung der Telefoninterviews mit Vertretern von Freiwilligenagenturen	
		Qualitative Auswertung der Telefoninterviews	
AP 3 & 4	Rückschlüsse	Zusammenführen und Diskussion der Ergebnisse	Durchführung eines Workshops zum Thema „Strukturen von Engagement"
		Ableiten von Handlungsempfehlungen	
AP 5	Bericht	Aufarbeiten der Ergebnisse zu einer Handreichung für Kommunen/ zu einem Abschlussbericht	Vorstellung der Ergebnisse auf Tagungen, Seminaren, Workshops u. Ä.

tiv) oder Einfluss auf die Gestaltung von Situationen und das Wirken anderer Menschen haben zu wollen (Machtmotiv) (vgl. WEITKAMP 2014).

Vor dem Hintergrund dieses theoretisch-konzeptionellen Diskussionstandes und der knapp skizzierten gesellschaftspolitischen Situation wurden im Rahmen des Forschungsprojektes zunächst empirische Studien zum bürgerschaftlichen Engagement in ausgewählten ländlichen Kommunen Niedersachsens mit Fokus auf den Beitrag zur Um- und Nachnutzung markanter Gebäude durchgeführt.

Erkenntnisse aus empirischen Teilstudien

In dem bereits beschriebenen Forschungsprojekt sind verschiedene empirische Methoden zur Erhebung von Daten zum Tragen gekommen, deren wichtigste Erkenntnisse im Folgenden zusammengefasst kurz dargestellt werden. Neben einer Haushaltsbefragung in den sechs beteiligten Kommunen wurden Telefoninterviews mit ansässigen klein- und mittelständischen Unternehmen sowie Interviews mit Schlüsselakteuren erfolgreich umgesetzter Engagementprojekte durchgeführt. Um die Ergebnisse zu validieren und weitere Fachkenntnisse einfließen zu lassen, wurden zudem Workshops mit verschiedenen Themen- und Fragestellungen durchgeführt. Tabelle 1 veranschaulicht die Vorgehensweise und die verwendeten Methoden.

Haushaltsbefragung in den Untersuchungsregionen

Um die generelle Engagementbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger sowie die Beweggründe, die hinter einem Engagement stehen, zu untersuchen, wurde eine schriftliche Haushaltsbefragung in den sechs niedersächsischen Kooperationskommunen Eisdorf (Ortsteil der Gemeinde Bad Grund (Harz) / Landkreis Göttingen), Leiferde (Landkreis Gifhorn), Löningen (Landkreis Cloppenburg) in der Region Hasetal, Ovelgönne (Landkreis Wesermarsch) sowie Bunde und Weener (beide Landkreis Leer) durchgeführt. Im Rahmen der Vollerhebung in allen Haushalten wurden insgesamt rund 15.000 Haushalte befragt und mit 1.495 vollständig ausgefüllten Fragebögen eine durchschnittliche Rücklaufquote von knapp zehn Prozent erreicht (vgl. Tab. 2). Es wurden dabei unter anderem Fragen zur Bindung an den Wohnort, zum Zusammenhalt der Dorfgemeinschaft sowie dem persönlichen Engagement gestellt, um Schlussfolgerungen für ein Engagement zur Um- und Wiedernutzung markanter Gebäude ableiten zu können. Daneben wurde die Rolle der Kommunen im Bereich der Enagagemtinitiierung untersucht und aufbauend auf diesen Erkenntnissen geprüft, welche Konsequenzen sich daraus für die öffentliche Hand ableiten lassen.

Tabelle 2: Rückläufe der schriftlichen Haushaltsbefragung in den einzelnen Kooperationskommunen (Eigene Darstellung).

Eisdorf	Leiferde	Löningen	Ovelgönne	Bunde	Weener	Gesamt
23,3%	5,1%	7,3%	17,3%	11,0%	8,0%	9,4%

Ergebnisse

Die Mehrzahl der antwortenden Personen gibt an, sich zum Zeitpunkt der Befragung bereits bürgerschaftlich vor Ort zu engagieren. In der Regel sind die am Ort aufgewachsenen Antwortenden am stärksten engagiert; nichtsdestotrotz ist festzustellen, dass zugezogene Personen ebenfalls sehr engagiert sind. Die beliebtesten Bereiche für ein Engagement sind Sport und Bewegung, Heimatvereine, Ortsentwicklung sowie Freizeit und Geselligkeit. Auch Tätigkeiten im Bereich der Schulen oder Kinderbetreuung werden häufig genannt. Das Engagement manifestiert sich in erster Linie durch Zeitaufwand und Arbeitskraft. Auch spielt der Bedarf, sich zu verwirklichen eine große Rolle. Viele der antwortenden Personen verstehen sich als Ideengeber, um Projekte oder Maßnahmen mit ihrem Wissen zu bereichern. Überwiegend erfolgt die Motivation für das Engagement über Vereine und Organisationen, Freunde oder Bekannte und die Familie (STEFFENHAGEN & WEITKAMP 2015; WEITKAMP et al. 2015).

Telefonbefragung von kleinen und mittleren Unternehmen

Zusätzliche Erkenntnisse über unternehmerisches Engagement im Sinne von Corporate Social Responsibility (CSR) wurden

in den sechs Kooperationskommunen in Form von Telefoninterviews mit kleinen und mittleren Unternehmen gewonnen. Ziel war u.a. die Identifizierung von Möglichkeiten zur Unterstützung von Um- und Wiedernutzungprojekten markanter Gebäude. Es liegen Ergebnisse aus 19 Interviews (13 Kleinst-, 4 Klein- und 2 mittelständische Unternehmen) vor, die überwiegend der Handwerksbranche, gefolgt von Handel, Dienstleistungen und Landwirtschaft, zuzuordnen sind (DANIELZYK et al. 2017).

Ergebnisse

Die meist inhabergeführten Familienbetriebe verfügen über eine Verbundenheit zum Standort und bringen diese auch über ein entsprechendes unternehmerisches Engagement in der Kommune zum Ausdruck. 18 der 19 befragten Unternehmen sind lokal bzw. regional in den klassischen Bereichen wie Sport und Bewegung, Freizeit und Geselligkeit, Kinder und Jugend sowie im Bereich Soziales aktiv. Überwiegend bringen sie Sachleistungen und Material sowie Zeit und Ideen ein, welche durchaus auch zur Behebung von Leerständen genutzt werden können. Des Weiteren bringen sie ihre Unterstützung durch das Sponsoring bestimmter Aktivitäten und Projekte zum Ausdruck.

Interviews mit Schlüsselakteuren und Praxisbeispiele

Anhand der Untersuchung von 13 erfolgreich umgesetzten Praxisbeispielen für bürgerschaftliche Engagementprojekte im Bereich der Umnutzung von Gebäuden konnten weitere fördernde und hemmende Faktoren für ein Engagement aufgedeckt werden. In entsprechenden Schlüsselinterviews mit Vereinsvorsitzenden und anderen engagierten „Persönlichkeiten“ wurden gezielt Informationen zur Ansprache von Akteuren und der konkreten Projektumsetzung gesammelt.

Ergebnisse

Die Interviews mit den Schlüsselpersonen haben gezeigt, dass Persönlichkeiten mit Zukunftsvisionen und Führungsqualitäten für eine erfolgreiche Projektarbeit hilfreich sind, da sie die Projekte entscheidend voranbringen können. Solche „Leitwölfe“ oder „Kümmerer“ unterstützen die Gemeinschaft und stärken den Zusammenhalt einer Gruppe zusätzlich (WEITKAMP et al. 2015). Die Kommune spielt eine wichtige Rolle im Kommunikationsprozess und kann insbesondere im Bereich der Um- oder Nachnutzung von Gebäuden zudem dabei helfen, Grundstücke bereitzustellen und erforderliche Genehmigungen zu erteilen.

Workshops

Um die gewonnenen Erkenntnisse zu validieren und um eine Plattform zum Austausch und Wissenstransfer zwischen niedersächsischen Dörfern, aber auch zwischen Akteuren unterschiedlicher Institutionen und Planungsebenen zu bieten, wurden zwei Workshops (2012 und 2013) durchgeführt. Mit jeweils rund 50 Akteuren aus Verwaltung und Politik, Regionalmanagement, Landentwicklungsverwaltung sowie Bürgergruppen/-initiativen wurden verschiedene Themenbereiche intensiv diskutiert sowie Erfahrungen im Engagementbereich generell und insbesondere im Bereich der Umnutzung von Gebäuden ausgetauscht.

Ergebnisse

Im ersten Workshop wurden Fragen zur Entwicklung ländlicher Räume und Motivationen bzw. Beweggründe zum Engagement sowie Hemmnisse und Rahmenbedingungen für Enga-



Bioscheune | Leiferde



Kinomuseum | Löningen

2



Hofstelle | Oberlangen



Arztpraxis | Resse



Backhaus | Löningen-Böen



Gasthof | Ovelgönne

gement behandelt (Abb. 3). Im Rahmen des zweiten Workshops standen hingegen Fragen zum Grad der Eigenverantwortung und der passenden Organisationsform im Fokus. In den Diskussionen mit den Experten und Engagierten wurde vermehrt die Wichtigkeit eines „Leitwolfes" in den Vordergrund gestellt, der sich mit dem Projekt identifiziert und zudem andere Engagierte dafür begeistern kann. Hinsichtlich der Organisationsformen wurde konstatiert, dass es jeweils abhängig vom Projekt und der Gruppenkonstellation ist, ob und welche Organisationsform gewählt wird.

Empfehlungen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements

Basierend auf den Erkenntnissen der empirischen Teiluntersuchungen können Handlungsbedarfe identifiziert werden, um bürgerschaftliches Engagement (für Umnutzungen) von kommunaler Seite zu befördern. Die Ergebnisse wurden in Form von Handlungsempfehlungen im Rahmen einer detaillierten Broschüre aufgearbeitet und sollen helfen, bürgerschaftliches Engagement für Umnutzungen zur fördern und für eine nachhaltige Ortsentwicklung zu nutzen (DANIELZYK et al. 2014).

Es lassen sich zunächst allgemeine Rahmenbedingungen festhalten, die sowohl von Seiten der lokalen Politik und Verwaltung als auch von Seiten der engagierten Bürgerschaft berücksichtigt werden sollten, da sie wesentlich zum Gelingen eines Projektes beitragen können.

Grundsätzlich müssen Politik und Verwaltung als aktivierende und ermöglichende Partner auftreten, die die Aktivitäten von Freiwilligen (z. B. Bürgern, Initiativen, Vereinen, Unternehmen) unterstützen. Durch den Ausbau der Kooperation von Verwaltung, Lokalpolitik, zivilgesellschaftlichen Akteuren und Unternehmen vor Ort können sowohl lokales Wissen als auch Fähigkeiten genutzt werden und dem Gemeinwohl zu Gute kommen (LÜBKING 2011: 11 f.).

Außerdem müssen veränderte gesellschaftliche Strukturen, wie differenzierte Beschäftigungsverhältnisse und Erwerbsverläufe, im Rahmen der Engagementförderung berücksichtigt werden. Das macht ein Überdenken bestehender Engagementstrukturen unumgänglich. Es werden demnach Strukturen benötigt, die einer Ausfächerung der Lebensstile und Motivationslagen gerecht werden.

Eine weitere grundlegende Änderung im heutigen Engagementverhalten ist, dass die Motivationen sich gewandelt haben und der Wunsch nach Selbstverwirklichung und Selbstentfaltung zunehmend an Bedeutung gewinnt. In der Regel wird sich nicht mehr derart aufopferungsvoll und selbstlos eingesetzt, wie es früher üblich war (BRAUERS 2009: 16). Galt Engagement einst als eine Laientätigkeit, die auf einem spezifischem Interesse basierte, so soll es heute auch u. a. zur beruflichen Qualifikation beitragen und die Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern.

Vor diesem Hintergrund spielen insbesondere die jüngeren und jungen Menschen eine besondere Rolle. Durch verschiedenste Formen der Leistungsverdichtung und Verengungen von Bildungskonzepten (z. B. Abitur nach 12 Jahren) wird dieser Personengruppe immer weniger Raum für freiwilliges Engagement gelassen (BBE 2012: 8). Aus diesem Grund ist es notwendig, dass Bildungsinstitutionen beteiligungsfreundlicher werden (LÜBKING 2011: 19). Das kann beispielsweise heißen, dass bei der Konzeption von Ganztagsangeboten gezielt Freiräume für Engagement gelassen werden, sodass ein soziales Lernen für junge Menschen ermöglicht wird (BBE 2012: 8). Des Weiteren sollten ältere Menschen in der Gesellschaft besser wahrgenommen und unterstützt werden: Aufgrund allgemein verbesserter Gesundheitszustände sind Ältere noch länger handlungsfähig und können auch Verantwortung übernehmen (BERLIN-INSTITUT 2011: 139). Werden ältere Menschen als soziale Ressource und Potenzial betrachtet, müssen ihnen Wege zur Selbst- und Mit-

3



verantwortung im öffentlichen Raum eröffnet werden (LÜBKING 2011: 19).

Speziell auf die Umnutzung gerichtete Handlungsbedarfe

Durch den Projektfokus auf dem Thema der Umnutzung von leerstehenden Gebäuden als Impulsgeber für eine nachhaltige Ortsentwicklung lassen sich gezielte Handlungsbedarfe für dieses Themenfeld identifizieren (Abb. 4). Nichtsdestotrotz sind einzelne Empfehlungen grundsätzlicher Art und damit übertragbar auch auf andere Bereiche.

Leerstände erfassen und verstehen

Die Erstellung und Nutzung eines lokalen Leerstandskatasters ist notwendig, um die aktuellen und zukünftigen Entwicklungen realistisch einschätzen zu können. Des Weiteren ist es hilfreich, die leerstehenden Objekte gezielt zu bewerben und Vorurteile gegenüber Altbauten abzubauen. In einzelnen Kommunen hat dies beispielsweise zur Initiierung von Programmen wie „Jung kauft alt" geführt.

Persönlichkeit(en) identifizieren

Das Vorhandensein engagierter Führungspersönlichkeiten im Sinne eines „Leitwolfes" oder eines „Kümmerers" kann Prozessverläufe erleichtern und ist grundsätzlich hilfreich für einen erfolgreichen Projektverlauf. Die Persönlichkeit ist Ansprechpartner in allen Fragen, erledigt Formalitäten sowie Verwaltungsgänge und sorgt für eine mediale Aufmerksamkeit im Rahmen des Projektes. Solche Persönlichkeiten gilt es vor Ort zu identifizieren und für die Thematik der Umnutzung bzw. ein konkretes Umnutzungsprojekt zu motivieren.

Engagement anerkennen und wertschätzen

Den bereits engagierten Personen sowie den potenziell engagierten Personen muss deutlich gemacht werden, dass ihr Einsatz gebraucht und vor allem auch gewollt ist. Dazu zählt, dass die Aktivitäten innerhalb der Kommune anerkannt werden. Dies kann einerseits über materielle Anreize erfolgen, wie beispielsweise Vergünstigungen oder Aufwandsentschädigungen. Andererseits leisten auch ideelle Formen der Wertschätzung (öffentliche Sichtbarkeit, Berichterstattung, etc.) einen wichtigen Beitrag zur Ausbildung einer Kultur der Anerkennung.

Informationen zu Finanzen & Förderung bereitstellen / Koordinierungsstellen unterstützen

Insbesondere im Bereich der Umnutzung spielt die Finanzierung und damit die Beschaffung von Fördergeldern eine bedeutende Rolle, da i. d. R. zumindest phasenweise größere Finanzsummen notwendig sind. Aus diesem Grund ist es erforderlich die engagementbereiten Gruppen und Personen in ihren Anliegen zu unterstützen, ihnen ausreichend Informationen über Förderwege und -möglichkeiten zu geben und beim Antragsschreiben fachkundig zu begleiten. Dazu sind kompetente Anlauf- und Informationsstellen notwendig, mit Hilfe derer sich engagierte sowie potenziell engagierte Personen informieren können, wo und in welcher Form Unterstützung durch Freiwillige benötigt wird. Über Plattformen, mobile Dienstleistungen oder Beratungsstunden im Rathaus können Netzwerke aus engagierten Personen und Vereinen, Organisationen und Unternehmen geschaffen werden.



4

Ortsübergreifende Projektkooperationen fördern

Um die Umnutzung hemmende Aspekte von Beginn an zu umgehen und förderliche Aspekte zu nutzen, kann es hilfreich sein, Referenzprojekte in den Nachbarorten zu besichtigen und sich auf diesem Wege über bereits durchgeführte Umnutzungsprojekte zu informieren. Außerdem kann es nützlich sein, eine für ein Umnutzungsprojekt verantwortliche „Persönlichkeit" als Referenten einzuladen und sich mit dieser Person intensiv auszutauschen. Oft ergeben sich daraus bereits wichtige Erkenntnisse und Kontakte für das eigene, in Planung befindliche Umnutzungsprojekt.

Fazit

In den sechs untersuchten Kooperationskommunen konnte ein bereits hohes Engagement und zusätzliches Potenzial in Form engagementbereiter Personen aufgedeckt werden. Anhand der Untersuchungen wurde sehr deutlich, dass es nicht den einen „Typ" gibt, der sich engagiert und den „Typ", der sich nicht engagiert. Oft hängt es von der individuellen Persönlichkeit und weniger von äußeren Einflussfaktoren ab, ob sich jemand letztlich engagiert oder nicht. Eine Charakterisierung anhand von Parametern ist daher nur schwer oder kaum möglich, was wiederum eine gezielte Förderung von Engagement zusätzlich behindert. Nichtsdestotrotz sind sowohl Verwaltung und Politik als auch die engagierte Bevölkerung und die entsprechenden Organisationen und Vereine gefragt, um ein gemeinsames Miteinander zu befördern.

Gemeinden, die Engagierte für die Dorfentwicklung und insbesondere für Umnutzungen aktivieren wollen, sollten über etablierte Strukturen für ein Engagement werben, da häufig Gute-Praxis-Beispiele oder ein Problembewusstsein für die jeweilige Thematik allein nicht ausreichen, um ein Engagement in diesen Bereichen zu erzeugen. Über Vereine oder Familien bzw. entsprechende „Kümmerer" erscheint die Ansprache von Interessierten erfolgsversprechender, denn Faktoren, wie Gemeinschaftlichkeit oder Gruppenzugehörigkeit, können sich motivierend auf persönliche Entscheidungen auswirken.

In Gemeinden mit höherem Leidensdruck ist ein tendenziell größeres Engagement erkennbar, da sich Personen häufig aus Vermeidungsmotiven engagieren; das identifizierte Problem soll beseitigt oder vermindert werden. Hier ist es allerdings wichtig, dennoch Erfolge aufzuzeigen. Obwohl dies in einem defizitären Umfeld schwierig ist, ist entscheidend den Erfolg kenntlich zu machen, Fortschritte aufzuzeigen und das Engagement wertzuschätzen – hierzu sind einerseits die Gemeinde selbst als auch anderseits das Umfeld der Engagierten aufgefordert. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Engagement eine bestimmte Wertschätzung erfahren muss: Es will gesehen werden! Welche Person diese Wertschätzung aussprechen sollte, kann von Engagiertem zu Engagiertem unterschiedlich sein. Für manche reicht die Wertschätzung aus Familie und Freundeskreis, während andere die Beachtung durch eine repräsentative Ebene, z. B. durch den/die BürgermeisterIn, erwarten.

Die skizzierten Handlungsbedarfe zeigen verschiedenste Ansatzpunkte auf, um Projekte und Maßnahmen erfolgreich umzusetzen, bürgerschaftliches Engagement zu befördern und damit langfristig auf lokaler Ebene zu verankern.

Abbildungen:
1: Karte zur Bevölkerungsentwicklung 2015 in den niedersächsischen Kreisen (Landesamt für Statistik Niedersachsen)
2: Gute-Praxisbeispiele für bürgerschaftliches Engagement (Klein/Lange, LUH)
3: Teilergebnisse des Workshops zur Frage nach der Motivation für bürgerschaftliches Engagement (Eigene Darstellung)
4: Themenfelder der Empfehlungen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements (Eigene Darstellung)

---

1. Im Forschungsprojekt wurden Rahmenbedingungen, Motivationen sowie Hemmnisse für bürgerschaftliches und auch unternehmerisches Engagement im Bereich der Umnutzung von Gebäuden in ländlichen Räumen untersucht. Das Forschungsprojekt wurde an der Leibniz Universität Hannover gemeinsam vom Geodätischen Institut und dem Institut für Umweltplanung bearbeitet. Dabei wurde mit sechs niedersächsischen Kommunen („Fallstudien") kooperiert.

Rainer Danielzyk



Prof. Dr. Rainer Danielzyk ist Generalsekretär und Leiter der Geschäftsstelle der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), Leibniz-Forum für Raumwissenschaften, Hannover und hat eine Universitätsprofessor für Landesplanung und Raumforschung an der Leibniz-Universität Hannover, Fakultät Architektur und Landschaft, Institut für Umweltplanung, Abteilung Raumordnung und Regionalentwicklung inne. Seine aktuellen Forschungsschwerpunkte liegen in der Raumordnung, der Theorie und Empirie der Stadt- und Regionalentwicklung, in regionalen Entwicklungsstrategien sowie Planungstheorien/-kulturen.

Linda Lange



Linda Lange, M.Sc., ist studierte Umweltplanerin und als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Umweltplanung der Leibniz Universität Hannover tätig. Ihre thematischen Schwerpunkte liegen in der Entwicklung ländlicher Räume, im bürgerschaftlichen Engagement sowie in der Multilokalitätsforschung. Derzeit promoviert sie zu dem Thema: Multilokalität in ländlich geprägten Räumen Niedersachsens.

Pia Steffenhagen-Koch



Dr. Pia Steffenhagen-Koch ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Umweltplanung der Leibniz Universität Hannover. Ihr Diplomstudium der Umweltwissenschaften absolvierte sie an der Hochschule Vechta. An der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg promovierte sie zum gesellschaftlichen Engagement von Unternehmen vor dem Hintergrund der Problematik staatlich reduzierter Förderung für Umwelt- und Naturschutzverbände.

Quellenverzeichnis:

BBE - BUNDESNETZWERK BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT (Hrsg.) (2012): Engagementstrategie der 44. Sitzung des Arbeitskreises Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat. Protokoll bei der Friedrich-Ebert-Stiftung am 25. November 2011.

BERLIN-INSTITUT FÜR BEVÖLKERUNG UND ENTWICKLUNG (Hrsg.) (2011): Die demografische Lage der Nation. Was freiwilliges Engagement für die Region leistet. Berlin.

BMFSFJ - BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (Hrsg.) (2012): Erster Engagementbericht 2012 - Für eine Kultur der Mitverantwortung - Zentrale Ergebnisse - Engagementmonitor 2012. Berlin.

BRAUERS, S. (2009): Engagement entsteht nicht im luftleeren Raum. LandInForm, Magazin für Ländliche Räume, H. 1: 16.

DANIELZYK et al. - DANIELZYK, R., VOß, W., STEFFENHAGEN, P., WEITKAMP, A., FUNKE, L. & KLEIN, I. M. (2014). Engagement für Umnutzungen als Impulsgeber für ländliche Räume in Niedersachsen. Handlungsempfehlungen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagement für Umnutzungen. Hrsg.: Leibniz Universität Hannover, Geodätisches Institut und Institut für Umweltplanung. Hannover.

DANIELZYK et al. - DANIELZYK, R.; KLEIN, I.; LANGE, L.; STEFFENHAGEN-KOCH, P.; VOß, W. & WEITKAMP, A. (2017): Zur Rolle von kleinen und mittleren Unternehmen in ländlichen Räumen Niedersachsens. In: Albers, H.-H. & Hartenstein, F. (Hrsg.): CSR und Stadtentwicklung. Unternehmen als Partner für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Berlin / Heidelberg: Springer Gabler.

DEUTSCHER BUNDESTAG (Hrsg.) (2002): Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements". Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. BT-Drucksache 14/8900.

HENKEL, G. (2016): Rettet das Dorf! Was jetzt zu tun ist. München: dtv Sachbuch.

LÜBKING, U. (2011): Die Notwendigkeit kommunaler Engagementförderung. In: Klein, A.; Fuchs, P. & Flohé, A. (Hrsg.): Handbuch Kommunale Engagementförderung im sozialen Bereich. Berlin: 11-24.

OLK, T. & HARTNUß, B. (2011): Bürgerschaftliches Engagement. In: Olk, T. & Hartnuß, B. (Hrsg.): Handbuch Bürgerschaftliches Engagement. 1. Aufl., Weinheim / Basel: Juventa-Verlag: 145-161.

PROGNOS AG; AMB GENERALI HOLDING AG; GENERALI ZUKUNFTSFONDS (Hrsg.) (2015): Engagementatlas 2015. Aachen. Online verfügbar unter https://zukunftsfonds.generali-deutschland.de/wissen/2015-engagementatlas/, zuletzt geprüft am 08.02.2017.

STEFFENHAGEN, P. & WEITKAMP, A. (2015): Perspektive „Leerstand" im Dorf – Möglichkeiten zum Einsatz zivilgesellschaftlichen Engagements. In: Wissenschaftliche Gesellschaft zum Studium Niedersachsens e.V. (Hrsg.): Neues Archiv für Niedersachsen 01/2015. Zivilgesellschaft und Bürgerliches Engagement. Kiel / Hamburg: Wachholtz Verlag GmbH: 70-81.

WEITKAMP et al. - WEITKAMP, A.; STEFFENHAGEN, P.; FUNKE, L. & KLEIN, I. (2015): Key Actor, Organisator, Führungspersönlichkeit: Wer ist die Person hinter dem dörflichen Engagement? In: zfv – Zeitschrift für Geodäsie, Geoinformation und Landmanagement. 140 (1): 44-51.

WEITKAMP, A. (2014): Warum engagieren sich BürgerInnen in ländlichen Räumen? Motive, Aktivierungspotential und Hinderungsgründe, In: Flächenmanagement und Bodenordnung, 76 (04): 166-176.

Neulandgewinner – Zukunft erfinden vor Ort oder vom Leerstand zum ‚Transformator'

Siri Frech
Urban catalyst, Berlin

Der ländliche Raum Ostdeutschlands

Mestlin ist ein 730-Seelen-Dorf an der Kreuzung der B392 mit der L16 östlich von Schwerin. Man fährt schnell dran vorbei. Biegt man aber von der Landstraße in die lockere Dorfbebauung ab, steht man unversehens vor einem überdimensionalen Kulturhaus. Eine der drei größten Bühnen Mecklenburg-Vorpommerns befindet sich darin. Das Kulturhaus liegt direkt am Marx-Engels-Platz und drumherum stehen ein Rathaus, eine Grundschule, eine Ladenzeile und ein Landambulatorium. Auch Wohnhäuser findet man im selben Stil. In Mestlin befindet sich das einzige sozialistische Musterdorf der DDR. Das Kulturhaus war über Jahrzehnte der Lebensmittelpunkt der Mestliner. Hier fanden Jugendweihen, Hochzeiten und Trauerfeiern statt. Mit dem Mauerfall und dem darauffolgenden ökonomischen und politischen Umbruch fiel auch das bestehende gesellschaftliche Leben in Mestlin in sich zusammen. Das Musterdorf interessierte niemanden mehr. Nach einigen Umnutzungsversuchen stand dann auch das viel zu große Kulturhaus die meiste Zeit leer und verfiel. Eine Umbruchsgeschichte von vielen ähnlichen in Ostdeutschland. Die Leerstände sind die auffälligsten Zeichen eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels.

Als Mentorin für das Neulandgewinnerprogramm (siehe unten) begleite ich einige Projekte, die eine Wiederbelebung solcher Leerstände umsetzen. Wir sprechen mit den Teams häufig darüber, wie notwendig eine tiefgreifende gesellschaftliche Transformation sei. Das sind keine Reparaturgedanken. Die Notwendigkeit, die Gesellschaft neu mitzugestalten, ist deutlich zu spüren und sie ist der Antrieb für viele Menschen lokal, vor ihrer Haustür damit anzufangen. Eingebettet sind diese dörflichen oder kleinstädtischen Transformationen in eine Produktionslandschaft der globalen Agrarindustrie. Die Erträge der Äcker steigen kontinuierlich, wie auch die Bodenpreise, der an den Börsen gehandelten Ackerböden. Zudem wurde an vielen Orten mit der Windkraft eine zweite Ertragsebene über den Äckern etabliert. Es ist eine hochproduktive Landschaft, deren Erträge jedoch zu großen Teilen an weit entfernte Agrarkonzerne fließen. Diese Entwicklung hat mittlerweile fast flächendeckend zu einer radikalen Trennung zwischen den oben beschriebenen sozialen Strukturen im Umbruch und der Landwirtschaft geführt. Keine vielversprechende Basis für eine zukünftige Entwicklung des ländlichen Raumes in Ostdeutschland.

Neulandgewinner – Zukunft erfinden vor Ort

Die Robert-Bosch-Stiftung erkannte dies und schrieb 2012 zum ersten Mal im Rahmen der Programms „Neulandgewinner - Zukunft erfinden vor Ort" (www.neulandgewinner.de) eine Förderung für innovative gemeinnützige Projekte im ländlichen Raum Ostdeutschlands aus. Es war in der Stiftung jedoch umstritten, ob sich genügend Projekte bewerben werden. Mittlerweile, nach 3 Runden, sind über 1000 Projektanträge eingegangen. 50 Projekte und Neulandgewinner wurden und werden finanziell und durch ein Mentoring- und Veranstaltungsprogramm gefördert. Das Thünen-Institut für Regionalentwicklung eG setzt das Programm für die Robert-Bosch-Stiftung um. Die Neulandgewinner bilden eine sehr heterogene Gruppe. Sie stammen aus Ost- und Westdeutschland oder aus der Nach-Wende-Generation. Es sind Zugezogene, Rückkehrende oder Dagebliebene.

Die Altersspanne reicht von Anfang 30 bis Ende 70 und es ist kein einheitliches Milieu zu erkennen. Was sie aber gemeinsam haben, ist der Antrieb, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und nach Wegen zu mehr Lebensqualität in ihren Orten oder Regionen zu suchen. Sie bringen Projekte auf den Weg, die vielen nützen sollen, investieren sehr viel Kraft und Zeit und stehen für neue gesellschaftliche Werte ein.

So hat sich Claudia Stauß nach der erfolgreichen Verteidigung eines Vogelschutzgebietes gegen Windkraftanlagen an einem Kneipenabend mit den Mitstreitern dazu entschlossen, nun das nächste Projekt anzugehen und das Kulturhaus von Mestlin wieder zu beleben und das sozialistische Musterdorf zu retten.

Tobias Burdukat entschied sich während einer Demo gegen den G8 Gipfel in Heiligendamm dafür, selbst etwas in die Hand zunehmen. Nur demonstrieren wurde ihm zu reaktiv. So entwickelte er in seinem Studium das Konzept „Dorf der Jugend" – ein selbstbestimmter, freier, solidarischer und selbstfinanzierter Raum für junge Menschen. Damit soll langfristig die Gesellschaft mit verändert werden. Damit ging er in seine Heimatstadt Grimma und bot ihr an, zurück zu kommen, wenn er dieses Konzept in der Stadt umsetzen kann. Die Stadt sagte „Ja" und die Diakonie sagte „Ja". Das reichte für den Anfang. Nach zwei Jahren sagte auch der Besitzer einer leerstehenden Spitzenfabrik „Ja". Die Fabrik wird nun zum neuen Jugend-Dorfplatz (Abb. 1).

Danilo Kuscher hatte kein ausgearbeitetes Konzept im Kopf, als er 2006 mit 4 Freunden durch den Zaun des leerstehenden Kühlhauses am Rande von Görlitz stieg. Sie waren irgendwie auf der Suche nach einer Partylocation. Dieses Kühlhaus hatte das Potenzial das Berghain von Görlitz zu werden. Die vielen Möglichkeiten, die das riesige Gebäude und das Gelände drumherum darüber hinaus boten, stachen dann allerdings auch den Partygängern ins Auge. Viel Kultur, viel Sport, viel kreatives Arbeiten schien in den Räumen möglich zu sein. Zwei Jahre brauchten sie, bis sie vor dem holländischen Eigentümer saßen und ihm das Kühlhaus für 30.000 Euro abkaufen wollten. Der Eigentümer wollte jedoch nicht verkaufen. Stattdessen stieg er selbst mit in das Projekt ein. Das Kühlhaus sollte zu einem neuen kulturellen Zenrum in Görlitz werden und die Stadt dadurch



1

2



wieder interessanter für junge Menschen. Es folgten sieben Jahre Eigenleistung und Renovierung mit ein paar vereinzelten eher inoffiziellen Veranstaltungen. 2015 waren endlich die Veranstaltungs- und Werkstatträume fertig, vom Bauamt abgenommen und die Robert-Bosch-Stiftung förderte erste Probeveranstaltungen und Workshops. Für 2017 stehen die Zeichen gut. Das Kühlhaus ist in der Kulturszene von Görlitz, der Oberlausitz und auch Ostdeutschlands etabliert. Der Eigentümer hat weitere Flächen für kreativen Wohn- und Arbeitsraum dazu gekauft. Durch einen alternativen Stadtplan, der durch das Kühlhaus entstanden ist, hat die Stadtverwaltung das Potenzial Görlitz' auch für junge Menschen erkannt. Für Danilo und den inneren Kern ist das Kühlhaus mittlerweile vom Projekt zum Lebensraum geworden.

Lokale Transformationen

Alle drei Projekte verbindet, dass sie große, leerstehende Gebäude reaktivieren und neue, soziale und kulturelle Nutzungen schaffen. Die Themenspanne der Neulandgewinner-Projekte umfasst jedoch noch wesentlich mehr. Sie reicht von alternativen landwirtschaftlichen Konzepten, über Mobilitäts- sowie Kultur- und Bildungsprojekte, den klassischen Dorfladen bis hin zu Erprobung von Schülergeld. Die drei Leerstandsprojekte zeigen dabei deutlich, dass der Verlauf und die Dauer eines angestoßenen Projektes häufig nicht zu überblicken sind. Ein Ende ist bei allen drei Projekten nicht in Sicht. Der unmittelbare Wert der Unternehmung liegt also nicht in der Vollendung, sondern im Beginnen. Den Mut zu haben, etwas anzustoßen, von dessen Ziel man nur eine vage, aber starke Vorstellung hat. Dadurch entsteht ein Sog, der viele Menschen nicht mehr loslässt. Die Nutzungskonzepte, die sich im Laufe der Zeit für die Gebäude entwickelt haben, unterscheiden sich dabei nicht stark von einander. Bühnen werden gebaut, Werkstatt- und Probenräume eingeräumt, vielleicht eine Skatehalle gezimmert. Ziemlich sicher ist ein zumindest temporär geöffnetes Café oder ähnliches als sozialer Treffpunkt und Einnahmequelle dabei. Der Nutzungskanon von Leerstandsprojekten ist überschaubar. Das zeigen auch andere Projekte, die ich begleitet habe, wie zum Beispiel das Forschungsprojekt „Jugend belebt Leerstand" (BMVBS, 2013), in

dem junge Teams selbstbestimmte Orte in Leerständen schafften. In der Wahl der Nutzungen liegt also selten die Kreativität der Projekte. Die eigentliche Innovationskraft liegt viel mehr im Prozess des Anstoßes und der Umsetzung. Wie bringe ich meine Idee in die Welt bzw. ins Dorf? Wer ist mit wem und wann was zu tun bereit? Wie entsteht ein stabiles Kernteam und wen braucht es darin? Wie können Mitstreiter eingebunden werden? Wie kann auch mit wenig Geld viel bewirkt werden? Welche Kommunikations- und Partizipationsmöglichkeiten braucht das Dorf? Wie Allianzen schmieden? Der Prozess ist das Experimentelle. Er ist meistens nicht kopierbar und lässt eine lokale Exklusivität entstehen. In Mestlin liegt ein starker Fokus auf der politischen Diskussion zum Umgang mit kulturellem Erbe. Wie ist die Verantwortung zu verteilen? Parallel werden eine schrittweise und sehr langsame Reaktivierung des Kulturhauses und die Einbindung der Bevölkerung umgesetzt. In Grimma prägt die aktive Kooperation mit der Stadtverwaltung das Projekt und die starke Vision eines einzelnen Menschen. In Görlitz ging das Team einen entgegengesetzten Weg: Hier arbeiteten sie jahrelang mehr oder weniger im Verborgenen und sehr autark. Hauptunterstützer war der Eigentümer. Durch das sehr spezifische Ermitteln von konkreten Problemkonstellationen, das Identifizieren von lokalen Ressourcen und das Schaffen von neuen Partnerschaften entstehen neue, lokale Möglichkeitsräume. Sie führen zu aktivem, transformativen Handeln. Ganz im Sinne des Hauptgutachtens des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU, 2011) und der darin beschriebenen Rolle der „Pioniere des Wandels“.

Diese Pioniere wirken auf unterschiedlichen Ebenen und schaffen dort neue Handlungsmöglichkeiten – auch für andere. Drei Ebenen möchte ich hier hervorheben:

Produktiver Raum

Durch die Reaktivierung von Leerständen werden ungenutzte Räume wieder als „Produzenten“ reaktiviert. Sie werden auf unterschiedliche Weise wieder in Wertschöpfungsketten und Kreisläufe eingebunden. Die neuen Räume sind jedoch nicht nur Produktionsort für Kultur, Kaffee oder Fahrräder, sondern in ihnen entsteht Lebensqualität und damit Wohlstand. Die Situation vor Ort wird direkt und aktiv verbessert. Der Raum selbst wirkt in diesem Prozess häufig als Motivator. Die Aussicht auf selbstbestimmte Räume setzt sehr viel Energie frei. Neue, nutzbare Räume bedeuten neue Möglichkeiten. „Ich bin hier, weil hier Platz für meine Ideen ist.“ Die Aktivierung der Räume selbst erfolgt häufig schrittweise und sehr dynamisch. Häufig auch mit Rückschlägen oder Sackgassen. Ohne Experimente ist der machbare Weg nicht zu finden. Durch diese Schritt-für-Schritt-Strategie entstehen auch häufig ungeahnte Finanzierungskonzepte oder es werden neue Nutzergruppen entdeckt.

Neue Gemeinschaftlichkeit

Dies leitet über zur nächsten wichtigen Ebene – der Herstellung von Gemeinschaftlichkeit, durch die gemeinsame Nutzung eben dieser Räume bzw. den Prozess, der zu deren Wiederbelebung notwendig war. Dadurch, dass sehr viele Neulandgewinnerprojekte „von unten“ entwickelt werden, brauchen sie viele Allianzen und Kommunikation. Gemeinsame, langfristige Visionen müssen entwickelt und gemeinsam getragen werden. Dabei werden häufig wichtige, inhaltliche Debatten angestoßen. Die Projekte schaffen die Möglichkeit, gesellschaftliche Werte zu erproben und zu stärken. Da solche Projekte fast nie von wenigen Menschen umgesetzt werden können, fördern sie sehr stark das kooperative Handeln.

Dabei ist die aktive Einbindung nicht unbedingt die einzige Weise, durch die Gemeinschaftlichkeit einsteht. Am Ende ist das ganze Dorf stolz auf das neue, alte Kulturhaus. Eine neue, gemeinsame Identität entsteht.



3

Gestärkte Handlungsfähigkeit

Die dritte Ebene ist die Wiedererlangung bzw. Stärkung von Handlungsfähigkeit. Und dies auf mehreren Ebenen, der räumlichen, der gesellschaftlichen, der ökonomischen und nicht zuletzt der politischen, auf der viele Neulandgewinner auch längerfristig aktiv sind. In vielen Projekten ist zu beobachten, dass Engagement neues Engagement entstehen lässt. Es scheint ansteckend zu sein. Zudem hat sich gezeigt, dass Neulandgewinner, durch ihre Erfahrung mit schwierigen und herausfordernden Situationen, sehr häufig bei neuen, regionalen oder lokalen Herausforderungen wie zum Beispiel der Integration von Geflüchteten um Hilfe gebeten werden. Sie haben gelernt Probleme aktiv und im Bereich des zurzeit Machbaren anzugehen und scheuen sich nicht vor ungewöhnlichen Lösungen.

Ein Netzwerk bauen

Damit diese lokalen Experten ihre Erfahrungen weitergeben können und sich gegenseitig unterstützen, ist ein weiteres Programmziel, ein Netzwerk zwischen den Projekten zu spinnen. Wir wollen eine Neulandgewinnerbewegung schaffen. Eine starke Gruppe von Menschen, die aktiv Gesellschaft selber bauen, die sich kennen, austauschen, unterstützen und an die sich auch Projekte von außen wenden können. Ein wichtiges Werkzeug dazu ist das Mentoring, das durch Babette Scurrell, Andreas Willisch und mich durchgeführt wird. Wir begleiten die Projekte über die gesamten zwei Jahre und vernetzen sie aktiv untereinander. Ein weiteres Vernetzungswerkzeug sind die zweimal im Jahr stattfindenden gemeinsamen Werkstätten mit ihren thematischen Schwerpunkten und intensiven inhaltlichen Diskussionen. So entstehen langfristige Verbindungen. Wir sehen in jedem Projekt einen kleinen, essenziellen Betrag zu einer großen gesellschaftlichen Transformation, ganz im Sinne des Nischenansatzes von Grin (Grin et al., 2010). Die Neulandgewinner sind Experten für lokale Transformation und geben ihre Erfahrungen im Buch „Neuland gewinnen. Die Zukunft in Ostdeuschland gestalten“ (Frech et al., 2017) wieder, das im März 2017 erscheinen wird. Wir hoffen, dass es ein weiterer, stärkender Baustein für die Neulandgewinner-Begegung wird.

Siri Frech



Siri Frech arbeitet und forscht seit vielen Jahren im Bereich der Stadt- und Raumentwicklung. Für das Planungsbüro Urban Catalyst leitet sie seit über 10 Jahren Studien und Forschungsprekte im nationalen und internationalen Kontext. Schwerpunkte sind u.a. Schrumpfung, Kreative Nutzungen, junge Menschen in der Stadtentwicklung sowie Entwicklung des ländlichen Raums. Sie studierte Landschaftsplanung an der TU Berlin, Freie Kunst an Kunstschulen in Trier und Berlin und an der ETH Zürich absolvierte sie den Master of Advanced Studies in Landscape Architecture. Seit 2014 begleitet sie das Programm „Neulandgewinner – Zukunft erfinden vor Ort“ der Robert Bosch Stiftung als Mentorin und Beraterin.

Informationen zu den genannten Projekten

Neulandgewinner Tobias Burdukat, Projekt „Dorf der Jugend“, Förderverein für Jugendkultur und Zwischenmenschlichkeit e.V., https://de-de.facebook.com/dorfderjugend/, Förderrunde 3 von 2016-2018

Neulandgewinner Danilo Kuscher, Projekt „Mittelpunkt Stadtrand – Wiederbelebung des Kühlhauses Görlitz als kulturelles Zentrum“, Verein Kühlhaus Görlitz e.V. www.kuehlhaus-goerlitz.de, Förderrunde 2 von 2015-2017

Neulandgewinnerin Claudia Stauß, Projekt „Mestlin, ein ‚Musterdorf‘ auf dem Weg: Mit der Geschichte in die Zukunft, Verein Denkmal Kultur Mestlin e.V., www.denkmal-kultur-mestlin.de, Förderrunde 2 von 2015-2017

Quellenverzeichnis:

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtenwicklung (2013): Jungend belebt Leerstand. Berlin. Zugriff auf www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/Sonderveroeffentlichungen/2013/JugendLeerstand.html?nn=441920 am 06.01.2017

FRECH, Siri; SCURRELL, Babette; WILLISCH, Andreas (2017): Neuland gewinnen. Die Zukunft in Ostdeutschland gestalten. Berlin

GRIN, John; ROTMANS, Jan; SCHOT, Johan (2010): Transitions to Sustainable Development. New Directions in the Study of Long Term Transformative Change. London. S. 69

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, WBGU (2011): Hauptgutachten: Welt im Wandel, Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin

Abbildungen:

1: Ehemalige Spitzenfabrik in Grimma (Dorf der Jugend)

2: Umgenutztes Kühlhaus in Görlitz (Kühlhaus Görlitz e.V.)

3: Kulturhaus in Mestlin (Denkmal Kultur Mestlin e.V.)

L wie Leerstand, K wie Kunst – interkommunale Zusammenarbeit in der Oberpfalz

Silke Weidner
|u|m|s| Stadtstrategien, Leipzig

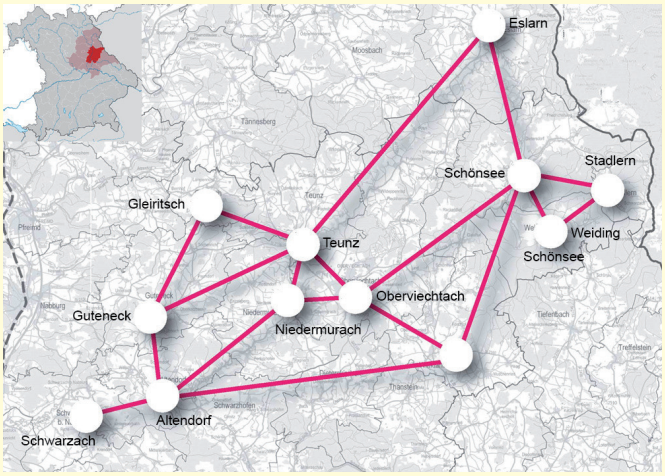
Der ländliche und vor allem periphere Raum profitiert nicht von den nunmehr wieder vorzufindenden Wachstumstendenzen, im Gegenteil, das Wachstum der Großstädte geht auf Kosten der kleinen Städte und Gemeinden. So ist deren Erscheinungsbild mehr und mehr durch leerstehende und dem Verfall ausgesetzten Gebäuden geprägt. Insbesondere die Ortskerne leiden unter diesem schleichenden Prozess und es besteht zunehmend die Gefahr eines Identitätsverlustes.

LeerstandsOFFENSIVE: Einführung und Ausgangslage

Gründe für den Leerstand gibt es viele. Der ländliche Raum ist von einem starken demografischen Wandel (natürliche Bevölkerungsentwicklung) und Abwanderung betroffen. Außerdem entspricht das innerorts vorhandene Wohnraumangebot nicht mehr dem aktuellen Wohn- und Lebensstil. Mit Neubaugebieten an den Ortsrändern versuchen Gemeinden allzu oft, diesem Problem ein Angebot entgegenzusetzen. Das Vorgehen führt jedoch zum weiteren Ausbluten der Ortskerne und verdeutlicht den Zusammenhang von Innen- und Außenentwicklung. „Schandflecke" prägen inzwischen die Ortskerne, jene Mittelpunkte, die bisher sowohl in Dörfern als auch in Kleinstädten als Identifikationsräume für das ländliche Leben galten.

Der vorliegende Text beschreibt aus der Praxisperspektive das Projektgebiet der hier beschriebenen LeerstandsOFFENSIVE (LSO). Das Gebiet liegt im bayerischen Regierungsbezirk Oberpfalz und ist Teil der Planungsregion Oberpfalz-Nord. Begründet durch die Jahre lange Randlage im Schatten des Eisernen Vorhangs zeichnet sich die Region noch heute durch eine besonders geringe Einwohnerdichte von weniger als 100 Personen je km² (vgl. BBSR Bonn, 2013) sowie einer großen Entfernung zu den Zentren aus.

Die zuvor beschriebenen Faktoren begünstigen das Leerfallen von Gebäuden. Ein Bewusstsein in der Bevölkerung für die real existierende Leerstandsproblematik hingegen fehlt nach wie vor vielerorts. Seit 2011 stellen sich zwölf Gemeinden aktiv dieser Herausforderung und haben das interkommunale Kooperationsprojekt „LeerstandsOFFENSIVE" (LSO) ins Leben gerufen. Unter Federführung der Gemeinde Altendorf gehören hierzu weiterhin die Gemeinden Guteneck, Niedermurach, Schwarzach bei Nabburg, Stadlern, Teunz, Thanstein, Weiding, die Märkte Winklarn und Eslarn sowie die Städte Schönsee und Oberviechtach. Durch ihre vorangegangene gemeinsame Tätigkeit in der Leader-Aktionsgruppe Brückenland Bayern-



1

Böhmen (LAG) wurde den Beteiligten deutlich, dass zusammen viel erreicht werden kann und für das Thema der Leerstandsproblematik gemeindeübergreifende Lösungen notwendig sind. Dabei wurde die LSO zu 80 Prozent aus dem Bund-Länder-Städtebauförderprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“ gefördert. Als koordinierendes Planungsbüro wurde |u|m|s| STADTSTRATEGIEN, Leipzig beauftragt.

Eindringen: Die Pioniere vor Ort

Am Anfang der LeerstandsOFFENSIVE stand die Idee, dass ein interdisziplinäres Projektteam zum Projektstart für zehn Monate in der Region arbeiten und wohnen sollte. So wollten die Initiatoren vor Ort einen intensiven Einstieg in das Thema gewährleisten, durch den das Bewusstsein für die Leerstandsproblematik in der Region geschaffen und Veränderungen über den Projektzeitraum hinaus angestoßen werden können. Daraus hat sich der innovative Ansatz eines „think tank“ mit fünf Absolventen aus für die Aufgabenstellung relevanten Studiengängen entwickelt. Das Team sollte, unterstützt durch die Praxiserfahrung von |u|m|s| STADTSTRATEGIEN aus dem ostdeutschen Kontext von massiver Schrumpfung, in einem Leerstandsobjekt arbeiten, wohnen und Präsenz zeigen – ein Ansatz wie er im Planungsalltag selten der Fall ist. Idealerweise sollten die Mitglieder auch aus verschiedenen Regionen stammen, um die fachliche Vielfalt durch eine Fülle an intensiven persönlichen Hintergründen und Erfahrungen zu ergänzen.

Nach einer intensiven Bewerbungsphase im Dezember 2010 konnte ein Team zusammengestellt werden, das während seiner Analyse- und Konzeptarbeit vor Ort als Bindeglied zwischen speziellem Fachwissen und regionaler Erfahrung fungierte. Als „Expertenteam“ bezeichnet, bestand dieses letztendlich aus vier Absolventen der Fachrichtungen Stadtplanung, Geographie, Raum- und Umweltplanung sowie Architektur und bezog ein leerstehendes Mehrfamilienhaus aus den 70er Jahren in Altendorf. Die Gemeinde war im Besitz des Gebäudes, welches mit vertretbarem Aufwand für die Zwischennutzung hergerichtet werden konnte und den notwendigen Platz für vier Personen und eine Büroetage bot (Abb. 2). Die Rahmenbedingungen in



2

der Gemeinde waren für den Aufenthalt (Bürgermeister der federführenden Gemeinde in Nachbarschaft, ebenso wie zwei Gasthäuser) und die Arbeit des Teams sehr gut.

In dieser zehnmonatigen Anschubphase der LSO war das Expertenteam in vielerlei Art sichtbar und übernahm dabei zahlreiche Aufgaben insbesondere zur Bewusstseinsbildung. Neben der Organisation von Veranstaltungen und den regelmäßig stattfindenden Regionalkonferenzen mit allen Bürgermeistern der Teilnehmergemeinden, betrieben die Experten weiterhin das sogenannte Bürgerbüro am Standort in Altendorf als Anlaufstelle für Interessenten und nach und nach ins Projekt involvierte Akteure. Auf ihren Erkundungsreisen durch den weiträumigen Kooperationsraum interviewten sie Bewohner, machten auf Leerstände aufmerksam, analysierten den Raum in allen seinen Facetten und kartierten Leerstände sowie potenzielle Leerstände (alleinstehende Bewohner/ Eigentümer in sehr hohem Alter) mit deren Merkmalen und Entwicklungsmöglichkeiten. Zur Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung gehörte auch eine intensive Pressearbeit, die Betreuung eines Social-Media-Kanals und die Pflege des eigenen Internetauftritts inklusive Immobilienportal (www.leerstandsoffensive.eu).

Aufrütteln und Empören: Bewusstseinsbildung zu Beginn der OFFENSIVE

Präsenz musste während der zehn Monate in allen Gemeinden des Kooperationsraumes gezeigt werden, um für das Projekt zu werben und Mitstreiter zu finden. Und das nicht nur, wenn das Expertenteam bei einem seiner zahlreichen Termine mit

Vertretern aus unterschiedlichsten Bereichen (Landfrauenbund, katholische Landjugend, Sport- und Kulturvereine etc.) zusammenkam. Während der LSO-Begleitung wurden daher zusätzliche öffentlichkeitswirksame Maßnahmen durchgeführt.

So wurden in zehn der zwölf Gemeinden 20 Banner installiert (Abb. 3+4). Provokant proklamierten sie auf grellem Pink den Begriff „Leerstandsoffensive" und erzeugten damit Aufmerksamkeit für das Projekt. Infoveranstaltungen wurden vornehmlich in leerstehenden Gebäuden abgehalten und diese gleichzeitig als solche „geoutet". Zusätzlich wurden Aufkleber zur Leerstandsmarkierung an die Eigentümer verteilt. Eine besondere Aktion während der Projektlaufzeit war das durch das Expertenteam gebastelte „L wie Leerstand", das auf Tournee durch die elf Gemeinden ging und jeweils zu einer Aktion dort Station machte.

Diese unterschiedlichen Markierungen, die sehr auffällig waren, wurden allerdings nicht überall und von allen positiv aufgenommen, da Leerstand nach wie vor als Makel galt und diese Hinweise somit als schädlich für die jeweilige Gemeinde gewertet wurden. Einige Eigentümer fühlten sich regelrecht ertappt, versuchten sie doch den Leerstand zu kaschieren indem sie beispielweise abends Licht in den Objekten anmachten, tagsüber lüfteten und die Gardinen auf und zu zogen.

3



4



Umsetzung: Innovative Projekte im Laufe der Zeit

Durch die durchgeführten Ideenwerkstätten und regelmäßigen Regionalkonferenzen – bis heute wurden zusammen mit |u|m|s| über 50 Treffen aller Bürgermeister organisiert und veranstaltet – konnten über die Zeit zahlreiche Projektideen generiert und weiterentwickelt werden. Hilfreich gestalteten sich auch die gemeinsamen Erkundungsreisen der Bürgermeister mit dem Expertenteam und dem begleitenden Planungsbüro zu ausgewählten guten Beispielen in anderen Regionen.

Insgesamt wurden sowohl prozessbegleitende Aktivitäten wie Planerwerkstätten oder temporäre Aktionen initiiert, als auch investive Projekte, wie z.B. der Umbau des Kommunbrauhauses in Eslarn, die Sanierung und Nachnutzung des Thammer Anwesens in Winklarn oder der Dorfladen in Altendorf auf den Weg gebracht. Eine Vielzahl von weiteren Projektideen zur Nachnutzung von Leerständen bei gleichzeitiger Angebotserweiterung gem. Nachfrage aus ganz unterschiedlichen Aktionsbereichen und Themenfeldern wie Pilgerherberge, Service-Aganetur, Handwerkerhof, Sanierungsberatung, Verfügungsfonds, Wanderkino u.v.m. wurden durchdacht, projiziert und länger oder kürzer weiterverfolgt, aber bis dato nicht realisiert. Zwei durchgeführte resp. in Umsetzung befindliche Projekte aus dem jeweiligen Säulen sollen im Folgenden kurz näher beleuchtet werden.

Die Farbe bleibt! – Aus der Landmarke „L wie Leerstand" wird „K wie Kunst"

In Zusammenarbeit mit dem Centrum Bavaria Bohemia (CeBB) und mit Unterstützung des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds wurde 2014 die Kunstaktion „K wie Kunst" zur Zwischennutzung von leerstehenden Ladenlokalen in einer der Gemeinden, in Schönsee, ins Leben gerufen. Aufgegebene Läden, leere und verstaubte Auslagen, nicht mehr genutzte Schaufenster – dies war der fruchtbare Boden für Künstler beiderseits der Landesgrenze. Diese Maßnahme war keine neue Idee, vielmehr trifft man mittlerweile land auf, land ab auf Aktionen, bei denen leer gefallene Gebäude von Kreativen und Künstlern temporär übernommen und anderen Nutzungen sowie einer neuen, ungewohnten Sichtweise übergeben werden. So auch in Schönsee:

Bis zum Ende des Jahres 2014 wurden hier vier Schaufenster mit Kunstwerken aus Bayern und Böhmen gefüllt, beleuchtet und in Szene gesetzt, um aufmerksam zu machen auf die Künstler, ihre Themen aber auch auf die allgegenwärtige Leerstandsproblematik und deren Ausstrahlung auf den öffentlichen Raum. Das Motto war „Eintreten? Nicht notwendig!“, denn die Kunst war vom Gehweg aus zu betrachten. Passanten entdeckten Bilder, Skulpturen und Objekte ganz nebenbei, auf dem Weg vom täglichen Einkauf oder Spaziergang nach Hause. Und dies war eine weitere Intention der Aktion. Kunst im ländlichen Raum sollte auch denen näher gebracht werden, die nicht per se mit solcher im Alltag in Berührung kommen. Das Motto lautete: „Kunst ist für alle da!“ (Abb. 5).

Umnutzung der ehemaligen Brauerei Thammer

Die 1825 erbaute ehemalige Brauerei Thammer liegt in der Gemeinde Winklarn. Das Anwesen ist Teil des unter Denkmalschutz stehenden Marktplatzensembles und stellt nur ein Beispiel für die negative Strahlkraft zentraler Leerstände dar. Nicht zuletzt durch die Überzeugungsarbeit der LeerstandsOFFENSIVE bei den Eigentümern konnte die Gemeinde das Anwesen für einen Obulus von den Nachkommen der Brauereinbetreiber erwerben. Die LSO organisierte in Folge 2013 im Hof des Thammer-Anwesens eine Kreativwerkstatt mit zahlreichen Einwohnern des Marktes Winklarn. Deutlich wurde dabei zum einen die Notwendigkeit der Wiedernutzung des ehemaligen Braureigebäudes und zum anderen - wie auch in anderen Veranstaltungen der LeerstandsOFFENSIVE - der Wunsch nach Angeboten des altersgerechten Wohnens im Heimatort (!).

5



Eine Machbarkeitsstudie von |u|m|s| Stadtstrategien prüfte die für eine Sanierung in Frage kommenden Nutzungsmöglichkeiten und verschiedenen in der Kreativwerkstatt entstandenden Ideen. Dabei kristallisierte sich eine zweigeteilte Lösung heraus. Der hintere Bereich des Anwesens wird künftig als Handwerkerhof für historisches Bauwissen und als Baustoffbörse genutzt werden. Ein Partner hierbei ist die Universität Regensburg. Der zum Marktplatz gelegene zweistöckige Gebäudeteil wird wunschgemäß zum seniorengerechten Wohnen umgebaut. Außerdem findet hier eine Arztpraxis Platz und wird tageweise besetzt sein (Abb. 6). Die ehemalige Brauerei Thammer soll hier beispielhaft nachweisen, wie auch kleine Gemeinden barrierefreies und altengerechtes Wohnen in historischen und zentral gelegenen Häusern, die keine Nutzung mehr inne haben, realisieren können.

Finanziert wird das Projekt maßgeblich aus Mitteln der Städtebauförderung und des Bayerischen Amtes für Denkmalpflege.

Ausblick: (Wie) geht es weiter?

Über die nunmehr sechs Jahre LeerstandsOFFENSIVE wurde in der Region umfangreich analysiert, viel diskutiert und ausprobiert, aber auch bereits Umsetzungserfolge erzielt. In der Gemeinde Altendorf können die Einwohner wieder im eigenen Dorfladen einkaufen, der in einer ehemaligen Sparkassenfiliale (Leerstand) seit 2014 genossenschaftlich betrieben wird, und der Umbau des Thammer Anwesens in Winklarn steht in den Startlöchern. Darüber hinaus gibt es weitere Handlungserfordernisse und Projektideen für die Gemeinden: Vom projektierten Ansatz der Flüchtlingsintegration in die Dorfgemeinschaften (Fachkräftemangel herrscht bereits vor) bis hin zum touristischen Organisationsmodell „Nischen und Nester“ für Ferienwohnungen ist vieles denkbar.

Ein Fortbestehen der LeerstandsOFFENSIVE hängt jedoch auch maßgeblich vom Engagement resp. den Zeitressourcen der Akteure vor Ort ab. Dies ist keine einfache Anforderung in Gemeinden, deren Bürgermeister ehrenamtlich arbeiten, in denen die junge Bevölkerung in der Minderheit ist und die untereinander wie auch mit den größeren Städten um Einwohner kon-



6

kurrieren. Die größte Herausforderung für das Fortbestehen der Initiative und die weitere Entwicklung der Gemeinden in der Region ist, dass ein Kümmerer, wie das Vor-Ort-Expertenteam aus den Anfangsjahren, fehlt. Die finanziellen Hindernisse sind zumindest hier (der Freistaat Bayern gewährleistet in strukturschwachen Gemeinden teils sehr hohe Förderquoten) nicht die ausschlaggebenden. Deutlich wurde über die Jahre des Weiteren, dass Innovationen auf dem Land sehr kleinteilig stattfinden, nur teilweise exportier- oder reproduzierbar sind und nicht unbedingt von Beginn an mit planerischen Impulsen einhergehen. Die kooperierenden Gemeinden haben zusätzlich auch andere Modelle, Instrumente und Organisations- wie Finanzierungsformen gefunden, um weiterhin interkommunal zusammen zu arbeiten und lokal Projekte umzusetzen. Sie haben sich über ein Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept beim EFRE-Wettbewerb positioniert, werden weiterhin als Leader-Aktionsraum gefördert und im Zuge dessen auch weiterhin Maßnahmen umsetzen, die sie arbeitsteilig sehen, um sich gegenseitig zu unterstützen. Die LSO ist nämlich leider als solche abgeschlossen.

Abbildungen:
(|u|m|s| STADTSTRATEGIEN)
1: Verortung der interkommunalen Kooperationspartner
2: Wohn- und Arbeitsort des Expertenteams im ehemaligen Leerstandsobjekt Ortsmitte Altendorf
3+4: Leerstand plakativ: an Ortseingängen und Veranstaltungsorten
5: Leerstand und Kunst plakativ – temporäre Aktion in Schönsee
6: Das Thammer Anwesen in Winklarn als bauliche Maßnahme

Silke Weidner



Nach dem Studium der Raum- und Umweltplanung an der TU Kaiserslautern war Prof. Dr. Silke Weidner zunächst in verschiedenen Planungsbüros tätig. An der Universität Leipzig promovierte sie 2004 zu „Stadtentwicklung unter Schrumpfungsbedingungen". Es folgte eine Juniorprofessur „Urban Management", bis sie 2009 dem Ruf auf die Professur „Stadtmanagement" an der BTU Cottbus folgte, an der sie heute auch das Institut Stadtplanung leitet. 2004 gründete sie mit Kollegen parallel das Planungs- und Beratungsbüro |u|m|s| STADTSTRATEGIEN, dem sie bis heute als geschäftsführende Gesellschafterin vorsteht. Sie ist Mitglied in der AK und der SRL, Vizepräsidentin bei der Gesellschaft für immobilienwirtschaftliche Forschung e.V. sowie Präsidentin des Wissensnetzwerkes Stadt und Handel e.V.

Quellenverzeichnis:
BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (BBSR) (2012): Raumordnungsbericht 2011. Bonn
LEERSTANDSOFFENSIVE (2011): Offensive gegen Leerstand. Ergebnisbericht 2011. Leipzig
LAG BRÜCKENLAND-BAYERN-BÖHMEN (2015): Ausblick Brückenland. Integriertes Ländliches Städtebauliches Entwicklungskonzept (ILSEK) Brückenland-Bayern-Böhmen 2025. Leipzig
BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (BBSR) (2013): Einwohnerdichte. Karte zur Einwohnerdichte je km² - Katasterfläche 2013. Bonn. Zugriff auf www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumbeobachtung/Downloads/haeufig-nachgefragte-karten/einwohnerdichte.pdf?__blob=publicationFile&v=10 am 09.01.2017VV

Strategie für die abgestimmte Entwicklung von vier Kleinstädten

Denise Ehrhardt, Mark Michaeli
TU München, Lehrstuhl für Nachhaltige Entwicklung von Stadt und Land

Einleitung

Kleine Städte und kleinere Mittelstädte nehmen für die Sicherung der flächendeckenden Versorgung im ländlichen und peripheren Raum eine Schlüsselstellung ein. Viele haben nicht nur mit demografischem Wandel und Schrumpfung, sondern mit einem andauernden Bedarfs- und Angebotswandel sowie mit strukturellen Folgen für die Infrastruktur zu kämpfen. Veränderte Betriebskonzepte, Filialisierung und Effizienzüberlegungen führen gerade bei Angeboten aus dem privatwirtschaftlichen Sektor zu Maßstabsvergrößerungen und (Re-)Konzentrationsprozessen, welche die traditionell kleinteilig organisierten Versorgungseinheiten im ländlichen Raum und deren Verteilung in der Fläche existenziell bedrohen. Im Bereich der öffentlichen Angebote werden daher häufig interkommunal koordinierte Bündelungsansätze für die Bereitstellung und Bewirtschaftung der Infrastruktur verfolgt. Zu deren Organisation bedient sich die Landesentwicklungsplanung gerade auf der Ebene der Bereitstellung mittel- und oberzentraler Funktionen zunehmend auch der Kopplung mehrerer recht kleiner Standorte in Verbundansätzen. Während damit zwar übergeordnet die Ausstattung in einer Region gesichert scheint, sind die Verlagerungseffekte in Folge von Standortkonkurrenzen und Restrukturierungprozessen innerhalb der komplementären Knoten hingegen bislang nur wenig gesteuert.

Fallstudie

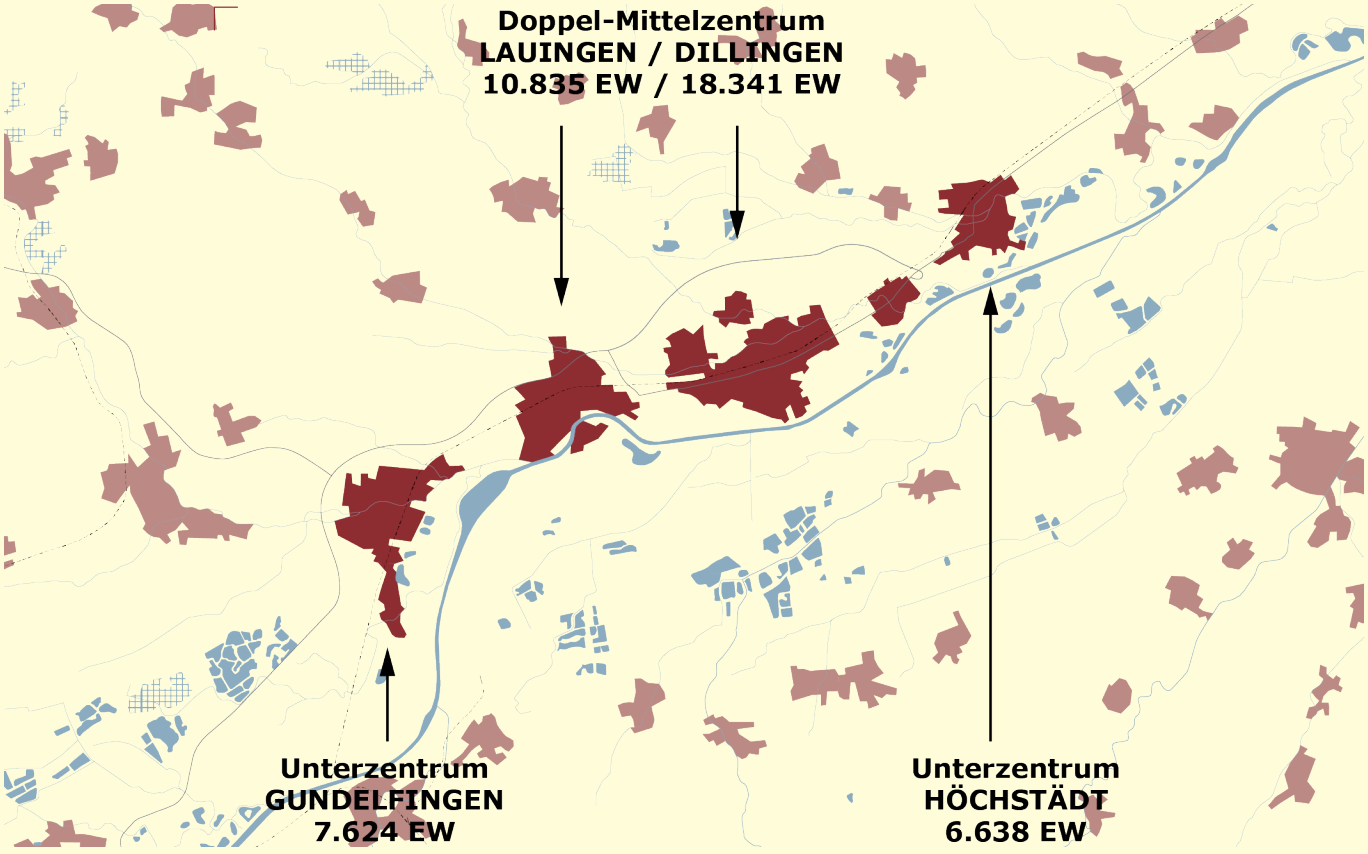
Das vorliegende Projekt, das im Rahmen einer Masterthesis im Studiengang Urbanistik an der TU München, Fakultät Architektur, entstanden ist, untersucht am Fallbeispiel die Konkurrenzsituationen zwischen Kleinstädten im ländlichen Raum und die lokalen, räumlichen Auswirkungen, die hieraus resultieren. Neben dem generellen Nachweis der Verlagerungs- und Restrukturierungseffekte identifiziert das Projekt typische Prozesselemente, benennt betroffene urbane Bausteine und formuliert unterstützende Instrumente für eine frühzeitige, gestaltende Intervention in den städtischen Bestand. Damit verfolgt die Arbeit einen Ansatz auf mehreren Maßstabsebenen und spricht verschiedene Akteursgruppen an.

Als Fallbeispiel wurden die vier Kleinstädte bzw. kleineren Mittelstädte Gundelfingen, Lauingen, Dillingen und Höchstädt im schwäbischen Donautal gewählt. Deren historisch bedingte, relative funktionale Zentralität und räumliche Nähe zueinander führten bereits frühzeitig zu einer Festsetzung eines mittelzentralen Verbundknotens in den Instrumenten der Landesentwicklungsplanung. Trotz des damit planerisch festgesetzten Koordinationsansatzes stellt die Arbeit erhebliche Unterschiede in der Entwicklung von Merkmalen der urbanen Ausstattung der vier Kommunen fest. Entgegen der im Landesentwicklungsprogramm (LEP) Bayern angestrebten gemeinsamen Bewältigung von Versorgungsaufgaben fand in den letzten Jahrzehnten ein Umlagerungsprozess zugunsten der Stadt Dillingen statt. Die aus diesem regionalen Prozess resultierenden, insbesondere für Lauingen und Höchstädt negativen Auswirkungen werden dort auf lokaler Ebene in Form von Funktionsverlusten sowie räumlich in Form von Leerständen und Trading-Down-Effekten sichtbar. Aus diesem Grund postuliert das Projekt eine regionale Entwicklungsstrategie, die eine Komplementarität und Differenzie-

rung bei der Sicherung und Entwicklung räumlicher Qualitäten, Angebote und Standorte anstrebt und die spezifischen Potenziale und Entwicklungserfordernisse jeder Stadt aufgreift. Das lokale Agieren wird damit im Kontext der zukünftigen Bedürfnisse der Gesamtregion besser verankert. Das Erfordernis, ergänzend konkrete Handlungskonzepte auf lokaler Ebene bereitzustellen, wird in der vorliegenden Arbeit anhand des Umgangs mit der sehr großen Zahl an Leerständen in der historischen Altstadt Lauingens erläutert. Für die Bewältigung wird ein typenbasiertes Hilfsinstrument vorgestellt, das in der Folge die Brücke zwischen Potenzialabschätzung für kommunale Entwicklungsschwerpunkte und handelndem (privatem) Eigentümer der Immobilie schlägt und damit die Aktivierungsschwelle für den Umbau zu einem attraktiven Wohnstandort in der polyzentralen Region senken kann.

Regionale Einbindung

Der Untersuchungsraum im Norden des bayerischen Regierungsbezirks Schwaben umfasst die vier Kleinstädte Gundelfingen, Lauingen, Dillingen und Höchstädt sowie deren Umland. Die vier Städte haben zwischen 7.000 und 18.000 Einwohner, sind entlang der Donau auf einer Strecke von nur 20 km angeordnet und stellen im morphologischen Sinn ein polyzentrales System dar. Die starke funktionale Verflechtung bildet sich im intensiven Personenaustausch zwischen den urbanen Knoten ab. Planerisch findet sich durch die Ausweisung von Lauingen und Dillingen als Doppel-Mittelzentrum sowie Höchstädt und Gundelfingen als Unterzentren eine auffallend hohe Konzentration an zentralörtlich zu entwickelnden Standorten in der Region. Nächstgelegene Oberzentren sind Augsburg, Ulm und Heidenheim, die zwischen 40 und 60 km entfernt sind. Bis 2012 verzeichnete die Region eine positive Bevölkerungsentwicklung, die nun stagniert. Bis 2032 wird für den Landkreis Dillingen ein Bevölkerungsrückgang von 4,6% prognostiziert. Die Wirtschaft in der Region ist stabil, die Arbeitslosenrate liegt konstant niedrig (2,2% Stand Mai 2016). Dillingen ist mit 9.612 Beschäftigten am Arbeitsort (Stand 2013) das wirtschaftliche Zentrum der Region und weist heute als einzige der vier Städte einen positiven Pendlersaldo auf.



Wandlungsprozesse erforschen

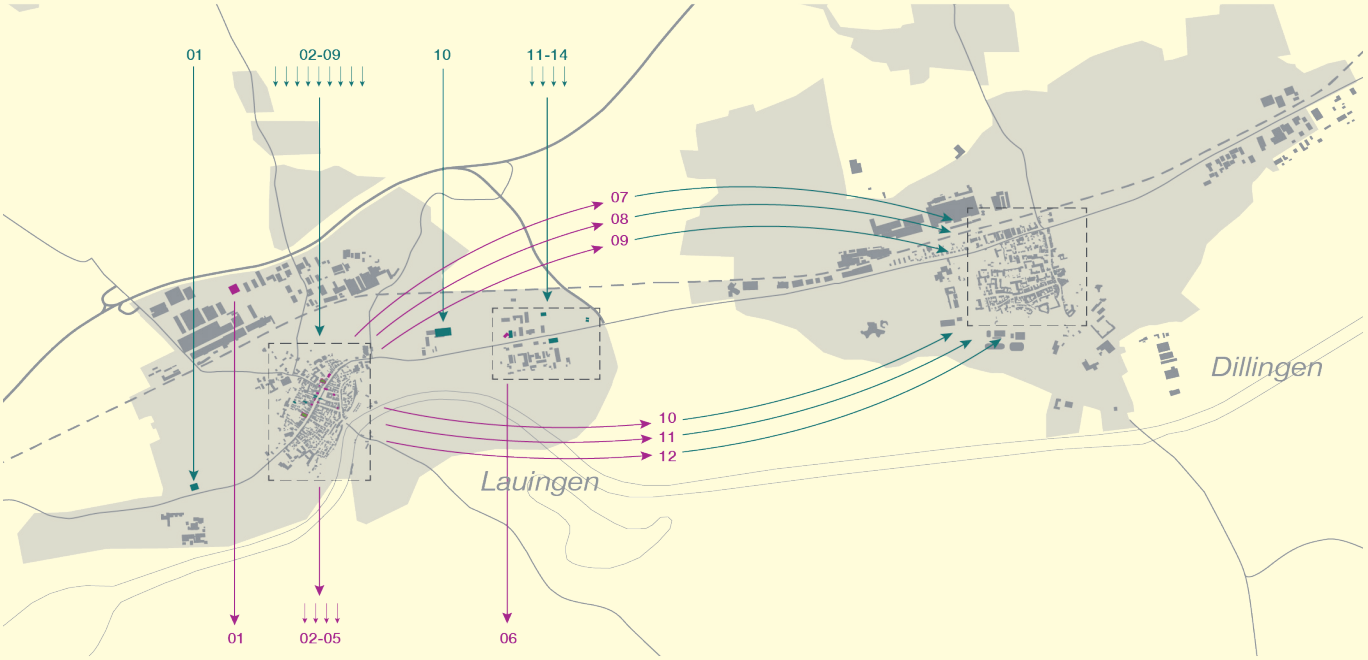
Im Zuge der Betrachtung der Entwicklungsgeschichte wurde die über Jahrhunderte nahezu parallel verlaufende Siedlungsentwicklung der vier Städte als eine Besonderheit des Untersuchungsraumes festgestellt. Obwohl Dillingen als geistlich-intellektuelles Zentrum schon immer eine besondere Rolle spielte, konnten sich aufgrund differenzierter und komplementärer Funktionsschwerpunkte auch Gundelfingen (Textilgewerbe), Lauingen (Handel/Handwerk) und Höchstädt (Residenz) lange Zeit gleichwertig entwickeln. Erst mit Beginn des 20. Jahrhunderts setzt eine strukturell und funktional gleichförmigere Entwicklung aller Städte ein, die das Entstehen von Konkurrenzen begünstigt, sowie die weitgehende Auflösung der traditionellen Polyzentralität im Untersuchungsraum wie auch erhebliche Diskontinuitäten in Weiternutzung und -entwicklung des gesamten urbanen Bestandes zur Folge hat.

In den vier historischen Stadtzentren können wesentliche Unterschiede in Bezug auf das Auftreten von Leerständen und Trading-Down-Effekten festgestellt werden. Besonders betroffen sind Lauingen und Höchstädt, die bei Geschäftsflächen und bei Wohngebäuden in zentraler Lage große Leerstandszahlen verzeichnen. Die vertiefte Untersuchung von Handel und Dienstleistungen bestätigt die Disparitäten der Entwicklung. Filialstandorte im Einzelhandel sind mit Ausnahme von Lebensmittelketten und Billiganbietern im Textilbereich fast ausschließlich in Dillingen aufzufinden. Qualitativ hochwertige Angebote im stetig weniger bedeutsamen, inhabergeführten Handel sind auch in den anderen drei Städten noch vereinzelt vorhanden. Auch in diesem Bereich konnte eine Tendenz der Geschäftsaufgabe bzw. der Abwanderung in Richtung Dillingen festgestellt werden. Trotz dieser großen qualitativen Unterschiede kann bislang in keiner der vier Städte von einer Unterversorgung gesprochen werden. Bei einem Anhalten der festgestellten Abwanderung von Handel und Dienstleistern in Richtung Dillingen (Abb. 1) entsteht jedoch in Zukunft die Gefahr von Versorgungsdefiziten in den Stadtkernen von Lauingen und Höchstädt.

Auch die Auswertung der zahlenmäßigen Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort sowie der Pendlerverflechtung zeigt seit 1970 bei einer in allen vier Städten gleichmäßig positiven Bevölkerungsentwicklung einen über-

2 ANSIEDELUNG

01 - 2009: Rewe
02 - 2008: CAP Markt
03 - 2008: Steinzeit (Schmuck)
03a 20xx: Steinzeit schließt ->Friseur
04 - 2009: Restaurant Roma
05 - 2009: Beauty Lounge
06 - 2011: Müller Drogerie
07 - 2012: da Carla Restaurant
08 - 2013: Shere Punjab Restaurant
09 - 2014: Hörwelt Noack
10 - 2006: V-Markt
11 - 2011: Subway, Takko, Quick Schuh
12 - 2010: Fressnapf
13 - 2011: Thomas Phillips
14 - 2014: Tankstelle



GESCHÄFTSAUFGABE

01 - 2011: Disco Empire
02 - ca. 2007: Edeka
03 - 2008: Britzelmeir Mode
04 - 20xx: Steinzeit
05 - 20xx: Schuhaus Seeßle
06 - 2009: Aral Tankstelle

GESCHÄFTSVERLAGERUNG LAUINGEN NACH DILLINGEN

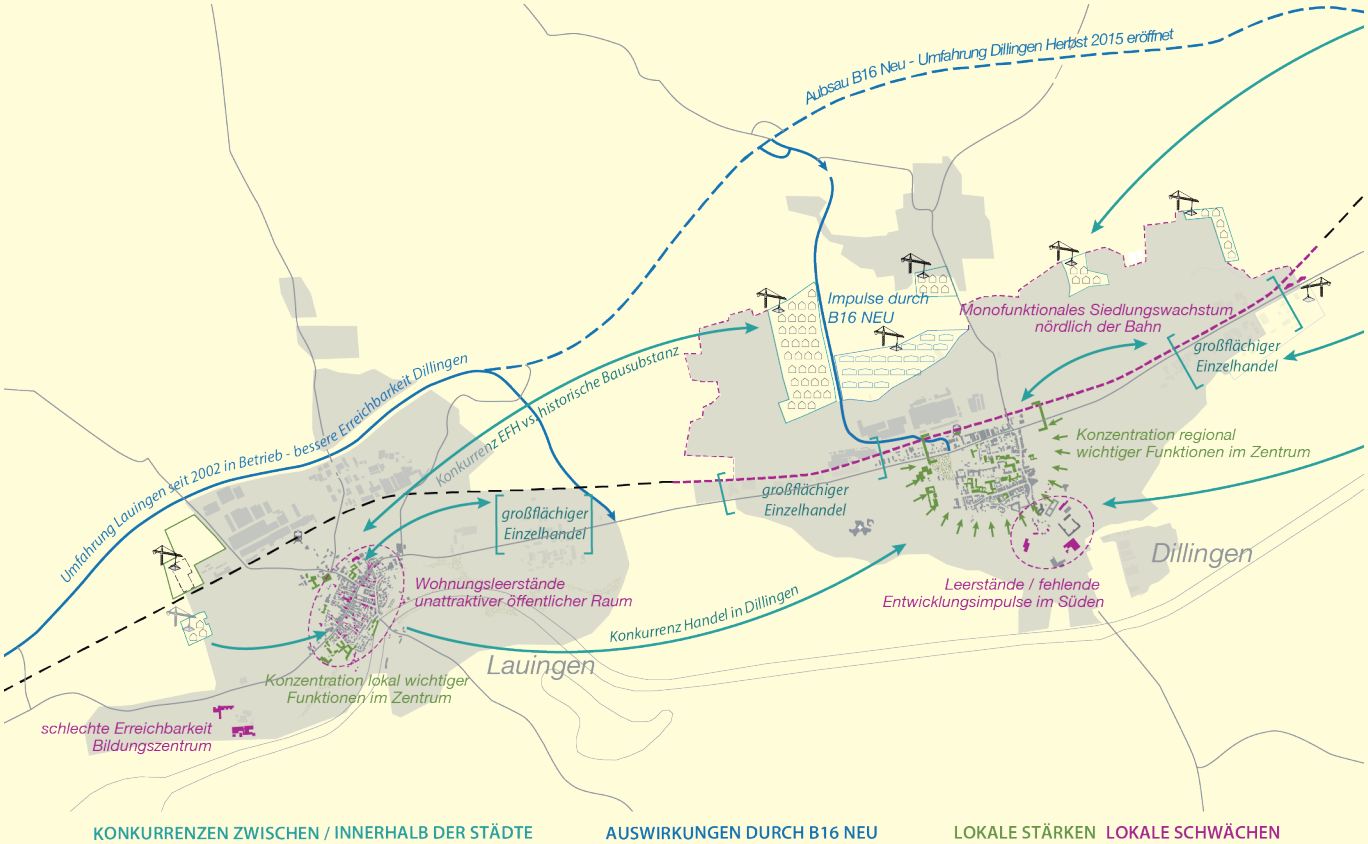
07 - 2000: Kaufhaus Mützel
08 - 2004: Der kleine Italiener
09 - 20xx: Restaurant Cordon Bleu
10 - ca. 2010: Optik Küppers
11 - 2011: Hertle Mann und Mode
12 - 2015: Hypo Vereinsbank

proportionalen Zuwachs an Arbeitsplätzen für Dillingen. Gundelfingen und Höchstädt zeigen eine leicht positive bzw. stabile Entwicklung, wogegen insbesondere Lauingen große Verluste in den Beschäftigtenzahlen verzeichnet.

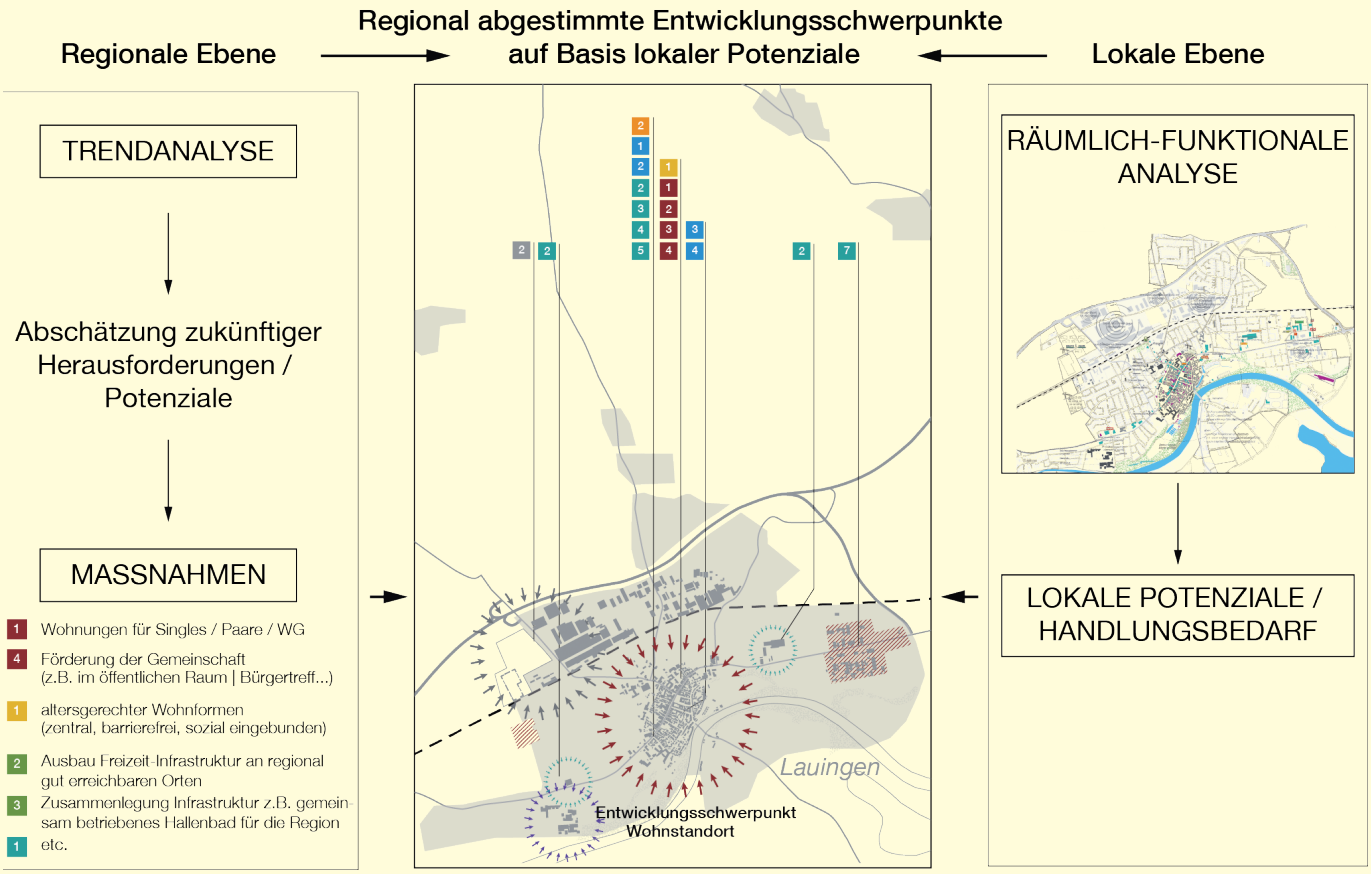
In der Untersuchung werden die Rekonzentrationsprozesse zugunsten Dillingens insbesondere im privatwirtschaftlichen Bereich augenfällig. Wie die Verlagerungsanalyse nachweist, gehen sie zumindest teilweise zu Lasten der direkten Nachbarstädte Lauingen und Höchstädt. Die erwähnte funktional und strukturell gleichförmige Entwicklung und die daraus entstandenen Konkurrenzen werden als Hauptgrund für diese Prozesse gesehen. Dabei scheinen weitere Faktoren wirksam zu werden: Seit der Fertigstellung der Ortsumfahrung von Lauingen 2002 und der damit besseren Erreichbarkeit von Dillingen aus dem Umland bzw. dem übergeordneten Straßennetz erscheinen in einer ersten qualitativen Abschätzung die räumlichen Verlagerungsprozesse beschleunigt und zunehmend auf Dillingen als Zielort konzentriert. Daneben zeigen auch lokalplanerische Entscheidungen Auswirkungen auf die aktuelle Situation in den Städten. So profitiert Gundelfingen heute von einer konsequenten Innenentwicklung in den letzten Jahrzehnten, während in Lauingen und Höchstädt durch die Entwicklung dezentraler Funktionsschwerpunkte innere Konkurrenzen verursacht wurden, die sich nun negativ auf die Innenstädte auswirken. Die je nach Stadt verschiedenen Potenziale in Bezug auf die Nutzung der historischen Bausubstanz und damit die In-Wert-Setzung der lokalen Identität wurden bisher in unterschiedlichem Maße realisiert.

Strategische Lösungsvorschläge: Regionales Konzept und lokales Handeln

Um weiteren unkoordinierten Rekonzentrationsprozessen entgegenzuwirken und somit der im LEP angestrebten gemeinsamen Wahrnehmung des Versorgungsauftrages gerecht zu werden, wurde ein Entwicklungskonzept erstellt, das eine Differenzierung in den räumlichen Qualitäten und funktionalen Angeboten auf Basis der ortsspezifischen Potenziale der vier Städte vorsieht. Dadurch wird das Entstehen eines funktional-polyzentralen Systems ermöglicht, das laut Thierstein (2006:25) dann vorliegt, „wenn zwei oder mehrere Städte miteinander komplementäre Funktionen aufweisen und zudem Beziehun-



4

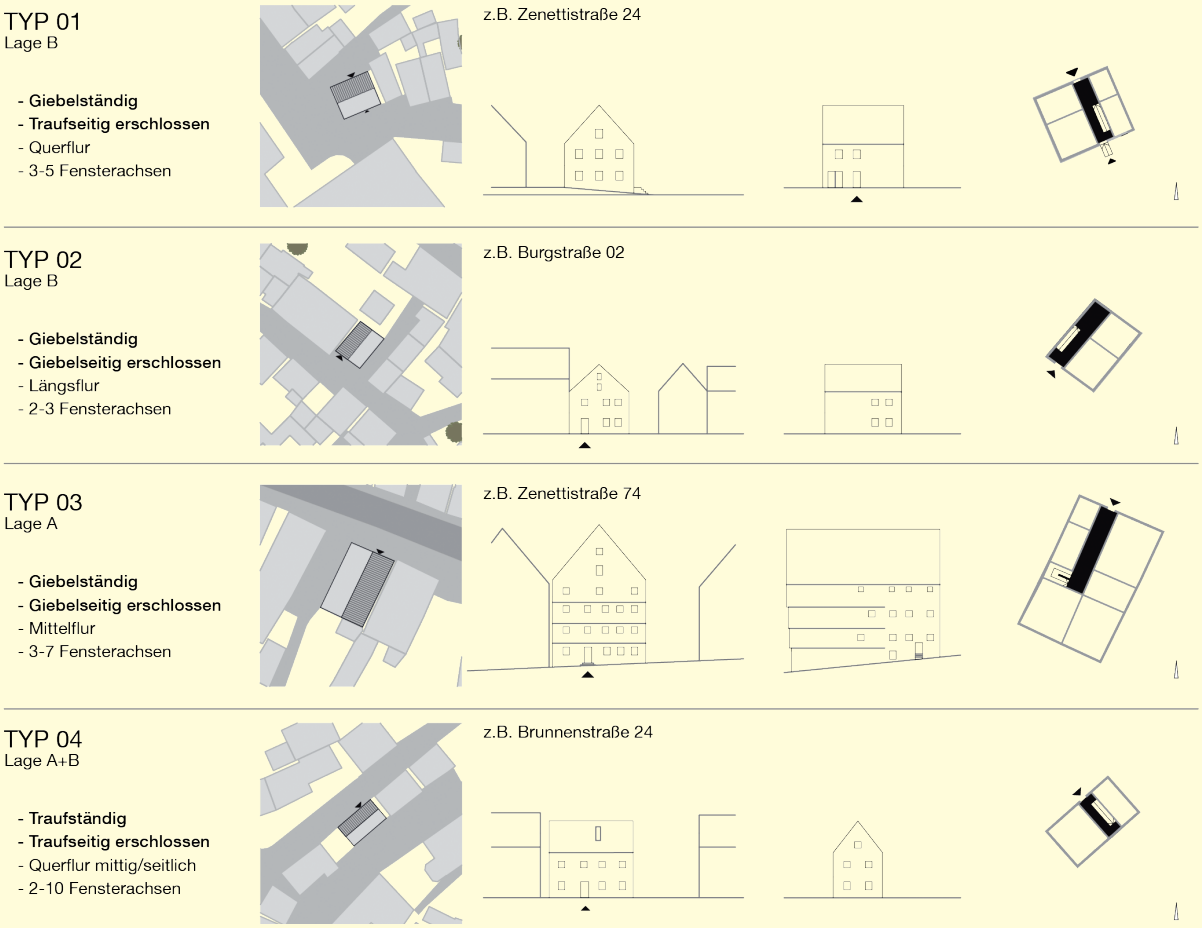


gen zueinander pflegen".

Die Entwicklungsstrategie basiert auf Trendanalysen, mit deren Hilfe der zukünftige Bedarf der Region in den Bereichen Gesellschaft, Wirtschaft, Freizeit und Mobilität abgeschätzt werden kann. Gleichzeitig wurden auf Basis einer räumlich-funktionalen Analyse die spezifischen Potenziale und Entwicklungserfordernisse jeder Stadt ermittelt. Durch das Verbinden beider Aspekte kann entschieden werden, wo in der Region Maßnahmen zu ergreifen sind, damit eine positive Entwicklung auf beiden Maßstabsebenen erwartet werden kann (Abb. 3). Somit wird das lokale Agieren im Kontext künftiger Bedürfnisse der Gesamtregion verankert und diese arbeitsteilig abgedeckt.

Die regionale Strategie wird auf lokaler Ebene in konkreten Handlungskonzepten präzisiert und umgesetzt. In der vorliegenden Arbeit liegt der Fokus auf der Stadt Lauingen, in der aufgrund der 53 Komplett- und 29 Erdgeschossleerstände im Innenort besonderer Handlungsbedarf besteht.

Trotz Stagnation der Bevölkerungszahlen steigt unter Beachtung der gesellschaftlichen Entwicklungen (Alterung der Bevölkerung, Pluralisierung der Lebensstile und Familienformen, Anstieg der Ein- bis Zwei-Personenhaushalte) in der Region der Bedarf an vielfältigeren Wohnungsgrundrissen und -größen. Insbesondere für die älter werdende Gesellschaft wird neben einem seniorengerechten Wohnraumangebot das Wohnumfeld eine wichtige Rolle spielen, um möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Während die Lauinger Altstadt als Einzelhandelsstandort strukturelle Defizite aufweist, erfüllt sie als Wohnort durch gute infrastrukturelle Voraussetzungen wie die gute Erreichbarkeit von Bildungseinrichtungen für alle Altersstufen und die Nähe zum attraktiven Erholungsraum am Donauufer, eine noch intakte Nahversorgung und das Vorhandensein von Ärzten sowie anderer gesundheitsorientierter Dienstleister bereits heute viele Grundbedingungen. Aus diesem Grund wird in Lauingen primär die Schaffung eines attraktiven Wohnumfeldes durch Qualifizierung des öffentlichen Raumes und des baulichen Bestandes angestrebt.



Hinsichtlich der o.g. gesellschaftlichen Anforderungen kann so eine wichtige Alternative im vom Einfamilienhaus dominierten Wohnraumangebot geschaffen werden. Die Transformation kann allerdings nur gelingen, wenn die unternutzten Bestände im Sinne neuer Wohnangebote reaktiviert werden können. Daher stellt der Umgang mit den insgesamt 82 Leerständen eine Schlüsselaufgabe dar. Da aufgrund der überwiegend privaten Besitzverhältnisse eine planerische Steuerung von öffentlicher Seite nur schwer möglich ist und durch die große Zahl der Leerstände eine Auseinandersetzung mit jedem Einzelobjekt kaum zu bewältigen wäre, wird ein Hilfsinstrument entwickelt, das auf Grundlage einer Typisierung die historische Bausubstanz hinsichtlich der Potenziale für die angestrebte Transformation einschätzt. So wird eine Brücke zwischen Planungszielen und individueller Abschätzung von Entwicklungschancen geschlagen und es werden Hemmschwellen hinsichtlich der Investition in die Altbestände abgebaut.

Typisierung des Gebäudebestandes: Grundlage für Transformation

Die Typisierung basiert zunächst auf den Kriterien der Stellung zur Straße und der Lage des Haupteingangs, die unter Beachtung ortsüblicher, historischer Grundrisse eine Einteilung in vier Typen ermöglichen (Abb. 4). Diese Grundtypen variieren je nach Lage innerhalb des historischen Stadtgrundrisses in Größe und Geschosszahl bzw. in der Ausrichtung, weshalb eine weitere Unterteilung der Typen in zwei Lagekategorien für eine spätere Aussage zur Nutzbarkeit eingeführt wird. Trotz der Vereinfachung wird die Mehrheit der Leerstände mit dieser praktikablen Methode in ihren für die zukünftige Reaktivierung strukturellen Grundgegebenheiten ausreichend erfasst.

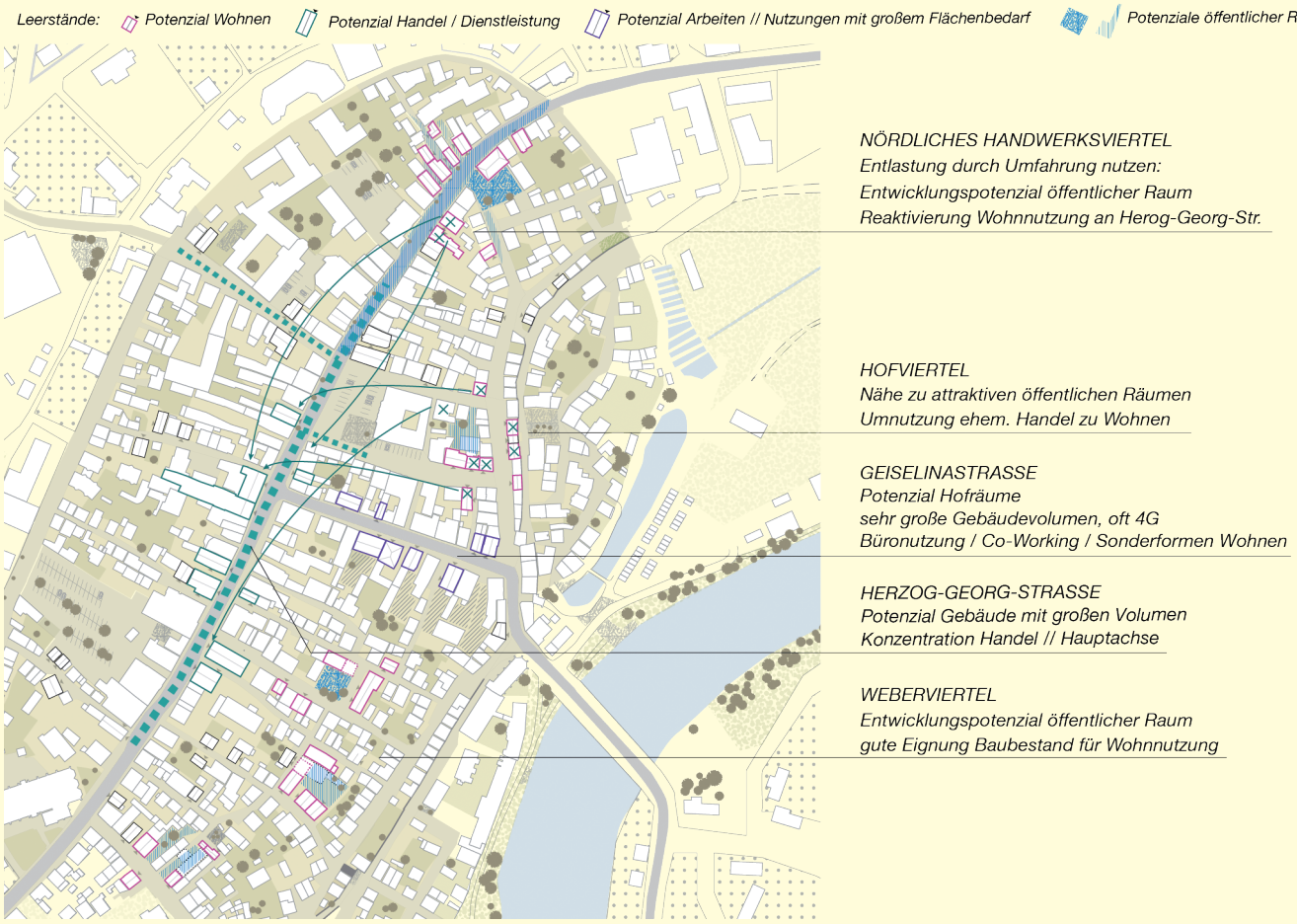
Da der größte Teil der Gebäude keine großen Tiefen aufweist bzw. von drei Seiten belichtet wird, ist meist sowohl eine Wohnnutzung als auch Gewerbe- oder Mischnutzung möglich. Ausnahmen bilden dabei wenige ehemalige Speichergebäude und große Gasthöfe, bei denen aufgrund großer Tiefen die Belich-

tung klassischer Wohnungsgrundrisse ohne erheblichen Eingriff in die Substanz schwer möglich ist. Diese werden als Typ 3 Lage A abgebildet und eignen sich hinsichtlich einer Umnutzung für spezielle Wohnformen oder reine Gewerbenutzung. Meist erlaubt die Baustruktur typologisch eine geschoßweise Teilung in einzelne Wohnungen. So könnte eine Vielzahl von kleineren, zum Teil ebenerdig zugänglichen und somit seniorengerechten Wohnungen angeboten werden. Die Typisierung ermöglicht somit Nutzungsvorschläge für den größten Teil der historischen Altstadt, ohne dass eine aufwändige, detaillierte Einzelbetrachtung notwendig ist.

Obwohl sich der größte Teil der Bausubstanz in privatem Besitz befindet, kann die Gemeinde mithilfe dieser ersten Einschätzung eine koordinierende und beratende Rolle einnehmen. Dabei sollen potenzielle zukünftige Nutzer mit Besitzern von leerstehenden Objekten in Verbindung gebracht werden. Durch eine klare Darstellung der strategischen Entwicklungsziele soll eine höhere Bereitschaft zu Umbau und Weiterentwicklung und gegebenenfalls eigene Bereitschaft zur Nutzung geschaffen werden. Die Typisierung des Gebäudebestandes dient dabei dem Aufzeigen von Potenzialen und der Kommunikation, kann jedoch im Fall einer Realisierung eine Einzelbewertung des Gebäudes nicht ersetzen. Neben der Leerstandsaktivierung wird damit ein zweites Ziel verfolgt: Neue Wohnangebote könnten beispielsweise ältere, alleinstehende Menschen mit einer kleineren Wohnung im seniorengerechten Umfeld als Alternative zum Verbleiben im Einfamilienhaus versorgen. Die dadurch freiwerdenden Objekte stünden dann beispielsweise als Wohnraum für junge Familien zur Verfügung. Langfristig werden auf diese Weise Flächenverbrauch durch Neuausweisungen und hohe Investitionskosten in die kommunale Infrastruktur vermieden.

Durch die Rückübertragung der Nutzungspotenziale der Bausubstanz auf den Stadtgrundriss und die Überlagerung mit Potenzialen im öffentlichen Raum können Entwicklungsschwerpunkte identifiziert werden. Um diese effektiv bearbeiten zu können und ein Ausbleiben von Investitionen aufgrund fehlen-

6



den privaten Kapitals der Eigentümer zu vermeiden, wird eine Unterstützung der Entwicklung durch eine privat-öffentliche Partnerschaft vorgeschlagen. Als Referenz dient hierfür die Frey-Invest GmbH, die in Zusammenarbeit mit der Stadt Freyung das Kapital privater Investoren bündelt, damit Immobilien ankaufen, diese nach den gemeinschaftlich gesetzten Entwicklungszielen saniert und wieder in den Markt einbringt (vgl. OBB, 2013:48ff). Auch die Kommune selbst kann innerhalb eines solchen Modells als Investor auftreten und so die Entwicklung strategisch wichtiger Projekte anstoßen.

Fazit und Ausblick

Die Analyseergebnisse geben Anlass zur Reflexion bezüglich Übertragbarkeit und weiterführender Forschungsansätze. Anhand der beobachteten Rekonzentrationsprozesse wurde gezeigt, dass die hohe Dichte an Zentralitäten im Untersuchungsraum nicht zu der im LEP Bayern angestrebten gemeinsamen Bewältigung von Versorgungsaufgaben, sondern im Gegenteil durch Funktions- und Qualitätsverluste in Lauingen und Höchstädt zu einer schlechteren Versorgung in der Fläche und weiteren Wegen aus den Umlandgemeinden geführt hat. Somit stellt die durch den Ausbau der B16 verbesserte Erreichbarkeit Dillingens die Begründung für das Mittelzentrum als Mehrfachort mit Lauingen als Teilort in Frage, womit langfristig die Frage nach der Sicherung der Zentralität zu stellen wäre.

Auch wenn diese spezielle Form der zentralörtlichen Ausweisung bislang nur in wenigen Orten in Bayern angewendet wird, gewinnt dieses Fallbeispiel aufgrund des im Juli 2016 veröffentlichten Entwurfs für die Teilfortschreibung des LEP, der eine erhebliche Ausweitung der Doppel- und Mehrfachzentralitäten vorsieht, an Relevanz (vgl. STMFLH, 2016). Da bislang keine Untersuchungen zur Funktionalität solcher Zentrenverbände vorliegen, wäre systematisch zu überprüfen, ob auch in anderen Mehrfachzentren ähnliche Verlagerungsprozesse auftreten und die vorgestellte Strategie in ihren Grundideen übertragbar ist.

Ein weiteres wesentliches Ergebnis ist der Nachweis, dass Funktions- und Qualitätsverluste in privatwirtschaftlich organisierten Versorgungsstrukturen sowie nachgelagerte Attraktivitätsverluste im Stadtraum auftreten, obwohl in der Region weder eine Schrumpfung der Bevölkerung noch der Wirtschaft vorliegen. Somit ist ein bislang vorwiegend im Kontext der Schrumpfung gesehener Prozess, der in vielen Klein- und Mittelstädten in peripheren ländlichen Räumen auftritt (vgl. BBSR, 2014:3; BMVBS, 2013:4), auch in einer insgesamt stabilen Region beobachtbar. Das Problem besteht demnach neben den Konkurrenzsituationen zu funktional ähnlichen Knoten auch in sich ändernden Rahmenbedingungen auf Anbieterseite und verändertem Nachfrageverhalten. Im Zusammenhang mit dem Nachfrageverhalten wird zudem auch die verbesserte Erreichbarkeit von übergeordneten Versorgungsstandpunkten als Grund für eine Funktionsverarmung in direkt benachbarten Klein- und Mittelstädten vermutet.

Da kleinen und mittleren Städten im ländlichen Raum Ankerfunktionen in Bezug auf die Sicherung der Daseinsvorsorge zugesprochen werden, sind diese Arbeitshypothesen und Fragestellungen vertieft zu untersuchten. Dadurch könnten zielführende Handlungsansätze gegen den Verlust von Versorgungsinfrastruktur in der Fläche entwickelt, die Verbundwirkung zwischen den Zentren und zu ihrem Umland besser verstanden und in stabilisierenden Konzepten für die Planung des ländlichen Raumes umgesetzt werden.

Denise Ehrhardt



Denise Ehrhardt, M.Sc. hat 2008-2012 an der TU Graz Architektur und 2013-2016 an der TU München Urbanistik studiert. Seit 2016 ist sie als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl Sustainable Urbanism bei Prof. Mark Michaeli tätig. Neben der Betreuung städtebaulicher Entwürfe forscht sie im Bereich Versorgungsnetze im ländlichen Raum mit dem Schwerpunkt kleiner und mittlerer Städte.

Mark Michaeli



Prof. ETH SIA Mark Michaeli leitet seit 2010 den Lehrstuhl für Nachhaltige Entwicklung von Stadt und Land an der Technischen Universität München mit Schwerpunkt in der Forschungsfeldern Siedlungsentwicklung und Gestaltungsprozesse in ländlichen und peripheren Räumen, Kultur des Planens und Bauens, Bedeutung von Infrastruktur und Versorgung im Umbau urbaner und peripherer Siedlungsräume und Kulturlandschaften, sowie Entwurfslabore als Formate des gemeinsamen Lernens von Gemeinden, Forschung und Lehre.

Quellenverzeichnis:

BBSR – BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT-, UND RAUMFORSCHUNG (2014): Kleine Städte in peripherer Lage – Probleme, Potenziale und Perspektiven ¬- Abschlussbericht. Erkner / Potsdam

BMVBS - BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG (2013): Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke Programmstrategie zum Städtebauförderungsprogramm. Zugriff auf www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/SharedDocs/Publikationen/StBauF/KleinereStaedte/Programmstrategie.pdf?__blob=publicationFile&v=2 am 21.09.2016

OBB - OBERSTE BAUBEHÖRDE IM BAYER. STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR BAU UND VERKEHR (2013): Ort schafft Mitte.de Städtebauförderung in Bayern - Abschlussbericht Modellvorhaben Ort schafft Mitte. München. Zugriff auf www.stmi.bayern.de/buw/staedtebaufoerderung/modellvorhaben/ortschafftmitte/ am 21.09.2016

STMFLH - BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN, FÜR LANDESENTWICKLUNG UND HEIMAT (2016): Anhörung Teilfortschreibung LEP. Zugriff auf www.landesentwicklung-bayern.de/anhoerung-teilfortschreibung-lep/ am 21.09.2016

THIERSTEIN, Alain (2006): Raumentwicklung im Verborgenen: die Entwicklung der Metropolregion Nordschweiz. Zürich

Abbildungen:

1: Übersicht des Untersuchungsraumes

2: Entwicklung Einzelhandel, Dienstleistung, Gastronomie in Lauingen 2000-2015 (Medienrecherche)

3: Regionale und lokale Problemstellungen, Einflussfaktoren

4: Entwicklungsstrategie – Differenzierung auf Basis lokaler Potenziale

5: Typisierung des Gebäudebestandes (Auszug)

6: Identifikation von Entwicklungsschwerpunkten (Plangrundlage Bayerische Vermessungsverwaltung 2016)

Ja, es ist möglich! Wie Bürgerbeteiligung und Architekturwettbewerb verknüpft werden können

Caren Ohrhallinger
nonconform zt GmbH, Wien

Vorgestellt wird ein Verfahren, mit dem Beteiligungsprozesse und Architekturwettbewerbe so verknüpft werden, dass passgenaue Projekte mit hoher architektonischer Qualität entstehen, die in der Entwicklungsphase vor Ort intensiv diskutiert werden und wo die Ergebnisse dadurch eine hohe Akzenptanz erreichen. Das spezielle Beteiligungskonzept der nonconform ideenwerkstatt wird auf diese Weise in einer spannenden Form erweitert.

Vielen Menschen ist es keineswegs gleichgültig, wie sich ihr Wohn- und Lebensort verändert. Die Bürger identifizieren sich eher mit Bauprojekten, wenn sie ihre Vorstellungen in die Planung einbringen können. In vielen Gemeinden in Deutschland, aber auch in andere europäischen Ländern gibt es bauliche Problemzonen: Einst blühende Industrieanlagen verfallen. Plätze, die vor 50 Jahren den Nerv der Zeit trafen, sind zu Stätten grauer Ödnis geworden. Leerstehende Einzelhandelsflächen nehmen vielen Ortskernen die einstige Attraktivität und leiten die Einkaufsströme an den Stadtrand oder in Nachbargemeinden.



1

2



3



4



Gleichwohl haben Gemeinden Alleinstellungsmerkmale. Diese zu entdecken und in eine außergewöhnliche neue Raumnutzung für mehr Lebensqualität zu übertragen, ist eine lohnenswerte Aufgabe.

Die nonconform ideenwerkstatt

Eine solche gemeinsame kreative Leistung kann im Rahmen einer Ideenwerkstatt erfolgen, bei der einiges anders abläuft. Der erste Schritt in diesem Prozess ist eine umfassende Aktivierung der Einwohnerschaft, denn Bürgerinnen und Bürger fühlen sich erst dann ernst genommen, wenn die Kommunalpolitik sie als gleichberechtigte Partner wahrnimmt. Dazu muss Bürgerbeteiligung bereits ganz am Beginn einer Planungsphase beginnen und als ergebnisoffener Prozess gestaltet werden. Das schafft die notwendige Motivation für ein gemeinschaftliches Projekt. Der zweite Schritt ist das Erzeugen eines atmosphärevollen Arbeitsforums, in dem die Bürger die emotionale Verbundenheit zu ihrer Heimat mit kreativen Zukunftsideen verbinden können. Dieses Forum sollte zeitlich klar begrenzt sein. Eine Bürgerwerkstatt wird so zum Gegenentwurf für die üblichen, als ineffizient und schleppend wahrgenommenen kommunalen Entscheidungsprozesse.

Das Architekturbüro „nonconform“ mit Sitz in Wien und Berlin hat bisher gute Erfahrungen bei der Durchführung von ihren nonconform ideenwerkstätten in Österreich gemacht, sowie in Deutschland zum Beispiel in Illingen im Saarland, in Bad Berleburg in Nordrhein-Westfalen oder in Berngau und Kolbermoor in Bayern.

Das Team von nonconform entwickelt mit seiner partizipativen Planungsmethode direkt vor Ort Lösungen für kommunale Problemflächen, wie beispielsweise leerstehende Gebäude oder verödete Plätze, die gemeinsam mit der Bevölkerung einer neuen, nachhaltigen Nutzung zugeführt werden (Abb. 1+2).

Das Besondere der nonconform ideenwerkstätten ist es, dass es sich um eine Ideenverdichtung handelt, die an drei hintereinanderliegenden Tagen mit den Bürgern gemeinsam stattfindet. Durch eine ausführliche und mehrere Monate dauernden Vor-

bereitungsarbeit ist es in diesem Zeitraum möglich, auf der Basis zuvor erstellter Potenzialanalysen Ideen zu sammeln, zu bewerten und in der Folge in ein fertiges Raumrezept zu überführen.
Es ist entscheidend, dass die Ideenwerkstatt in einer Atmosphäre stattfindet, die Euphorie erzeugt. Emotionale Faktoren wie Sympathie und Vertrauen spielen bei gemeinschaftlichen Vorhaben eine keineswegs zu unterschätzende Rolle. Gemeinsame Mahlzeiten, Theaterdarbietungen oder Wettbewerbe sind tragende Elemente, um der nonconform ideenwerkstatt den Festivalcharakter zu verleihen, der von den Bürgern geschätzt wird. Kurzweilig - lustvoll - ergebnisorientiert: Das sind drei wesentliche Faktoren des gemeinsamen, kreativen Schaffens (Abb. 3+4).
Es bedarf darüber hinaus einer kompetenten Außenperspektive, um die gesammelten Ideen sinnvoll zu verknüpfen. Dies gilt im Hinblick auf das Zukunftspotenzial für jede Aufgabe und jede Gemeinde. Wissen um Vergleichsprojekte und Kenntnisse internationaler Trends in der kommunalen Bauentwicklung sind daher notwendig.

Dem Projekt Flügel verleihen

Ergebnis der speziellen Ideenwerkstatt von nonconform ist ein klar umrissener Projektentwurf für eine ganz konkrete räumliche Maßnahme, damit das Projekt umgehend Flügel bekommt und der Realisierungsweg eingeschlagen wird. An dessen Beginn können diverse kleinere Sofortmaßnahmen stehen, um die zuvor geäußerten Überlegungen nicht im Raum der Theorie zu belassen. Denn während der gemeinsamen Ideenproduktion entsteht zwangsläufig eine Aufbruchsstimmung, die es über eine gewisse Zeit hinweg zu bewahren gilt.
Eine Ideenwerkstatt ist insofern Garant dafür, dass kommunale Zukunftsprojekte nicht das Projekt „des Bürgermeisters“ sind, sondern sie erzeugen ein „Wir-Gefühl“ innerhalb der Gemeinde, „unser Projekt“ entsteht. Über den Zeitraum der allmählichen Realisierung wächst dieses Gefühl kontinuierlich. Die Menschen vor Ort wissen, dass das neue Bürgerzentrum, der neue einzigartige Festplatz oder die neue innerstädtische Einkaufsgalerie nach ihren Ideen entstanden sind. Dies ist der Schlüssel zu einer erfolgreichen Ortsentwicklung.

Die Innovation: Bürgerbeteiligung und Architekturwettbewerb in Einem

Offen war bislang die Frage, wie eine intensive Bürgerbeteiligung und der Architekturwettbewerb, also die Suche nach der besten architektonischen Lösung kombiniert werden können. Erfolgreich wurde dies in der Gemeinde Fließ in Tirol erprobt: Hier wurde lokales Wissen der Bürger mit der Expertise von Architekten und Raumplanern bei einer nachhaltigen Aufwertung des Dorfzentrums miteinander verbunden.
Bei diesem Pilotprojekt, das im Jahr 2013 startete, sollte auf einem großen leerstehenden Dorfzentrumsareal ein nutzungsgemischtes Dorfhaus-Ensemble mit den Funktionen Wohnen, Arbeiten, Aufenthalt und Einkaufen entstehen. Dabei stand der Dialog der Gemeinde und ihrer Bürgerinnen und Bürger mit den Architekten durch ein neues Wettbewerbsmodell mit intensiver Bürgerbeteiligung im Vordergrund. Daraus entwickelte sich ein qualitativ hochwertiges und von vielen Beteiligten akzeptiertes Realisierungsprojekt, das von den bekannten Architekten Köberl & Kröss geplant und 2015 fertiggestellt wurde (Abb. 5+6).

Der besondere Entstehungsprozess im Detail

Gemeinderatsbeschluss

Als der Beschluss im Gemeinderat feststand, auf dem leerstehenden Areal mitten im Dorfzentrum ein neues Gemeindezentrum zu errichten, entwickelte eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Gemeinderäten und Bürgern, ein erstes grobes Raumprogramm, einen „provisorischen“ Anforderungskatalog was dort alles untergebracht werden könnte. Auf Basis dieser räumlichen Anforderungen wurden eine grobe Kostenschätzung erstellt, die Gebäude und notwendigen Grundstücke erworben, die Finanzierung geklärt und es erfolgte ein „GO“ für den Projektstart durch einen Gemeinderatsbeschluss.

Wettbewerbsstufe Eins: Bewerbungsverfahren und Vor-Auswahl

In der Folge wurde ein zweistufiger, offener Architekturwettbewerb nach den Kriterien des Bundesvergabegesetzes ausgeschrieben. Die erste Stufe war offen für alle interessierten Archi-

tekten und Architektenteams. Um daraus Architekturbüros mit unterschiedlichen Zugängen für das Verfahren auszuwählen, wurden Kriterien erstellt, anhand derer die Jury eine Bewertung vornahm und aus 18 Abgaben jene fünf Büros auswählte, die zur Teilnahme am Wettbewerb eingeladen wurden.

Diese fünf Wettbewerbsteilnehmer erhielten einige Wochen vor der Wettbewerbsdurchführung die Unterlagen. Diese bestanden aus einem allgemeinen Teil über die Verfahrensregeln und einem inhaltlichen Teil mit dem sogenannten „provisorischen" Raumprogramm.

Eine Ideenwerkstatt gemeinsam mit den Bürgern, Architekten, dem Gemeinderat und der Jury

Den Auftakt zum Wettbewerb bildete ein Hearing. Das Besondere dabei war aber, dass dieses Hearing zwei Tage dauerte und direkt vor Ort gemeinsam mit der Bevölkerung als nonconform ideenwerkstatt stattfand. Das bedeutet, dass an diesen zwei Tagen zahlreiche Aktivitäten, wie z.B. Gespräche, Stammtische, Vorträge etc. angeboten wurden, bei denen die geladenen Architektenteams mit der Bevölkerung gemeinsam Ideen sammeln und diskutieren konnten. Begleitet wurde dieser partizipative Prozess von einer eigens eingerichteten Website inklusive einem Gewinnspiel, um insbesondere auch die Zielgruppe der jungen Gemeindebürger in das Projekt einzubinden. Ferner hatten die Lehrer mit den Schülern ihre Überlegungen für das zukünftige Gemeindezentrum erarbeitet und in einem Theaterstück den Architekten präsentiert. Die zukünftigen Nutzer hatten Zeit, ihre Raumwünsche nochmals im Gespräch zu präzisieren. Am Ende der zwei Tage stand die endgültige Fixierung des Raumprogramms, welches sich nun durch den intensiven Dialog gegenüber dem Stand zu Beginn verändert hatte. Der Gemeinderat stimmte als Wettbewerbsauslober und Bauherr dem aktualisierten Raumprogramm direkt vor Ort als definitive Wettbewerbsaufgabe zu, für welches die Architekten daraufhin konkrete Vorschläge erstellten.

5



Ausarbeitungsphase

Als Wettbewerbs-Entwurfszeit wurde für dieses Pilotprojekt rund eine Woche gewählt. Einige der Teams arbeiteten noch eine gewisse Zeit vor Ort, andere wiederum fuhren nach dem Hearing umgehend ins eigene Büro, da sie die gewohnte Umgebung und ihre Infrastruktur für das Arbeiten vorzogen. Schließlich entwickelte jedes der Teams einen eigenen Lösungsvorschlag für die Aufgabenstellung. Dabei stand die primäre Aufgabe des Architekten, die Ideenfindung, im Mittelpunkt. Die Darstellung war frei wählbar und sollte auch der kurzen Bearbeitungszeit angemessen sein.

Jurysitzung

Die Jurysitzung dauerte eineinhalb Tage. Der erste Teil – entsprechend dem Bundesvergabegesetz – war anonym. Das bedeutet, dass alle Architekten ihre Projekte ohne Namen abgeben mussten. In einem ersten Jurydurchgang wurde versucht, die einzelnen Projekte zu verstehen, Unklarheiten wurden notiert und in Fragen formuliert. Am Abend des ersten Jurytages erfolgte die Aufhebung der Anonymität und die Architekten wurden eingeladen, unabhängig voneinander vor der versammelten Bevölkerung die offenen Fragen der Jury zu beantworten. Auch am darauffolgenden Vormittag war die Jurysitzung für alle Bürger offen, die Projekte wurden jetzt – nicht mehr anonym – nochmals diskutiert und gemeinsam wurden Stimmungsbilder eingeholt. Ab Mittag wurden die Türen wieder geschlossen und die Jury hatte den gesamten Nachmittag Zeit, um in ausführlichen Diskussionsrunden die Entscheidung für das beste Projekt zu treffen. Durch die intensive Auseinandersetzung mit den Projekten ist es schließlich auch gelungen, eine einstimmige Entscheidung für ein Siegerprojekt zu treffen. Inhaltlich über-



6

zeugte es durch eine sehr ausdifferenzierte Anordnung und Ausformulierung von mehreren Baukörpern in der anspruchsvollen Topographie sowie auch die intelligente Einbeziehung der Dorfstrasse als wichtigen Teil des Dorfplatzes.

Präsentation

Den Abschluss der Jurysitzung bildete eine öffentliche Präsentation mit kulinarischer und musikalischer Umrahmung. Dabei wurden nicht nur das siegreiche Projekt und der Architekt vorgestellt, sondern die Entscheidung der Jury anhand der Stärken und Schwächen aller Projekte begründet. Gleichzeitig gab es eine Ausstellung und Präsentation aller Projekte für die Bevölkerung mit Erläuterungen der Jury. Die Medien waren einerseits bei der Präsentation anwesend bzw. wurden vom Verfahren und dessen Ausgang informiert. Ein Filmteam begleitete das gesamte Pilotverfahren und holte bei der Präsentation die umfassenden Meinungen von Bürgern und Fachleuten ein.

Reflexionsrunde

Einen Monat nach der Juryentscheidung fand eine ausführliche Feedbackrunde statt. Dabei diskutierten die Gemeindeverantwortlichen, die teilnehmenden Architekten, die Initiatoren, die Juroren sowie die Prozessbegleiter das neuartige Wettbewerbsverfahren. Der grundsätzliche Tenor ergab eine hohe Zufriedenheit mit dieser neuen Art eines partizipativen Verfahrens. Folgende Anregungen zur Verbesserung bzw. Veränderung einzelner Punkte wurden in die Weiterentwicklung des Verfahrens aufgenommen:

- Mehr Bearbeitungszeit für die Architekten, die eine Woche erschien eindeutig zu kurz. Sie sollte ab zwei Wochen beginnen und kann auch die normal üblichen acht Wochen beinhalten.
- Keine Aufhebung der Anonymität während der Jurysitzung, da dies ein hohes Gefahrenpotential im Rahmen des Vergabegesetzes ist.
- Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger, gegen vorherige Anmeldung die gesamte Dauer des Juryprozesses als Zuhörer dabei zu sein – die Betonung liegt dabei auf der gesamten Dauer, weil es nicht sinnvoll ist, nur Fragmente einer Jurysitzung mitzubekommen sondern die beste Form der Baukulturvermittlung ist es, den gesamten Entscheidungsprozess zu erfahren.

Resümee Pilotverfahren

Bei diesem Verfahren in Fliess war die intensive Auseinandersetzung der Architekten mit den Bedürfnissen der Bevölkerung der Schlüssel zum Erfolg. Diese Interaktion hat viele Barrieren und Vorurteile auf beiden Seiten abgebaut und eine neue Qualität des Dialogs mit sich gebracht. Das gegenseitige Zuhören wurde wertgeschätzt. Zwei Zitate stehen stellvertretend für diese neue Gesprächskultur: „Es ist nicht der erste Architekturwettbewerb, bei dem ich dabei war. Normalerweise ist es danach aber immer recht schwierig, den Leuten zu erklären, warum ausgerechnet dieses oder jenes Projekt gewonnen hat. Bei diesem Verfahren ist das komplett anders. Durch die intensive Beschäftigung mit den Projekten ist es nun ein Leichtes, die Vorteile des siegreichen Projekts in einem Satz den Menschen zu erklären." (Wolfgang Huter, Vizebürgermeister)

„Wir haben vor dem Verfahren den Bauplatz bereits besucht und ein Erstkonzept erarbeitet. Aber durch das zweitägige Hearing in Form der Ideenwerkstatt, wo wir zwei Tage Zeit hatten, einfach nur zuzuhören, konnte im Kopf eine ganz neue räumliche Antwort reifen. Es wurde klar, dass das die viel bessere Antwort auf die Aufgabenstellung ist. So ist ein maßgeschneidertes Projekt entstanden. Dieses Zuhören und die dafür zur Verfügung stehende Zeit waren für uns ganz wichtig." (Rainer Köberl, Architekt des Siegerprojekts)

Vom Pilotprojekt zum „Routineverfahren

In der Folge hat nonconform das Format sukzessive weiterentwickelt und auch im Bereich Umbau von Schulen umgesetzt. Die Erkenntnis dabei ist, dass bei Projekten im Organismus Dorf der Rahmen offener und mehr Spielraum vorhanden ist als im Organismus Schule. Hier sind die Budgets für bauliche Maßnahmen durch die Schulbaugesetze klarer definiert und die Ansprüche vielfältiger. Als Lösung wird eine umfassendere gemeinschaftliche Vorbereitung mit den Nutzern vor den Wettbewerb geschalten. Das Ergebnis ist ein Nutzungsorganigramms des Alltagsablaufs und ein umfassendes visualisierten Raumprogramm für die teilnehmenden Architekten des Wettbewerbs. Dieser wird wie im oben beschriebenen "Modell Fließ" durchgeführt.

Caren Ohrhallinger


©kurt hörbst

Geboren 1976 in Oberösterreich, Architekturstudium in Oslo und an der Universität für angewandte Kunst in Wien (Diplom bei Zaha Hadid). Seit 2003 Partnerin bei nonconform. Arbeitsschwerpunkt ist die partizipative räumliche Zukunftsentwicklung von Gemeinden, Stadtquartieren und Schulen. Neben regelmäßiger Jury- und Vortragstätigkeit sowie einer Lehrtätigkeit an der TU Wien am Institut für Städtebau entwickelte sie 2006 gemeinsam mit Roland Gruber und Peter Nageler die nonconform ideenwerkstatt.

Caren Ohrhallinger ist mit ihrem nonconform Büro derzeit an den Standorten Wien, Berlin, Oberösterreich/Bayern und Kärnten aktiv. nonconform beschäftigt rund 20 MitarbeiterInnen. Als jährlichen Think Tank zum Thema Strategien gegen Leerstand organisiert nonconform die Leerstandskonferenz.

Weitere Informationen:
www.nonconform.at
www.leerstandskonferenz.at
Projektwebsite Fließ: fliess.vor-ort.at
Projektwebsite Deutschfeistritz: www.schulzentrum-umbauen.at

Abbildungen:
1: Im niederösterreichischen Haag wurde von nonconform eine mobile Theatertribüne für den jährlichen Theatersommer und die gesamte Neugestaltung des Hauptplatzes mit indirekter Beleuchtung der Häuserfassaden mit der Bevölkerung entwickelt und umgesetzt. (Gerhard Obermayr)
2: Im kleinen Dorf Zeillern gleich nebenan wurde in einer Ideenwerkstatt mit den Bürgern gemeinsam ein roter Dorfplatz entwickelt und in der Folge umgesetzt. Er ist neuer Mittelpunkt für junge wie ältere Bürger, Hochzeitsgesellschaften und Blasmusikkapellen des nahegelegenen Weiterbildungszentrums (Kurt Hörbst)
3+4: Für das gemeinsame Ideenentwickeln mit BürgerInnen wird auf die besondere Arbeitsatmosphäre der Ideenwerkstatt sehr viel Wert gelegt (nonconform)
5: Die Ideenwerkstatt als Teil des Architekturwettbewerbs bringt eine umfassende Auseinandersetzung mit dem Ort und der Aufgabe – Begehung während der Jurysitzung in Fliess (nonconform)
6: Eröffnung des neuen Dorfzentrums in Fliess (nonconform)

Vier Ministerien x zwei Planerinnen x Bewohnerinnen und Bewohner

Sabine Müller-Herbers Baader Konzept GmbH, Mannheim
Manuela Skorka Planungsbüro Skorka, Neuried

Aktuelle Diskussionen über die Entwicklungsoptionen des ländlichen Raums werden von Themen wie dem demographischen Wandel, der Sicherung der Daseinsvorsorge und der Revitalisierung brachgefallener gewerblicher und landwirtschaftlicher Infrastruktur geprägt. Ins Blickfeld rücken dabei vor allem die Ortsmitten, wo Leerstände vermehrt auftreten und besonders augenfällig werden. Bisher wenig im Fokus stehen dagegen die zahlreich vorhandenen älteren Einfamilienhausgebiete (EFH-Gebiete) der 50er bis 70er Jahre.

In vielen ländlich geprägten Gebieten – auch Baden-Württembergs – liegt der Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser an allen Wohngebäuden bei über 80% (BBSR 2016).
Einfamilienhausgebiete wurden und werden zu einem Großteil von eigentumsbildenden Haushalten in der Familienphase gebildet und weisen aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte eine homogene Bevölkerungsstruktur auf. Mit dem Aus-/Fortzug der Kinder, dem zunehmenden Alter der Bewohner und dem steigenden Sanierungsbedarf von privaten Gebäuden und öffentlichem Raum stehen Eigentümer und Kommunen vor neuen Aufgaben (z. B. Wüstenrot-Stiftung 2012, 2016).

Modellprojekt für ältere Einfamilienhausgebiete mit neuem ressortübergreifenden Ansatz

Um dieser Herausforderung nachzugehen und praxisnahe Lösungsansätze für alle Kommunen zu generieren, wurde 2012 das Modellprojekt „Revitalisierung von Einfamilienhausgebieten der 50er bis 70er Jahre“ initiiert und im Auftrag der vier bayerischen Staatsministerien für Umwelt und Verbraucherschutz, des Innern, für Bau und Verkehr, für Arbeit und Soziales, Familie und Integration sowie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten erarbeitet. Die Besonderheit dieses ressortübergreifenden Ansatzes schlägt sich nieder in der Motivation der vier Ministerien und bildet sich in den Leitzielen des Modellprojekts ab:

- Zukunftsfähige Entwicklung der Wohnqualität für ältere und jüngere Bewohner/innen,
- Sicherung der Immobilienwerte und Erhalt bzw. Weiterentwicklung städtebaulicher Qualitäten,
- Sicherung der Rahmenbedingungen zur Führung eines selbstbestimmten Lebens im Alter,
- Stärkung der Innenentwicklung und effektive, kostensparende Nutzung der Infrastruktur (Bay. Staatsreg. 2016).

Die fachliche Bearbeitung erfolgte durch die Baader Konzept GmbH mit besonderen Kompetenzen im kommunalen Flächenmanagement und der Innenentwicklung und dem Planungsbüro Skorka mit einer umfangreichen Expertise im Bereich aktivierende Bürgerbeteiligung in der Stadtplanung und Inklusionsprojekten. Es galt Hintergründe, Handlungsansätze und – soweit vorhanden – konkrete Beispiele zur Weiterentwicklung von EFH-Gebieten zu recherchieren und für die Betreuung von drei Modellkommunen aufzubereiten. Dabei wurde ein breites Feld an Themen, die für die Revitalisierung von EFH-Gebieten von Bedeutung sind, betrachtet: Flächenmanagement und Innenentwicklung, Wohnangebote und –formen, Wohnungsmarkt, Gebäudebestand/energetische Sanierung, Versorgung,

öffentlicher Raum, Freiraum und Ortsbild, gesellschaftliche Teilhabe/Unterstützungsangebote, Netzwerke/bürgerschaftliches Engagement, Mobilität sowie technische Infrastruktur und Kosten (Müller-Herbers, Skorka 2016: 306). Als Untersuchungsmethoden wurden neben dem Fallstudienansatz Literatur- und Internetrecherchen, Akteursanalysen, städtebauliche Analysen, Experteninterviews sowie teilnehmende Beobachtungen bei den Fachgesprächen, Gemeinderatssitzungen und Bewohnerversammlungen genutzt. Im Ergebnis sollte je Modellkommmune bzw. Quartier ein Integriertes Quartiersentwicklungskonzept (IQ) im engen Dialog mit allen Beteiligten vor Ort erstellt sowie aussichtsreiche Schlüsselprojekte für die weitere Umsetzung aufgezeigt werden.

Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die Bezüge zwischen den ministeriellen Ressorts gelegt. Eine wichtige Schnittstelle war dabei u.a. die sozialpolitische Leitlinie, ein selbstbestimmtes Leben im Alter zu gewährleisten, im Zusammenhang mit der baulichen Gestaltung von Siedlung und öffentlichem Raum zu sehen und dabei auch Optionen für eine effiziente, sparsame Siedlungsentwicklung zu erwägen. Mögliche Synergieeffekte durch die ressortübergreifende Betrachtung sollten genutzt und in übertragbare Handlungsansätze zur Anpassung von älteren EFH-Gebieten überführt werden.

Ein weiteres Spannungsfeld des Modellprojekts lag in der Zusammenarbeit mit den Bewohner/innen vor Ort und weiteren lokalen Akteuren, um in Ergänzung der Expertise der Fachleute zum Anpassungsbedarf von EFH-Gebieten zu eruieren, wie diese Aufgabenstellung vor Ort wahrgenommen wird. Ein wichtiger Untersuchungsansatz war deshalb die Zusammenarbeit mit

1



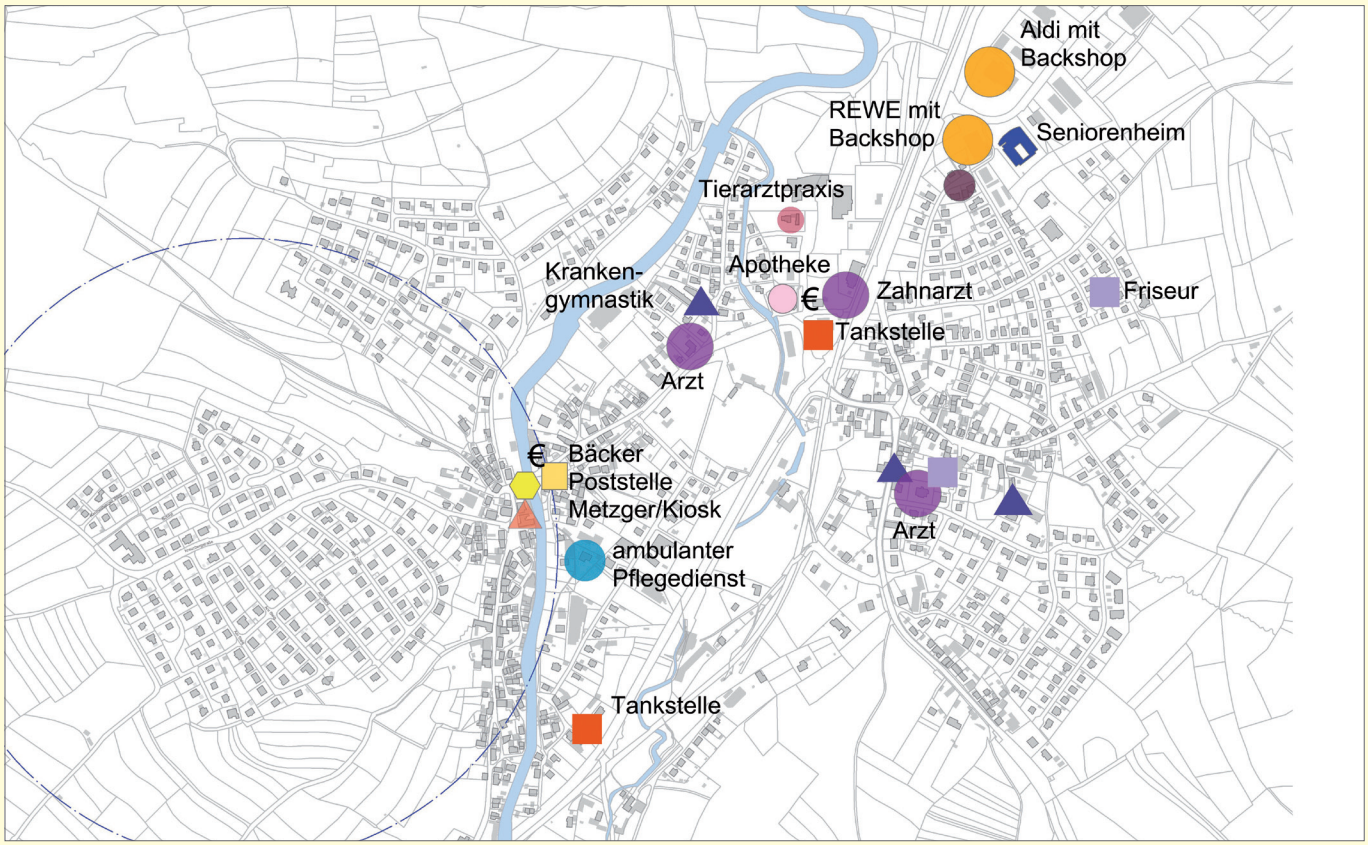
drei Modellkommunen, die in einem bayernweiten Wettbewerb von 35 Kommunen jeweils ein ausgewähltes EFH-Gebiete eingebracht haben und ausgewählt wurden. Räumlicher Schwerpunkt waren dabei EFH-Gebiete im ländlichen Raum. Als Modellkommunen wurden Karlstadt (14.900 EW, Landkreis Main-Spessart), Marktrodach (4.000 EW, Landkreis Kronach) sowie Langenneufnach (1.670 EW, Landkreis Augsburg) ausgewählt. Stellvertretend für eine Modellkommune im ländlichen Raum wird im Folgenden Marktrodach vorgestellt. Es werden vor allem Ergebnisse zur Impulssetzung aus der Bewohnerschaft, zum ressortübergreifenden Untersuchungsansatz und zu der Zusammenarbeit der vier Ministerien hervorgehoben.

Einfamilienhausgebiet „Am Steig" in Marktrodach

Im Modellprojekt erfolgte zunächst eine umfassende Analyse der Ausgangssituation im Quartier und im Kontext zum Gesamtort. Das Quartier „Am Steig" liegt östlich in isolierter Lage zum Ortskern am Hang. Das EFH-Gebiet ist in drei Bauetappen von ca. 1960 bis 1980 entstanden und gehört damit zu einem noch eher jungen Quartier. Es gilt als Gebiet in schöner landschaftlicher Lage mit weiten Ausblicken. Bis auf die Zufahrt ins Quartier zeigt sich im öffentlichen Raum ein überwiegend freundliches Bild. Mängel bestehen vor allem in der starken Hangneigung, die insbesondere in den Wintermonaten den Fußgängern zu schaffen macht, den schmalen Gehwegen und der mangelnden Barrierefreiheit (u.a. Erschließung durch Treppen). Ein Hotel mit Gastwirtschaft (Flößerhof) im Quartier bildete einen wichtigen Treffpunkt für die Bewohnerinnen und Bewohner (z. B. für Stammtische, Familienfeiern) und ist inzwischen geschlossen. Das Anwesen wurde in ein Therapiezentrum für Erwachsene mit Prader-Willis-Syndrom umgenutzt.

Quartier „Am Steig" in Marktrodach

- Fläche des Quartiers: ca. 20 ha
- Entstehungszeit: 1960 - 1980
- Bebauung: Ein- und Zweifamilienhäuser
- Einwohner: ca. 580
- Wohngebäude: ca. 190, davon Baulücken: 23 Leerstände: 3
- Bewohner über 70 Jahre: auf 15 Parzellen



2

Alle Infrastruktureinrichtungen inklusive der Haltestelle für eine regionale Busanbindung befinden sich im Ortskern im Tal.

Akteursvielfalt und deren Kompetenzen

Neben dem konzeptionellen, analytischen Blick der Planerinnen auf das Quartier war die Sichtweise der Bewohnerinnen und Bewohner sowie der weiteren Akteure vor Ort wichtig. Thesen und Leitlinien zur Revitalisierung von älteren EFH-Gebieten sollten dem Praxistest unterzogen und eine Rückkopplung erzielt werden. Dazu wurde ein umfassender Kommunikations- und Beteiligungsprozess mit folgenden Bausteinen initiiert:

- Vorbereitende und begleitende Gespräche mit der Stadtverwaltung,
- Akteursanalyse, um Quartiersexperten zu gewinnen, die aufgrund ihrer Tätigkeit und ihres Engagements über Kenntnisse und besondere Blickwinkel im Quartier verfügen; auch, um dem ressortübergreifenden Untersuchungsansatz Rechnung zu tragen,
- Fachgespräche mit den Quartiersexperten am runden Tisch,
- Vertiefende Einzelgespräche mit den Schlüsselakteuren und Bewohnern,
- Bewohnerversammlung,
- Präsentation der Zwischenergebnisse und Abstimmung im Stadtrat,
- Begleitende Pressearbeit und Bereitstellung von Informationsmaterial für die Homepage der Stadt.

Wesentlicher Bestandteil dieses Prozesses war es, die Kommune (Verwaltung, Stadtrat), die Bewohnerschaft und sonstige Beteiligte zum Thema Revitalisierung zu sensibilisieren. Dies erfolgte durch Impulsvorträge. Mit ihnen wurden die vielfältigen Aspekte und Zusammenhänge, die für die Aufwertung der älteren Siedlungsquartiere und das generationenübergreifende Leben relevant sind, plakativ vorgestellt (Müller-Herbers/Skorka 2016: 309). Es fanden eine Vielzahl von Fachgesprächen am runden Tisch bzw. in Einzelgesprächen statt. Rund 50 Teilnehmer aus dem Quartier informierten sich bei der Bewohnerversammlung über das Projekt und brachten konkrete Ideen ein. Die wichtigsten diskutierten Themen waren: Anbindung an den Ort insbesondere die Zufahrt Kreuzbergstraße, Treffpunkte für

Bewohner, das Miteinander im Quartier, nachbarschaftliche Unterstützung, die ärztliche Versorgung und neue Wohnangebote.

Tabelle 1:
„Vielfalt - Gespräche und Interviews mit den Akteuren vor Ort"

Akteursfeld	Gesprächspartnerinnen und -partner
Politik und Gemeindeverwaltung	Bürgermeister, Fraktionsvorsitzende, Leiter Bauamt
Weitere politische Vertreter	Landtagsabgeordnete, Mitglied der Frauenliste Kronach (jeweils auch mit Wohnsitz im Quartier)
Vertreter übergeordneter Behörden	Referentin für Städtebau (Regierung von Oberfranken)
Nachbarschaftshilfe, Pflege	Einrichtungsleiter des Arbeiter-Samariter- Bunds, Inhaberin des ambulanten Pflegedienstes, Vorsitzende Seniorengenossenschaft Kronach in Stadt und Land e. V.
Banken, Immobilienwirtschaft	Vertreter der Raiffeisen-Volksbank und der Sparkasse
Vereinswesen, Ehrenamt	Vertreterin Regionalmarketingverein, Vertreterin Kronach Creative e.V. – Arbeitskreis Familienfreudiges Marktrodach, Leiterin Frauenkreis
Sonstige Einrichtungen	Leiter des Therapiezentrums SeniVita sozial GmbH, Leiterin REWE-Markt sowie Bewohnerinnen und Bewohner im Quartier

Ausgewählte Impulse aus den Gesprächen

Bemerkenswert ist die Bedeutung der Bewohnerversammlung als „Initiativzündung", frühere gemeinsame Aktivitäten wiederaufzunehmen und weiterzuentwickeln. In der Familienzeit der Bewohnerinnen und Bewohner, d. h. als kleinere Kinder zu betreuen waren, gab es im Quartier häufig Gelegenheit sich zu treffen und auszutauschen. Daraus entstanden auch regelmäßige Treffen und Straßenfeste, die jedoch im Laufe der Zeit eingestellt wurden. Heute besteht kaum Gelegenheit in Kontakt zu bleiben, zumal auch der Treffpunkt in der Gaststätte des Flößerhofes entfallen ist. Die Bewohnerversammlung war seit langem wieder eine Gelegenheit zum Austausch im Quartier.

Mit Unterstützung des Arbeitskreises „Familienfreudiges Marktrodach" haben Bewohner/innen vor Ort neue Aktivitäten entfaltet, wie z. B. regelmäßige Kamingespräche in der Winterzeit oder gegenseitige Garten- und Gartenkunstbesuche innerhalb der Siedlung. Für die Kamingespräche wird der Festsaal des Therapiezentrums genutzt, sodass hier eine erste Kooperation zwischen Therapiezentrum und dem Quartier bzw. der Gemeinde praktiziert wird. Aus der Initiative der Bewohnerschaft werden Forderungen an die Stadt z. B. zur Verkehrssicherheit (Kreuzbergstraße), zur Zusammenarbeit mit dem neu eingerichteten Therapiezentrum und für ein aktives Leerstandsmanagement im Ortskern formuliert und in die kommunalpolitische Diskussion eingebracht. Die Aktivitäten reichen so inzwischen auch über das Quartier „Am Steig" hinaus, indem z. B. in der Vorweihnachtszeit die Schaufenster leer stehender Geschäfte im Ortskern bespielt wurden (Ausstellungen, Plakate, Aktionen). Bei ergänzenden Bewirtungsangeboten hatten die Menschen aus Quartier und Ortsmitte Gelegenheit miteinander ins Gespräch zu kommen.

Bedeutung im ressortübergreifenden Ansatz

Funktionierende Nachbarschaftshilfe und Teilhabemöglichkeiten sind eine wichtige Voraussetzung – neben anderen Aspekten wie Barrierefreiheit – im Alter ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Ältere Menschen und mobilitätseingeschränkte Personen neigen zu Rückzugsstrategien, wenn tägliche Verrichtungen nicht mehr so einfach möglich sind. Das gilt sowohl für den Bewegungsradius innerhalb des eigenen Hauses (innerer Leerstand), als auch für das Wohnumfeld und die Teilhabe an Angeboten im Ort (z. B. Nutzung eines Bürgerbusses für Einkaufsfahrten, zu Veranstaltungen und Arztbesuchen); dazu das Zitat der Inhaberin des lokalen Pflegedienstes: „Die gehen den ganzen Winter nicht mehr aus dem Haus". Hat dieser Rückzug erst einmal begonnen bzw. dauert an und sind Unsicherheiten im Bewältigen des täglichen Lebens (z. B. Einstieg in den Bus, Überwindung von Treppen) eingetreten, so bestehen kaum noch Chancen, die Menschen wieder zur Teilhabe und Nutzung neuer Angebote zu bewegen. Ein auf Dauer angelegtes, vertrautes nachbarschaftliches Netzwerk, in dem fortlaufend Angebote genutzt werden können, beugt vor und ermöglicht Kontakte zu pflegen, um bei Bedarf „niedrig schwellig" Hilfe an zu nehmen.

Unter Einbeziehung einer Vielzahl von Akteuren bzw. Quartiers

experten mit unterschiedlichem Erfahrungshintergrund und Blick auf das Quartier können bisher nicht bedachte Kooperationsmöglichkeiten ausgelotet werden. Der früher vorhandene Treffpunkt im Quartier wird vermisst. Durch die Gespräche konnte der Austausch zwischen der Bewohnerschaft, Gemeinde und dem neu gegründeten Therapiezentrum hergestellt und befördert werden. Was ein zum Therapiezentrum umgenutztes Hotel betrifft, so bestehen hier vielfältige Kooperationsmöglichkeiten wie z. B. die Öffnung für Angebote, die die Bewohner im Umfeld nutzen können (Wäscherei, Kantine bzw. Lieferservice für Essen, Cafe-Treff, Nutzung medizinischer Dienstleistungen wie z. B. Physiotherapie, Hausarztbetreuung). Es können Synergieeffekte entstehen, die durch die Angebote zu einem Mehrwert für die älter werdenden Menschen im Quartier führen, als auch eine effiziente Infrastrukturnutzung unterstützen.

Ergebnisse und Handlungsansätze mit Mehrwert

Neben den bereits vorgestellten Ergebnissen wurde für das Quartier ein Integriertes Quartierskonzept (IQ) erstellt. Das IQ führt Inhalte bereits bekannter (Fach-)Konzepte zur Quartiersentwicklung aus Städtebau sowie Sozial- und Seniorenpolitik (und ggf. energetischer Sanierung) zusammen und erweitert sie – resultierend aus dem ressortübergreifenden Ansatz – um wesentliche Aspekte wie Wohn- und Flächenmanagement sowie die Netzwerkbildung wichtiger Akteure. Es beachtet räumliche, bauliche und soziale Bezüge und Nutzungen im Gebiet und zum Gesamtort. Besonderes Augenmerk liegt auf dem generationsübergreifenden Blickwinkel. Es besteht aus den Teilen:

- Analyse
- Ziele für die Gesamtgemeinde
- Ziele und Maßnahmen für das Quartier sowie
- Schlüsselprojekte zur Umsetzung mit Beschreibung der Maßnahmen, der nächsten Schritte und der Fördermöglichkeiten (http://www.stmuv.bayern.de/themen/boden/flaechensparen/einfamilienhaeuser.htm)

Das IQ stellt einen Leitrahmen für die Anpassung und Aufwertung des Quartiers dar und ermöglicht, ohnehin laufende Planungen auf die Ziele der Quartiersentwicklung auszurichten und Synergieeffekte zu nutzen (z. B. barrierefreie Gestaltung des Straßenraums und Aufwertung im Zuge von geplanten Kanalerneuerungsmaßnahmen).

Handlungsansätze für ältere EFH-Gebiete

- Neue selbstbestimmte Wohnformen unterstützen
- Gesellschaftliche Teilhabe fördern
- Wohngebiete attraktiv halten
- Innenentwicklung / (Wohn-)Flächenmanagement nutzen
- Werthaltige Immobilien schaffen (Privateigentümer)

(Bayerische Staatsregierung 2016)

Im Ergebnis zeigt sich, dass durch einen ressortübergreifenden Ansatz Strategien zur Anpassung der EFH-Gebiete mit besonderem Mehrwert entwickelt werden können. Allerdings ist es erforderlich, in der Verwaltung, den unterschiedlichen Interessensgruppen und in der Bewohnerschaft über die Entwicklungsperspektiven älterer EFH-Gebiete zu informieren und Bewusstsein für die Qualitäten sowie mögliche nachteilige Entwicklungstendenzen zu schaffen. Die aktive Auseinandersetzung mit den vielfältigen Themenfeldern zur Anpassung von EFH-Gebieten ist nötig. Dabei ist eine sensible Vorgehensweise gefragt, denn Leben und Alt werden im eigenen Haus ist – vielfach im Familienverbund - erwünscht, aber auch mit Unwägbarkeiten verbunden, die die Lebenswelt der Eigentümer und Bewohner sehr persönlich berühren. Das Interesse an zukunftsgerichteten Projekten und Anpassungsstrategien ist vorhanden. Die Beschäftigung mit dem Thema setzt in Bewohnerschaft und Verwaltung Impulse frei.

Aus der Sicht der Kommunen müssen Maßnahmen zur Revitalisierung nicht nur in Form einer umfassenden Quartiersentwicklung angegangen werden. Auch einzelne Bausteine, wie die Vorbereitung und Moderation eines Treffens aus „Quartiersfachleuten“ (z.B. Kirche, Bewohner, mobiler Pflegedienst, Banken, Nahversorger etc.) oder die Durchführung einer Bewohnerversammlung helfen bereits „Anpassungsbewusstsein“ zu schaffen und einen Informationstransfer über die Situation des EFH-Gebietes herzustellen. Sie schaffen die Basis für Eigeninitiativen der gesellschaftlichen Akteure wie das Beispiel Marktrodach zeigt.

Fazit: Die Kommune fungiert dabei als Initiator, Moderator oder ggf. Investor. Viele weitere kompetente Personen und Einrichtungen vor Ort können einen Beitrag leisten!

Zusammenarbeit von vier Ministerien

Die Zusammenarbeit der vier Ministerien hat sich aus Sicht der beauftragten Planerinnen als unproblematisch gezeigt. In begleitenden Sitzungen mit Vertreterinnen aller vier Ressorts plus dem Bayerischen Landesamt für Umweltschutz (2x jährlich) wurden Konzept, Bearbeitungsschritte sowie Ergebnisse und Erfahrungswerte vorgestellt und diskutiert. Wichtige Bezugspunkte bei der Bearbeitung der Aufgabenstellung konnten so im direkten Austausch ressortübergreifend behandelt und eingebracht werden. Die Synergieeffekte der interministeriellen Kooperation bieten vor allem folgende Vorteile:

- Vielfältiges Ressortwissen fließt bei Projektkonzeption und Bearbeitung ein und erhöht die Informationsqualität.
- Fachliche Zusammenhänge werden hergestellt und „Allgemeingut" für alle Beteiligten.
- Die Ergebnisse aus dem Modellprojekt werden „automatisch" im mehreren Ressorts genutzt, d.h. sie sind jeweils als Fachinformation verfügbar und werden ressortintern und extern weiterverbreitet (Art von Multichannel-Strategie).

Nicht zuletzt führt der ressortübergreifende Ansatz zu positiven Effekten in der Außenwirkung der Ministerien: Stichwort Imagefaktor Kooperation.

Sabine Müller-Herbers



Dr. Sabine Müller-Herbers, Raumplanungsstudium an der Universität Dortmund, Projektleiterin im Planungsbüro Baader Konzept GmbH, Mannheim, Lehrbeauftragte für Planungstheorien an der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt in Nürtingen-Geislingen. Berufsbegleitend promovierte sie 2007 an der Universität Nijmegen zu Kooperation und Freiraumschutz im deutsch-niederländischen Vergleich.

Manuela Skorka



Dipl.- Ing. Architektin und Stadtplanerin. Inhaberin des Planungsbüros Skorka in Neuried, das seit 20 Jahren in einem breiten Spektrum der Stadtplanung tätig ist. Die Arbeitsschwerpunkte liegen in der Bestandsentwicklung in kleineren und mittleren Kommunen. Im Rahmen vielfältiger modellhafter Projekte konnten neue Planungsansätze entwickelt und erprobt werden.

Quellenverzeichnis:

BAYERISCHE STAATSREGIERUNG (Hrsg.) 2016: Ältere Einfamilienhausgebiete – fit für die Zukunft. Anpassungsstrategien und Empfehlungen für Kommunen. München.

BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG, FAMILIE UND FRAUEN (2006): Seniorenpolitisches Konzept. München

BBSR, 2016: Interaktive Karten: Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser an den Wohngebäuden 2013 in % http://138.201.94.69/raumbeobachtung/

DRANSFELD, Egbert 2010: Spezifische Probleme und Zukunftsperspektiven von Einfamilienhausgebieten der 50er bis 70er Jahre. In: Flächenmanagement und Bodenordnung 3/ 2010: S. 110-116

FACHSTELLE WOHNBERATUNG IN BAYERN, Stadtteilarbeit e.V. 2005: Wohnen im Alter – am liebsten zu Hause. Wohnberatung für ältere und behinderte Menschen. München, Stadt-teilarbeit e.V., 2. Auflage

FORUM BAULANDMANAGEMENT (Hrsg.) 2010 - Dransfeld, Egbert; Pfeiffer, Petra; Platzek, Carola; Forum Bauland Management NRW (Hrsg.) (2010): Boden 2030: Anforderungen an die kommunale Bodenpolitik und den Umgang mit Einfamilienhausgebieten der 1950er, 1960er und 1970er Jahre.

KÖTTER, Theo; SCHÖLLAN, Uwe 2010: Suburbane Wohngebiete in Zeiten des demographischen Wandels – Szenarien, Handlungsbedarfe und Anpassungsstrategien. Flächenmanagement und Bodenordnung 6 / 2010, S. 254-260

MÜLLER-HERBERS, Sabine; SKORKA, Manuela (2016): Zwischen altmodisch, begehrt und neuen Entwicklungschancen. Anpassungsstrategien für ältere Einfamilienhausgebiete. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 3, S. 303-316

SKORKA, Manuela; MÜLLER-HERBERS, Sabine (2014): 80 Prozent Bayern. Erfahrungsbericht. In: StadtBauwelt, Heft 204, S. 32-33

WÜSTENROT STIFTUNG (Hrsg.) (2012): Die Zukunft von Einfamilienhausgebieten aus den 1950er bis 1970er Jahren. Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige Nutzung. Ludwigsburg

WÜSTENROT STIFTUNG (Hrsg.) (2016): Einfamilienhäuser 50/60/70. Stadtentwicklung und Revitalisierung. Ludwigsburg

Abbildungen:

1: Einfamilienhausgebiet- Am Steig

2: Lage des Quartiers und ausgewählte Versorgungseinrichtungen (Nahversorgung, medizinische Versorgung und Pflege)

HausAufgaben im Münsterland: Alternde Wohnquartiere fit für die Zukunft machen

Uta Schneider, Sebastian Niekamp
Regionale 2016 Agentur GmbH, Velen

Als Strukturförderprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen bieten die Regionalen alle zwei bis drei Jahre einer ausgewählten Region die Gelegenheit, ihre eigenen Stärken, charakteristischen Merkmale und Qualitäten herauszuarbeiten und zu präsentieren.

Die 8. Regionale 2016 im westlichen Münsterland läuft unter dem Motto ‚ZukunftsLAND'. Es werden strukturwirksame Projektideen entwickelt und umgesetzt, die aus den spezifischen Gegebenheiten dieses Raumes heraus Antworten auf die Zukunftsfragen ländlich geprägter Räume geben. Die Thematik der Einfamilienhausgebieten der 1950er bis 1970er Jahre ist dabei eine zentrale Herausforderung.

1



Alternder Wohnquartiere

Konkurrierende Ansprüche an die Fläche und der Verbrauch von Landschaft durch Siedlungen, Verkehr und Gewerbe setzen die Münsterländer Parklandschaft zunehmend unter Druck. Die konsequente Stärkung der Innenentwicklung ist deshalb ein wichtiger Baustein, um den Landschaftsverbrauch zu vermindern. Die großflächigen Ein- und Zweifamilienhausgebiete der 1950er bis 1970er Jahre bieten hierfür ein besonderes Potenzial. Sie sind im westlichen Münsterland, wie in ganz Westdeutschland, wie „Jahresringe" um die Ortskerne der kriegszerstörten Städte und Gemeinden entstanden. Sie überzeugen dabei durch sehr zentrale Lagen, durch einen vielfach überzeugenden Städtebau mit einer starken Durchgrünung und durch großzügige Grundstücke.

Gleichzeitig halten diese Siedlungsgebiete den Anforderungen einer alternden und bunter werdenden Gesellschaft aber oftmals nicht mehr stand. Viele Wohngebäude aus dieser Zeit haben einen erheblichen energetischen Optimierungsbedarf. Nicht mehr zeitgemäße Grundrisse, fehlende Barrierefreiheit und große Gärten werden zunehmend zur Belastung. Es fehlt an alternativen Wohnangeboten für ältere, aber auch für jüngere Menschen. Die infrastrukturellen Angebote sind ebenfalls in die Jahre gekommen und passen nicht mehr zur Bewohnerschaft.

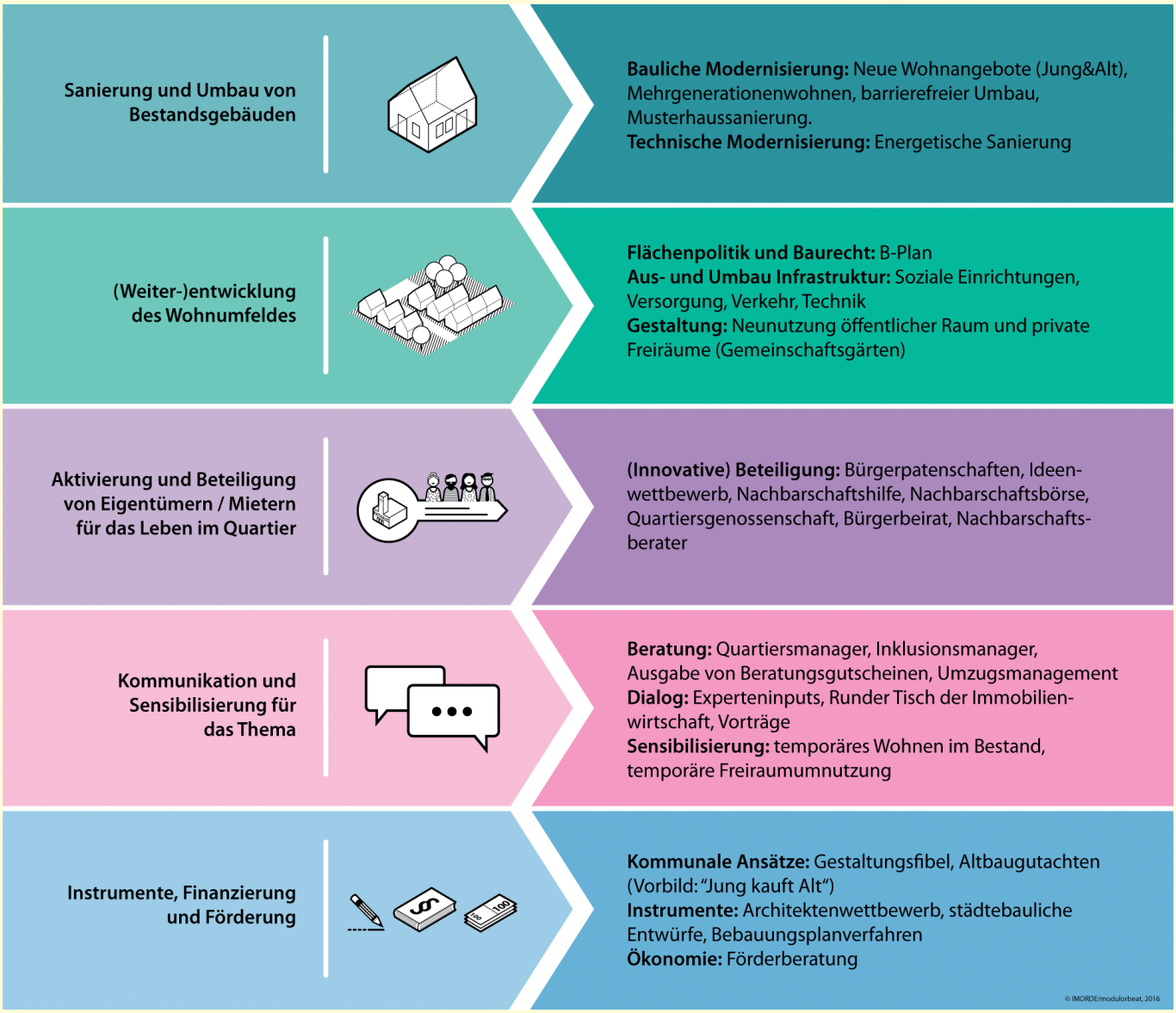
Die frühen Einfamilienhausquartiere werden überwiegend noch von der Erbauergeneration bewohnt. Deren Kinder haben das Haus längst verlassen und andernorts ihre eigene Existenz gegründet. Die Nachbarschaften sind gemeinsam gealtert und es ist absehbar, dass in vielen Immobilien in den kommenden Jahren ein Generationswechsel ansteht.

Zwar sind im Regionale 2016-Gebiet gegenwärtig noch keine gravierenden Problemlagen, wie z.B. Leerstände in den Siedlungsgebieten, erkennbar, es soll aber auch hier dazu kommen. Besonders in den Kreisen Borken und Coesfeld wird erwartet, dass in naher Zukunft der Bedarf an seniorengerechtem Wohnraum erheblich steigen wird. In beiden jetzt noch sehr jungen Landkreisen wird sich der Anteil der über 65-Jährigen bis 2030 um knapp 50% erhöhen (IT.NRW o.J). Gleichzeitig suchen weiterhin junge Familien nach Wohneigentum. Daneben entwickelt sich zunehmend eine Nachfrage nach Wohnangeboten jenseits des Einfamilienhauses. Vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Strukturwandels in diesem ländlich geprägten Raum ist es eine wichtige Zukunftsfrage, wie der Wohnungsbestand und der absehbare Bedarf unter einen Hut gebracht werden können. Deshalb nimmt die Regionale 2016 diese Siedlungsbereiche und Quartiere genauer unter die Lupe und sucht nach Strategien und Konzepten, wie sie strukturell, baulich und gestalterisch fit für die Zukunft gemacht und damit nachhaltig in Wert gehalten werden können.

Projektaufruf „InnenLeben, neue Qualitäten entwickeln!“

Mit dem Projektaufruf „Innen leben - neue Qualitäten entwickeln!“ hat die Regionale 2016 im Jahr 2012 die Städte und Gemeinden des westlichen Münsterlandes, aber auch Siedlerver-

2





eine, Wohnungsunternehmen und sonstige Akteure auf dem Wohnungsmarkt aufgerufen, die Einfamilienhausgebiete der 1950er bis 1970er Jahre in den Fokus zu nehmen. Es sollten intelligente und innovative Konzepte entwickelt werden, um die Siedlungen an heutige und zukünftige Ansprüche anzupassen, damit die Innenentwicklung nachhaltig gestärkt wird (vgl. Regionale 2016 Agentur, 2012). Damit verbunden war die ausdrückliche Aufforderung zum Querdenken und Experimentieren sowie das Angebot der Regionale 2016 Agentur, die Entwicklung und Umsetzung entsprechender Projektideen fachlich zu begleiten und zu unterstützen.

Das Interesse an der Auftaktveranstaltung war trotz des aktuell fehlenden Handlungsdruckes mit mehr als 200 Personen aus der Region und darüber hinaus sehr groß. Dies zeigt, dass sich die Akteure vorausschauend mit der Zukunft von alternden Einfamilienhausgebieten beschäftigen. Insbesondere Fachleute aus den Verwaltungen und aus der Immobilienwirtschaft sind an der Thematik interessiert.

Einzelaspekte des komplexen Themenfeldes wurden anschließend an verschiedenen Standorten vertieft. Das „fliegende Klassenzimmer“ als Format ermöglichte Mitarbeitern unterschiedlicher Verwaltungsressorts, Planern, Maklern, Immobilienkaufleuten und Lokalpolitikern einen intensiven Erfahrungsaustausch und das Lernen voneinander. Erste Projektideen wurden durch „Vor-Ort-Beratungen“ unter Beteiligung externer Experten in den Kommunen konkretisiert. Die Bandbreite der dabei aufgerufenen Handlungsansätze ist groß.

Schnell stellte sich heraus: Die Auseinandersetzung mit dem hier diskutierten Siedlungs- und Gebäudebestand betrifft vor allem privates Eigentum und individuelle Lebensvorstellungen. Es werden „unangenehme“ Fragen aufgeworfen, die Immobilieneigentümer vor sich herschieben, auch wenn mit zunehmendem Alter der Immobilien und ihrer Bewohner immer deutlicher wird, dass es Handlungserfordernisse gibt.

Neben dem Umgang mit sehr persönlichen Fragestellungen gilt es aber auch, Notwendigkeiten und Spielräume für kommunales Handeln und die Kommunalpolitik auszuloten. Diese steht unter großem Druck, mit dem sich im Gebiet der Regionale 2016

abzeichnenden demografischen Wandel umzugehen. Zwar sind in den Kreisen Borken und Coesfeld nach aktuellen Prognosen bis zum Jahr 2040 keine gravierenden Bevölkerungsverluste zu erwarten, in naher Zukunft steht jedoch eine überproportionale Erhöhung des Altersquotienten im wahrsten Sinne des Wortes „ins Haus“ (Cicholas/Ströker 2015). In den frühen Einfamilienhausgebieten ist der Generationenwechsel bereits im Gange – und das derzeit noch weitgehend problemlos. In nur wenigen Jahren wird aber das Angebot an freiwerdenden Altimmobilien ebenso wie die Nachfrage nach altengerechtem Wohnraum auch in den zentralen Lagen ansteigen. Wo und wie kann und muss kommunales und wohnungswirtschaftliches Handeln ansetzen, damit diese „Jahresringe“ nicht aushöhlen?

Erste Kommunen machen sich auf den Weg

Mit den Städten Billerbeck und Dorsten und den Gemeinden Nordkirchen und Schermbeck haben sich erste Kommunen im Münsterland auf den Weg gemacht, mögliche Lösungsansätze und konkrete Maßnahmen für ausgewählte Wohngebiete zu entwickeln. Dabei gehen sie unterschiedliche Themen an und suchen dafür geeignete Wege.

- In Billerbeck wurde in einem gesamtstädtischen Werkstattverfahren mit BürgerInnen und EigentümerInnen das Wohngebiet ausgesucht, in dem das Interesse und die Mitwirkungsbereitschaft am größten war. Im Wohngebiet „Kerkeler“ werden jetzt mit Unterstützung eines Quartiersmanagements gemeinschaftliche Maßnahmen und konkrete Projekte zur Werterhaltung des Baugebiets entwickelt und umgesetzt. Dabei geht es nicht nur um öffentliche und private Baumaßnahmen, sondern vor allem um soziale Investitionen, die die Nachbarschaft für die Zukunft stärken.
- In Dorsten stehen im Stadtteil Wulfen-Barkenberg die großflächigen Bestände an Reihen-, Ketten- und Atriumhäusern im Fokus, die in der Entstehungszeit der „neuen Stadt Wulfen“ in den 1960er und 1970er Jahren errichtet wurden. Gemeinsam mit den EigentümerInnen will die Stadt Dorsten diese Bereiche genauer unter die Lupe nehmen und Fragen der Barrierefreiheit sowie der Energie- und Wärmeversorgung, die im Stadtteil noch flächendeckend mit Nachtstrom erfolgt, angehen. In einem gemeinsam geführten Gestaltungsprozess sollen die städtebaulichen und architektonischen Qualitäten für die Zukunft gesichert und weiterentwickelt werden, so dass eine positive Innen- wie auch Außenwahrnehmung entsteht.
- Die Gemeinde Nordkirchen will im Ortsteil Südkirchen, der fast vollständig aus Eigenheimen besteht, gemeinsam mit der Bürgerschaft Angebote für eine Differenzierung des Wohnungsangebotes schaffen. Dafür hat sie ebenfalls ein Quartiersmanagement eingerichtet, das sich in diesem Fall als Beratungsinstitution zu verschiedenen Wohnformen versteht und gemeinschaftliche Initiativen z.B. zur Errichtung von alternativen Wohnungsangeboten, anregen und unterstützen soll.
- Die Gemeinde Schermbeck hat einen gänzlich anderen Ansatz gewählt: Im Mittelpunkt stehen hier die öffentlichen Infrastrukturen wie Grünflächen und Spielplätze, die ebenfalls in die Jahre gekommen sind und vielfach nicht mehr den heutigen Bedürfnissen in den Wohnquartieren entsprechen. Diese sollen auf Grundlage eines örtlichen Spiel- und Bewegungsraumkonzeptes, mit unterschiedlichen Schwerpunkten neu gestaltet und so miteinander verbunden werden, dass die Aufenthalts- und die Erlebnisqualität des Ortskerns und der angrenzenden Wohngebiete für alle Generationen aufgewertet werden.

Alternde Einfamilienhausgebiete als Thema für EUROPAN 12

Ahaus, Dorsten und Nordkirchen haben sich darüber hinaus im Jahr 2013 gemeinsam an dem europaweiten Wettbewerb EUROPAN 12 „The Adaptable City“ beteiligt. Im Mittelpunkt der Wettbewerbsaufgabe aus dem Münsterland standen die in die Jahre gekommenen Wohngebiete in zentralen Stadtlagen. Ziel war es, durch den unvoreingenommenen Blick junger Planer aus ganz Europa neue Perspektiven, Bilder und Ideen zu erhalten, die als Impuls und Inspirationsquelle die jeweils lokalen, aber auch regionalen Arbeitsprozesse anreichern.

Aus den drei Kommunen wurde jeweils ein Wohngebiet für den Wettbewerb ausgewählt. In Dorsten Wulfen-Barkenberg,

in Nordkirchen der Ortsteil Südkirchen und in Ahaus ein Stadtquartier aus den 1950er Jahren, das Josefsviertel. Sie ergänzten sich mit Blick auf ihre Struktur, Typologien sowie auf spezifische örtliche Herausforderungen. Der Wettbewerbe wurde von 14 Architektengruppen aus ganz Europa bearbeitet, von denen die nationale Jury drei Arbeiten mit einem Ankauf auszeichnete und eine Anerkennung aussprach (EUROPAN 2014: 190 ff). Die Palette der angebotenen Lösungen reicht von der Ergänzung der Wohnsiedlungen durch modulartige Baukörper für zusätzliche, auch gemeinschaftliche, Funktionen über neue Nutzungen für die großzügigen Gartenflächen und Freiräume bis hin zu Ansätzen für neue Organisationsformen wie Quartiersgenossenschaften, die die Gemeinschaft der Immobilieneigentümer stärker in den Mittelpunkt rücken. Allen prämierten Entwürfen ist vor allem die Suche nach innovativen Aktivierungs- und Beteiligungsstrategien gemein, um trotz der vielfältigen Eigentümer- und Interessensstruktur Veränderungsprozesse anzustoßen.

Die Ergebnisse des Wettbewerbs wurden in einem Workshop mit den Preisträgern den Planungsverantwortlichen sowie der Bürgerschaft der beteiligten Kommunen vorgestellt. Während sich die Fachwelt – auch überregional – sehr interessiert zeigte (u.a. Hötzel 2014), war die Vermittlung der Wettbewerbsideen an die betroffenen EigentümerInnen in den Wohngebieten ungleich schwieriger. Gleichwohl ist es z.B. in Südkirchen gelungen, mit den EUROPAN-Ergebnissen den dortigen Arbeitsprozess anzustoßen. In Ahaus hingegen führten die Darstellungen einer möglichen baulichen Weiterentwicklung des Josefsviertels zu großer Sorge. Die Angst, dass ihr Viertel und ihre Häuser ihren Charakter und ihren Wert verlieren könnten überwog. Deshalb wird das Thema dort im Rahmen der Regionale 2016 nicht weiterverfolgt.

Kommunikation als Schlüssel zum Erfolg

Jede zukunftsgerichtete Beschäftigung mit den Einfamilienhausgebieten der 1950er- bis 1970er Jahre kann nur zusammen mit den Eigentümern und Eigentümerinnen gelingen. Es geht um höchst emotionale und sensible Themen: das eigene Heim, die eigenen Lebens- und Zukunftsvorstellungen, das eigene Altern und möglicherweise Nicht-mehr-können, sich wandelnde Familienstrukturen, Erbauseinandersetzungen sowie finanzielle Aspekte. Aber auch um das soziale Miteinander in der Nachbarschaft, möglichen Hilfsbedarf, die Integration neuer Nachbarn, bauliche und soziale Veränderungen. Erste Erfahrungen aus den benannten Projektansätzen in der Regionale 2016 zeigen, dass die gut geübten Instrumente der Bürgerbeteiligung, wie wir sie aus formellen und informellen Planungsprozessen kennen, hier nicht ausreichen. Bereits das Vorstellen erster „Pläne“ – und seien sie noch so vage – kann zu Missverständnissen über gut gemeinte Absichten führen, Kommunikationshürden aufbauen und einen offenen Arbeitsprozess behindern. Die Partizipation muss angesichts der vielen unterschiedlichen Beteiligten mit ihren individuellen Plänen und Vorstellungen viel früher ansetzen: nämlich bei der Verständigung darüber, dass es auch im eigenen Interesse sinnvoll ist, sich gemeinschaftlich mit der Zukunft der eigenen Umgebung und des eigenen Viertels zu beschäftigen. Welche konkreten Maßnahmen dabei am Ende herauskommen, ob es um das eigene Haus oder die Nachbarschaft, gegenseitige Unterstützung oder öffentliche Räume geht, welches Vorgehen für gerade dieses Quartier das richtige ist, wird sich im anschließenden Prozess herausstellen. Allerdings stellt ein solches ergebnisoffene Vorgehen insbesondere kleine kommunale Verwaltungen vor große Herausforderungen, da in der Regel die personellen Kapazitäten und auch die Kompetenzen für die Moderation solcher ergebnisoffener Prozesse nicht ausreichen. Dieses hoch emotionale Thema benötigt neue, niederschwellige Angebote und Formate, die die Menschen vor Ort „mitnehmen“.

HausAufgaben: Ein regionales Denklabor

Der Dialog mit den Eigentümern ist die erste und zentrale Aufgabe, wenn wir die Einfamilienhausgebiete der 1950er bis 1970er Jahre baulich, städtebaulich und sozial in die Zukunft führen wollen. Für diesen „ersten Schritt“ fehlt es aber an geeigneten Instrumenten und Strategien. Gerade vor dem Hintergrund des noch nicht so akuten Handlungsdrucks bietet die Regionale 2016 einen idealen Experimentierraum. Gemeinsam mit einer Arbeitsgemeinschaft aus den Büros Imorde/ Modulorbeat

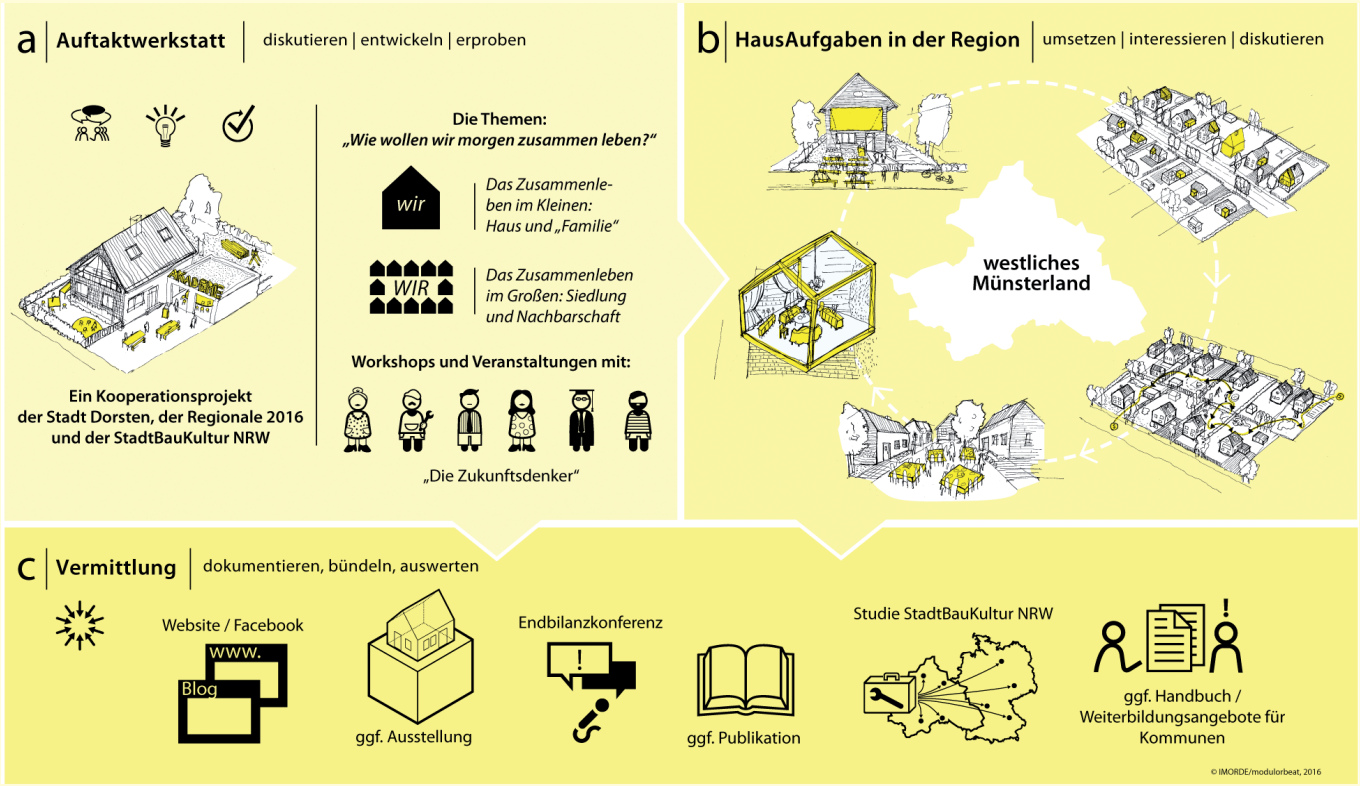
wurde für die zweite Phase des Projektaufrufs „Innen Leben – neue Qualitäten entwickeln!“ ein regionales Denklabor konzipiert, das genau diese „HausAufgaben“ erledigen will: Strategien, Werkzeuge und Instrumente ausdenken und erproben, die Zugang zu den EigentümerInnen und BewohnerInnen der alternden Wohngebiete schaffen und die Bereitschaft wecken, gemeinsam mit den kommunalen Verwaltungen und weiteren Akteuren über die Zukunft ihrer Häuser und ihrer Quartiere nachzudenken (Abb. 4).

Mit einer zehntägigen Auftaktwerkstatt in einem leerstehenden Ladenlokal am Standort Dorsten Wulfen-Barkenberg im Juni 2015 wurden erste Werkzeuge und Instrumente entwickelt und erprobt. Das Programm umfasste mehrtägige Workshops mit Studierenden verschiedener Hochschulen, Abendveranstaltungen und weitere ungewöhnliche und spielerische Aktionen mit den BewohnerInnen der Eigenheimquartiere in Barkenberg. Die Veranstaltung wurde in Kooperation mit der Stadt Dorsten und der Landesinitiative StadtBauKultur NRW durchgeführt und durch das NRW-Bauministerium und viele weitere Partner unterstützt.

Wesentlicher Faktor für den Erfolg der Auftaktwerkstatt war die umfangreiche Vorbereitung. Lokal tätige Vereine und Initiativen wurden als Mitstreiter gewonnen und die Bürgerschaft über Infoblätter und einen Informationsabend ins Boot geholt. Damit konnte reges Interesse geweckt und vor allem Vertrauen aufgebaut werden: die Beteiligung an den anschließenden Workshops war groß und die begleitenden Abendveranstaltungen waren in der Regel von 80 bis 100 Personen besucht. Die Arbeit im Stadtteil hat dadurch erhebliche Impulse erfahren, die im Sinne des beschriebenen Projektansatzes von der Verwaltung und der Bürgerschaft weiterverfolgt werden (Abb. 5 bis 7).

Die positive Resonanz auf die Auftaktwerkstatt in Barkenberg hat auch bei weiteren Kommunen im Regionale 2016-Gebiet Interesse geweckt, neue Formate und Instrumente zur Aktivierung der Eigentümer und Bewohner in den alternden Einfamilienhausquartieren zu erproben. Gegenwärtig werden zusammen mit sechs Kommunen weitere Workshops vorbereitet, in denen neue Werkzeuge und Instrumente für die Bürgerbeteiligung entwickelt werden (Abb. 1).

4



Resümee

Für die planerische Auseinandersetzung mit der Zukunft der frühen Wohngebiete benötigen die Kommunen neue Strategien, Verfahren und Instrumente, um die zahlreichen Immobilieneigentümer mit ihren Hintergründen und Motiven zu aktivieren und einzubinden. Mit den „HausAufgaben in Barkenberg“ wurden in einem Pilotprojekt erste Formate erfolgreich erprobt. Die positive Resonanz und die intensive Mitwirkung vieler Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Werkstatt deuten darauf hin, dass ungewöhnliche und spielerische Formate als niederschwelliger Einstieg in einen Arbeitsprozess mit den Immobilieneigentümern vor Ort gut geeignet sind. Sie haben einen Anstoß zu weiteren Veränderungen in Barkenberg gegeben. Gemeinsam mit den BewohnerInnen wurde beispielsweise mit Hilfe von Quartierspaziergängen, ein neues Grünkonzept für den Stadtteil entwickelt. Darüber hinaus hat in der Verwaltung ein Umdenken stattgefunden. Neue Projekte werden jetzt gemeinsam mit den Bewohnern entwickelt und auf Augenhöhe diskutiert. Die „HausAufgaben“ haben in Dorsten so zu einem deutlich spürbaren Schwellenabbau zwischen Bewohnerschaft und Rathaus geführt.

Im Herbst 2016 und Frühjahr 2017 werden in vier bis sechs weiteren Orten im westlichen Münsterland neue „HausAufgaben“ stattfinden. In zwei- oder dreitägigen Worshops sollen den örtlichen Akteuren – insbesondere auch den Verwaltungen – konkrete Werkzeuge an die Hand gegeben werden, die den Einstieg in die Arbeit mit den Menschen in diesen Quartieren ermöglichen. Dabei sind die „HausAufgaben“ als Türöffner für weitere Prozesse in den Siedlungen zu sehen. Sie sollen neue und mutige Kommunikationswege für die Verwaltungen, aber auch für Kommunalpolitik und Bürgerschaft aufzeigen und dadurch den Weg für ein neues Planungsverständnis ebnen. Eine (Zwischen-) Bilanztagung ist für Mai 2017 vorgesehen.



5



6



7

Uta Schneider



Nach dem Architekturstudium mit städtebaulichem Schwerpunkt in Braunschweig arbeitete die gebürtige Lüneburgerin in Stadtplanungsbüros in Braunschweig, Itzehoe und Rostock.
1994 gründete Uta Schneider in Dresden ein eigenes Büro für Stadt- und Regionalplanung, welches ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter selbstständig weiterführen. Seit September 2009 ist Uta Schneider Geschäftsführerin der Regionale 2016 Agentur GmbH und entwickelt und steuert hier die Strategien und den Gesamtprozess für das ZukunftsLAND, die Regionale 2016 im westlichen Münsterland. Im Rahmen dieses Strukturprogramms des Landes NRW will die Region mit anspruchsvollen und strukturwirksamen Strategien und Maßnahmen in den Bereichen Stadt, Landschaft, Kultur und Wirtschaft den Herausforderungen der Zukunft begegnen und damit zur Profilierung der Region beitragen.

Sebastian Niekamp



Nach dem Bachelorstudium der Geographie und Germanistik in Münster, hat Sebastian Niekamp an der Universität Duisburg-Essen seinen Masterabschluss im Profilschwerpunkt „Urbane Systeme" gemacht. Seit Januar 2013 ist der gebürtige Osnabrücker Teil des Teams der Regionale 2016. Über die Stationen als Praktikant und anschließend als studentischer Mitarbeiter hat er an verschiedenen Projekten mitgearbeitet. Unmittelbar nach seinem Masterabschluss hat er die Tätigkeit als Mitarbeiter für Projektentwicklung aufgenommen. Im Projektmanagement betreut er seitdem die Schwerpunkte „Innen Leben" und „Baukultur". Sein Fokus liegt dabei vor allem auf den Einfamilienhausgebieten der 1950er bis 1970er Jahre, der regionalen Baukultur sowie den Herausforderungen mit dem Demographischen Wandel.

Quellenverzeichnis:
IT.NRW (o.J.): Statistikatlas NRW. Zugriff unter www.statistikatlas.nrw.de/ am 30.09.2016
IT.NRW (2013): Zensus 2011: Gebäude und Wohnungen sowie Wohnverhältnisse der Haushalte am 09. Mai 2011, Gemeindeblätter Kreis Borken und Kreis Coesfeld. Zugriff unter www.it.nrw.de/statistik/z/zensus_2011/ am 30.09.2016
REGIONALE 2016 AGENTUR (2012): Innen Leben – neue Qualtitäten entwickeln! Ein Projektaufruf der Regionale 2016. Zugriff unter www.innen-leben.info/fileadmin/daten/mandanten/innen-leben/Dokumente/Kurzbrosch%C3%BCre_Innenleben.pdf
CICHOLAS, Ulrich, STRÖKER, Kerstin: (2015): Vorausberechnung der Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens 2014 bis 2040/2060, Statistische Analysen und Studien Nordrhein-Westfalen, Band 84, Düsseldorf
EUROPAN Deutsche Gesellschaft zur Förderung von Architektur, Wohnungs- und Städtebau e.V. (2014): Europan 12 Adaptable City. Berlin
HÖTZEL, Dagmar (2014): Raus aus der Demografie-Falle. In: Bauwelt 17-18.14, S. 22 – 29.
HÖTZEL, Dagmar (2014): Wie miteinander reden. In Stadtbauwelt 204/Bauwelt 48-14, S. 4-5.
STADT DORSTEN; REGIONALE 2016; STADBAUKULTUR.NRW (2015): HausAufgaben in Barkenberg, Dokumentation der Auftaktwerkstatt zur Zukunft von Einfamilienhausgebieten der 1950er bis 1970er Jahre, 10. -20. Juni 2015.
FÜHRS, Michael; NIEKAMP; Sebastian; SCHNEIDER, Uta (2015): HausAufgaben im Münsterland. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung Heft 4 2015, S. 211 ff
PAPPENBERGER, Ulrich; SCHNEIDER, Uta (2016): Innen Leben – Neue Qualitäten entwickeln! ZukunftsLAND. Die Regionale 2016 sucht nach neuen Ideen für alternde Wohngebiete.In: PlanerIn Heft 3-2016, S. 27 ff.
BRÜNING, Andreas; KAMPSHOFF, Jan (2016): HausAufgaben im Münsterland. Über die Zukunft älterer Einfamilienhausgebiete ins Gespräch kommen. In. Planerin Heft 3-2016, S. 24 ff.
www.innen-leben.info, www.hausaufgaben.ms

Abbildungen:
1: ZukunftsLAND - Experimentierraum für den Umgang mit alternden Einfamilienhausgebieten (Grafik Imorde, Berlin/modulorbeat, Münster)
2: Handlungsfelder und mögliche Lösungsansätze (Grafik Imorde, Berlin/modulorbeat,Münster)
3: Zukunftsfragen – was bewegt die Akteure(Grafik landinsicht – Anke Schmidt, Berlin)
4: HausAufgaben – ein regionales Denklabor im westlichen Münsterland (Grafik Imorde, Berlin/modulorbeat, Münster)
5 bis 7: HausAufgaben Wulfen-Barkenberg - Impressionen (Fotos modulorbeat, Münster, Jan Kampshoff)

Bau_Kultur_Erneuerung

Nadja Häupl
TU München, Lehrstuhl für Nachhaltige Entwicklung von Stadt und Land

Indikator für kluge Erneuerungen gerade in ländlichen Räumen ist eine Baukultur, die aus selbstbewussten und selbst bestimmten Regionen, Orten oder Gemeinschaften heraus entwickelt, getragen und unterhalten wird.

Baukultur ist in diesem Verständnis mehr als die Wertschätzung vergangener traditioneller baulicher noch heutiger architektonischer Leistungen. Als allgemeines Kulturgut steht sie für:

- die Verabredung gemeinschaftlicher Werte, Stärkung der Identität und der räumlichen Qualitäten,
- die nachhaltige Nutzung einer Vielfalt an eigenen Ressourcen in bestehenden und neuartigen Verknüpfungen von Wohnen, Wirtschaften und gesellschaftlichem Miteinander und daraus resultierenden neuen Wertschöpfungen,
- ein fruchtbares Milieu für lokales und vernetztes Engagement für eine breit aufgestellte Zukunftsgestaltung.

Baukultur in diesem erweiterten Deutungsfeld spiegelt demnach - über technische Innovationen hinaus - die ganze Tragweite der Erneuerung wider.

Ziel einer im Herbst 2015 begonnenen fallstudienbasierten Forschung am Lehrstuhl für Nachhaltige Entwicklung von Stadt und Land (TUM) im Auftrag der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung ist es, in einer systematischen Aufarbeitung der verschiedenen Qualitäten einer ganzheitlichen und nachhaltigen Baukultur die Fragen möglichst spezifisch zu beantworten:

- Wie bildet sich Baukultur in innovativen ländlichen Lebenswelten Mitteleuropas ab?
- Welche Werte und Potenziale transportiert sie dabei?
- Wie und durch wen entsteht Baukultur heute konkret?
- Welche Voraussetzungen, Instrumente und Formate dienen der Sicherung, Entwicklung, Förderung von Baukultur?

Die ausgewählten Gemeinden und Gemeindeverbünde aus Luxemburg, Schweiz (Graubünden, Appenzell), Italien (Südtirol), Österreich (Tirol, Vorarlberg, Kärnten) und Deutschland (Bayern) konnte der Lehrstuhl in Juryengagements wie dem Europäischen Dorferneuerungspreis und diversen Exkursionen näher kennenlernen und auf interdisziplinäre Expertise zurückgreifen. Neben Recherchen, Kartierungen, Bereisungen (im Rahmen der Wettbewerbe und nachgelagert als „revisited“) und Interviews wurde ein Fragebogen entwickelt, der zur Vervollständigung und Vergleichbarkeit Projekte, Konzepte und Instrumente und deren Wirkung unter folgenden Aspekten abfragt:

Projekte mit räumlichen und gestalterischen Qualitäten
Umgang mit Ressourcen – Konzepte und Maßnahmen
Instrumente, Formate und Akteure im Prozess.

Die unter Raum-, Ressourcen- und Prozessqualitäten zusammengefassten vielfältigen Aspekte von Baukultur sind Ausdruck einer nachhaltigen Entwicklung ländlicher Räume. Die ihnen zugrundeliegenden förderlichen Bedingungen werden in den folgenden vier Punkten zur Diskussion gestellt.

Verständnis für den eigenen Raum: Identität und Ressource

„Der Raum ist eines der großen Themen der letzten Jahre. Unter dem Label des spatial turn hat er sich als scheinbar vernachlässigte Kategorie zunächst in der Humangeographie und dann auch in den Kultur- und Sozialwissenschaften insgesamt in den Vordergrund gespielt.“ (Alpsancar u.a., 2011:7) Im Gegenzug von Beschleunigung und Globalisierung rückt der Raum als kulturelle Größe und als soziales Konstrukt räumlicher Verhältnisse in den Fokus der Betrachtungen.

Raumbezogene Identität wird zum Leitbegriff postfordistischer Raumentwicklung im „Europa der Regionen“ als „Rückbesinnung auf kontrollierbare Gestaltungsmöglichkeiten in kleinräumigen Gebieten“. (Zeitler 2001:120) „Die Zukunft nachhaltiger Entwicklung liegt in der Region. Als dezentrale Experimentierstätten liegt ihre Chance darin, eigene Ideen und Wege zu verfolgen, um den Pfad fossilistischer Industrialisierung zu verlassen und die Möglichkeiten dezentraler Technologien und kleinräumiger Kreisläufe zu nutzen.“ (Hahne 2010:71) Hier liefern gerade Regionen außerhalb der großen Agglomerationen mit bewusst ortsgebunden ausgeprägten harten und weichen Standortfaktoren erfolgreiche Lösungsansätze, ein Phänomen, das bis hin zur „Neuen Ländlichkeit“ in die wissenschaftliche Debatte Einzug gehalten hat. Ländliche Räume können durch Differenzierung der Gegenentwurf zur Homogenisierung globaler Märkte sein, ohne in ihren Nischenstrategien auf Innovation im Weltmaßstab verzichten zu müssen, da auch sie, „ohne die Umwege entlang einer räumlichen Hierarchie“ im Wissenstransfer direkt in die globale Ebene eingebunden sind. (Hahne 2011:14)

Raumbezogene Identität ist auch die Voraussetzung für kollektive Handlungsfähigkeit. Sie umfasst die für einen Raum ausgehandelten Wertvorstellungen, die immer dann besonders bewusst werden, wenn sie angepasst werden müssen. Sie speist bürgerschaftliches Engagement mit dem Potenzial für zeitnahe notwendige Anpassungsprozesse in einem hohen Maß an Offenheit für Innovation. Diese modellhaften Prozesse sind Forschung, Lehre und Praxis zugleich und daher nie in sich abgeschlossen und auf den einen Raum beschränkt. Die so nutzbar gemachte raumbezogene Identität unterliegt auch nicht den Gefahren der räumlichen Abschottung, der folkloristischen Beschränkung oder überzogener Harmonie- oder Konsenserwartungen innerhalb der Gemeinschaft.

1



So nachvollziehbar das gegenwärtige sozial und kulturell fokussierte Raumverständnis ist, so sehr überzeugen die untersuchten Fallbeispiele gerade auch durch ihr ausgeprägtes Wissen über die physische Beschaffenheit des sie umgebenden Raumes. Dieses Verständnis für den Raum definiert sich nicht vordergründig über eine soziale und kulturelle Identität (Brauchtum, Sprache, Tracht usw.), sondern über ein sich in interdisziplinären und interregional vernetzten Diskursen stetig erneuerndes und auf den Raum und seine Ressourcen ausgerichtetes Wissen. Dabei führt die Ausrichtung auf eine nachhaltige und bewusst sparsame Nutzung der eigenen natürlichen Ressourcen unmittelbar zu einer Auseinandersetzung mit der eigenen raumbezogenen Identität und schließt dann wie selbstverständlich Kulturfragen mit ein, also auch die Fragen zur Kultur des Bauens in der eigenen Kulturlandschaft.

Als Beispiel für die bewusste Auseinandersetzung mit den natürlichen Ressourcen unter Anpassungsdruck dient die Gemeinde Mals im Oberen Vinschgau. Ein Großteil der Gemeinde liegt auf der Malser Haide, die aufgrund ihres fruchtbaren Bodens meist landwirtschaftlich genutzt wird. Durch die Vielzahl von kleinen Parzellen entsteht ein eindrucksvoller Fleckenteppich aus biologisch bewirtschaftetem Grünland und wieder vermehrt Kornfeldern, der dem Oberen Vinschgau sein unverwechselbares Bild gibt (Abb. 1). Mit dem Klimawandel wird nun auch hier der Obstanbau lukrativ, der in seiner intensiven Bewirtschaftungsform mit dichten Apfelreihen unter Netzen nicht nur das Bild extrem verändert, sondern auch mit dem einhergehenden Pestizideintrag beim stets wehenden Malser Oberwind die biologische Bewirtschaftung und die allgemeine Gesundheit gefährdet. Diese Entwicklungen haben das aus langjährig aktiven Initiativen gegründete „Promotorenkomitee für eine pestizidfreie Gemeinde Mals“ dazu veranlasst, die Abhaltung einer Volksabstimmung „zum Schutz der Gesundheit und zum nachhaltigen Umgang mit Boden, Wasser und Luft“ zu beantragen. „Es ging nicht nur um Widerstand, sondern um das bessere Modell, um ein ökologisch-soziales Projekt, das Handwerk und Bauern-

stand, Handel und Tourismus umfasst und allen einen sinnvollen Mehrwert bietet“, so der Sprecher des Promotorenkomitees Johannes Unterpertinger. (Lilienthal, 2016:13) Bei 70% Wahlbeteiligung haben 2014 76% für ein pestizidfreies Mals gestimmt. Der 2015 neu gewählte Gemeinderat hat mit 2/3 Mehrheit das Anliegen verabschiedet. Als „Wunder von Mals“ ist dieser Weg zu einer pestizidfreien Gemeinde international bekannt geworden. (www.wundervonmals.com)

Der Einsatz für die nachhaltige Bewirtschaftungsform führte zu einem immer breiter aufgestellten Entwicklungsprozess mit regional-biologischer Lebensmittelerzeugung und -konsum auch bei der gemeindegeförderten Schülerspeisung, regenerativer Energiegewinnung, alternativen Mobilitäts- und Tourismuskonzepten und der Wiederbelebung der historischen Ortskerne durch den Vorrang für langsamen Verkehr, eine intensive gemeindefinanzierte Bauberatung und gezielter Förderung bei Investition in den Bestand. Denn zum Erhalt einer spezifischen Kulturlandschaft gehören folgerichtig auch der Erhalt der Identität der in sie gefügten Siedlungen und das Eindämmen der weiteren Siedlungsentwicklung (Abb. 2).

Differenz und Peripherie als Vorzug

Auffallend bei allen untersuchten Gemeinden ist die auf die jeweilige Region bezogene periphere Lage der Gemeinden am Rande der nationalen Einheit (politisch) oder am Ende von Talschaften (geographisch), die im Zuge von Strukturwandel vor besonderen Herausforderungen standen und stehen. Ihre Lösungsansätze zielen dabei nicht auf die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen zu weniger peripheren Räumen, sondern auf eine fruchtbare Andersartigkeit.

Gion Caminada, Architekt aus Vrin und Lehrer an der Eidgenössische Technische Hochschule (ETH), vertritt diese Sichtweise und hat bereits 2004 seine „Neun Thesen für die Stärkung der Peripherie“ dazu veröffentlicht. (Caminada 2004:18-23)

In der Ankündigung des Entwurfsprojektes für das Sommersemester 2016 schreibt Caminada: „Im Vergleich zu den Regionen, die enger am Netzwerk des Kapitalflusses angeschlossen sind, bleibt das Val Lumnezia „potenzialarm“. Eine Beurteilung ausschließlich nach ökonomischen Kriterien ließe Gebieten wie dem Val Lumnezia kaum eine Existenzberechtigung. Für eine Teilhabe an dem landesweit üblichen Lebensstandard gibt es – vorausgesetzt die für die Natur verheerenden Investitionen bleiben aus – nur eine Möglichkeit: Die Defizite, wie schlechte Erreichbarkeit, zu kleine Bevölkerungszahl oder die große Distanz zu den Zentren, müssen an Relevanz verlieren und zum Standortvorteil umgepolt werden.“ Dafür braucht es eine Infrastruktur- und Raumplanung im Interesse einer Region, eine Ökonomie der Aufwertung vorhandener Ressourcen, ein durch wertvolles Handwerk geprägtes Wirtschaften, einen Tourismus, der nicht inszenierte Erlebnissteigerung, sondern wirksame Erfahrungsräume bietet, eine Landwirtschaft mit Produkten gewonnen aus der örtlichen Beschaffenheit und den Erkenntnissen der herrschenden Verhältnisse, Investitionen, die auf Multiplikatoreneffekte mehr denn Kapitalvermehrung zielen. „Das Ziel der Lebensqualität steht über dem des Lebensstandards.

Das Ziel bleibt – nicht nur in Val Lumnezia – eine Welt der kulturellen und architektonischen Differenzen zu schaffen. Orte zu

2



3



schaffen, die bewusste Zugehörigkeit vermitteln bzw. stärken – eine Notwendigkeit für die Übernahme von Verantwortung." (Caminada 2016)

Die Peripherie verlangt viel stärker als die Agglomeration (wieder) einen Zugang zur Natur „zwischen Achtsamkeit und Aneignung". In der Erweiterung des Erkenntnisinteresses, im genauen Hinschauen und im handlungsbezogenen Umgang mit ihr entsteht wieder eine „Nähe zu den Dingen" gestützt auf die ihr inhärente Vernunft in der Beschränkung auf jene Elemente, die im Raum vorhanden sind. Dies gilt auch für das Bauen. Wenn nicht verfügbares Material nur als „edler Zusatz" zugekauft wird, dann geben Bearbeitung und Veredelung des vorhandenen Materials dem Handwerk und dem Bauwerk den eigentlichen Wert. „Zudem bildet sich Differenz als wichtigstes Resultat jeder Baukultur." „Handwerk als eine geduldige Art, etwas Wertvolles herzustellen ... schafft Aufmerksamkeit nach außen." (Caminada 2013)

Diese Aufmerksamkeit ist Caminada mit seinen aus dem traditionellen Strickbau entwickelten neuen Holzbauten für neue Bedarfe in Vrin gelungen. Ortsspezifische Ideen führen zu räumlichen Differenzen und diese wiederum zu Identität (Abb. 3).

„Orte schaffen, heißt Differenzen stärken" in einer „Kultur des Kollektivs". (Caminada 2013)

Diese Kultur braucht...

Kluge Verabredungen in Netzwerken und Regelwerken

Was gemeinschaftliches Engagement für Baukultur auf ganz vielen Ebenen bewirken kann, zeigt eindrücklich der Bregenzerwald (Abb. 4). „Das Handwerk im Bregenzerwald macht über Grenzen hinweg auf sich aufmerksam. Parallel zur neuen Architektur Vorarlbergs hat es zu einer unverwechselbaren Handschrift gefunden. Die Arbeiten des Werkraums sind international präsent, die innovativen Handwerker im In- und Ausland gefragt. Mit dem Werkraum Bregenzerwald haben sie sich seit seiner Gründung im Jahr 1999 eine Plattform geschaffen. Diese wirkt nach außen mit Ausstellungen, Wettbewerben, Vorträgen, und nach innen mit Entwicklungsarbeit und Nachwuchs-

4



pflege. Heute ist das neue Handwerk ein Wirtschaftsfaktor – mit eigenem Haus.

Im Werkraum sind 80 Meisterbetriebe aus dem Bregenzerwald zusammengeschlossen." (http://werkraum.at/werkraum-bregenzerwald/ abgerufen am 22.01.2017)

Neben berufs- oder projektbezogenen Zusammenschlüssen sind es Gemeindeverbünde, die den ländlichen Raum stärken, wie z.B. das Syndikat „De Réidener Kanton", ein freiwilliger und politisch neutraler Verbund von 10 Gemeinden, der sich 1990 gründete, um das weitere Ausbluten des damals „ländlichsten und rückständigsten Kantons Luxemburgs" zu stoppen und bestimmte Infrastrukturen gemeinsam aufrecht zu erhalten und zu entwickeln. (gemeinsames Gewerbegebiet, Musikschule, Schwimmbad, Kindergarten, Co-Working, Klima-Pact mit Energiepark und ECO Expert Cluster, Kulturzentrum DMillen u.v.m.). Heute ist diese Region Impulsgeber für regenerative und resiliente Ernergieerzeugung, regionale Währung und Gemeinwohlökonomie.

Freiwillige Gemeindeverbünde kennt auch das Vorarlberg, dort themenbezogenen wie in der Re-Organisation des Regionalbusverkehrs mit relativ hoher Taktung bei gleichzeitigem Verzicht auf einen Schülerverkehr und einer Jahreskarte für jeden oder beim Zusammenschluss von Finanz- und Bauverwaltungen, um sich gute Fachkräfte gemeinsam halten zu können. Krumbach ist mit den „BUS:STOP Krumbach" als Bewusstmachen des neuen ÖPNV nicht nur unter Architekten viel beachtete Wege gegangen. (www.krumbach.at) Auch für eine neue andere Form des Verbundes ist Krumbach im ländlichen Raum Vorreiter: die Ortsmitte hat sich in den letzten Jahren mit neuen Formen des gemeinschaftlichen Wohnens in vorbildlichen Holzbauten gefüllt - als bewusste Alternative zur weiteren Zersiedelung durch den Einfamilienhausbau (Abb. 5).

Neben den klugen Netzwerken können auch Regelwerke für die Sicherung, Entwicklung und Förderung von Baukultur stehen. Jedoch: Baukultur lässt sich nicht in einer Satzung „festsetzen".

Bauregeln und Satzungen sind nur sinnvoll, wenn sie einfache und klare Baukörper- und Dachformen (inklusive Elemente



5

der Energiegewinnung), Prinzipien der Gebäudestellung zum Gelände und zum öffentlichen Raum sowie räumlich wirksame Einfriedungen ortsspezifisch regeln und dabei die Material- und Farbpalette auf regionale Materialien beschränken - aber nicht einzelne Bauelemente wie Fenster oder Türen auf historische Muster und Formate festlegen. Diese waren immer Ausdruck der Veränderung. Die wenigen, aber die Identität bestimmenden Regeln sind als kulturelle Verabredung einer Gemeinschaft von dieser mehrheitlich zu verabschieden. Baukulturell wirksame Festlegungen entstehen nur, wenn vorab Ziele für die baukulturelle Entwicklung formuliert werden, die als Folge der Festlegungen erreicht werden.

Für das Graubündner Vals sind das z.B. die Dachlandschaft und das Terrain. Dachneigung und Dacheindeckung legen die Verwendung das taleigenen Valser Quarzit fest. Die Grasnarbe des natürlichen Geländes darf nicht verändert und privater Grund, wenn überhaupt, nur sehr dezent eingezäunt werden. Zwischen Boden und Dach gibt es viele Freiheiten in der Gestaltung, die in dieser einheitlichen Rahmung eine überzeugende Übereinkunft nun schon über Jahrzehnte gefunden haben (Abb. 6).

Für die Baukultur im Bestand braucht es auch den Denkmalschutz als konstruktive und produktive Instanz im Veränderungsprozess. Häuser werden erhalten durch den Gebrauch, nicht durch museale Konservierung. Dabei muss das Anpassen von gegebenen Qualitäten zu neuen führen, nicht zum Verlust an Qualität. Vor allem aus der Schweiz ist bekannt, dass in den kantonalen Behörden viele Architekten arbeiten, die auch entwurflich Vorschläge machen.

Bauberatung und Gestaltungsbeiräte fördern die Baukultur. Dafür braucht es aber die guten Köpfe vor Ort und in der Region, die fachlich im Austausch untereinander und auch mit Externen stehen, die Identitäten sowie die guten Gestalter unter den Architekten und Handwerkern ihrer Region kennen und einen einfachen Zugang zu den Bauwerbern haben.

Hier ist wiederum das Vorarlberg Vorbild. Viele Gemeinden haben dort einen alle paar Jahre wechselnden Fachbeirat aus zwei bis drei Architekten, die direkte Ansprechpersonen an jedem Projektbeginn sind. Alle öffentlichen Bauten werden in Architekturwettbewerben vergeben. Auch die überwiegende Mehrheit der privaten Bauten wird mit Architekten aus der Region realisiert, wobei das einende Element überwiegend das unbehandelte heimische Holz ist.

Bauberatung gerade für die Gemeindevertreter sowie das Initiieren von Wettbewerben für die Innenentwicklung hat in jüngster Zeit in einem außergewöhnlichen Maße die Tiroler Dorferneuerung übernommen. Der Erfolg dieses Engagements ist publik: sowohl im österreichischen Baukulturgemeindepreis als auch im Europäischen Dorferneuerungspreis sind in den letzten Durchläufen Tiroler Orte wie Kals am Großglockner und Fließ (neben vielen Vorarlberger Gemeinden) sehr hoch ausgezeichnet worden. (LandLuft 2009/2012/2016) Damit wird auch deutlich: die regionale Dorferneuerung selbst braucht gute Gestalter in ihren Reihen!

Auslöser und Initiativen vor Ort

Baukultur ist eng mit der aufmerksamen Sicht auf das eigene Lebensumfeld und die eigenen Lebensbedingungen darin verbunden. Diese unterliegen ständigen Veränderungen und erfordern kluge Anpassungen. Der Mut zur selbst bestimmten Veränderung aus der Einsicht der Notwendigkeit und aus dem Potenzial der kreativen Köpfe und Bürgerinitiativen vor Ort ist Treiber jeder Erneuerung und Grundlage jeder Kultur.

Die in vielen Aspekten einer ganzheitlichen und nachhaltigen Kultur des Bauens überzeugenden Beispielgemeinden boten daher viele folgender Voraussetzungen für ihren jeweiligen Entwicklungsprozess:



6

- keine oder sehr untergeordnete Parteipolitik im Gemeinderat,
- vernetzte und gegenüber Expertise offene Bürgermeister und Gemeindepolitiker,
- Vereine zu gegenwärtigen Themen und Bürgerinitiativen,
- aktive „Rückkehrer“ oder „Neubürger“ mit bereichernder Außensicht und neuen Netzwerken,
- alternativ wirtschaftende Land-, Forst- oder Energiewirte und Start Ups im Umkreis,
- gute räumliche Gestalter (Handwerker, Architekten) im Umkreis,
- Ort und Welt zugewandte Kirchenträger,
- Potenziale für Freizeit und Erholung in der Region,
- bewusst erfahrene raumbezogene und baukulturelle Identität.

„Beglückung“ von außen und von oben bringt keine nachhaltige Veränderung. Sie hinterlässt im besten Falle einzelne gut gebaute Räume, die in der Folge jedoch oft abgekoppelt von der alltäglichen Wertvorstellung und ohne fest verankertem Gebrauch bleiben.

Mals im Vinschgau, die Vorarlberger und Schweizer Gemeinden haben ein hohes Maß an basisdemokratischen Elementen in ihren Statuten verankert, die gerade in ländlichen Räumen entscheidend die Übernahme von Verantwortung und das selbstbestimmte Handeln in jeweils spezifischen Projekten und Prozessen fördern. So werden im Vorarlberg die Bürgermeister aus der Menge aller Bürger als jene mit der höchsten Stimmzahl direkt bestimmt. Parteien spielen keine Rolle. Und in Mals wurde 2009 mit dem neuen Bürgermeister in Anlehnung an die Schweiz das Instrument der Volksbefragung neu geregelt und der bindenden Volksabstimmung neu eingeführt.

Das bereitet einen fruchtbaren Boden für jedes weitere bürgerliche Engagement vor Ort, eine transparente Vorschlagskultur und eine transparente Kultur der Entscheidungsfindung. Einige Fallbeispiele zeigen, dass zwar einzelne starke Persönlichkeiten an der Spitze der Gemeinde viel in Sachen Baukultur und Erneuerung bewirken können, aber nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt der Prozess verebbt, da das Verständnis innerhalb der Gemeinschaft nicht auf breiten Schultern ruhte. Eigeninitiativen und Projektideen aus der Gemeinschaft zeigen nachhaltigere Wirkungen, bedürfen aber zugleich in der Durchführung der Rückübertragung an Experten und längerfristig verbindlicher Verpflichtungen für einmal getroffene Entscheidungen und begonnene Projekte.

Nadja Häupl



Studium der Architektur 1994 - 2000 an der TU Dresden. 1997-98 Fulbright Stipendium an der University of Oregon, USA. 2000-07 projektleitende Architektin bei Weinmiller Architekten BDA Berlin. Seit 2007 freischaffende Architektin v.a. mit Baugruppenprojekten: www.haeupl-architektur.de.
Seit 2007 Assistentin an der TU München, seit 2010 am Lehrstuhl Sustainable Urbanism. Mitglied der Jury für den Europäischen Dorferneuerungspreis und der Jury für den Bayerischen Staatspreis Baukultur und Dorferneuerung.

Quellenverzeichnis:

ALPSANCAR, Suzana; GEHRING, Petra; RÖLLI, Marc (2011): Raumprobleme. München

CAMINADA, Gion (2004): Für eine starke Peripherie der Schweiz. In: Werk,Bauen+Wohnen, Heft 91, S.18-23

CAMINADA, Gion (2013 und 2016): Semesterankündigungen an der ETH, Bezugsquelle direkt am Lehrstuhl

HAHNE, Ulf (2010): Globale Krise - Regionale Nachhaltigkeit. Detmold 2010

HAHNE, Ulf (2011): Neue Ländlichkeit? In: Geographische Rundschau, Heft 2, S.12-18

LANDLUFT (2009/2012/2016): Baukulturgemeindepreis. Wien

LILIENTHAL, Ralf (2016): Überall ist Mals. In: a tempo, Heft 8, S.10-15

ZEITLER, Klaus (2001): Raumbezogene Identität - ein Entwicklungsfaktor für den ländlichen Raum. Augsburg

Abbildungen:

1: Malser Haide, Blick vom Kloster Marienberg auf Burgeis, Gemeinde Mals (N.Häupl 08/2015)

2: Burgeis Ortsmitte mit Hotel, Dorfladen und Bar in alten Strukturen und ergänzenden Neubauten, Marx Ladurner Architekten (N.Häupl 06/2014)

3: Vrin, Gemeinde Val Lumnezia, Identität im Strickbau, rechts: die Totenstube, ein Neubau von Gion Caminada (N.Häupl 09/2014)

4: Hittisau, Holzwerkstatt Markus Faißt, lokale Wertschöpfung auf höchstem Niveau von der Holzgewinnung bis zur Holzverarbeitung (N.Häupl 03/2016)

5: Krumbach, Gemeinschaftliche Wohnformen und zentrale Bushaltestelle, Architekten Hermann Kaufmann, Bernado Bader und René Bechter (N.Häupl 03/2016)

6: Vals, einheitlich geregelte Dachlandschaft und keine Geländeanpassungen (N.Häupl 09/2014)

Regiobranding - Innovative Perspektiven für regionale Kulturlandschaften

Ines Lüder
Leibniz Universität Hannover, Institut für Entwerfen und Städtebau

Das Forschungsprojekt Regiobranding (vgl. Leibniz Universität Hannover, 2016) und beispielhafte Ergebnisse für die Untersuchungsregion Steinburger Elbmarschen zeigen auf, wie durch einen inter- und transdisziplinären Prozess Kreativität für den innovativen Umgang mit Kulturlandschaften befördert werden kann. Hierbei geht es um die Profilierung ländlicher Räume als Lebensorte und um die Gestaltung von Qualitäten und Charakter. In Regio branding geht es vor allem auch darum, Bürger und Akteure einzubinden und letztendlich deren Identifikation mit ihrer Kulturlandschaft zu stärken.

Das Forschungsprojekt Regiobranding

Das Forschungsprojekt Regiobranding - Branding von Stadt-Land-Regionen durch Kulturlandschaftscharakteristika wird im Zeitraum 2014-2019 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung als eine von neun „Innovationsgruppen“ gefördert. In diesen arbeiten Wissenschaft-Praxis-Teams zusammen an zukunftsweisenden und praktikablen Lösungen für den Umgang mit der Ressource Land. Neben praxisrelevanten Fragestellungen ist die Umsetzung der Forschungsergebnisse zentrales Anliegen des Förderschwerpunktes (vgl. inter3/ZALF, 2016).

Projektziele

In Regiobranding werden in drei Untersuchungsregionen die unterschiedlichen, sowohl physisch als auch immateriell vorhandenen Qualitäten, Potentiale aber auch Herausforderungen von Kulturlandschaften erforscht. Ziel ist es, jeweils die kulturlandschaftliche Charakteristik heraus zu arbeiten und Möglichkeiten der Weiterentwicklung und Nutzbarmachung für Vermarktung und regionale Wertschöpfung aufzuzeigen. Hierfür werden die einzelnen disziplinären Ergebnisse im Projektverlauf synthetisiert. Mittels der integrierten Betrachtung und kritischen Diskussion sowohl der Innen- wie der Außenperspektive wird ein neuer Blick auf die Kulturlandschaften der Regionen ermöglicht. Ziel ist eine Sensibilisierung für die Zusammenhänge von regionalem Charakter, räumlichen Qualitäten, ökologischem Nutzen, historischer Tiefe und Wertschöpfung.

Projektablauf

In einer ersten Phase wird die kulturlandschaftliche Charakteristik von den verschiedenen Wissenschaftspartnern mit unterschiedlichen qualitativen und quantitativen Methoden analysiert. Die einzelnen Ergebnisse werden zusammengeführt sowie gemeinsam mit den Praxispartnern und der Öffentlichkeit diskutiert und bewertet. In der zweiten Phase werden Ziele formuliert und Szenarien entwickelt. Diese dienen als Grundlage für die nachfolgende Entwicklung eines Zukunftsbildes aus welcher die ‘Branding’-Strategie abgeleitet wird. Unterstützende Modellprojekte werden in den Regionen zur Umsetzung gebracht. Der Prozess wird abschließend in einem „Innovationsplan“ operationalisiert, um in anderen Regionen anwendbar zu sein.

Projektinnovation

Die Innovation von Regiobranding besteht in der Inwertsetzung von Kulturlandschaften durch einen inter- und transdisziplinä-

ren Prozess der Forschung und Entwicklung. Regiobranding integriert diese Inwertsetzung in die Entwicklungsperspektiven ländlicher Regionen, erforscht von unterschiedlichen Positionen aus das Querschnittsthema Kulturlandschaft und zielt ab auf ein glaubwürdiges ‚Branding' von Kulturlandschaft als Teil von nachhaltiger Entwicklung. Hiermit sind Wertschätzung sowie Erhalt und Ausbau von Qualitäten gemeint, die zu kulturlandschaftlicher Charakteristik sowie ökologischer, ökonomischer und sozialer Wertschöpfung beitragen. Regiobranding bezieht sich somit auf konkrete gesellschaftliche Fragestellungen. Schwerpunkte des Projektes sind die Co-Produktion von Wissen und das Aufzeigen von Handlungsoptionen.

Regionale Kulturlandschaften

Untersuchungsregionen

In der Metropolregion Hamburg wurden drei Untersuchungsregionen ausgewählt (Steinburger Elbmarschen, Lübeck-Nordwestmecklenburg, Griese Gegend-Elbe-Wendland) (Abb. 1). Stadt-Land-Abhängigkeiten sind für alle drei Regionen relevant, genauso wie die Frage nach der jeweiligen Rolle und Profilierung innerhalb der Metropolregion. Alle Regionen liegen im zweiten Ring der Kreise um die Stadt Hamburg - also außerhalb der stark wachsenden, suburbanen Stadtperipherie. Darüber

1



hinaus stellen sich jedoch die einzelnen Standorte sehr unterschiedlich dar. Für alle kann festgestellt werden, dass sie weder über ein kohärentes Profil noch über eine formulierte Zukunftsperspektive verfügen, sondern vielmehr von Disparitäten und Konflikten geprägt sind. Hiermit einher geht in den Regionen allerdings auch eine Bereitschaft zu Veränderung, die sozusagen den Nährboden für Innovation darstellt. Bedeutend für die Praxispartner ist die operative Ausrichtung des Projekts. Die Regionen befinden sich in einem Standortwettbewerb und stehen vor den Aufgaben der "Großen Transformation" (vgl. WBGU, 2011).

Kulturlandschaft

Kulturlandschaften, mit ihren vielen historischen und zeitgenössischen Elementen, Strukturen, Funktionen und Bedeutungen, können als Manifestationen von Gesellschaften und deren Lebens- und Wirtschaftsweisen gelesen werden (Abb. 2). Betrachtet man sie nicht nur als Schutzgut, sondern als regionales Gemeinschaftsgut und Faktor für Lebensqualität (vgl. European Commission 2015:7), so verbindet sich damit unweigerlich eine Gestaltungsaufgabe (vgl. Fürst u.a. 2008:11, 26 und Pretterhofer u.a. 2010:27). Dahinter steht auch die Erwartung, dass über qualitätsvolle Kulturlandschaft regionale Identität und Wertschöpfung begünstigt werden können und dass über eine positive Identifizierung der Bürger mit ihrer Kulturlandschaft Bindung und Verantwortungsübernahme gesteigert werden können (vgl. Europäische Kommission 1999:35-36 und Gailing 2008:2). Kulturlandschaft als Thema und Objekt ist Bestandteil vieler Disziplinen und Lebensbereiche, besitzt jedoch in den Regionen keinen institutionalisierten Fürsprecher. Es sind mit ihrer Entwicklung immer auch diverse Werthaltungen und Einzelentscheidungen verbunden. Hinter dem Gestaltungsanspruch steckt die Absicht, Kulturlandschaft, deren Komplexität überaus herausfordernd ist, nicht als Nebenprodukt (vgl. Fürst u.a. 2008:12) entstehen zu lassen. Folglich geht es bei der Gestaltung von Kulturlandschaft, verstanden als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, um die Sensibilisierung und Integration möglichst vieler Akteure, um einen gewissen Konsens bezüglich der Werte und Qualitäten und um die Ermöglichung von neuen Impulsen (vgl. Faber/Oswalt 2013).

2



Innovation

Inter- und Transdisziplinarität

In Regiobranding arbeiten Wissenschaftler aus verschiedenen Disziplinen sowie Vertreter und Akteure der Untersuchungsregionen zusammen. Die Intersubjektivität, also das geteilte Verständnis, wird im Projekt durch diverse Formate der Zusammenarbeit erreicht, die im Folgenden beschrieben werden. Dieser "kollaborative Prozess" (Rogga 2015:5), soll er denn innovative Ergebnisse hervorbringen, erfordert neben der Organisation des Forschungsvorgangs vor allem die Wissensintegration und die Synthese der verschiedenen Perspektiven (vgl. Rogga 2015:2) sowie die Bereitschaft für einen offenen, iterativen und kreativen Verlauf. Denn dieser Prozess, bei dem je nach Bedarf Gruppen der Zusammenarbeit gebildet werden, hat auch experimentellen Charakter und ist mit einem Entwurfsprozess vergleichbar - Innovation und Scheitern sind ihm gleichermaßen inhärent (vgl. Rogga 2015:9). Es wird durch ihn nicht nur die Kreativität für ein ganzheitlicheres Verständnis befördert, sondern auch für neue Kulturen und Handlungsoptionen zur Gestaltung von Kulturlandschaft. Gerade für das komplexe Thema Kulturlandschaft ist also Transdisziplinarität als "forschungsleitendes Denk- und Handlungsprinzip" (Rogga 2015:5) relevant, da einzeldisziplinäre Beiträge nicht in gleichem Maße ganzheitliche und praxisnahe Lösungen von Fragestellungen zur Inwertsetzung von Kulturlandschaft erreichen können.

Formate der Zusammenarbeit

Die interdisziplinäre Zusammenarbeit der Wissenschaftspartner erfolgt in/mit unterschiedlichen Konstellationen und Zielsetzungen. Es wurde zum Beispiel der Fragebogen der Haushaltsbefragung gemeinsam erarbeitet. Permanent werden Forschungsfragen, Methoden und Ergebnisse vorgestellt und (kontrovers) diskutiert. Die (halb-)öffentlichen Präsentationen und Diskussionen in den Untersuchungsregionen werden überwiegend von mehreren Wissenschaftlern gemeinsam vorbereitet.

Die "Innovationsgruppe" ist inter- und transdisziplinäre Schnittstelle der wissenschaftlichen Disziplinen und der drei Regionen. In der "Innovationsgruppe" werden gemeinsam projektinterne Begriffsdefinitionen, die inhaltliche Ausrichtung der Forschung, Werte und Ziele, (Ergebnis-) Produkte sowie die 'Branding'-Strategie und die Modellprojekte verhandelt. Weitere Formate, in denen Wissenschaft und Praxis aufeinandertreffen, sind gemeinsame Exkursionen in den Regionen sowie "Werkstattgespräche" und "Foren", in denen wissenschaftliche Ergebnisse mit regionalen Akteuren öffentlich diskutiert werden. Darüber hinaus werden in den Regionen unter Anleitung der wissenschaftlichen Partner studentische Projektarbeiten durchgeführt. Die Rolle der Praxis ist es, die Ergebnisse zu reflektieren und kritische Fragen zu stellen, sowie Verknüpfungen zu regionalen Themen, Herausforderungen oder Projekten herzustellen.

Regionale Projektgruppen und Akteursnetzwerke werden auf Basis bestehender Netzwerke auf- und ausgebaut. Die Einbindung von Bürgern über Interviews, Veranstaltungen und Projekte ist wichtig für das Gelingen des Projekts: Einerseits fließt hierdurch regionales Wissen in den Forschungsprozess ein, andererseits werden Sensibilität, Wissen und Engagement für und über das Thema Kulturlandschaft in den Regionen erhöht.

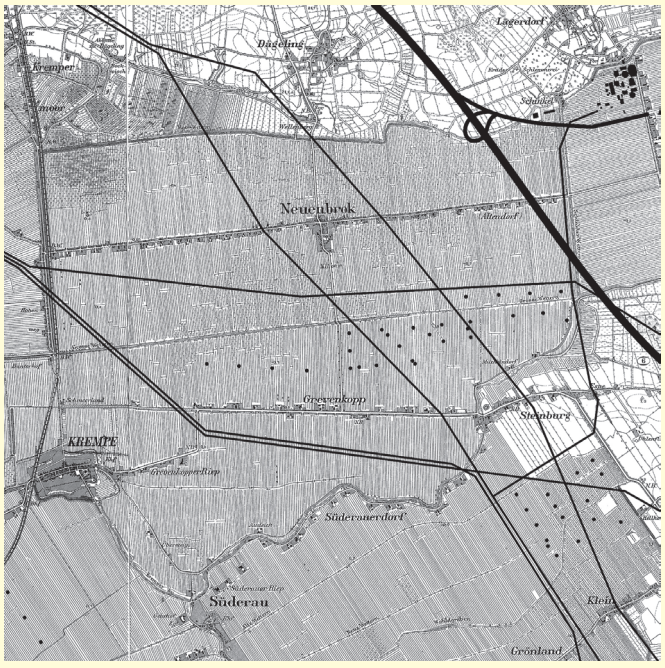
Learning from Regiobranding

Wesentlicher und innovativer Bestandteil des Projektes Regi-

obranding ist die inter- und transdisziplinäre Co-Produktion von Wissen - die "fruchtbare Konkurrenz alternativer Wirklichkeiten" (Rogga 2015:5) - durch die ein ganzheitlicheres Verständnis der regionalen Kulturlandschaften möglich geworden ist. Grundlegend für die funktionierende Transdisziplinarität des Projektes sind die finanzielle Förderung der Praxispartner und deren Engagement und Vernetzung in den Regionen. Die Möglichkeiten der Verankerung des Themas sind regional unterschiedlich. Aufgrund der Praxisorientierung, der Vielzahl der Partner und der Komplexität des Themas müssen immer wieder Werte und unterschiedliche Werthaltungen verhandelt werden: grundlegende Werte im Sinne einer Projektethik, Werte von Kulturlandschaftselementen, sowie Werte, die Szenarien und Strategien zugrunde liegen. Das gesamte, gemeinsam erarbeitete Wissen des Projektverbundes bildet die Grundlage für das nun folgende ˋBranding´.

Herausfordernd in dem inter- und transdisziplinären Prozess sind die verschiedenen Ziele und Anforderungen an Ergebnisse sowie die unterschiedlichen Sprachen und Arbeitsgeschwindigkeiten. Auf der einen Seite steht die realweltliche, praxisnahe Ausrichtung mit ihren gesellschaftlich relevanten Fragestellungen und dem Ziel der praktischen Umsetzung. Auf der anderen Seite stehen die wissenschaftlichen Diskurse und Anforderungen. Die Wissenschaftler produzieren vorrangig disziplinspezifische Ergebnisse in Form von Fachartikeln und Dissertationen. Hinter diesen Ergebnissen stehen Fragestellungen, die spezielle Themen viel tiefreichender behandeln als es für die Kommunikation und Diskussion in der Praxis notwendig und anwendbar ist. Es ist offen, ob und wie das gemeinsam erarbeitete, synthetisierte Wissen in die disziplinären wissenschaftlichen Einzelarbeiten integriert werden kann. Solch eine "nachhaltige Veränderung disziplinärer Erkenntnisgrenzen" wird jedoch als das "Wesen von Transdisziplinarität" bezeichnet (Rogga u.a. 2012:12). Aufgrund der Dauer der Publikation der wissenschaftlichen Ergebnisse ergibt sich zudem eine Diskrepanz in den Arbeitsgeschwindigkeiten, denn seitens der Praxispartner werden frühzeitig Ergebnisse abgefragt. Deren Aufbereitung für die inter- und transdisziplinäre Arbeit und Verwertung ist somit eine zusätzliche Leistung, für welche auch die unterschiedlichen Sprachen von Wissenschaft und Praxis relevant sind. Insgesamt nimmt die Kommunikation und Aufbereitung von Ergebnissen mehr Zeit und Mühe in Anspruch, als dies bei disziplinären Projekten der Fall wäre. Dieser Ressourcenverbrauch wird kritisiert, jedoch werden durch den iterativen, kreativen Prozess immer wieder neue Impulse gesetzt. Es bestätigt sich, "dass Transdisziplinarität einen Spagat zwischen exzellenter, unabhängiger Forschung einerseits und einer Orientierung an umsetzungsorientierten Nachhaltigkeitslösungen anderseits erfordert" (Rogga 2015:8).

3



Perspektiven

Wandel gestalten

Für die Projektkonferenz im Juli 2016 wurden ausgewählte Ergebnisse für die Region Steinburger Elbmarschen von drei Partnern hinsichtlich der Leitworte „Wandel gestalten" synthetisiert (vgl. Leibniz Universität Hannover, 2016). Ausgangspunkt des Institutes für Entwerfen und Städtebau der Leibniz Universität Hannover (J. Schröder, M. Ferretti, I. Lüder) sind ˋMuster´ - die relationale Analyse räumlicher Strukturen und baulicher Elemente - und ˋSzenarien´ - die explorativen Erkundungen möglicher räumlicher Zukünfte. Ausgangspunkt des Institutes für Umweltplanung der Leibniz Universität Hannover (F. Knaps) ist die Untersuchung der Wahrnehmung identitätsstiftender

4



Merkmale. Die Praxispartner (Kreis Steinburg, Bereiche Denkmalpflege und Regionalentwicklung) vertreten das regionale Wissen und Handeln. Gemeinsam wurden drei, für die Kulturlandschaft relevante Themen identifiziert, anhand derer Charakteristik und Handlungsoptionen für räumliche Strategiebildung aufgezeigt werden konnten: Wasser und Wind, Landwirtschaft, Siedlungsstruktur.

Charakteristik und Handlungsoptionen

Die Elbmarschen sind eine künstliche und gestaltete Kulturlandschaft deren Bewohnbarkeit und Bewirtschaftbarkeit erst durch Eindeichung und Entwässerung gegeben ist. Die prägenden historischen Zusammenhänge zeigen sich beispielsweise in der Einheit aus Feld-, Entwässerungs- und Siedlungsstrukturen auf der 3x7 km großen Fläche des Marschhufendorfes Neuenbrook (Abb. 3). Das flächendeckende räumliche Muster von Gräben, landwirtschaftlich genutzten Feldern und Einzelhöfen ist sehr charakteristisch für die Elbmarschen und wird als identitätsstiftend wahrgenommen. Prozesse des Wandels haben jedoch räumliche, funktionale und symbolische Zusammenhänge und somit auch wesentliche Grundlagen der Kulturlandschaft und der Charakteristik der Region verändert. Bauten der Industrie, der Infrastruktur, der Energieproduktion und -verteilung sowie der Agrarindustrie überlagern das gewachsene System mit neuen Strukturen, Maßstäben und Dynamiken (Abb. 4). Mit diesen Prozessen sind nicht nur Risiken, sondern auch Potentiale für Innovation verbunden. Ein vertieftes Verständnis des andauernden Wandels ist wichtig für die Entwicklung einer qualitätsvollen, charakteristischen und identiätsstiftenden Kulturlandschaft. Da diese weder von alleine noch durch Musealisierung entstehen kann, ist das Erkennen des Handlungsbedarfs Voraussetzung für die Gestaltung des Wandels.

Für die Region wird als Handlungsfeld die Einbindung neuer Elemente in die kulturlandschaftliche Entwicklung, wie auch die Stärkung räumlicher Qualitäten erkannt. Die Neubestimmung der Region als Energiedrehscheibe birgt hierfür hohe Potentiale. Gewinne aus Windkraftanlagen (und Atomkraftwerk) könnten für die Entwicklung der Kulturlandschaft genutzt werden (z. B. Reetdachprogramm). Der somit hergestellte Bezug zwischen Energieproduktion und kulturlandschaftlichen Qualitäten könnte die Wahrnehmung und Bewertung der baulichen Anlagen in der Landschaft beeinflussen.

Als Handlungsfeld wird auch die Erhöhung der Wertschätzung für die Rolle der Landwirtschaft als wichtiger Akteur der Kulturlandschaftsentwicklung erkannt. Als Potential wird die Stärkung der regionalen Bedeutung und der Öffentlichkeit der Landwirtschaft angesehen, z. B. durch Weidehaltung, regionale Produkte und Vermarktung, Freizeit- und Urlaubs-Angebote auf den Höfen (multifunktionale Landwirtschaft) und durch neue Kooperationen und Netzwerke.

Die qualitätsvolle Entwicklung von Siedlungen und Gebäuden ist ein relevantes Handlungsfeld nicht zuletzt um die Attraktivität für Bewohner zu erhöhen. Die Perspektiven zielen ab auf eine lebendige und bewohnte Marsch, die auch neue Bewohner anziehen kann, welche wirtschaftliche und soziale Aktivitäten einbringen und neue Impulse geben für Gemeinschaften und Netzwerke. Bewohner fragen gleichsam jedoch auch Angebote der Region ab (z. B. Kultur, regionale Produkte etc.). Die Stärkung der Orts- und Stadtkerne und die damit verbundene Qualifizierung des öffentlichen Raums und der Funktionalitäten spielt daher eine essentielle Rolle für die regionale Entwicklung. Sie kann verbunden werden mit einem stärkeren Bezug zur Landschaft und zu der landwirtschaftlichen Nutzung.

Historische ländliche Gebäude als Ressource

Die dezentrale Siedlungsstruktur der Höfe mit dem historischen Baubestand stellt ein besonderes Alleinstellungsmerkmal dar. In den Steinburger Elbmarschen gibt es zwei historische Typen von Wohnwirtschaftsgebäuden. Zum einen das Fachhallenhaus mit einer Durchgangsdiele und der Erntelagerung im Dachraum. Zum anderen das Barghaus, welches als Typ nur in der Wilstermarsch vorkommt. Es ist durch holländischen Einfluss entstanden im Zusammenhang mit der Einführung der Milch- und Käseproduktion und zeichnet sich durch erdlastige Erntelagerung im zentralen Bargraum aus. Infolge des landwirtschaftlichen Strukturwandels ist die Bausubstanz unter anderem durch Leerstand, Verlust oder Nutzungsveränderungen geprägt. Aufgrund verschiedener Ansprüche und Werthaltungen verlaufen bauliche und funktionale Transformationen der Gebäude divergent (Abb. 5).

Im Dissertationsvorhaben „Historische ländliche Gebäude als Ressource“ (Ines Lüder) sollen der aktuelle Zustand der histori-







5

schen ländlichen Gebäude und deren Potentiale als Ressource für zukünftige Wohn-, Wirtschafts- und Lebensformen in der Kulturlandschaft untersucht werden. Mit der Weiterentwicklung der Siedlungsstruktur verknüpfen sich u. a. Fragen zur Mobilität, zur Daseinsvorsorge und zur Erschließung. Bezogen auf die Weiterentwicklung der historischen Bausubstanz sind u. a. architektonische, baurechtliche und finanzielle Herausforderungen zu lösen. Die maßstabsübergreifende und kontextbezogene Untersuchung der historische Bausubstanz, welche sowohl bauliche und städtebauliche Aspekte als auch verschiedene Nutzer- und Akteursperspektiven integriert betrachtet, dient auch der Etablierung einer erneuerten regionalen Baukultur als Teil von Kulturlandschaftsentwicklung.

Ines Lüder



Ines Lüder ist Architektin und studierte an der TU Braunschweig und an der UdK Berlin. Sie arbeitete in Architekturbüros in Berlin, realisierte eigene Projekte, nahm teil am Bauhaus Dessau Kolleg und lehrte an der TU Berlin. Sie arbeitet als Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Abteilung Regionales Bauen und Siedlungsplanung des Institutes für Entwerfen und Städtebau der Leibniz Universität Hannover. Sie ist beteiligt am Forschungsprojekt Regiobranding und promoviert zurzeit.

Quellenverzeichnis:

EUROPÄISCHE KOMMISSION (Hg.) (1999): Europäisches Raumentwicklungskonzept. Auf dem Wege zu einer räumlich ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung der Europäischen Union. Zugriff auf http://www.europa.eu.int/index-de.htm am 26.09.2016.

EUROPEAN COMMISSION (Hg.) (2015): Getting cultural heritage to work for Europe. Report of the Horizon 2020 Expert Group on Cultural Heritage. Brüssel. Zugriff auf http://bookshop.europa.eu/de/getting-cultural-heritage-to-work-foreurope- pbKI0115128/ am 26.09.2016.

FABER, Kerstin; OSWALT, Philipp (Hg.) (2013): Raumpioniere in ländlichen Regionen. Neue Wege der Daseinsvorsorge. Leipzig.

FÜRST, Dietrich; GAILING, Ludger; POLLERMANN, Kim; RÖHRING, Andreas (Hg.) (2008): Kulturlandschaft als Handlungsraum. Institutionen und Governance im Umgang mit dem regionalen Gemeinschaftsgut Kulturlandschaft. Dortmund.

GAILING, Ludger (2008): Kulturlandschaft – Begriff und Debatte. In: FÜRST, Dietrich; GAILING, Ludger; POLLERMANN, Kim; RÖHRING, Andreas (Hg.): Kulturlandschaft als Handlungsraum. Institutionen und Governance im Umgang mit dem regionalen Gemeinschaftsgut Kulturlandschaft. Dortmund. S. 21-34.

inter 3 GmbH; Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) e.V. (2016): Innovationsgruppen für ein Nachhaltiges Landmanagement. Zugriff auf http://innovationsgruppen-landmanagement.de/de/foerderschwerpunkt/ am 26.09.2016.

LEIBNIZ UNIVERSITÄT HANNOVER (2016): Regiobranding – gefördert im Förderschwerpunkt "Innovationsgruppen für ein nachhaltiges Landmanagement" vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (Fördernummer: 033L121). Einzelheiten siehe: http://www.regiobranding.de

PRETTERHOFER, Heidi; SPATH, Dieter; VÖCKLER, Kai (2010): Land. Rurbanismus oder Leben im postruralen Raum. Graz.

ROGGA, Sebastian; WEITH, Thomas; MÜLLER, Klaus (2012): Inter- und Transdisziplinarität im Nachhaltigen Landmanagement. Definitionsansätze, Potenziale und Handlungsrahmen. Müncheberg. Zugriff auf http://nachhaltiges-landmanagement.de/uploads/tx_t3documents/00039-Rogga_etal_Transdisziplinaritaet_im_NLM_2012.pdf am 26.09.2016.

ROGGA, Sebastian (2015): Transdisziplinarität – Grenzüberschreitung als Prinzip. Erfahrungen aus transdisziplinärer Forschung für ein Nachhaltiges Landmanagement. Müncheberg. Zugriff auf http://nachhaltiges-landmanagement.de/uploads/tx_t3documents/00039-Arbeitspapier---Transdisziplinaritaet-Grenzueberschreitung-als-Prinzip.pdf am 26.09.2016.

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) (2011): Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin. Zugriff auf http://www.wbgu.de/hauptgutachten/hg-2011-transformation/ am 26.09.2016.

Abbildungen:

1: Metropolregion Hamburg mit Untersuchungsregionen Regiobranding (Leibniz Universität Hannover, Regionales Bauen und Siedlungsplanung 2016, Datenbasis GeoBasis-DE/LVermGeo NI, MV, SH 2015)

2: Dezentrale Siedlungsstruktur der landwirtschaftlichen Höfe der Steinburger Elbmarschen (Ines Lüder 2016)

3: Neuenbrook: Kartenausschnitt Preußische Landesaufnahme mit Überlagerung durch aktuelle bauliche Strukturen von Autobahn, Stromtrassen, Windkraftanlagen, Industrie (Ines Lüder 2016, Datenbasis GeoBasis-DE/LVermGeo SH 2015, Archäologisches Landesamt Schleswig-Holstein 2015)

4: Aktuelle bauliche Elemente: Landmarken und Strukturen in der Landschaft (Ines Lüder 2016)

5: Divergente Entwicklung der historischen ländlichen Gebäude (Ines Lüder 2016)

Erreichbarkeit in ländlichen Räumen als Element der Daseinsvorsorge

Stefan Siedentop, Florian Ahlmeyer, Dirk Wittowsky ILS - Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH, Dortmund; Markus Friedrich, Stefanie Rönsch Universität Stuttgart, Institut für Straßen- und Verkehrswesen

Einleitung

Die Bereitstellung eines nachfragegerechten Angebots an Infrastrukturleistungen und die Sicherung der Mobilität aller Bevölkerungsgruppen gelten als zentrale Voraussetzungen für die Zukunftsfähigkeit ländlicher Regionen. Doch bereits heute erweist sich das Standortnetz von öffentlichen und privaten Dienstleistungen im ländlichen Raum als weitmaschiger als in urban geprägten Regionen und die erwarteten demografischen Veränderungen sowie die knappen Finanzbudgets der öffentlichen Hand üben weiteren latenten Druck auf die Anpassung der Daseinsvorsorge und öffentlicher Verkehrsangebote aus.

Für die Standortplanung der öffentlichen Hand ergibt sich ein Dilemma: Einerseits ist aus wirtschaftlichen Gründen eine Schließung unterausgelasteter Einrichtungen kaum vermeidbar, andererseits kann die Verschlechterung der Erreichbarkeitsbedingungen im ländlichen Raum weitere Anreize für Abwanderung setzen. Derartige Zielkonflikte sind den Entscheidungsträgern der Raum- und Fachplanung durchaus bewusst. Die genauen raumwirksamen Auswirkungen von Entscheidungen für oder gegen einen Standort in Bezug auf die Erreichbarkeit von Zielen entziehen sich aber meistens einer auf objektiven Daten basierenden Abwägung. Der Entwicklung und Anwendung von objektiven entscheidungsunterstützenden Werkzeugen für eine integrierte Raum,- Infrastruktur- und Verkehrsplanung kommt daher eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu.

Vor diesem Hintergrund wurde im Rahmen eines vom Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz des Landes Baden-Württemberg geförderten Forschungsvorhabens ein methodischer Ansatz entwickelt, mit dem die Erreichbarkeit von Standorten der Daseinsvorsorge kleinräumig abgebildet und bewertet werden kann. Ein Bevölkerungs-, Standort- und Verkehrsmodell ermöglicht die Ermittlung von Angebot und Nachfrage an daseinsvorsorgerelevanten Dienstleistungen sowie der verfügbaren Verkehrsangebote. Darauf aufbauend erlaubt ein Simulationsmodell umfassende, kleinräumig differenzierte Analysen der Erreichbarkeitsniveaus für alle Hauptverkehrsmittel (Pkw, Rad, Fuß und ÖPNV). Neben einer Status-quo Einschätzung eröffnen sich auch Optionen, denkbare Zukunftsmodelle der Daseinsvorsorge in Form von Szenarien der Standort- und Angebotsplanung erreichbarkeitsbasiert zu bewerten.

Das beispielhaft für den Landkreis Calw entwickelte und erprobte Werkzeug versteht sich als raum- und fachplanerisches Planungs- und Evaluationsinstrument zu Fragen der Erreichbarkeit für alle Verkehrsträger. Es bietet Politik und Planung in ländlichen Gebieten Entscheidungsunterstützung bei Strategie- und Maßnahmenplanungen der Infrastruktur an und kann durch eine objektive Abbildung räumlicher Zustände zur Versachlichung von Debatten beitragen. Indikatoren der Erreichbarkeit, kartographische Visualisierungen und tabellarische Aufbereitungen wurden dabei bewusst so ausgestaltet, dass sie für eine breite Diskussion in Politik und Gesellschaft geeignet sind.

Daten und Methoden

Das im Rahmen des Projektes entwickelte Werkzeug umfasst fünf Komponenten (Abb. 1), mit welchen Daten der Nachfrager

(Einwohner), der Anbieter von öffentlichen und privaten Dienstleistungen und der Verkehrsinfrastruktur verknüpft werden, um Erreichbarkeitsbewertungen vornehmen zu können und Szenarien und Simulationen alternativer Zukünfte der Daseinsvorsorge und des Verkehrsangebots zu ermöglichen. Dabei bildet das rasterbasierte Bevölkerungsmodell die Grundlage für die räumliche Zuordnung der Nachfrager. Daten zur Siedlungsflächendichte und Einwohnerzahlen auf Ortsteilebene bilden die Basis für die kleinräumig geschätzte Bevölkerungszahl, welche im Raum in Rasterzellen mit einer Kantenlänge von 200 Metern dargestellt wird. In einer weiteren Modellkomponente – dem Standortmodell – werden das Angebot von Dienstleistungsangeboten adressscharf lokalisiert und mit einem Verkehrsmodell die Erreichbarkeiten räumlich differenziert abgebildet. Insgesamt werden Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, Einrichtungen der Nahversorgung, der Freizeit und Kultur sowie die Standorte öffentlichkeitswirksamer Behörden berücksichtigt. Das Standortmodell umfasst insgesamt 5.252 Einrichtungen, wobei sich 2.426 Standorte im Landkreis Calw und 2.862 außerhalb des Kreises befinden. Die Einbeziehung letzterer dient zur exakten Berechnung der Erreichbarkeiten in den Randbereichen des Landkreises, in denen die Bevölkerung auch Einrichtungen jenseits der Landkreisgrenzen aufsucht.

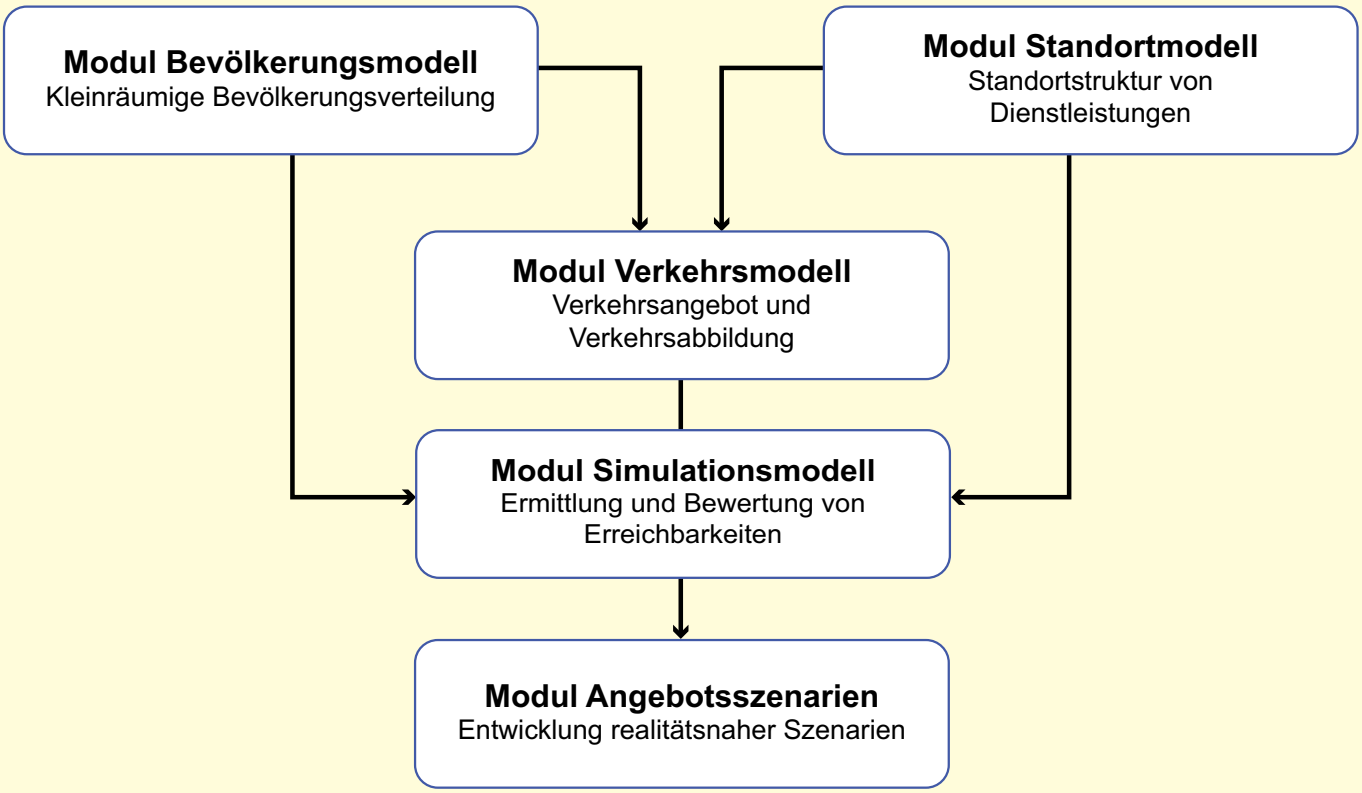
Das Verkehrsmodell ist als Netzmodell in VISUM ausgestaltet und basiert auf Daten des digitalen Kartendienstes OpenStreetMap (OSM). Es erlaubt die Modellierung der Erreichbarkeit differenziert nach den drei Individualverkehrsarten Fußverkehr, Radverkehr und Pkw-Verkehr sowie für den öffentlichen Verkehr. Dabei wird für den Fußverkehr eine mittlere Geschwindigkeit von 4 km/h angenommen. Der Einbezug des Höhenmodells ermöglicht eine realitätsnahe Abbildung der Radverkehrsgeschwindigkeit. Grundlage für das ÖV-Angebot sind ÖV-Daten, die von der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH (NVBW) für die Fahrplanperiode 2014/2015 zur Verfügung gestellt wurden.

Ausgewählte Ergebnisse der Modellanwendung

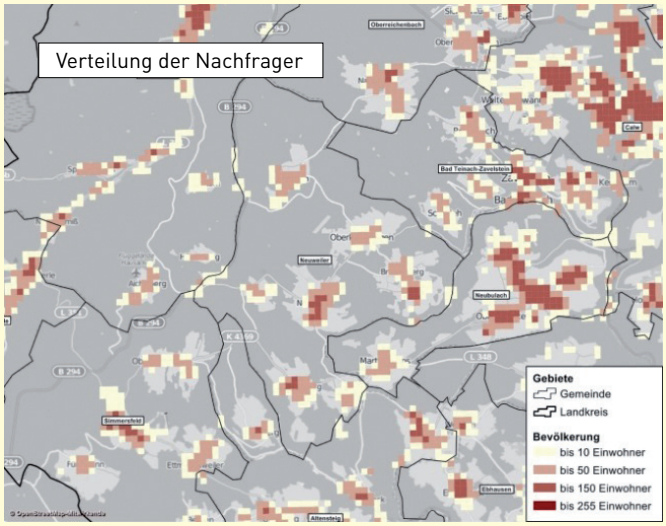
Bewertung der aktuellen Erreichbarkeitsverhältnisse

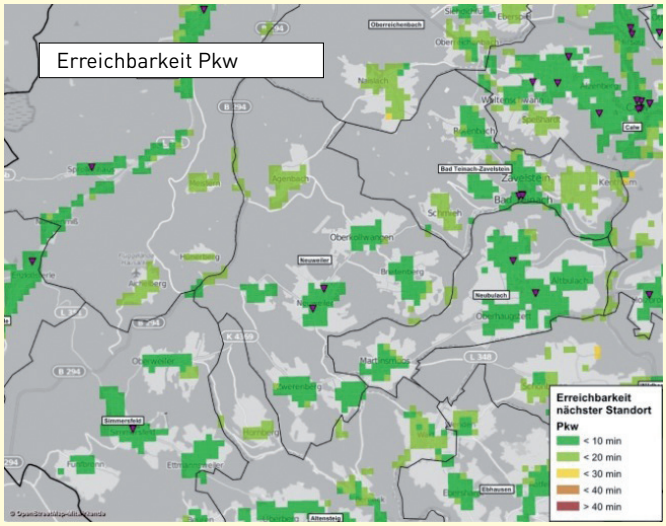
Das entwickelte Modell ermöglicht sowohl Bewertungen der aktuellen Erreichbarkeitssituation als auch Szenarien zur zu-

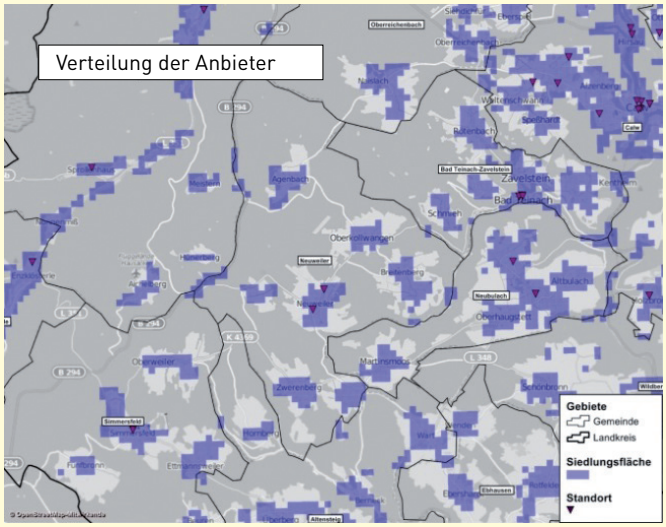
1

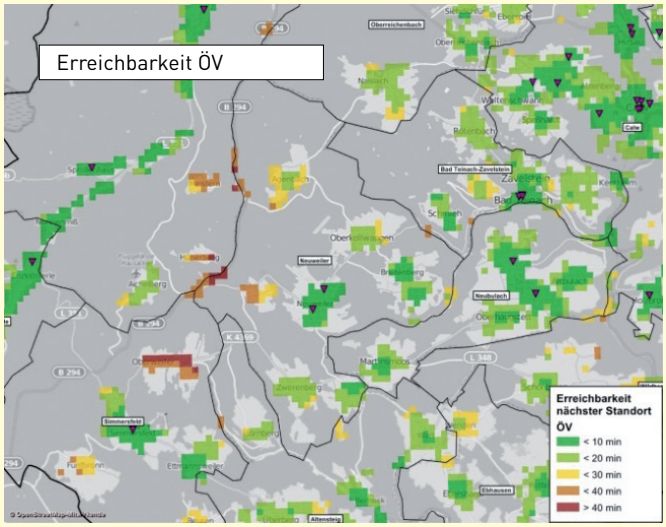


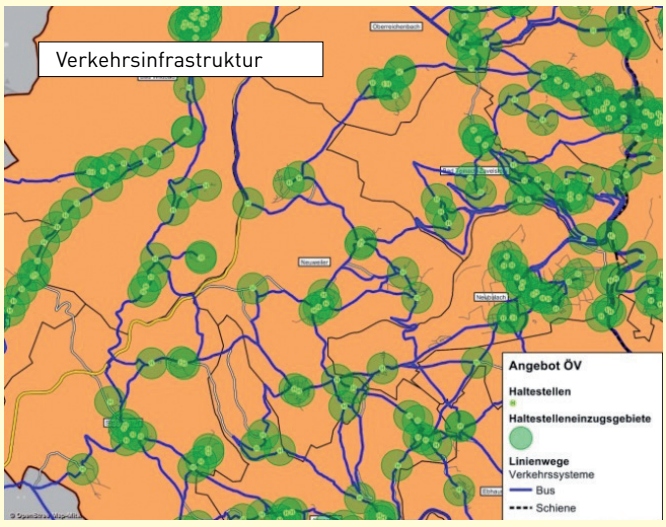
künftigen Entwicklung. Tabelle 1 veranschaulicht die Erreichbarkeit für drei Einrichtungsarten, die für die Daseinsvorsorge besonders wichtig sind: weiterführende Schulen, Hausärzte und Supermärkte. Da das Modell Demografie sensibel aufgebaut und die Rasterzellen den administrativen Einheiten zugeordnet sind, ist es möglich festzustellen, wie viele Einwohner einer Gemeinde die nächste Einrichtung in einer bestimmten Zeit erreichen. Es können Standards festgelegt werden, die anhand der

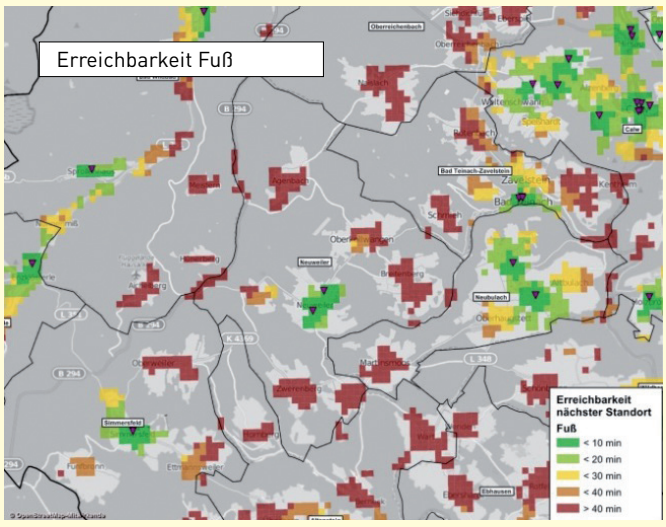












2

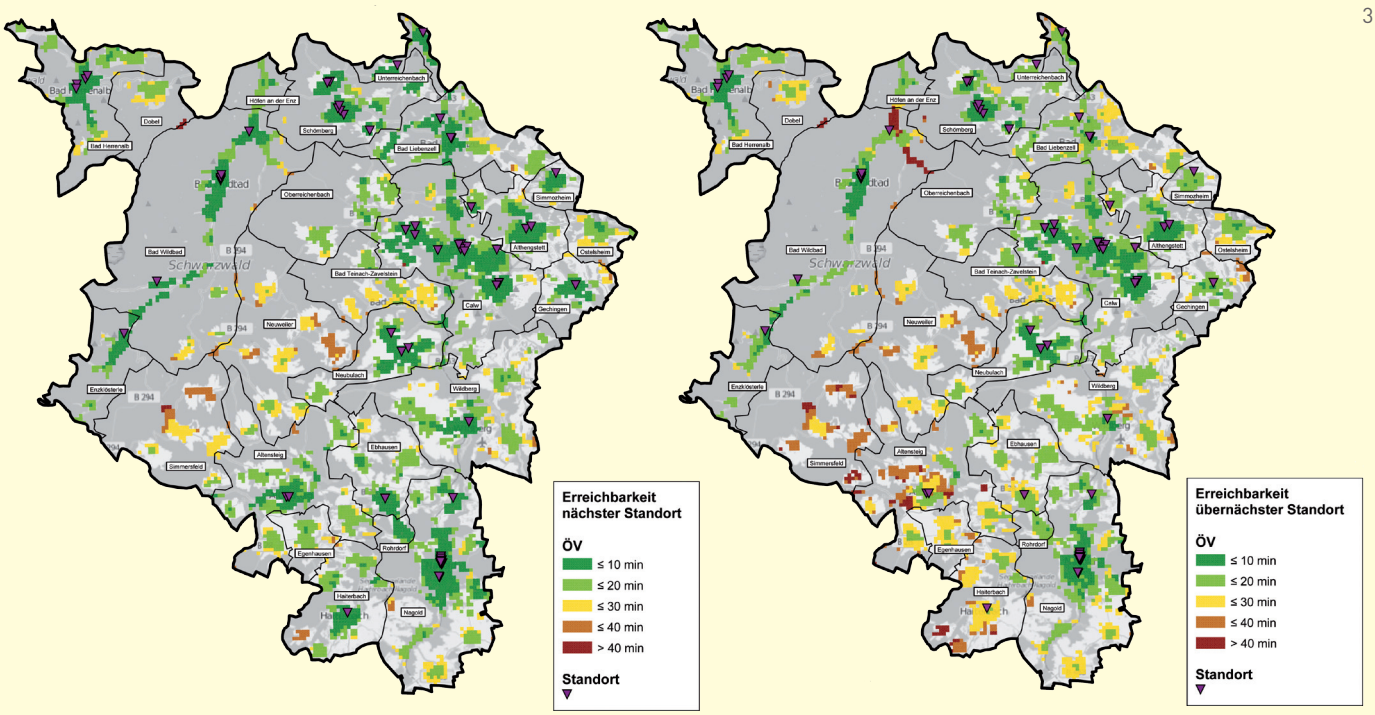
Daten überprüft werden. Im Falle des Landkreises Calw wird eine insgesamt positive Erreichbarkeitssituation angetroffen. So erreichen 92% der Schülerinnen und Schüler die nächste weiterführende Schule mit dem öffentlichen Verkehr innerhalb von 20 Minuten. Ebenfalls 92% der Einwohner gelangen innerhalb von 15 Minuten zum nächsten Hausarzt und 84% innerhalb der gleichen Zeitspanne zum nächstgelegenen Supermarkt. Nur wenige Gemeinden sind von gravierenden Einschränkungen der Erreichbarkeit betroffen. So erreichen nur gut 60% der Schülerinnen und Schüler der Gemeinde Enzklösterle die nächste weiterführende Schule mit dem öffentlichen Verkehr innerhalb von 30 Minuten. Nur knapp 70% der Gemeindebevölkerung realisiert eine Fahrzeit von weniger als 30 Minuten zum nächstgelegenen Supermarkt.

Szenarien der Erreichbarkeitsentwicklung

Neben Darstellungen des Ist-Zustandes der Erreichbarkeitsverhältnisse lassen sich mit dem entwickelten Werkzeug integrierte Zukunftsszenarien ebenso wie konkrete Maßnahmensimulationen durchführen, die in verschiedenen Planungskontexten abwägungs- und entscheidungsunterstützend wirken können. Nachfolgend werden einzelne Beispiele solcher Szenarien bzw.

Tabelle 1:
Gemeindedifferenzierte Bilanzierung der Erreichbarkeit für weiterführende Schulen, Hausärzte und Supermärkte; Anteile der Bevölkerung, die mit dem ÖV zu einer bestimmten Zeitstufe eine Einrichtung erreichen (die Minutenwerte ab denen mindestens 90% der Einwohner einer Gemeinde die nächste Einrichtung erreichen sind farbig markiert)

Ziele →	Erreichbarkeit weiterführende Schulen						Erreichbarkeit Hausärzte						Erreichbarkeit Supermärkte					
Minuten →	5	10	15	20	25	30	5	10	15	20	25	30	5	10	15	20	25	30
Altensteig	28%	46%	65%	91%	98%	100%	11%	47%	78%	97%	100%	100%	17%	51%	91%	99%	100%	100%
Althengstett	19%	59%	85%	96%	99%	100%	46%	88%	99%	100%	100%	100%	28%	67%	90%	99%	100%	100%
Bad Herrenalb	7%	47%	88%	94%	97%	100%	34%	63%	93%	99%	100%	100%	25%	73%	94%	98%	99%	100%
Bad Liebenzell	23%	47%	74%	94%	100%	100%	23%	54%	84%	98%	100%	100%	18%	42%	74%	95%	100%	100%
Bad Teinach-Zavelstein	0%	4%	29%	79%	97%	100%	14%	38%	83%	97%	100%	100%	0%	6%	18%	78%	99%	100%
Bad Wildbad	30%	63%	77%	86%	92%	94%	51%	87%	95%	99%	100%	100%	29%	63%	77%	84%	91%	95%
Calw	37%	79%	95%	99%	100%	100%	52%	90%	99%	100%	100%	100%	47%	89%	98%	100%	100%	100%
Dobel	0%	0%	31%	93%	98%	99%	40%	93%	97%	99%	99%	99%	34%	93%	98%	99%	99%	99%
Ebhausen	20%	53%	87%	96%	100%	100%	43%	75%	91%	98%	100%	100%	4%	46%	84%	95%	100%	100%
Egenhausen	0%	0%	13%	81%	99%	100%	0%	10%	65%	96%	100%	100%	49%	93%	100%	100%	100%	100%
Enzklösterle	0%	0%	0%	0%	5%	61%	24%	78%	98%	100%	100%	100%	0%	0%	0%	0%	7%	69%
Gechingen	30%	85%	95%	99%	99%	100%	51%	89%	98%	99%	99%	100%	32%	78%	97%	99%	99%	99%
Haiterbach	27%	48%	63%	95%	99%	100%	21%	59%	94%	98%	99%	99%	8%	37%	83%	98%	99%	99%
Höfen an der Enz	0%	0%	16%	78%	88%	100%	67%	81%	96%	100%	100%	100%	25%	80%	96%	100%	100%	100%
Nagold	26%	51%	76%	85%	95%	100%	35%	84%	97%	100%	100%	100%	28%	62%	89%	99%	100%	100%
Neubulach	20%	69%	91%	98%	100%	100%	44%	86%	97%	100%	100%	100%	29%	78%	93%	100%	100%	100%
Neuweiler	12%	35%	64%	84%	96%	99%	0%	0%	7%	40%	86%	98%	0%	0%	1%	14%	50%	79%
Oberreichenbach	0%	3%	38%	76%	96%	100%	0%	12%	62%	93%	100%	100%	0%	10%	61%	92%	100%	100%
Ostelsheim	0%	22%	74%	97%	100%	100%	41%	93%	99%	100%	100%	100%	0%	34%	76%	96%	100%	100%
Rohrdorf	0%	60%	96%	99%	100%	100%	36%	96%	99%	99%	100%	100%	34%	90%	99%	99%	100%	100%
Schömberg	12%	51%	85%	97%	100%	100%	41%	87%	99%	100%	100%	100%	23%	60%	86%	98%	100%	100%
Simmersfeld	27%	69%	96%	100%	100%	100%	30%	71%	97%	100%	100%	100%	1%	8%	32%	72%	87%	92%
Simmozheim	0%	47%	95%	98%	100%	100%	27%	90%	99%	100%	100%	100%	65%	98%	99%	100%	100%	100%
Unterreichenbach	0%	5%	76%	95%	99%	100%	51%	97%	100%	100%	100%	100%	0%	33%	66%	98%	99%	99%
Wildberg	9%	42%	74%	96%	99%	100%	27%	69%	94%	100%	100%	100%	15%	43%	81%	97%	100%	100%
Kreisweit	21%	51%	77%	92%	97%	99%	35%	74%	92%	98%	100%	100%	25%	60%	84%	94%	97%	99%



Simulationen vorgestellt.

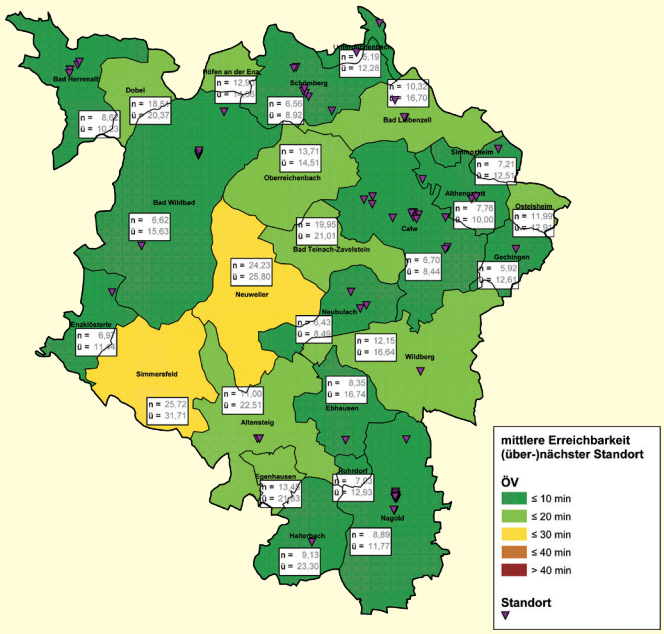
Was würde beispielsweise passieren, wenn der nächste Standort einer Standortkategorie (z.B. Schule oder Allgemeinarzt) schließt? Welche Effekte hätte das dann erzwungene Ausweichen auf den übernächsten Standort? Ausgehend von der vereinfachenden Annahme, dass die Bevölkerung immer den nächsten geeigneten Standort für ihre Aktivitäten nutzt, können die Reisezeitverlängerungen für jeden Wohnstandort differenziert nach Pkw, ÖV, Rad und Fuß ermittelt und dargestellt werden, die sich bei der Schließung des nächsten Standortes ergeben. Die Ergebnisse können in Form von Reisezeitenkarten dargestellt werden wie die Abbildung 3 am Beispiel von Hausärzten und Allgemeinmedizinern (öffentlicher Verkehr) wiedergibt.

Außerdem lassen sich für jede Gemeinde mittlere Reisezeiten von allen Wohnstandorten zu den nächsten und übernächsten Standorten ermitteln. (Abb. 4) Ein derartiges Szenario visualisiert die Vulnerabilität des Versorgungssystems insgesamt und identifiziert diejenigen Räume, deren Versorgung von einem Standort oder wenigen Standorten abhängig ist. In Gebieten mit redundanten Angebotsstrukturen (also mehreren Angeboten in räumlicher Nähe), wie sie für zentrale Orte typisch sind, ergeben sich bei Standortaufgaben dagegen häufig keine negativen Auswirkungen auf die Daseinsvorsorge.

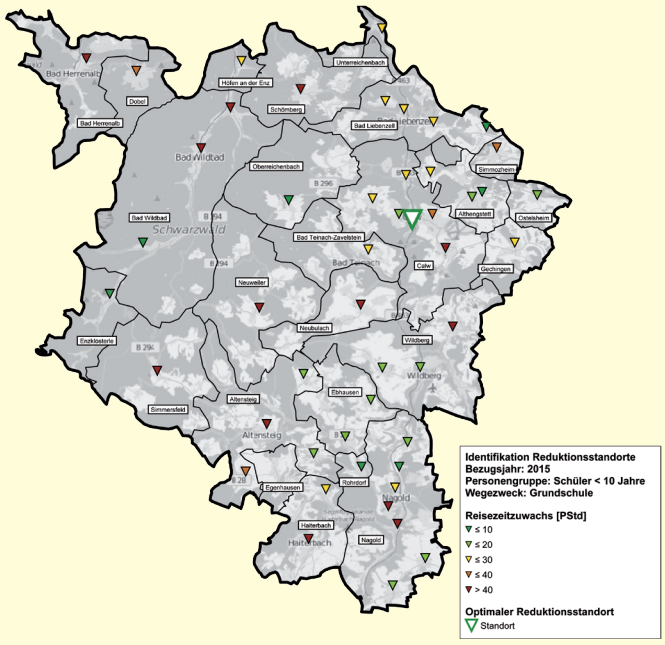
Angesichts der demografischen Entwicklung in vielen ländlichen Räumen Deutschlands und Baden-Württembergs sind weitere Konzentrationsprozesse der standortgebundenen Infrastrukturversorgung zu erwarten. In der politischen Abwägung kann diesbezüglich wichtig sein zu ermitteln, welche konkreten Auswirkungen einzelne Standortschließungen haben können. Das entwickelte Modell lässt sich in diesem Zusammenhang dazu nutzen, die Erreichbarkeitseffekte von Standortaufgaben abzuschätzen oder zu ermitteln, welche Einrichtung aus einer Menge von Standorten mit den geringsten negativen Effekten geschlossen werden kann. Die Identifikation von Reduktionsstandorten basiert somit auf der Annahme, dass bei einer erforderlichen Standortreduzierung der Standort geschlossen werden sollte, bei dem der Reisezeitmehraufwand mit öffentlichen Verkehrsmitteln für die relevante Bevölkerung am geringsten steigt.

In Abbildung 5 ist der Reisezeitzuwachs in Personenstunden dargestellt, der sich bei Schließung einzelner Grundschulstandorte ergibt. Rechnerisch ergibt sich bei Schließung einer Grundschule in der Gemeinde Calw der geringste Reisezeitzuwachs («10 PStd), da hier auf andere Grundschulen in der Nähe ausgewichen werden kann. Die Karte weist weitere potenzielle Reduktionsstandorte (grüne Dreiecke) aus. Bei der Interpretation der

4



5



Ergebnisse ist allerdings zu berücksichtigen, dass alle Standorte einer Klasse als gleichwertig angenommen werden können. So können z.B. einzelne Grundschulen besondere Personengruppen (z.B. Förderschulen) bedienen oder von privaten Trägern getragen werden. Auch ist zu berücksichtigen, dass die Erreichbarkeitseffekte einer Standortschließung nur einen Belang im Rahmen einer mehrdimensionalen Entscheidungssituation repräsentieren.

Fazit

Die pilothafte Anwendung des Werkzeugs für den Landkreis Calw ergibt ein insgesamt positives Bild der Erreichbarkeitsverhältnisse für die Region. Nicht nur mit dem Auto lassen sich daseinsvorsorgerelevante Standorte mit vergleichsweise geringen Reiseaufwänden aufsuchen. So brauchen Schülerinnen und Schüler mit dem öffentlichen Personennahverkehr durchschnittlich nur gut 10 Minuten zur nächstgelegenen weiterführenden Schule. Der Reisezeitaufwand zum nächsten Supermarkt liegt in einer ähnlichen Größenordnung. Einer guten Bewertung für den Landkreis insgesamt stehen jedoch gravierende Erreichbarkeitseinschränkungen in Teilgebieten gegenüber. In einigen Gemeinden ist die Erreichbarkeit mit dem ÖV bereits heute stark eingeschränkt, was insbesondere, aber nicht ausschließlich, für die Tagesrandzeiten gilt. Hinzu kommt eine hohe Vulnerabilität vieler Gemeinden und Gemeindeteile aufgrund der Tatsache, dass die Versorgungsleistung nur noch durch eine einzelne Einrichtung gewährleistet ist. In derartigen Situationen würden sich Standortaufgaben in hohem Maße negativ bemerkbar machen. Auch ist darauf hinzuweisen, dass die Ermittlung der Reisezeit zur nächstgelegenen Einrichtung das Fehlen von Auswahlmöglichkeiten bei Ärzten, Einkaufsstätten oder gastronomischen Einrichtungen maskieren kann.

Die Erreichbarkeitsanalysen verdeutlichen insgesamt, dass ein ländlich geprägter Raum wie der Landkreis Calw ein noch engmaschiges Standortsystem der Daseinsvorsorge aufweist. Zweifelsohne kann dies nicht für alle ländlichen Gebiete Baden-Württembergs angenommen werden. So existieren schon heute Räume mit deutlich geringeren Bevölkerungsdichten und örtlich prekären Erreichbarkeitsverhältnissen und auch in einem Raum wie Calw muss von einem weiteren Rückzug standortgebundener Leistungen ausgegangen werden. Im Rahmen einer zukunftsvorsorgenden Infrastruktur- und Verkehrsplanung kann das hier vorgestellte Instrument einen Beitrag leisten, in dem es Anpassungsstrategien und Maßnahmen in ihren Wirkungen objektiv bewertet und damit Entscheidungsgrundlagen für Politik und Gesellschaft bereitstellt.

Stefan Siedentop



Prof. Dr. Stefan Siedentop ist seit 2013 Wissenschaftlicher Direktor des ILS - Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen Theorie und Empirie städtischer und stadtregionaler Entwicklung, Modellierung von Kosten- und Nutzeneffekten der Siedlungsentwicklung und Instrumente nachhaltiger Stadt- und Regionalentwicklung sowie die Evaluation von Strategien und Instrumenten raumbezogener Planung.

Markus Friedrich



Prof. Dr. Markus Friedrich studierte Bauingenieurwesen an der TU München. Nach seiner Promotion an der TU München im Bereich des Verkehrswesens war Herr Friedrich von 1995 bis 2003 bei der PTV AG in Karlsruhe verantwortlich für den Bereich Planungssysteme Verkehr. Seit 2003 leitet er den Lehrstuhl für Verkehrsplanung und Verkehrsleittechnik an der Universität Stuttgart.

Florian Ahlmeyer



Dipl.-Geogr. Florian Ahlmeyer studierte an der Philipps-Universität Marburg Geographie und verfasste seine Diplomarbeit zum Thema Mobilitätssicherung in ländlichen Räumen. Bis 2014 war er als studentischer Mitarbeiter im Planungsbüro plan:mobil in Kassel Tätig. Seit 2015 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am ILS in Dortmund, unter anderem für das Projekt „Erreichbarkeitssicherung im ländlichen Raum".

Stefanie Rönsch



Dipl.-Ing. Stefanie Rönsch studierte Verkehrsingenieurwesen an der TU Dresden. Seit 2015 ist sie als akademische Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Verkehrsplanung und Verkehrsleittechnik an der Universität Stuttgart tätig.

Dirk Wittowsky



Dr. Dirk Wittowsky studierte Bauingenieurwesens an der Universität Duisburg-Essen. Nach seiner Promotion im Jahr 2009 am Institut für Verkehrswesen der Universität Karlsruhe (TH), war er beim Hessischen Landesamt für Straßen- und Verkehrswesen sowie als Projektleiter beim integrierten Verkehrs- und Mobilitätsmanagement der Region RheinMain (ivm GmbH) tätig. Seit 2012 ist er Leiter der Forschungsgruppe Alltagsmobilität und Verkehrssysteme am ILS in Dortmund.

Abbildungen:
1: Komponenten der Modellierung
2: Grundstruktur des Werkzeugs
3: Vergleich der Veränderungen der Erreichbarkeit mit dem ÖV zum nächsten bzw. übernächsten Standort eines Haus- bzw. Allgemeinarzt für das Bezugsjahr 2015 (Hintergrundkarte Open-Street Map)
4: Mittlere Reisezeit auf Gemeindeebene mit dem ÖV von den Wohnstandorten zum nächsten (n) bzw. übernächsten (ü) Standort eines Haus- bzw. Allgemeinarzt (Hintergrundkarte Open-Street Map)
5: Identifikation eines optimalen Reduktionsstandortes am Beispiel der Grundschulen für das Jahr 2015 (Hintergrundkarte Open-Street Map)

MobErfolgAmLand – Faktoren zur Implementierung alternativer Mobilitätsservices

Hannes Brandl, Markus Frewein
verkehrplus GmbH, Graz

Im Forschungsprojekt MobErfolgAmLand (verkehrplus, 2014) wird das Spannungsfeld der Themenbereiche individueller Mobilitätsbedürfnisse, ländlicher Raum und alternativer Mobilitätsangebote untersucht. Insbesondere die Synthese dieser Themenbereiche birgt erhebliches Potenzial zur Lösung der Sicherung der Mobilitätschancen im ländlichen Raum.

Für den objektiven Vergleich von quantitativen Daten verschiedener Mobilitätslösungen wurden verschiedene Kennzahlen herangezogen. Zusätzlich fließen qualitative Daten aus Experteninterviews mit Projektverantwortlichen in die Betrachtung mit ein.

Allgemeine Strategien, Handlungsleitsätze und Erfolgsfaktoren (prozessuale Erfolgsfaktoren) für eine erfolgreiche Planung und Implementierung von alternativen Mobilitätsservices im ländlichen Raum wurden identifiziert. Die optimale Verknüpfung (räumlich, zeitlich und informativ) von alternativen Mobilitätsangeboten mit allen weiteren Möglichkeiten der Mobilität (Öffentlicher Verkehr, nicht motorisierter Individual-Verkehr, motorisierter Individual-Verkehr) wurde unter Berücksichtigung der Randbedingungen aus den Planungsprozessen entsprechend aufbereitet.

Mobilität als Daseinsgrundfunktion im ländlichen Raum ist durch verschiedene Auswirkungen des demographischen Wandels mit erheblichen Herausforderungen konfrontiert – eine umfassende Bereitstellung von qualitativ hochwertigen Mobilitätschancen für alle, scheint gegenwärtig mit klassischen Angeboten nahezu unmöglich.

Aufgrund von abnehmender (wirtschaftlicher) Tragfähigkeit und mangelnder Akzeptanz wird das Angebot im klassischen ÖV weiter ausgedünnt – die Abhängigkeit vom privaten Pkw, und die damit verbundene Motorisierungsrate, steigt im ländlichen Raum (in Österreich) an.

Das Forschungsprojekt der verkehrplus GmbH wird von der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) im Zuge des Programmes Industrienahe Dissertationen (Dissertant Hannes Brandl) gefördert.

Erwartete Erkenntnisse

Das Forschungsprojekt MobErfolgAmLand orientiert sich an sechs wesentlichen Forschungsfragen, wobei der Fokus in der empirischen Untersuchung der zwölf Case Studies liegt:

- Welche Anforderungen und Merkmale müssen alternative Mobilitätsservices aufweisen, um die Erreichbarkeit im ländlichen Raum zu sichern?
- Welche Ziel- bzw. Nutzergruppen gibt es für alternative Mobilitätsservices im ländlichen Raum und wie werden sich diese in Zukunft entwickeln?
- Welche Möglichkeiten der Finanzierung alternativer Mobilitätsservices gibt es und wer trägt dafür Verantwortung?

Die detaillierte Beantwortung dieser Forschungsfragen liefert wesentliche Erkenntnisse für zukünftige Umsetzungen sowohl für nachfrage- als auch angebotsspezifische Gestaltungsparameter sowie beeinflussbare strukturelle Rahmenbedingung.

Eine Schnittmenge bringt Ergebnisse

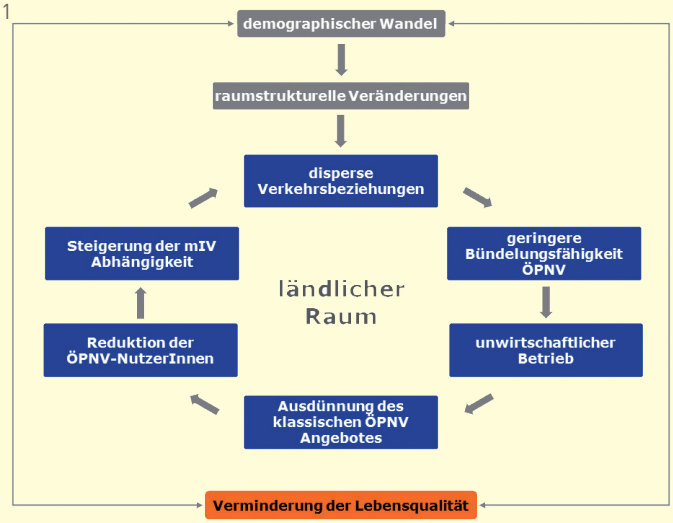
MobErfolgAmLand richtet den Forschungsfokus auf alternative Mobilitätslösungen im ländlichen Raum. Demnach sind die grundlegenden Themenfelder ländlicher Raum, Mobilitätsbedürfnisse und Erreichbarkeit sowie alternative Mobilitätsangebote zu diskutieren:

Ländlicher Raum: Die Abgrenzung verschiedener Raumstrukturen wird aus unterschiedlichsten Perspektiven vollzogen. Eine wesentliche Kennzahl stellt die Einwohnerdichte dar.

Die Regionaltypologie der OECD bedient sich dieser Kennzahl und teilt Gemeinden mit weniger als 150 EW/km² dem ländlichen Raum zu. In einem weiteren Schritt werden Anteile städtischer und ländlicher Bevölkerung drei Regionaltypen (überwiegend ländlich, intermediär und überwiegend städtisch) zugeordnet (Statistik Austria, 2012:3).

Bei der Abbildung von Mobilitätsbedürfnisse im ländlichen Raum sind für die gegenständlichen Fragestellungen die funktionalen Beziehungen und die Auswirkungen auf das Verkehrshandeln von Bedeutung. Dabei rückt die Bedeutung von Erreichbarkeit von Orten mit besonderen Attraktoren (Gelegenheiten) in den Vordergrund (Matthes u. a., 2014:11ff).

1



Diese Typologisierung, die funktionale Beziehungen und das Verkehrshandeln integriert, wirft bereits die Frage nach der Befriedigung von verschiedenen Daseinsgrundfunktionen auf und somit die Erreichbarkeit als Grundlage dafür. Allgemeine demographische Entwicklungen stellen den ländlichen Raum in Bezug auf Mobilität vor große Herausforderungen. Die Abhängigkeit vom privaten Pkw und die damit verbundene Ausdünnung des ÖPNV bedingen weiterhin sinkende Nachfrage nach ÖPNV im ländlichen Raum. Konventionelle ÖV-Angebote verlieren aufgrund von schwindender Qualität an Akzeptanz und wirtschaftlicher Tragfähigkeit (Böhler-Baedecker u. a., 2010:477ff).

Alternative Mobilitätsangebote wurden und werden gegenwärtig eingesetzt, um diese Entwicklung zu unterbrechen respektive dieser entgegenzuwirken. Die Mobilität (bzw. „am Verkehr teilnehmen“) ist nach wie vor bzw. mehr denn je ein zentrales Bedürfnis und für einen gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Anspruch mit hoher Qualität auch im ländlichen Raum unumgänglich (Schreiner, 2009).

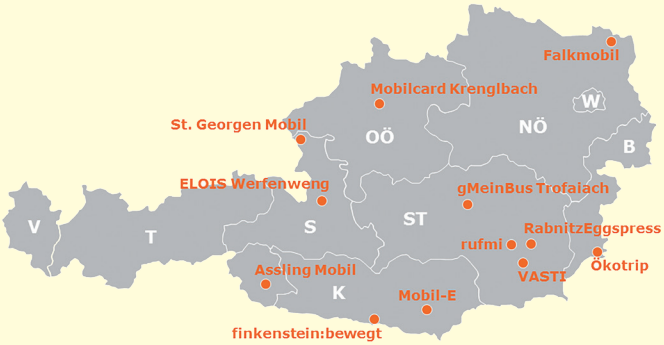
Im Folgenden geht es vor allem um verschiedene Erscheinungsformen des „Mikro-ÖV“, der sich in den letzten Jahren als wesentliches Mobilitätsangebot im ländlichen Raum und zur Lösung der Last-Mile Problematik etabliert hat. Er soll zunächst stichwortartig dargestellt werden:

Bei Mikro-ÖV handelt es sich um Mobilitätsangebote mit relativ geringer Transportkapazität. Dementsprechend eignet sich Mikro-ÖV vor allem in ländlichen Räumen mit geringer Verkehrsnachfrage (Klima- und Energiefonds, 2011:8). Die Erreichbarkeit von Orten zur Befriedigung von grundlegenden Bedürfnissen kann durch Mikro-ÖV-Angebote in äußerst peripheren Gebieten ermöglicht bzw. gesichert werden.

Mikro-ÖV-Angebote sind in Hinblick auf den Betrieb sowohl zeitlich als auch räumlich flexibel. Es werden keine vordefinierten Linien mit fixen Haltestellen bedient. Je nach strukturellen Rahmenbedingungen sind unterschiedliche, maßgeschneiderte Angebote möglich und notwendig (VCÖ, 2013:37ff).

Im Vordergrund stehen die Bedürfnisse (Nachfrage) der Zielgruppen respektive der NutzerInnen. Zumeist werden wesentliche Daseinsgrundfunktionen durch Mikro-ÖV-Angebote gesi-

2



chert und aufrechterhalten. Im Regelfall finden Fahrtendienste ausschließlich bei Anmeldung von Fahrtwünschen statt (vgl. Kirchhoff, 2007:5ff).

Mikro-ÖV-Angebote sind kleine, jedoch wesentliche Bausteine im gesamten Mobilitätssystem und stellen für ländliche Räume in peripherer Lage Lückenschlüsse dar. Die Erreichbarkeit verschiedener Attraktoren sowie weiterführende Öffentliche Verkehrsangebote stehen im Vordergrund – Mikro-ÖV übernimmt in diesem Zusammenhang die Aufgabe eines Zubringerverkehrs. Mikro-ÖV-Angebote stellen meist relativ klein strukturierte Angebote im Bereich der Personennahmobilität in abgegrenzten Gebieten dar. Sie funktionieren meist nach dem Bottom-Up Prinzip und sind somit auf die Initiative lokaler bzw. regionaler Akteure angewiesen. Daher sind Mikro-ÖV-Angebote oftmals stark in Regionen bzw. Kommunen verankert und identitätsstiftend. Es werden somit für einige wenige Personen große Probleme hinsichtlich Mobilität gelöst.

Case-Studies (Bearbeitungsstand Sep. 2016)

Die detaillierte Analyse von seit Jahren in Betrieb befindlichen Mikro-ÖV-Angeboten bildet die Grundlage von Erkenntnissen für allgemein gültige Grundsätze bezüglich Planung, Implementierung und Betrieb von Mikro-ÖV-Angeboten.

	gMeinBus Trofaiach	**Assling Mobil**
betriebliche Mikro-ÖV Merkmale	Konzessioniertes Taxiunternehmen im Auftrag der Stadtgemeinde Trofaiach	Freiwillige FahrerInnen, Organisation und Trägerschaft durch die Gemeinde Assling
	Definiertes Bedienungsgebiet innerhalb des Gemeindegebietes Sammelpunkt zu Sammelpunkt bzw. Verknüpfungspunkt	Gesamtes Gemeindegebiet mit Verknüpfungspunkten in Nachbargemeinde (Bahn)
	werktags (Mo-Fr) 06:30 – 18:00 Uhr	werktags (Mo-Fr) 07:45 bis 12:00 Uhr und 13:00 bis 18:00 Uhr (im Winter endet das Angebot um 17:00 Uhr)
	Fahrtwunschanmeldung direkt beim Fahrer (telefonisch, mind. 30 Minuten vor Fahrtwunsch	Fahrtwunschanmeldung direkt beim Fahrer (telefonisch, mind. 30 Minuten vor Fahrtwunsch
	Tarifierung: Einzelfahrt 1€, Zehnerblock 8€, Monatskarte 22€, Jahreskarte 200€, (ermäßigt jeweils um den halben Preis, SozialkartenbesitzerInnen nutzen den gMeinBus kostenlos)	Tarifierung: Einzelfahrt 1,5€
strukturelle Mikro-ÖV Merkmale	Trägerschaft: Stadtgemeinde Trofaiach	Trägerschaft: Gemeinde Assling
	Planung und Umsetzungsberatung: externe Planer	Machbarkeitsstudie: externe Planer
	Betrieb: regionales Taxi- und Mietwagenunternehmen	Betrieb: Eigenbetrieb durch Freiwillige
	Finanzieller Abgang wird durch die StadtgemeindeTrofaiach bereitgestellt	Finanzieller Abgang wird durch die Gemeinde Assling bereitgestellt
	Förderung der Machbarkeitsstudie und des Betriebes für die ersten drei Jahre	Förderung des Betriebes für die ersten drei Jahre
	Fahrtenbuch Fahrgastbefragungen im gMeinBus BürgerInnenbefragung zum gMeinBus (öffentliche) Veranstaltungen zur Optimierung des gMeinBus	Fahrtenbuch

Umgesetzte Mikro-ÖV Projekte in Österreich

In Österreich wurden in den letzten Jahren viele Projekte, welche als Mikro-ÖV eingeordnet werden können, geplant und umgesetzt. Positiv unterstützt wurde dieser Trend durch gezielte Förderung seitens des Bundes (Klima- und Energiefonds), die Autoren betreuen 10 Mikro-ÖV-Angebote in Planung und Umsetzung (verkehrplus, ab 2011) und evaluieren 21 weitere, geförderte Mikro-ÖV Projekte im Auftrag des Klima- und Energiefonds. Aus diesem Fundus wurden 12 umgesetzte Mikro-ÖV-Angebote zur detaillierten Analyse ausgewählt.

Zwei unterschiedliche Beispiele erläutern die grundsätzliche Funktionalität und stellen die Vielfalt der Möglichkeiten dar:

Der gMeinBus Trofaiach (Planung 2011, Betriebsbeginn Sept. 2012) stellt ein umfassendes und professionell geplantes bzw. umgesetztes Mikro-ÖV-Angebot in der Steiermark dar. Periphere Gemeindeteile werden an das verdichtete Zentrum der Stadtgemeinde Trofaiach und so an weitere ÖV-Angebote angebunden.

In der Gemeinde Assling bieten freiwillige Personen ihren MitbürgerInnen durch das Assling Mobil die Chance zu unabhängiger Mobilität. Die Gemeinde steht als wesentlicher Partner hinter dem Projekt. Die topographisch herausfordernden Gegebenheiten schaffen eine Abhängigkeit vom Pkw, die durch das Assling Mobil vermindert wird.

Kennzahlenvergleich – quantitative Analyse

Zwölf ausgewählte Mikro-ÖV-Angebote aus Österreich wurden detailliert in Hinblick auf angebotsspezifische, nachfragespezifische und strukturelle Informationen analysiert und untereinander vergleichbar gemacht.

Folgende wesentliche Kriterien wurden für die quantitative Analyse erhoben und betrachtet:

- Angebotsspezifisch: Bedienungsgebiet, Betriebszeiten, Betreiberkonstellation, Tarifmodell etc.
- Nachfragespezifisch: Fahrgastzahlen, Fahrten, Einnahmen, Betriebskilometer etc.
- Strukturell: topographische Rahmenbedingungen, Einwohnerzahl bzw. Einwohnerzahl im Bedienungsgebiet, Kosten (Betrieb und Investition) etc.

Unterschiedliche quantitative Daten wurden deskriptiv beschrieben und in der Folge durch Exploration in Beziehung und Vergleich gebracht. Verschiedene normierte Kennzahlen wurden ermittelt (u.a. Koeffizient der dynamischen Auslastung, Besetzungsgrad, Kostendeckungsgrad, Kosten pro Fahrgast/Betriebskilometer/Personenkilometer etc.).

Die analysierten Mikro-ÖV-Angebote sind aufgrund ihrer unterschiedlichen Rahmenbedingungen sehr vielfältig. Die Einwohnerzahlen der Bedienungsgebiete liegen zwischen 450 und 12.800 EinwohnerInnen (arith. Mittel $\bar{x}$=5.500 EinwohnerInnen) und Flächen zwischen 10 und 160 km² ($\bar{x}$=54 km²). Die Fahrgastzahlen reichen von knapp 500 bis rund 22.300 Personen pro Jahr ($\bar{x}$=6.800 Personen). Dementsprechend groß ist auch Bandbreite der gefahrenen Betriebskilometer, 4.100 bis 77.000 km pro Jahr ($\bar{x}$=32.700 km). Die Gesamtkosten der analysierten Mikro-ÖV Projekte liegen zwischen € 15.000 und € 175.000 pro Jahr ($\bar{x}$=52.500 €), wobei insbesondere die Investitionskosten in der Initialisierungsphase sehr stark variieren (von 5% bis 40% der Projektgesamtkosten für jeweils ein Betriebsjahr).

Der durchschnittliche Besetzungsgrad liegt zwischen 1,02 (d.h. beinahe jede einzelne Fahrt hat max. einen Fahrgast) und 3,8. Die durchschnittlichen Fahrtweiten pro Fahrgast liegen zwischen 3,5 und 11,5 km ($\bar{x}$= 7,7 km), abhängig von der Beschaffenheit des Bedienungsgebietes. Ein wesentlicher Kennwert zum Vergleich der verschiedenen Mikro-ÖV-Angebote ist der Koeffizient der dynamischen Auslastung, der das Verhältnis aus Personenkilometern und vorhandenen Platzkilometern beschreibt, und somit einen normierten und vergleichbaren Kennwert zur Auslastung. Der Koeffizient der dynamischen Auslastung liegt zwischen 13% und 48% bei den analysierten Mikro-ÖV-Angeboten. Weiters sind kostenrelevante nachfragespezifische Kennwerte wesentlich für den Vergleich unterschiedlicher Mikro-ÖV-Angebote. Diese Kennwerte korrelieren sehr stark mit der gewählten Betreiberkonstellation und den getätigten Investitionskosten. Die gesamten Kosten pro Fahrzeug-Kilometer reichen von € 0,61 bis € 7,71 ($\bar{x}$= 1,82 €), die Kosten je Personen-Kilometer von € 0,48 bis € 5,81 ($\bar{x}$= 1,04 €). Die Kosten pro Fahrgast liegen zwischen € 4,43 und € 81,84 ($\bar{x}$= 13,47 €). Der Kostendeckungsgrad durch Einnahmen aus dem Ticketverkauf liegt zwischen 3% und 52%.

NutzerInnen und Betreiber – qualitative Analyse

Weitere nachfragespezifische Informationen wurden durch Fahrgasterhebungen gewonnen bzw. werden weitere strukturelle Informationen durch eine umfassende Befragung von Gemeinde in der Steiermark und einer weiterführenden ExpertInnen-Befragung hinsichtlich der Bedeutung und Aufgabenverteilung bezüglich Mikro-ÖV-Angeboten erarbeitet.

Beispielsweise wurde im gMeinBus Trofaiach eine tablet-gestützte Befragung von Fahrgästen abgewickelt. Antworten bezüglich Nutzungsintensität und -verhalten, Bedeutung und Zufriedenheit sowie Optimierungsvorschläge stellen Grundlagen für weitere nachfragespezifische Erkenntnisse dar. Rund 60% der befragten NutzerInnen des gMeinBus nutzen das Mikro-ÖV-Angebot mehrmals pro Woche. Über 90% der Befragten wären dazu bereit einen höheren Ticketpreis für den gMeinBus zu bezahlen. Die Frage zur hypothetischen Situation „Wie hätten Sie diese gMeinBus-Fahrt zurückgelegt, gäbe es den gMeinBus nicht?“ lieferte folgende Ergebnisse: Knapp 40% der Befragten würden den Pkw (insbesondere als Mitfahrer) nutzen. Knapp 40% würden den entsprechenden Weg fußläufig (20%), mit dem Fahrrad (12%) und dem Öffentlichen Verkehr (7%) zurücklegen. 10% der befragten würden statt des gMeinBus ein Taxi nutzen und weitere 10% könnten den Weg nicht zurücklegen. D.h. durch das Mikro-ÖV-Angebot wurden Pkw-Fahrten eingespart, Fahrten vom Umweltverbund verlagert und Mobilität überhaupt ermöglicht.

In zwei weiteren Schritten des Forschungsprojektes werden einerseits potenzielle Aufgabenträger hinsichtlich Mobilität und Mikro-ÖV befragt. Dabei sollen insbesondere die Themenfelder Bekanntheit, Notwendigkeit und Verantwortlichkeiten entscheidende Rollen spielen. Andererseits werden ExpertInnen mit einer weiteren vertiefenden Befragung zu Bedeutung und Chancen von alternativen Mobilitätsangeboten insbesondere Mikro-ÖV konfrontiert.

Resümee

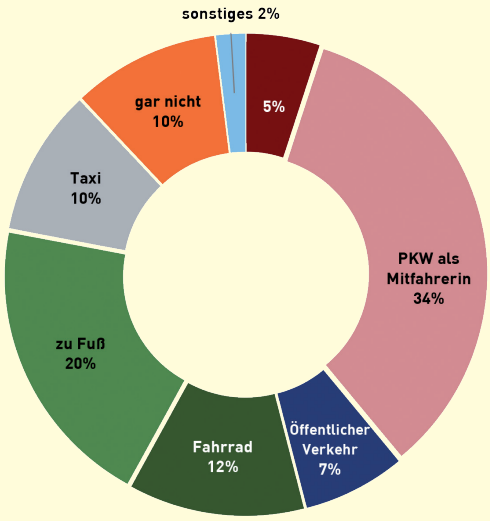
Grundsätzlich bietet die Analyse von umgesetzten Mikro-ÖV-Angeboten eine enorme Chance, weitere Projektvorhaben zu erfolgreichen Mikro-ÖV-Angeboten zu entwickeln. Dem derzeit häufig genutzen Begriff Mikro-ÖV kann sehr großer Handlungsspielraum in der Ausgestaltung von verschiedenen Mobilitätsangeboten zugemessen werden. Strukturelle Rahmenbedingungen geben jedenfalls die Gestaltung von Mikro-ÖV-Angeboten gewisser Maßen vor. Im Zuge der Analyse konnte trotz Normierung eine große Vielfalt an unterschiedlichen Mikro-ÖV-Angeboten mit entsprechender Bandbreite erkannt werden. Der objektive und normierte Vergleich von Kennzahlen ermöglicht aus derzeitiger Sicht die Entwicklung von idealtypischen Gestaltungsparametern.

Empirische Erhebungen zeigen, dass durch Mikro-ÖV-Angebote soziale Bedürfnisse und wesentliche Daseinsgrundfunktionen befriedigt werden können. Viele Angebote ermöglichen eine “soziale Teilhabe” bestimmter Personengruppen. Einerseits

3



4



sparen Mikro-ÖV-Angebote Pkw-Fahrten ein, andererseits wird Neuverkehr generiert. Insgesamt entstehen enorme Mobilitätschancen für benachteiligte Personengruppen.

Von vielen Kommunen wird die Verantwortung zur Bereitstellung von Mobilitätschancen bereits erkannt – durch gezielte Förderungen werden Initiativen angestoßen bzw. unterstützt. Das Land Steiermark entwickelt gegenwärtig (mit Unterstützung von verkehrplus, verkehrplus und STS, 2016) ein Förderprogramm für Mikro-ÖV-Angebote für den ländlichen Raum zur Sicherung zur Daseinsvorsorge und Alimentierung von übergeordneten ÖV-Angeboten.

Mikro-ÖV-Angebote sind Nischenlösungen, dennoch lösen sie für einige wenige Personen große Herausforderungen. Die Implementierung ist im ländlichen Raum für den Strukturerhalt und auch aus sozialpolitischer Sicht wichtig. Diese Angebote bilden wesentliche Bausteine im gesamten Mobilitätssystem, dementsprechend werden oftmals hohe Kosten seitens der politisch Verantwortlichen in Kauf genommen.

Hannes Brandl



Mag. Hannes Brandl ist Mitarbeiter der verkehrplus GmbH in Graz. Er absolvierte das Studium Umweltsystemwissenschaften mit Fachschwerpunkt Geographie an der Karl-Franzens-Universität Graz. Gegenwärtig ist er mit der Erarbeitung der Dissertation im Bereich Mobilität im ländlichen Raum beschäftigt (gefördert durch die Forschungsförderungsgesellschaft Österreich). Die Arbeits- und Forschungsschwerpunkte liegen in folgenden Bereichen: Mobilität im ländlichen Raum, Mikro-ÖV Systeme, Mobilitätskonzepte für Kommunen und Regionen sowie Radverkehr.

Markus Frewein



Dr. Markus Frewein ist Gesellschafter und Geschäftsführer der verkehrplus GmbH in Graz. Nach dem Studium des Bauingenieurwesens an der Technischen Universität Graz verfasste er dort eine Dissertation im Bereich der Verkehrsökologie und war als wissenschaftlicher Mitarbeiter. Die Arbeits- und Forschungsschwerpunkte liegen in folgenden Bereichen: strategische Verkehrsplanung, Mobilitätskonzepte für Kommunen und Regionen, Mobilität im ländlichen Raum, Öffentlicher Verkehr sowie Radverkehr.

Quellenverzeichnis:

BBR Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2011): Raumordnungsbericht 2011. Bonn, 249 S.

Böhler-Baedecker, S., Jansen, U., Kindl, A., Reuter, C., Schäfer-Sparenberg, C., Walter, C. (2010): Chancen und Risiken flexibler Bedienungsformen im ÖPNV in ländlichen Räumen. In: Informationen zur Raumentwicklung Heft 7. Bonn, S. 477 – 488

Kirchhoff, P., Tsakarestos, A. (2007): Planung des ÖPNV in ländlichen Räumen, Ziele – Entwurf – Realisierung. Teubner Verlag, 123 S.

Klima- und Energiefonds (Hrsg.) (2011): Handbuch zur Errichtung von ressourcenschonenden Mikro-ÖV Systemen im ländlichen Raum. Blue Globe Manual. Klima- und Energiefonds. Wien, 44 S.

Matthes, G., Gertz, C. (2014): Raumtypen für Fragestellungen der handlungstheoretischen orientierten Personenverkehrsforschung. In: ECTL European Centre for Transportation and Logistics. Technische Universität Hamburg-Harburg. Hamburg, 82 S.

Schreiner, J. (2009): Sozialer Wandel, Raum und Mobilität. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden

Statistik Austria (Hrsg.) (2012): Kurzbeschreibung internationaler Verfahren zur Klassifikation von Stadt und Land. Bundesanstalt Statisktik Österreich. Wien, 7 S.

VCÖ (Hrsg.) (2013): Zukunft der Mobilität in der Region. VCÖ-Schriftenreihe „Mobilität mit Zukunft" 3/2013. Wien, 50 S.

verkehrplus (ab 2011):

Planungsprojekte im Auftrag der Gemeinden: Bruck a.d. Mur, Deutschfeistritz, Ebenthal i. Kärnten, Eggersdorf b. Graz, Gabersdorf, Gratwein-Straßengel, Schladming, Thomatal, Trofaiach, Vasoldsberg

Umsetzungsbetreuung (im Auftrag der Gemeinden): Mobil-E (Ebenthal i. Kärnten), RabnitzEggspress (Eggersdorf b. Graz), rufmi (Gratwein-Straßengel), Bürgerbus Thomatal (Thomatal), gMeinBus (Trofaiach), VASTI (Vasoldsberg)

verkehrplus (2014): MobErfolgAmLand, „Mobilität-Daseinsgrundfunktion im ländlichen Raum? Erfolgsfaktoren zur Implementierung alternativer Mobilitätsservices", Projekt Nr. 848340, gefördert von Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) im Zuge des Programmes Industrienahe Dissertationen (Ausschreibung 2014). Graz, in Ausarbeitung

verkehrplus und STS (2016): Mikro-ÖV Strategie Steiermark. Im Auftrag des Landes Steiermark. Graz, in Ausarbeitung

Abbildungen:

1: Rahmenbedingungen für den ÖPNV im ländlichen Raum (Böhler-Baedecker u.a., 2010:477, verändert)

2: gMeinBus Trofaiach in Betrieb (verkehrplus)

3: Zwölf ausgewählte Mikro-ÖV-Angebote aus Österreich für Analyse und Vergleich (eigene Darstellung)

4: Fahrgastbefragung gMeinBus Trofaiach – Wie hätten Sie diese gMeinBus-Fahrt zurückgelegt, gäbe es den gMeinBus nicht? (eigene Darstellung)

Innovationen für eine altersgerechte Mobilität – ÖPNV in ländlichen Räumen

Rafael Kistner, Heidi Megerle
Hochschule für Forstwirtschaft Rottenburg

Einleitung

Die „demographische Kluft" zwischen ländlichen und Agglomerationsräumen hat sich in jüngster Zeit weiter vertieft, was jedoch weniger auf die natürliche Bevölkerungsentwicklung als vielmehr auf selektive Abwanderungen v.a. jüngerer Personen zurückzuführen ist. Die hieraus resultierende und fortschreitende Alterung im Ländlichen Raum führt zu einem erheblichen Handlungsbedarf und wird die älteren Menschen und ihre Lebensbedürfnisse stärker in den Fokus rücken (SIEDENTOP 2015). Ein wesentlicher Handlungsaspekt im Ländlichen Raum ist die Entwicklung adäquater Mobilitätskonzepte, die sich sowohl aus Umwelt- als auch aus Verkehrssicherheitsaspekten auf den ÖPNV konzentrieren sollten. Hier zeigen sich jedoch gerade für ältere Menschen im Ländlichen Raum eine Vielzahl an Problemen, so dass „öffentliche Verkehrsmittel keine echte Alternative zum PKW darstellen können" (ENGLER & SCHLAG 2002: 151f). Die Ursachen hierfür sollten anhand zweier Fallstudien genauer beleuchtet werden (KISTNER 2016).

Demographischer Wandel trifft Mobilität

Der Anstieg der Lebenserwartung und der Rückgang der Geburtenziffer sind die wesentlichen Bestimmungsgrößen des demographischen Wandels. Um dieser, den ländlichen Raum stärker betreffenden Entwicklung Rechnung zu tragen, müssen viele Einrichtungen des alltäglichen Lebens an die hieraus resultierenden Veränderungen angepasst werden. Dazu zählt auch der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV), dessen Nutzung für ältere Menschen, insbesondere bei körperlichen und/oder kognitiven Einschränkungen, mit der Überwindung von Barrieren unterschiedlicher Art verbunden ist. Dennoch werden die Vielfalt dieser individuellen Hürden und die spezifischen Bedürfnisse älterer Menschen in den Nahverkehrsplänen oft überhaupt nicht berücksichtigt (BMVBS, 2010:105).

In Anbetracht dieser Tatsachen scheint es unerlässlich, Maßnahmen in bestimmten Handlungsfeldern der Nahverkehrsplanung zu erforschen, die bei der Planung und Gestaltung des ÖPNV erforderlich sind, um einer wachsenden Anzahl älterer Menschen mit Handicap eine reibungslosere und barrierefreiere Mobilität zu ermöglichen.

Methodik

Exemplarisch wurden Problemfelder einer altersgerechten Mobilität durch eine Befragung der Generation 60+ in zwei Gemeinden im Landkreis Tübingen untersucht (KISTNER 2016). Um die Repräsentativität der Erhebung zu gewährleisten, sollten die beiden Gemeinden bei ähnlicher Einwohnerzahl ein unterschiedlich stark ausgeprägtes ÖPNV-Angebot aufweisen. Aufgezeigt werden sollten zum einen Möglichkeiten, wie in bereits gut erschlossenen Räumen die ÖPNV-Zugänglichkeit für ältere Menschen noch optimiert werden kann und zum anderen, welche Verbesserungen im Bereich ÖPNV in weniger gut erschlossenen Räumen am notwendigsten sind.

Für die Fallstudie wurden Dettenhausen (5370 Einwohner, Verdichtungsraum, ausgeprägtes ÖPNV-Angebot) und Starzach (4308 Einwohner, Ländlicher Raum, geringes ÖPNV-Angebot) gewählt. Erfragt wurde die Nutzungshäufigkeit des ÖPNV sowie der Zweck und Begründungen für eine seltene Nutzung des ÖPNV. Zehn unterschiedliche Verbesserungsvorschläge sollten

von den Befragten nach ihrer Wichtigkeit eingestuft werden. Schlussendlich wurden zur Einordnung der Meinungen die persönlichen Daten Alter und Geschlecht, sowie das Vorhandensein eines Privat-PKWs erhoben.

Neben einer Randauszählung sollten durch multivariate Datenanalysen, bei denen mehrere Variablen in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit und Einflussnahme gleichzeitig beachtet werden, Zusammenhänge aus den Angaben der Einwohner herausgefiltert werden.

Ergänzend wurden Experteninterviews geführt.

Momentanes Nutzungsverhalten

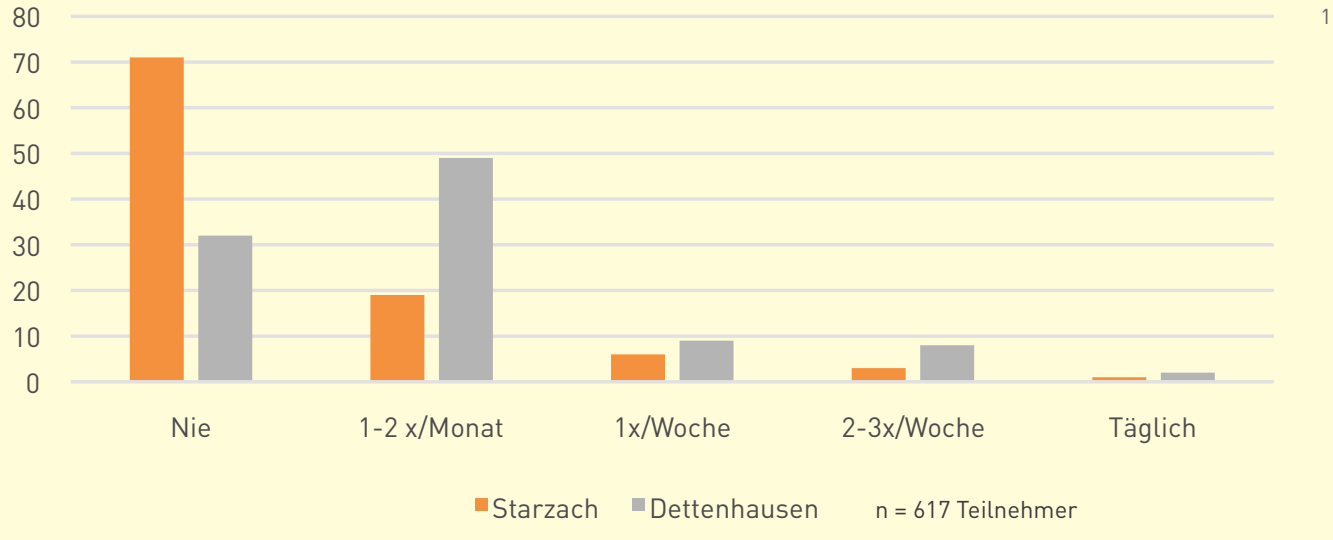
Im aktuellen Nutzungsverhalten stellten sich zwischen den untersuchten Gemeinden markante Unterschiede heraus (Abb. 1). In Starzach (362 Teilnehmer) nutzten 70% der Teilnehmer den ÖPNV nie. Nur 12% der Befragten machten vom ÖPNV einmal in der Woche oder öfters Gebrauch. Begründet wurde die seltene Nutzung vorwiegend mit dem Besitz eines privaten Kraftfahrzeuges. Weitere Gründe waren, bezogen auf die Altersklassen, unterschiedlich stark ausgeprägt. So wurde eine größere Flexibilität und Unabhängigkeit mit dem privaten Kraftfahrzeug und eine schlechte Anbindung des ÖPNV an weiterführende Verkehrsmittel vor allem von der Altersgruppe 60-69 genannt, während die eingeschränkte Mobilität aufgrund von Alter/Krankheit vorrangig von den Über-80-Jährigen aufgeführt wurde. Der meistgenannte Nutzungszweck des ÖPNV war in Starzach der Arztbesuch, gefolgt von Freizeitgestaltung und Einkauf.

Im Gegensatz zu Starzach nutzten in Dettenhausen (255 Teilnehmer) nur 31% den ÖPNV nie, während 18% dies mindestens einmal pro Woche und knapp 50% ein- bis zweimal pro Monat taten. Als Begründung für eine seltene Nutzung dominierte auch in Dettenhausen die Verfügbarkeit eines Privat-PKWs, gefolgt von der Empfindung, der ÖPNV sei zu teuer. Beim Nutzungszweck wurde vorrangig die Freizeitgestaltung genannt, dicht gefolgt vom Arztbesuch.

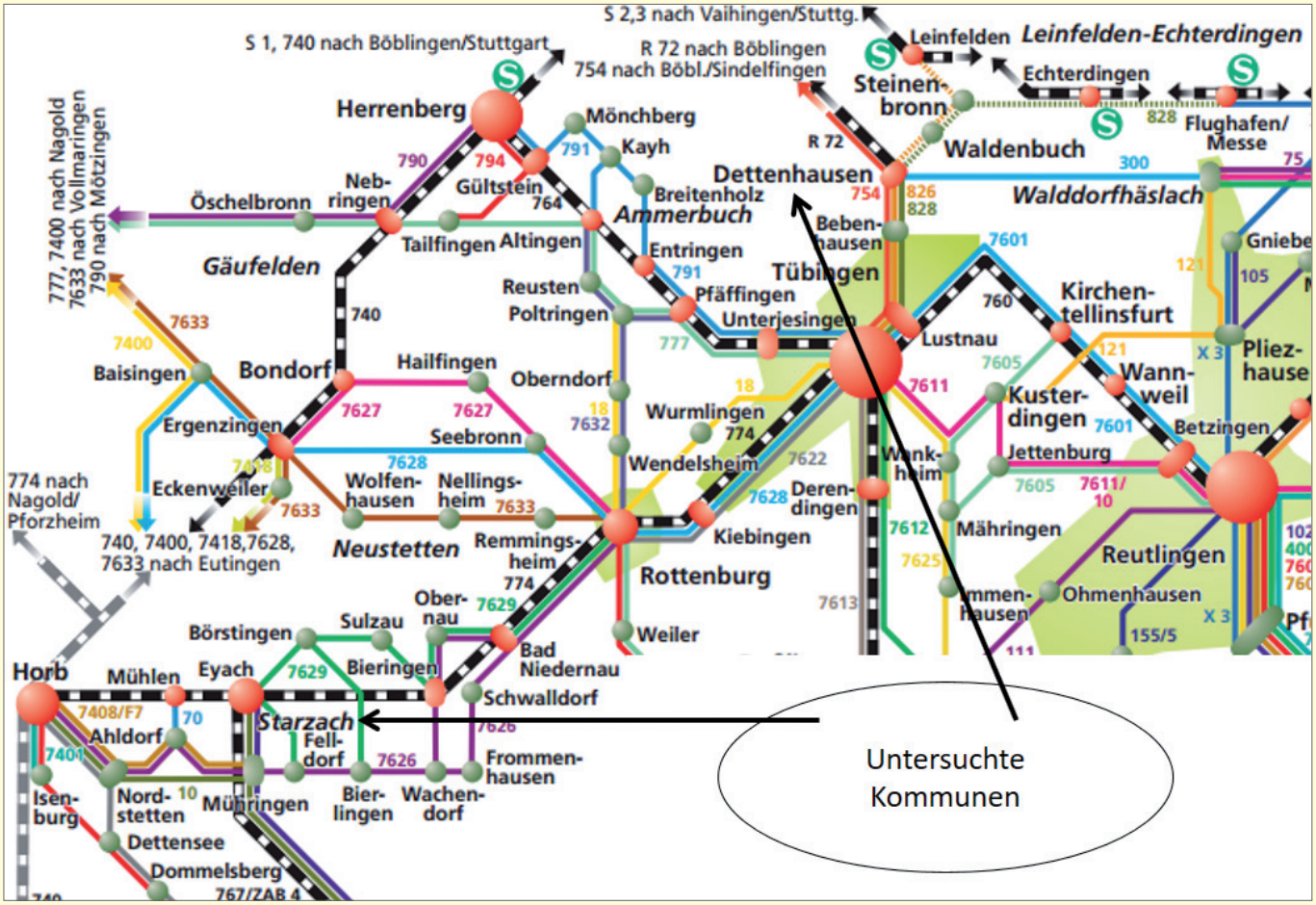
Gründe für die unterschiedliche Nutzung des ÖPNV

Die Gründe für die unterschiedliche Nutzungsintensität des ÖPNV liegen einerseits im deutlich besseren Angebot in Dettenhausen. Die Gemeinde weist attraktive Anbindungen an die Städte Tübingen und Böblingen sowie an den Stuttgarter Flughafen auf, während der Starzacher Regionalverkehr in Richtung Rottenburg und Horb zu großen Teilen vom Schülerverkehr getragen wird. Bürgermeister Engesser bestätigt einen klaren Standortvorteil durch die Lage Dettenhausens.

Andererseits spielt die Wirtschaftlichkeit eine entscheidende Rolle, die beim ÖPNV direkt mit der Bevölkerungsdichte korreliert. Auch hier ist Dettenhausen, das keine Teilorte aufweist, deutlich im Vorteil. Hier steigen viele Menschen an wenigen Haltestellen auf kurzer Wegstrecke ein, während in Starzach wenige Menschen an vielen Haltestellen auf langer Wegstrecke zwischen den fünf Ortsteilen zusteigen. Desweiteren sieht



2



Schmauder (Nahverkehrsplaner des Landkreises) Taktabweichungen beim Busverkehr im ländlichen Raum als einen wesentlichen Grund für die schwache ÖPNV-Nutzung. Im Gegensatz zu durchgängig 20-minütigen bzw. halbstündlichen Taktungen in Dettenhausen sind die unregelmäßigen, an den Schülerverkehr angepassten Abfahrtzeiten in Starzach schwerer merkbar. Dies erfordert einen zusätzlichen Aufwand bezüglich der Fahrzeitinformation.

In beiden Gemeinden waren 75% der Teilnehmer in Besitz eines Führerscheins und eines PKWs. Dennoch gaben in Starzach 62%, in Dettenhausen aber nur 38% der seltenen ÖPNV-Nutzer den PKW als Grund hierfür an. Das zeigt, dass auch bei der Generation 60+ die ÖPNV-Nachfrage stark von der Intensität und der Effektivität des ÖPNV-Angebots abhängig ist. Die Gründe „Schlechte Anbindungen“ und „Größere Flexibilität und Unabhängigkeit mit dem Auto“, welche in Starzach nach dem „Vorhandensein eines Autos“ genannt wurden, spiegelten ebenfalls das geringe Angebot in dieser Gemeinde wieder. Diese Ergebnisse korrelieren mit den Erhebungen von ENGLEN & SCHLAG (2002: 159), die zeigten, dass die Bereitschaft generell vorhanden wäre, auf attraktive Angebote umzusteigen, die älteren Autofahrer ihren PKW dennoch trotz aller damit verbundenen Probleme in erster Linie deshalb nutzten, da sie keine akzeptablen Alternativen sahen, um die gewünschte Mobilität aufrecht zu erhalten.

In Dettenhausen wird hingegen der als zu hoch empfundene Preis des ÖPNV kritisiert. Neben den seit Jahren generell steigenden Fahrpreisen, machen sich hier auch die Schwierigkeiten eines Standorts bemerkbar, an den mit dem Verkehrsverbund Neckar-Alb-Donau und dem Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart zwei Verkehrsverbünde mit unterschiedlichen Fahrscheinen bzw. Tarifen angrenzen.

Interessanterweise zeigte sich ein geschlechtsspezifischer Unterschied bei der Wichtung von Verbesserungsvorschlägen (Abb. 3). Für Frauen war ein rücksichtsvolles Verhalten des Fahrpersonals deutlich essentieller als für Männer. Dies galt analog für die

stärkere Berücksichtigung wichtiger Einrichtungen bei der Linienführung. Letzteres ist vermutlich auf die hohe Bedeutung des Arztbesuchs als Nutzungszweck des ÖPNV zurückzuführen.

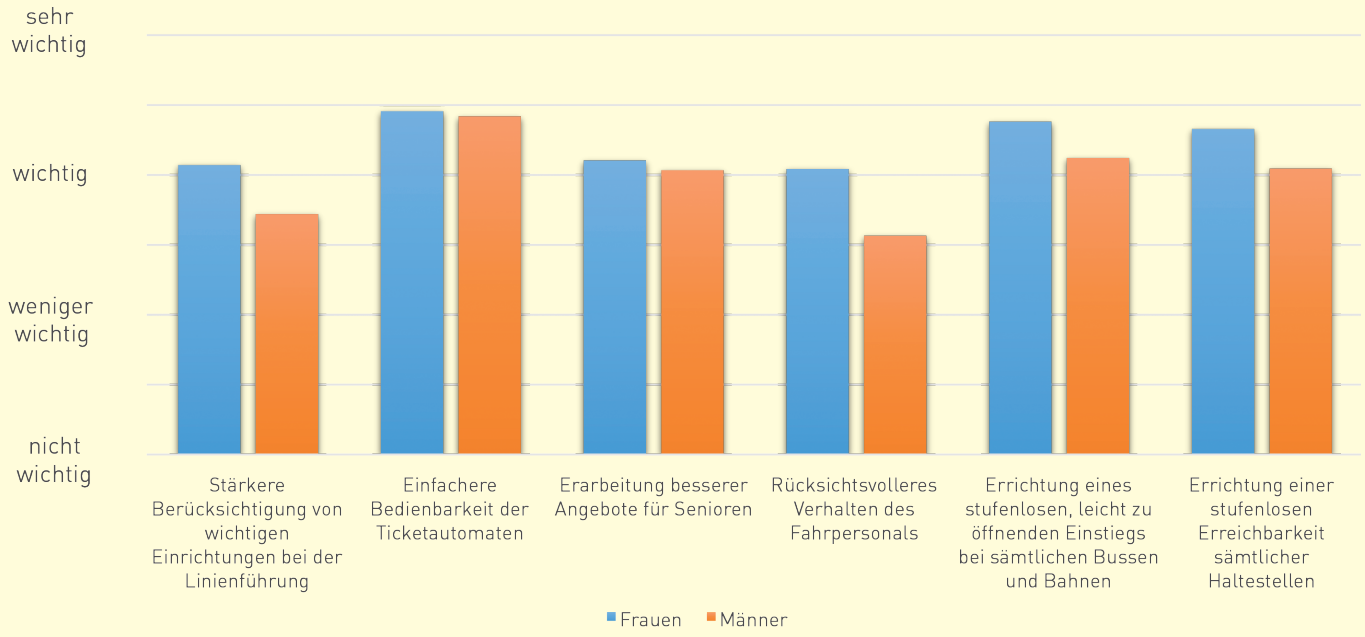
Hohe Bedeutung der kognitiven Hürden

Die unterschiedlichen Handicaps bei mobilitätseingeschränkten Menschen erfordern unterschiedliche Anforderungen. Während Rollstuhlfahrer beispielsweise eine Bordsteinabsenkung auf null Zentimeter bevorzugen, benötigen blinde Menschen zur optimalen Ertastung der Bordsteinkante fünf Zentimeter Bordsteinhöhe. Daher sind bei der Planung des öffentlichen Verkehrs Kompromisse notwendig. (REINBERG-SCHÜLLER, 2002: 283) Diese physischen Aspekte der Barrierefreiheit werden in den Verkehrsverbünden und bei der Deutschen Bahn vorrangig oder sogar ausschließlich genannt, wenn es um die Einrichtung der Barrierefreiheit im Nahverkehr geht. Nicht zu vergessen sind hier jedoch auch die geforderten kognitiven Fähigkeiten, die für ältere Menschen bei der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel oftmals besonders markante Hürden darstellen. So wird in beiden Gemeinden bei den Verbesserungsvorschlägen zum ÖPNV für die Zukunft die einfachere Bedienbarkeit der Fahrkartenautomaten überraschend als am wichtigsten bewertet (Abb. 4). Der Kauf eines Fahrscheins ist an den meisten Bahnhöfen mittlerweile nur noch am Automaten möglich, da es kaum noch Fahrkartenschalter gibt. Aufgrund der Tatsache, dass diese Automaten auch für jüngere Generationen nicht ohne weiteres verständlich sind, haben ältere Menschen umso mehr Probleme bei der Bedienung eines solchen Automaten. Das Prinzip "Automat anstatt Schalter" und der personenbezogene Faktor „Wissen und/oder Routine nicht vorhanden" ergeben zusammen eine hohe Mobilitätsbarriere und erschweren damit die ÖPNV-Nutzung für ältere Menschen. Dies wird auch durch die Untersuchungen von ENGLER und SCHLAG (2002: 154) bestätigt. Entgegen der allgemeinen Meinung, dass vorwiegend physische Barrieren ältere Menschen von der Nutzung des ÖPNV abhalten, sind es hier also auch kognitive Hürden, welche die Teilnehmenden ebenso vorrangig als ausschlaggebend empfinden.

Handlungsstrategien

In den beiden untersuchten Gemeinden sind der Arztbesuch und die Freizeitgestaltung die primär genannten Nutzungszwecke, gefolgt vom Einkauf. Solche Erledigungszwecke gewinnen mit zunehmendem Alter immer mehr an Bedeutung, da dann die durchschnittliche Wegeanzahl pro Tag abnimmt, wodurch von einer zunehmenden Konzentration auf Wege auszugehen ist, die der alltäglichen Versorgung dienen. Daher sollte vor allem die Nähe zu Arztpraxen bei der räumlichen Festlegung von

3



Haltestellen in Zukunft einen höheren Stellenwert einnehmen.

Ein Mobilitätstraining, wie es u.a. bereits bei den Berliner Verkehrsbetrieben angeboten wird, sollten weitere Verkehrsverbünde ihren Kunden anbieten. Hier könnten Menschen fortgeschrittenen Alters und weitere, in ihrer Mobilität eingeschränkte Personen an einem leeren Bus die persönlichen Hindernisse bei der Nutzung des Busses erkennen, und sie durch Übung bewältigen. Den Fragen, wie man mit den vorhandenen Hilfen am Besten in das Fahrzeug gelangt, und wie man sich auf der Fahrt sichert, kann hier nachgegangen werden und dann das richtige Verhalten vor Ort eingeübt werden. Zusätzlich könnte den Teilnehmern eine effektive Bedienung eines Fahrkartenautomaten näher erklärt werden.

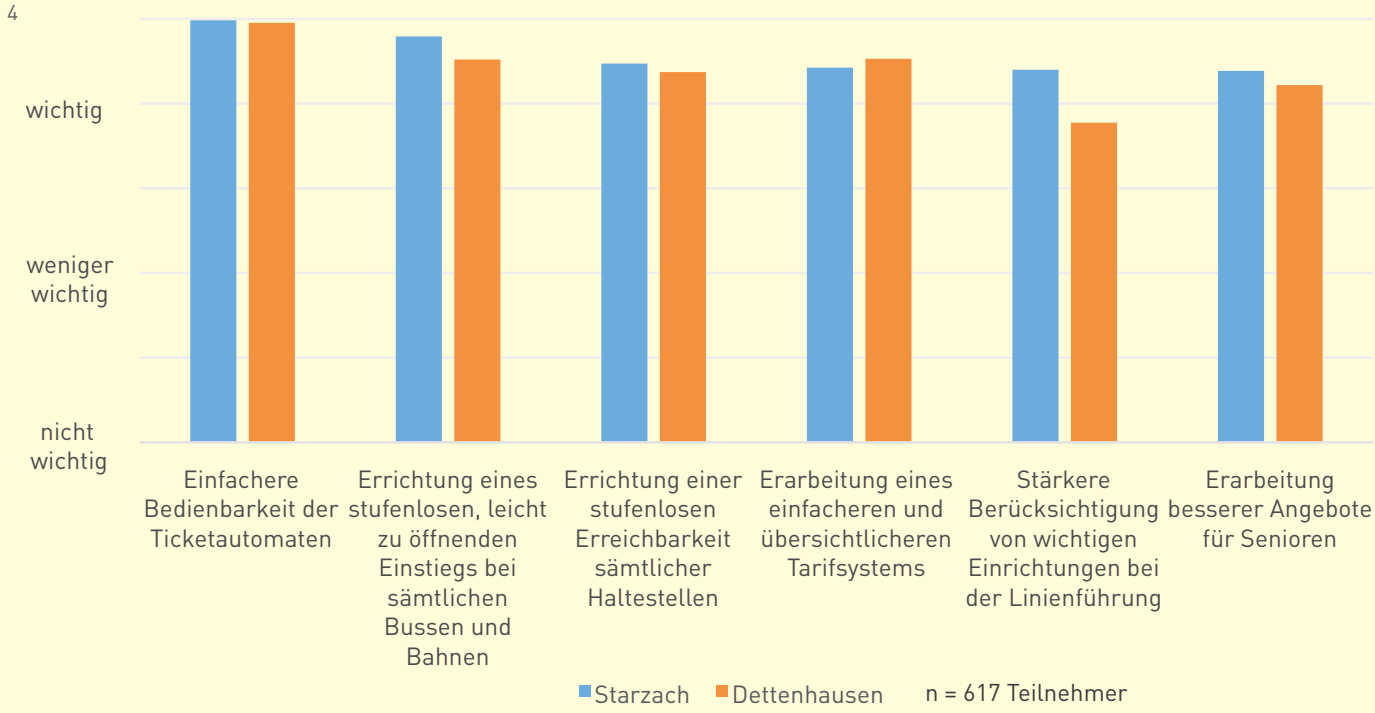
Um den noch zahlreich vorhandenen physischen Barrieren entgegenzuwirken, sollte der Einsatz von Niederflurbussen mit Kneeling-Funktion verstärkt werden. Busfahrer werden oftmals von Kunden gebeten, die Absenkung zu aktivieren. Das zeigt, dass auch das Vorhandensein dieser Funktion bei einigen Menschen für die Nutzung des ÖPNV ausschlaggebend ist.

Eine weitere Handungsmöglichkeit ist die Verbesserung der Kooperation zwischen Verkehrsverbund und dort ansässigen Ausrichtern kultureller Veranstaltungen. Eintrittskarten für einzelne Veranstaltungen können zugleich als Fahrkarte zur An- und Abreise geltend gemacht werden. Zum einen kann dadurch das Lösen einer Fahrkarte umgangen werden. Zum anderen kann durch die Kooperation zwischen Veranstalter und Verkehrsverbund der Gesamtpreis für den Kunden günstiger gestaltet werden. Des Weiteren könnte die Kombination dieser beiden Vorteile auch für einen erweiterten Kundenkreis die Nutzung des ÖPNV anstelle des motorisierten Individualverkehrs attraktiver machen.

Auch das von REINBERG-SCHÜLLER (2002:288) vorgeschlagene „Halten auf Wunsch“ sollte in Zeiten des demographischen Wandels als Handlungsempfehlung in Frage kommen. Das ermöglicht dem Fahrgast bei abendlichen und nächtlichen Verbindungen auch außerhalb der Haltestellen auszusteigen. Dies entspräche einer Verbesserung des Sicherheitsempfindens, da dann mögliche Angsträume auf dem Weg zwischen Haltestelle und Zielort umgangen werden könnten.

Für ältere Autofahrer könnte letztendlich auch die Übergabe einer kostenfreien Zeitfahrkarte als Bonus für eine freiwillige Abgabe des Führerscheins ein Anreiz für den Umstieg auf den ÖPNV sein.

4



Resümee

Die sich mit dem demographischen Wandel verändernden Anforderungen an den ÖPNV erfordern ein vielfältiges Umdenken bei allen Beteiligten, bei Verkehrsplanern auf Landesebene wie auf kommunaler Ebene, aber auch auf der Seite der Bevölkerung, hier speziell die Generation 60+. Auf der Seite der Verkehrsplaner sollte nach wie vor weiter daran gearbeitet werden, dass die physische Barrierefreiheit, also der stufenlose und leicht zu öffnende Einstieg bei sämtlichen Bussen und Bahnen bzw. die stufenlose Erreichbarkeit sämtlicher Haltestellen noch stärker als bisher flächendeckend verwirklicht wird. Gleichzeitig, also keineswegs nachrangig, sollte daran gearbeitet werden, die Informationssysteme bezüglich Fahrplänen und Tarifen so weiterzuentwickeln, dass auch Menschen ohne große Vorkenntnisse sich schnell darin zurechtfinden. Dies gilt vor allem für Menschen der Generation 60+, bei denen zusätzlich mit zunehmendem Alter kognitive Fähigkeiten und Fertigkeiten natürlicherweise abnehmen. Auch bezüglich einer kundenfreundlicheren Bedienbarkeit von Fahrkartenautomaten gibt es noch Verbesserungspotential. Hier könnten mögliche Lösungen in enger Zusammenarbeit mit Kunden aller Altersgruppen erarbeitet werden. Und nicht zuletzt sollte bei der Verkehrsplanung die Linienführung bzw. die Platzierung der Haltestellen an die Bedürfnisse vor allem der älteren Bevölkerung angepasst werden. Gemeint ist eine räumliche Nähe zu Arztpraxen, Apotheken und Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf. Auch sollte man in der Verkehrsplanung offen dafür sein, über weitere, auch unkonventionelle Ideen nachzudenken und auf ihre Realisierbarkeit hin zu überprüfen. Beispielsweise die Möglichkeit, dass der Fahrgast bei abendlichen und nächtlichen Verbindungen auch außerhalb der Haltestellen aussteigen könnte. Dadurch könnte das Durchgehen von Angsträumen auf dem Fußweg zwischen Ausstiegspunkt und Zielort reduziert werden. Dies würde ein Plus an Sicherheit bedeuten.

Schlussendlich ist eine verstärkte Einbeziehung der älteren Menschen in die ÖPNV-Planung von hoher Wichtigkeit, um die Ursachen einer geringen Nutzung zu kennen und so weit als möglich zu vermeiden. So zeigten v.a. die Untersuchungen von ENGLEN & SCHLAG (2002: 159), dass die Bewertungen von Verkehrsplanern teilweise erhebliche Unterschiede zu den Einschätzungen der älteren Autofahrer aufwiesen. So wurden die Bedeutung der Fahrtkosten sowie die Erleichterung beim Fahrscheinerwerb deutlich unterschätzt, was sich auch bei den Befragungen in Dettenhausen und Starzach als vorrangige Gründe zeigten, wohingegen körperliche Zugangserleichterungen überschätzt wurden. ENGLEN & SCHLAG (2002: 159) stellen sich daher die Frage, inwieweit die Gestaltung des ÖPNV an der Zielgruppe der älteren Bevölkerung vorbeigeht und gut gemeinte Lösungen in manchen Fällen den Betroffenen wenig tatsächliche Hilfe bieten.

Rafael Kistner



Rafael Kistner, geb. in 1990 ist Student und hat im Jahre 2016 sein Bachelorstudium in „Naturraum- und Regionalmanagement" an der Hochschule in Rottenburg erfolgreich abgeschlossen. Nun vertieft er seine Kenntnisse im Bereich Regionalmanagement und Verkehrsplanung ab März 2017 in einem Masterstudium an der Hochschule RheinMain in Wiesbaden.

Heidi Elisabeth Megerle



Prof. Dr. Heidi Elisabeth Megerle: Studium der Geographie (Diplom) an den Universitäten Tübingen und Aix-en-Provence; Promotion zu landschaftsbezogenem Tourismus und Habilitation zur Raumplanung (Universität Tübingen); Berufstätigkeit im internationalen Naturschutz sowie der Umwelt- und Tourismusplanung. Seit 2009 Professur für Angewandte Geographie und Planung an der Hochschule für Forstwirtschaft Rottenburg und Aufbau der Studiengänge Ressourcenmanagement Wasser sowie Naturraum- und Regionalmanagement.

Abbildungen:

1: ÖPNV-Nutzungshäufigkeit der Generation 60+ in Starzach/Dettenhausen in % (Eigene Darstellung)

2: ÖPNV-Lage der untersuchten Gemeinden (Verkehrsverbund Neckar-Alb-Donau – überarbeitet)

3: Dettenhausen - Bewertung der Verbesserungsvorschläge im geschlechtsspezifischen Vergleich (Eigene Darstellung)

4: Bewertung der Verbesserungsvorschläge in Starzach/Dettenhausen (Eigene Darstellung)

Quellenverzeichnis:

BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG (Hg.) (2010): ÖPNV:Planungspraxis und Anforderungen älterer Menschen; Daseinsvorsorge und Dienstleistungsqualität in der Nahverkehrsplanung unter besonderer Berücksichtigung der Belange älterer Menschen, BMVBS-Online-Publikation 05/2010

ENGELN, A; SCHLAG, B. (2002): Anbindung: Mobilitätsanforderungen und Präferenzen In: SCHLAG, B. & MEGEL, K. (Hrsg.): Mobilität und gesellschaftliche Partizipation im Alter, Band 230 Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, S. 147-160

KISTNER, R. (2006): ÖPNV im Alter: Mögliche Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV für die Generation 60+ am Beispiel zweier Gemeinden aus dem Landkreis Tübingen; unv. Abschlussarbeit, Hochschule Rottenburg

REINBERG-SCHÜLLER, H. (2002): Erleichterung und Unterstützung der Mobilität Älterer aus Sicht der öffentlichen Verkehrsunternehmen In: SCHLAG, B. & MEGEL, K. (Hrsg.): Mobilität und gesellschaftliche Partizipation im Alter, Band 230 Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, S. 281-289

SIEDENTOP, S. (2015): Von Movern und Stayern – Wanderungsmuster und –motive im Ländlichen Raum Baden-Württembergs In: Megerle, H. (Hrsg.): Wertschöpfungspotentiale im Ländlichen Raum Baden-Württembergs, S. 63-74

Kreativwirtschaft im Ländlichen Raum: Kommunikationskonzept und Förderansätze

Martin Engstler, Lutz Mörgenthaler
Hochschule der Medien Stuttgart, Institut für Kreativwirtschaft

Die Branchen der Kultur- und Kreativwirtschaft (KKW) sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in urbanen sowie auch ländlichen Räumen in Baden-Württemberg. Sie tragen zur regionalen Identitätsstiftung sowie zur Standortqualität bei und leisten wichtige Beiträge für die Entwicklung anderer Wirtschaftssektoren. Das Projekt „Kreativwirtschaft im Ländlichen Raum: Kommunikationskonzept und Förderansätze" im Auftrag des Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz (MLR) hat zum Ziel, konkrete Maßnahmen auszuarbeiten, die die KKW-Branchen in das Sichtfeld von Politik und Verwaltung rücken. Die Akteure der KKW sollen zudem auf die vorhandenen, speziell auf sie ausgerichteten, Förderprogramme und Beratungsmöglichkeiten aufmerksam gemacht werden, um Vorbehalte abzubauen. Die konkreten Förderbedarfe und Strukturen KKW-Branchen sollen durch ausführliches Informationsmaterial für Förder- und Kreditgeber greifbar und transparent werden. Im nachfolgenden Beitrag sind Zwischenergebnisse einer noch bis 2017 laufenden Studie dargestellt.

Konzept der Kreativwirtschaft (Creative Industries)

Der Begriff der Kultur- und Kreativwirtschaft (KKW, engl. Cultural- and Creative Industries) beschreibt ein alternatives – und international zunehmend populäres – wirtschaftliches Abgrenzungskonzept von Wirtschaftssegmenten. Bereits in der Formulierung „Der wirtschaftlich verbindende Kern ist der schöpferische Akt" (Deutscher Bundestag, 2007:340ff) der Enquete-Kommission zur KKW zeigt sich, dass der verbindende Faktor immaterieller Natur ist. Zu den elf Teilbranchen die unter dem Begriff Kultur- und Kreativwirtschaft zusammengefasst werden, zählen nach Empfehlung der Wirtschaftsministerkonferenz der Musikmarkt, der Buchmarkt, der Kunstmarkt, die Filmwirtschaft, die Rundfunkwirtschaft, der Markt für darstellende Künste, die Designwirtschaft, der Architekturmarkt, der Pressemarkt, der Werbemarkt sowie die Software-/ Gamesindustrie. Die Branchen der Kultur- und Kreativwirtschaft umfassen damit als politisch motiviertes Konzept ein heterogenes und gleichzeitig dynamisches Gefüge von Unternehmen und Akteuren, das durch einen besonders hohen Anteil (97,2%) von Klein- und Kleinstunternehmen geprägt ist (vgl. Deutsche Bank Research, 2011:4). Auch dadurch bedingt ergeben sich starke Netzwerkverbindungen und eine hohe Kooperationsbereitschaft (vgl. Engstler et al., 2012:40ff; BMWi, 2012:13), die Spillover-Effekte innerhalb und außerhalb der KKW-Branchen begünstigen. Zudem zeichnen sich die KKW Branchen durch einen hohen Bildungsgrad der Akteure, einen hohen Anteil prekärer Beschäftigungsverhältnisse und eine hohe Flexibilität hinsichtlich Arbeitszeit und -ort aus. Auch die Entwicklung in Richtung einer verstärkt wissensbasierten Informations- und Dienstleistungswirtschaft wird zum Teil durch die KKW vorangetrieben (vgl. BMWi, 2012:35).

In Baden-Württemberg leistete die KKW im Jahr 2012 einen Wertschöpfungsbeitrag von etwa 9,6 Mrd. Euro (2,4 Prozent).

Im selben Jahr existierten rund 31.000 Unternehmen, die einen Umsatz von 23,6 Mrd. Euro erzielten. Umgesetzt wurden diese durch rund 230.000 Erwerbstätige (vgl. Söndermann, 2014:9). Die Unternehmen der KKW sind flächendeckend in ganz Baden-Württemberg angesiedelt, wobei sich ihre regionale Ansiedlung nicht mit ihrem Wirkungsfeld gleichsetzen lässt. Selbst Kleinstunternehmen der KKW agieren überregional, deutschlandweit oder international (vgl. Engstler et al., 2013:39; Engstler et al., 2015:59).

Kreativwirtschaft im Ländlichen Raum Baden-Württemberg

Mit der Studie „Kreativwirtschaft im Ländlichen Raum: Situationsbeschreibung und Entwicklungsperspektiven" (Engstler & Mörgenthaler, 2014) wurde belegt, dass die Kreativbranchen auch im Ländlichen Raum von Baden-Württemberg die notwendigen Bedingungen für eine erfolgreiche Wirtschaftstätigkeit finden. Aber vor allem die heterogenen Strukturen der Kultur- und Kreativwirtschaft erschweren es Akteuren aus Politik und Verwaltung, sämtliche Teilbranchen der KKW zu überblicken, deren Strukturen und Prozesse zu verstehen und förderpolitische Folgerungen hieraus abzuleiten (vgl. Söndermann et al., 2009:6; Dapp & Ehmer, 2011:7f.).

Die unterschiedlich ausgeprägte Wahrnehmung bleibt ein zentrales Problem im Hinblick auf die Entwicklung der KKW, sowohl in urbanen als auch besonders in den ländlichen Räumen (vgl. Engstler & Mörgenthaler, 2015). Weiterhin sind die vorhandenen Förder- und Beratungsstrukturen oftmals nicht auf die besonderen Arbeitsweisen der KKW ausgerichtet, da zwischen Kreativschaffenden und Verwaltung bzw. Fördergebern ein gemeinsamer Verständnishorizont fehlt. Auch deshalb werden Fördermaßnahmen von Kreativunternehmen im Vergleich zu KKW-fremden Unternehmen weniger häufig genutzt (vgl. KfW Research, 2011:23).

Das Projekt „Kreativwirtschaft im Ländlichen Raum: Kommunikationskonzept und Förderansätze" hat zum Ziel, konkrete Maßnahmen auszuarbeiten, wie die KKW-Branchen sich im ländlichen Raum besser vernetzen und stärker in das Sichtfeld von Politik, regionaler Wirtschaft und Verwaltung rücken können. Die Akteure der KKW sollen zudem auf die vorhandenen, speziellen Förderprogramme und Beratungsmöglichkeiten aufmerksam gemacht werden, um Vorbehalte abzubauen und gleichzeitig soll geklärt werden, welche Förderbedarfe zu welchem Zeitpunkt einer Unternehmung bei den Akteuren vorwiegend bestehen (z.B. finanzielle Mittel, Beratungsleistungen).

Förderpolitik in Deutschland

Die Förderlandschaft in Deutschland ist auf Themen wie die Existenzgründung oder die Forschung und Entwicklung neuer Produkte oder Dienstleitungen gerichtet, was grundsätzlich auch allen Akteuren und Unternehmen der KKW offensteht. Die Ausrichtung der Förderinstrumente deckt jedoch nur zum Teil die spezifischen Bedarfe und Erwartungen der KKW.

Förderung der KKW

Die Bundesinitiative zur Förderung der KKW hat seit ihrer Gründung im Jahr 2007 zum Ziel „die Kultur- und Kreativwirtschaft als eigenständiges Wirtschaftsfeld und als Wachstumsbranche zu etablieren und deren Wettbewerbsfähigkeit zu stärken" (Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung). Zentrale Komponente der Initiative ist das Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft, das mit seinem Regionalbüro in mehreren Städten in Baden-Württemberg regelmäßige und kostenlose Beratungen anbietet. Dadurch wird auf lokaler und regionaler Ebene die KKW bei Unternehmensentwicklung, Professionalisierungsmaßnahmen und Förderanträgen durch Experten begleitet und durch regionale Förderangebote unterstützt. Die projektbezogene und ergebnisoffene Arbeitsweise, die niedrigen Finanzierungsbedarfe und die Professionalisierung bilden dabei neben unbürokratischen Antragsverfahren und professioneller Beratung den Fokus der Bemühungen. Jedoch sind diese Aktivitäten und Angebote nicht flächendeckend institutionalisiert.

Integration in vorhandene Förderprogramme

Das bundesweite Rahmenprogramm allgemeiner und speziel-

ler Angebote ist auch für die Kreativschaffenden im ländlichen Raum nutzbar und bestehende Förderprogramme wie z.B. das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) wurden für die KKW geöffnet. Es findet sich aber keine Differenzierung oder spezifische Förderungen für die KKW im ländlichen Raum. Zudem schränken die besonderen Strukturen und Bedarfe der Branchen die Möglichkeiten der KKW traditionelle Förderprogramme zu nutzen ein, während die Heterogenität der Branchen die Einrichtung von Fördermaßnahmen, die für alle Teilbranchen gleichermaßen geeignet sind, verhindert.

Förderbedarf und -ansätze für die KKW im ländlichen Raum

Nach wie vor leidet die KKW bedingt durch ihre Kleinteiligkeit und eine fehlende Branchenvertretung unter einer zu geringen Sichtbarkeit. Damit einher geht ein Informationsmangel über die Strukturen und Arbeitsweisen der Kreativen auf Seiten der Politik, Verwaltungen und Fördergebern. Die geringere Nachfrage von Förderprogrammen aus den Branchen der KKW im Vergleich zu traditionellen Industrien lässt Defizite bei der Informationsgestaltung seitens der Fördergeber bzw. das Fehlen entsprechender Beratungsangebote zu existierenden Fördermaßnahmen oder Ressentiments gegenüber eben jenen vermuten. Diese eventuell vorhandenen Defizite und Ressentiments müssen definiert werden, um ihnen erfolgreich begegnen zu können.

Methodik

Die Bestandsaufnahme und der Entwurf von Handlungsempfehlungen basiert auf einem mehrstufigen Erhebungskonzept, das folgende Informationsquellen nutzt:

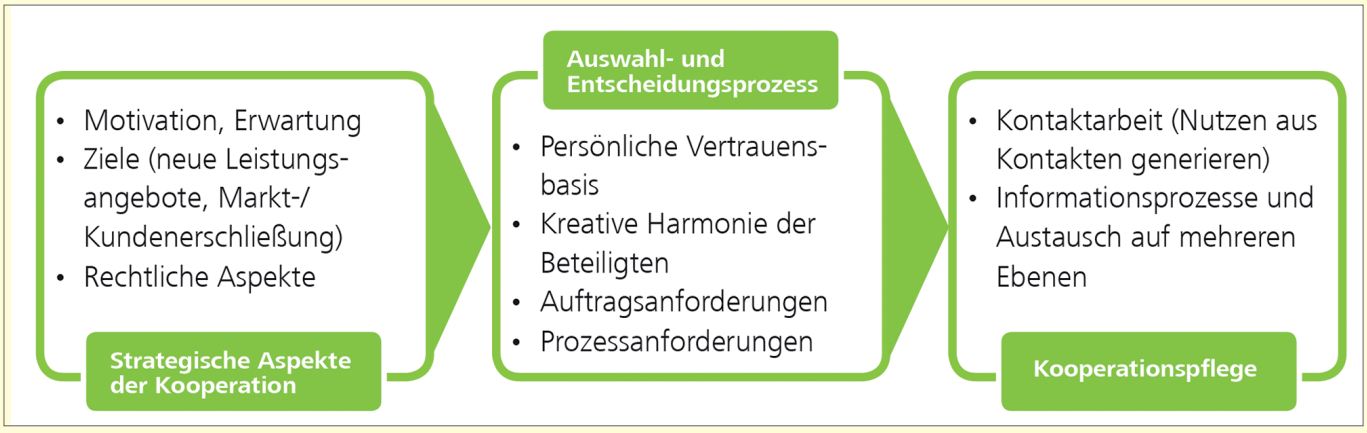
- Sekundärdatenauswertung von Publikationen, Dokumentationen, Datenbanken und speziellen Fördermaßnahmen ab 2014,
- Analyse von Fallstudien (Good Practice) erfolgreicher Förderkonzepte,
- Strukturierte Interviews mit Fördergebern und Netzwerkmanagern,
- Strukturierte Interviews mit geförderten Personen/Unternehmen,
- Onlinefragebogen bei Kreativschaffenden zur Ermittlung von Bedarfen und Nachfrage.

Die Erhebungen und Analysen im Rahmen des Forschungsvorhabens werden in den Jahren 2016-2017 umgesetzt, nachfolgend dargestellte Ergebnisse (Stand: Sommer 2016) stellen somit einen Arbeitsstand in einem noch laufenden Prozess dar.

Erste Ergebnisse zu Handlungsfeldern und -ansätzen

Die Situation und Handlungsfelder der KKW und der Politik, die vorliegende Studien zur KKW insgesamt definiert haben, gelten als gültiger Rahmen auch für die KKW im ländlichen Raum, da die grundlegenden Strukturen weitestgehend übereinstimmen.

Netzwerke und Kooperationen bilden für einen Großteil der KKW Akteure und Unternehmen einen wichtigen Teil ihrer täglichen Arbeit. Die Möglichkeiten, die sich durch die Zusammenarbeit und gemeinsame Projekte ergeben, drängen dabei die



1

potenziellen Gefahren in den Hintergrund. Die bessere Sichtbarkeit durch einen gemeinsamen Auftritt gegenüber Politik, Verwaltung und auch anderen Wirtschaftsbereichen sowohl im regionalen als auch überregionalen Kontext spielt ebenfalls eine wichtige Rolle. Um Netzwerke zu gründen und zu betreuen bedarf es nicht zwingendermaßen einer Institution. Einzelne Akteure gestalten in vielen Fällen die Netzwerkarbeit und sind bereit dies unentgeltlich zu tun.

Auf Basis der bisherigen Datenaufnahmen lassen sich folgende bestätigende bzw. ergänzende Aussagen treffen.

(a) Erweiterter Branchenfokus: Durchbrechen definitorischer Branchengrenzen

Für die Akteure werden die Grenzen der durch die Wirtschaftsministerkonferenz definierten KKW Branchen teilweise als hinderlich angesehen. So definieren einige der Netzwerke ihr eigenes Konzept von „Kreativer Arbeit" und sind bestrebt, die Kontakte und die Zusammenarbeit innerhalb des Netzwerks interdisziplinär und branchenübergreifend zu gestalten. Dadurch haben manche Netzwerke Mitglieder aus der Gastronomie, dem Handwerk oder der Industrie. Da die Branchen der KKW ohnehin sehr heterogen sind, sehen sie in der Öffnung der Netzwerke einen logischen Schritt. Dabei zeigen sich die von Privatpersonen/Akteuren gegründeten Netzwerke bislang als flexibler und offener als die von öffentlicher Hand ins Leben gerufenen Initiativen.

(b) Förderziele für Netzwerke: ergebnisoffen versus klare Zielsetzung

Nach bisherigen Erfahrungen muss auch hier unterschieden werden, ob das Netzwerk von Privatpersonen/Akteuren ins Leben gerufen oder gegründet wurde oder von öffentlichen Stellen wie etwa einer Wirtschaftsförderung. Es zeigt sich, dass sich die bereits vorher angesprochene „ergebnisoffene" Arbeitsweise von Akteuren der KKW und die mit klaren Zielvorgaben geführten Netzwerke öffentlicher Institutionen unterscheiden.

(c) Zielerreichung: Vernetzung, Professionalisierung, Räumlichkeiten, finanzielle Grundförderung

Je nachdem mit welchem Gedanke, Hintergrund und welcher finanziellen Ausstattung ein Netzwerk gegründet wurde, entscheidet sich auch, welche Maßnahmen ergriffen werden und wie intensiv daran gearbeitet wird diese zu erreichen. In einigen Fällen arbeiten die „Netzwerkmanager" ehrenamtlich und sind auch bereit, eigene finanzielle Mittel einzusetzen, um Treffen zu ermöglichen und zu gestalten. Dagegen können Wirtschaftsförderungen Workshops, Seminare und Veranstaltungen zu verschiedensten Themen und sogar Kredite anbieten, da ihre Arbeit gefördert wird oder wurde.

(d) Erfolge durch die Netzwerkarbeit: Kooperationen, Belebung und Professionalisierung.

Erfolge konnten alle bislang interviewten Netzwerke vorweisen. Neue Kooperationen, die Umsätze generieren, Belebung der Kulturwirtschaft einer Stadt durch die Nutzung vorhandener Infrastrukturen und der Beratung von Kultur- und Kreativschaffenden sowie die Professionalisierung durch verschiedene Mittel.

(e) Barrieren bestehender Förderprogramme und Maßnahmen

Die Definition des Innovationsbegriffs etablierter Förderprogramme steht oftmals einer Förderung von Unternehmen oder Projekten der KKW entgegen. Der Begriff bezieht sich im Förderkontext häufig auf technologische Entwicklungen. Um Innovationen zu erfassen werden vorwiegend Ausgaben im Bereich Forschung und Entwicklung oder auch Patentanträge oder -anmeldungen (vgl. Söndermann, 2009:219; BMWi, 2012:7f) herangezogen und damit ein Bezug zu physischen Gütern als Grundlage der Bewertung. Die Innovationsprozesse in der Kultur- und Kreativwirtschaft werden vielfach als „hidden innovations" bezeichnet, da sie häufig durch die Kombination, Umnutzung oder Umstrukturierung vorhandenen Wissens, etablierter Prozesse und bestehender Technologien entstehen (vgl. Harris u.a., 2006:4). Dadurch lassen sich die Innovationsprozesse, die auch oft durch Spillover-Effekte in anderen Branchen entstehen, nicht mit herkömmlichen Instrumenten messen bzw. werden nicht wahrgenommen. Konzepte die durch Akteure der KKW entwickelt wurden, werden nicht selten von anderen Branchen und Industrien aufgegriffen und erschließen dort neue Märkte oder Kundengruppen. Dazu zählen teilweise auch Organisationsinnovationen (vgl. OECD/Eurostat, 2005:47ff; Harris u.a., 2006:5; BMWi, 2012:119), also unter anderem auch Veränderungen von Arbeitsplatzsituationen, wie sie etwa in

Coworking Spaces zu finden sind. Die Entstehung dieser innovativen Arbeitsform wurde maßgeblich von Akteuren der KKW beeinflusst und führt nun zu interdisziplinärem Wissenstransfer und Kollaboration.

Ein Markteintritt ist vor allem im Bereich digitaler Produkte nicht durch hohe Investitionen geprägt (vgl. Engstler et al., 2015:49). So kommt eine Gründung ohne hohe Investitionen in Produktionsanlagen oder Gebäude aus. Jedoch bilden materielle Gegenwerte für die Bewilligung klassischer Bankkredite und Darlehen grundlegende Bewertungskriterien, da sie einen Ausfall zumindest teilweise absichern. Für kreative Unternehmen bildet dagegen das „Humankapital", das Wissen und die Fähigkeiten der Personen, die Grundlage für Erfolg oder Misserfolg (vgl. BMWi, 2012:146). Somit scheitern Finanzierungsanfragen an fehlenden Sicherheiten, den geringen Investitionsvolumen und der fehlenden Expertise bei Banken, die z.B. für die Abwicklung von Kreditvergaben durch die KfW verantwortlich sind.

Obwohl viele der Akteure der KKW fachlich sehr gut ausgebildet sind, besteht häufiger ein Mangel hinsichtlich grundlegender betriebswirtschaftlicher Ausbildungsinhalte (vgl. BMWi 2009). Da sich die Geschäftstätigkeit in der KKW strukturbedingt auf einige wenige, oftmals sogar eine Einzelperson konzentriert, kann daher auch dieser Mangel dazu führen, dass vielversprechende Konzepte und Ideen abgelehnt werden. Des Weiteren ist die oft ergebnisoffene oder projektbezogene Arbeitsweise von Akteuren der KKW nicht mit den Kreditrichtlinien oder Vorgaben von Förderprogrammen vereinbar. Dabei stehen sowohl die förderfähigen Ausgaben wie auch die bereits festgelegten Projektergebnisse am Ende einer Förderung im Weg.

Fazit

Viele der identifizierten Hürden sind der kleinteiligen Struktur geschuldet da Unternehmen mit wenigen Mitarbeitern oder Soloselbständige den zeitlichen und bürokratischen Aufwand nicht leisten können. Dass Aufwände dabei auch überschätzt werden, liegt einerseits an einer Voreingenommenheit gegenüber Behörden, Banken und Verwaltungen und zum anderen an mangelnder Kommunikation oder Beratungsleistungen seitens der Fördergeber. Gerade im Bereich finanzieller Fördermöglichkeiten ist es für Kleinstunternehmen oder Soloselbständige kaum möglich, sich ohne Unterstützung einen Überblick über die geeigneten Maßnahmen zu verschaffen. Auch mit der Aufnahme der KKW als eigenständige Branche in der Förderdatenbank des Bundes und der Öffnung etablierter Programme ist eine gezielte Suche und Bewertung ohne die notwendige Erfahrung und Zeit schwierig. Durch die geringere Dichte Kreativschaffender und die allgemein schlechtere Sichtbarkeit als in Agglomerationsräumen ist zudem zu vermuten, dass sich die Hürden im ländlichen Raum auch durch das Fehlen von Experten für Bewertung und Beratung noch verstärken.

Die KKW Branchen sind im ländlichen Raum nicht nur als Wirtschaftsfaktor zu betrachten, der die elf definierten Teilbranchen umfasst. Durch die engen Verknüpfungen und die interdisziplinäre Kooperationsbereitschaft haben einzelne Branchen einen starken Einfluss auf die Attraktivität und Bekanntheit ganzer Regionen und damit eine ökonomische Streuwirkung.

Martin Engstler



Prof. Dr. Martin Engstler: Studium der Betriebswirtschaftslehre (technisch orientiert) und Promotion zum Dr. rer. pol. an der Universität Stuttgart, Projekt- und Forschungsgruppenleiter am Institut für Arbeitswissenschaft und Technologiemanagement (IAT) der Universität Stuttgart sowie am Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO) in Stuttgart; seit 2010 Professor und Studiendekan im Studiengang „Wirtschaftsinformatik und digitale Medien" an der Hochschule der Medien (HdM) in Stuttgart; Leiter des „Institut für Kreativwirtschaft" an der HdM.

Lutz Mörgenthaler



Studium Mediapublishing (B.A.) an der Hochschule der Medien (HdM) in Stuttgart; seit 2013 akademischer Mitarbeiter am Institut für Kreativwirtschaft (IKW), Forschung mit den Schwerpunkten Strukturwandel und wirtschaftspolitische Förderung der Kreativwirtschaft im ländlichen Raum, Netzwerkkonzepte zur Förderung von Innovationen in der Verlagsbranche und die Förderung und Entwicklung der Kreativwirtschaft im Donauraum.

Quellenverzeichnis:

BMWi (2009): Gründer-Zeiten – Informationen zur Existenzgründung und –sicherung. Internet: http://www.freie-berufe.de/fileadmin/bfb/6_Existenzgruendung/1_Informationen%20fu %CC%88r%20Existenzgru%CC%88nder/Gruenderzeiten%20Kuenstler.pdf, Abruf 21.06.2016

BMWi (2012): Die Kultur- und Kreativwirtschaft in der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfungskette - Wirkungsketten, Innovationskraft, Potenziale – Endbericht. Internet: https://www.kultur-kreativ-wirtschaft.de/Dateien/KuK/PDF/die-kultur-und-kreativwirtschaft-in-der-gesamtwirtschaftlichen-wertschoepfungskette-wirkungsketten-innovationskraft-potentiale-endbericht,property=pdf,bereich=kuk,sprache=de,rwb=true.pdf, Abruf 24.07.2014

BMWi (Hrsg., 2014): Monitoring zu ausgewählten wirtschaftlichen Eckdaten der Kultur- und Kreativwirtschaft in Deutschland 2010. Internet: http://www.kultur-kreativ-wirtschaft.de/KuK/Redaktion/PDF/monitoring-wirtschaftliche-eckdaten-kuk-2014,property=pdf,bereich=kuk,sprache=de,rwb=true.pdf, Abruf am 14.09.2016

BMWi (Hrsg. 2016): Monitoringbericht 2016: Ausgewählte wirtschaftliche Eckdaten der Kultur und Kreativwirtschaft. Internet: http://www.kultur-kreativ-wirtschaft.de/KuK/Redaktion/PDF/monitoring-wirtschaftliche-eckdaten-kuk-2015,property=pdf,bereich=kuk,sprache=de,rwb=true.pdf, Abruf am 19.12.2016

DAPP, Thomas Frank; EHMER, Philipp (2011): Kultur und Kreativwirtschaft – Wachstumspotenzial in Teilbereichen, Aktuelle Themen 508. Frankfurt am Main: Deutsche Bank Research

DEUTSCHER BUNDESTAG (Hrsg., 2007): Schlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland", Bundestagsdrucksache 16/7000. Im Internet: http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/070/1607000.pdf, Abruf am 03.03.2014

ENGSTLER, Martin; LÄMMERHIRT, Johannes; NOHR, Holger (2012): Trendbarometer Kreativwirtschaft Baden-Württemberg 2012. Ergebnisse einer Befragung von Kreativschaffenden. Stuttgart: Kohlhammer

ENGSTLER, Martin; MÖRGENTHALER, Lutz; NOHR, Holger (2015): Trendbarometer Kreativwirtschaft Baden-Württemberg 2015 - Reale und virtuelle Orte der Kooperation von Kreativschaffenden in Baden-Württemberg. München, GRIN Verlag

ENGSTLER, Martin; NOHR, Holger; SUDITSCH, Isabel (2014): Trendbarometer Kreativwirtschaft Baden-Württemberg 2014. Ergebnisse einer Befragung von Kreativschaffenden. Stuttgart: Kohlhammer

HARRIS, Michael; HALKETT, Richard; COX, Juliet; BRAHAM, Richard; POIRSON, Brune (2008): Hidden Innovation - How innovation happens in six 'low innovation' sectors. Research Report, London: NESTA. http://www.nesta.org.uk/sites/default/files/hidden_innovation.pdf, Abruf: 22.09.2016

INITIATIVE KULTUR- UND KREATIVWIRTSCHAFT DER BUNDESREGIERUNG (2016): Die Initiative.
Internet: http://www.kultur-kreativ-wirtschaft.de, Abruf am 15.04.2016

MINISTERIUM FÜR FINANZEN UND WIRTSCHAFT BADEN-WÜRTTEMBERG (Hrsg., 2015): Regionaler Clusteratlas Baden-Württemberg 2015. Überblick über clusterbezogene Netzwerke und Initiativen, Stuttgart: Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg

OECD/EUROSTAT (2005): Oslo Manual: Guidelines for Collecting and Interpreting Innovation Data, 3rd Edition, OECD Publishing, Paris. DOI: http://dx.doi.org/10.1787/9789264013100-en,

SÖNDERMANN, Michael (2014): Datenreport 2014 zur Kultur- und Kreativwirtschaft Baden-Württemberg – Zusammenfassung der Eckdaten, Strukturen und Trends. Landtag von Baden-Württemberg 15. Wahlperiode Drucksache 15 / 6151

SÖNDERMANN, Michael; BACKES, Christoph; ARNDT, Olaf; BRÜNINK, Daniel (2009): Kultur- und Kreativwirtschaft: Ermittlung der gemeinsamen charakteristischen Definitionselemente der heterogenen Teilbereiche der Kulturwirtschaft zur Bestimmung ihrer Perspektiven aus volkswirtschaftlicher Sicht. Forschungsgutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. Berlin: BMWi (Forschungsbericht Nr. 577)

Abbildungen:

1: Erfolgsfaktoren von Kooperationen in der KKW in BW (Engstler et al. 2012-2014)

Leitbildprozess Baiersbronn

Tina Eberhardt Aprinum Kommunikation
Bürgermeister Michael Ruf Gemeinde Baiersbronn

Mit einem innovativen und integrativen Verfahren stieß die Gemeinde Baiersbronn 2014 einen Leitbildprozess für ihr Unterdorf an. Drei interdisziplinär besetzte Experten-Teams entwickelten in einer öffentlichen Ideen-Konkurrenz Vorschläge für die städtebaulichen Herausforderungen der Tourismusgemeinde im Schwarzwald. Ein Verfahren mit hohen Anforderungen an die Beteiligten – und einem vielseitigen Ergebnis-Pool als Resultat. Die Planungen wurden während der Tagung von Beteiligten der Gemeinde sowie den beteiligten Moderatoren in einem Ortsrundgang vorgestellt.

Ein Dorf ohne klare Mitte

Viele Herausforderungen mussten in Baiersbronn unter ein Dach gebracht werden. Die Schwarzwaldkommune ist die größte Tourismusgemeinde Baden-Württembergs und benötigt ein attraktives Erscheinungsbild. Die Bürger wünschen sich ein gutes Nahversorgungsangebot. Ein attraktives Ortsbild soll entstehen, um der Landflucht zu begegnen. Doch die Siedlungsgeschichte des Ortes macht diese Aufgabe nicht leicht.

Das Unterdorf hat keinen traditionellen Ortskern sondern ist erst im Laufe der letzten 120 Jahre gewachsen. Basis war die Lage an der Eisenbahn ins Rheintal. Das Ortszentrum ist durch eine Bundesstraße belastet, die Mitte des Ortes bedarf neuer Impulse, hier stehen eine Reihe von Gebäuden leer. Eine Vielzahl an baulichen Einzelmaßnahmen haben nicht zu einem ablesbaren, architektonischen Ganzen geführt.

Zahlreiche Einzelplanungen liegen vor: u. a. detaillierte Straßenplanungen für Umgehungsstraßen, Lärmimmissionspläne, ältere Entwicklungspläne, ein Sanierungsgutachten und ein Hochwasserschutzkonzept wird demnächst erarbeitet.

Diese Pläne sollten zu einem Ganzen zusammengeführt werden und die Basis für konkrete Entscheidungen bilden.

2014 beschloss der Gemeinderat, ein Wettbewerbsverfahren für ein Leitbild für das Unterdorf durchzuführen. Das Ziel: Klärung von langfristigen gestalterischen und konzeptionellen Perspektiven sowie darauf aufbauend konkrete Maßnahmen-Vorschläge für eine Neugestaltung ausgewählter Bereiche. Die Anforderungen: Einzelentscheidungen sollen mit Hilfe eines Leitbilds zu einem Gesamtkonzept gebündelt werden. Insbesondere die traditionelle lokale Baukultur stand dabei im Fokus. Den Anstoß dazu hatte die Diskussion im Rahmen des Forschungsvorhabens „Baukultur konkret“ des Bundesumweltministeriums (BMUB) gegeben, in dem Baiersbronn 2014 eine Pilotgemeinde war.

Keine Aufgabe für Standardverfahren

Angesichts der Komplexität der Aufgabenstellung war eine integrierte Herangehensweise erforderlich, bei der Städtebau, Architektur, Verkehrsplanung und Freiraumplanung gleichermaßen einflossen. Die Vielseitigkeit und Komplexität der Aufgabe ließ übliche Wettbewerbsverfahren zudem rasch ausscheiden.

Daher entschlossen sich die Verantwortlichen, in Baiersbronn ein „diskursives Verfahren“ mit drei ausgewählten Teams durchzuführen. Bei diesem handelte es sich nicht um ein konkurrierendes Verfahren, sondern um einen offenen, diskursiven Prozess, bei dem die Zwischenergebnisse öffentlich vorgestellt und mit Bürgern sowie einem Begleitgremium diskutiert wurden. Die nicht-öffentlichen Diskussionen mit den Teams gaben der Gemeinde die Möglichkeit, zu steuern, Gewichtungen vorzunehmen oder Aspekte der Aufgabenstellung zu präzisieren.

Den Kern bildete die sogenannte „Ideenkonkurrenz“. Drei inter-

disziplinäre Teams aus Experten entwickelten Ideen, aus denen schließlich die besten Vorschläge ausgewählt und zu einem Gesamtkonzept zusammengefügt wurden.

Das Begleitgremium als Sachwalter und Berater

Für ein zielorientiertes und ausgewogenes Ergebnis gründete Baiersbronn zum Auftakt des Prozesses ein Begleitgremium aus Fach- und Sachgutachtern. Sechs externe Fachleute aus den Bereichen Architektur, Städtebau, Landschaftsarchitektur und Verkehrsplanung in Baden-Württemberg und Vorarlberg bildeten die Fachgruppe. Zu den Sachgutachtern gehörten wichtige Akteure aus Baiersbronn, darunter der Bürgermeister, der Leiter des Bauamts, der Leiter der Gemeindegärtnerei, der Tourismusdirektor, Vertreter des Bezirksbeirats und der Gemeinderatsfraktionen, Bauentwickler sowie sachkundige und interessierte Bürger.

Das Begleitgremium zeichnete verantwortlich für die Auswahl der Experten-Teams. Für diese wurden verschiedene Büros angeschrieben, sich als Teams mit Kompetenzen in den Bereichen Stadtplanung, Architektur, Landschaftsarchitektur und Verkehrsplanung zu bewerben. Aus 13 Bewerbungen wurden am Ende drei Teams ausgewählt, die in die Ideenkonkurrenz gingen.

Arbeitsphasen und Themenfelder für die nötige Struktur

Drei Arbeitsphasen gliederten den Leitbildprozess in übersichtliche Abschnitte. Am Ende jeder Arbeitsphase stand eine öffentliche Präsentation, bei der gemeinsam mit den Bürgern die Zwischenergebnisse diskutiert wurden. Danach folgte die Diskussion im Begleitgremium, wo abschließend Schwerpunkte oder Richtungen der weiteren Bearbeitung festgelegt wurden.

Um ein bedarfsgerechtes Ergebnis zu erhalten, wurden im Vorfeld des Prozesses insgesamt sieben spezifische Themenfelder definiert, zu denen im Rahmen der weiteren Bearbeitung Aussagen getroffen werden sollten. Die Themenfelder und Aufgaben gliederten sich folgendermaßen:

Themenfelder

- Das Unterdorf als Ankunftsort und Verteiler
  Gesucht: Ein einladendes und orientierungsstiftendes Erscheinungsbild für die „Visitenkarte“ des Ortes.
- Öffentliche Räume
  Gesucht: Mehr Qualität und bessere Verbindungen zwischen den einzelnen Bereichen im Unterdorf. Betont werden sollte die Vielseitigkeit der Räume mit Aussichtspunkten, Bächen

1



und Verweilplätzen.

- Leerstände und ortsbildprägende Gebäude
  Gesucht: Vorschläge für Zukunftssicherung und künftige Nutzungsmöglichkeiten.
- Wasserläufe
  Gesucht: Ideen, um vorhandene Wasserläufe zugänglich und erlebbar zu machen. Dabei sollte auch dem Hochwasserschutz Rechnung getragen werden.
- Grünräume
  Gesucht: Möglichkeiten, um Wiesen und Landschaft stärker in das Ortsbild zu integrieren und gleichzeitig zu schützen.
- Flächenmanagement
  Gesucht: Vorschläge zur nachhaltigen Nutzung von Flächen und Baulücken.
- Verkehr
  Gesucht: Eine Antwort auf die Frage, wie mit dem Verkehr umgegangen werden soll und welcher der bereits vorhandenen Ansätze diesem Ziel am besten gerecht wird.

Von der Vision zum Vorentwurf

Drei Arbeitsphasen waren angesetzt, um am Ende den Vorentwurf eines Leitbildes zu erhalten. Den Auftakt machte die Entwicklung von Visionen für das Unterdorf (August/September 2015). Aufgabe der Teams war es, ganzheitliche Visionen für das Unterdorf zu erarbeiten und skizzenhaft darzustellen. Auf einer gemeinsamen Ortsbegehung wurde der Ort vorgestellt, Vertreter aus Baiersbronn beantworteten Fragen, die sich aus den zuvor bereitgestellten Unterlagen ergeben hatten.

Neben konkreten Ideen waren ausdrücklich innovative und visionäre Lösungen willkommen, die das Querdenken im Prozess fördern sollten. Jedes Team stellte zwei Visionen zur Wahl: Ein unkompliziert realisierbares Konzept, das rechtliche, finanzielle und sonstige Rahmenbedingungen berücksichtigt. Und eine zweite, in der die Planer ihren Ideen freien Lauf lassen und eine Ideallösung vorstellen konnten, die ökonomische und rechtliche Zwänge außer Acht ließ. Gemein sollte den Visionen der Teams nur eines sein: Sie sollten eine Vorstellung davon vermitteln, welche Identität sowie welchen Charakter das Unterdorf bekommen soll, und welches Ortsbild sich daraus ergibt. Gemeinsam mit dem Begleitgremium wurde nach der öffentlichen Präsentation diskutiert, welche Ideen und Aspekte der Konzepte fortgeführt werden sollten.

In einer zweiten Arbeitsphase (Oktober/November 2015) folgte die erste Ausarbeitung eines Leitbildkonzepts. Jedes Team vertiefte darin die festgelegten Schwerpunktthemen. Darin wurden Aussagen zu den aktuell anstehenden Bauvorhaben vorgestellt, beispielsweise zur Bundesstraße, zum Hochwasserschutz oder zum Umgang mit Leerständen. Auch erste konkrete Gestaltungsvorschläge für die Vertiefungsbereiche gehörten dazu. In den Diskussionen mit Bürgern und Begleitgremium wurden anschließend Anregungen und Bedenken aufgenommen und die Schwerpunkte der letzten Arbeitsphase festgelegt.

Die dritte und letzte Arbeitsphase (November/Dezember 2015)



2


3

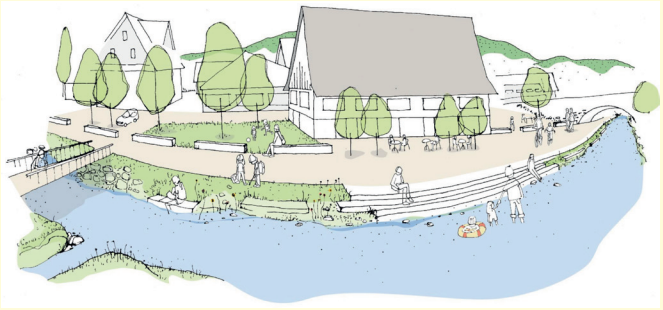
hatte den Vorentwurf der Leitbildumsetzung zum Ziel. Unter Berücksichtigung der Beiträge aus der Bürgerschaft und dem Begleitgremium wurden die Konzepte ausgearbeitet und verfeinert. Außerdem wurden die ausgewählten Vertiefungsbereiche detaillierter entworfen, um den Übergang in eine mögliche Umsetzung vorzubereiten.

Vielseitige Ergebnisse

Am Ende des Leitbildprozesses standen drei Vorschläge, die sich in ihren Ansätzen und Schwerpunkten auf vielfältige Art unterschieden und ein breites Ideenspektrum für die Entwicklung des Unterdorfes skizzierten.

Unter dem Motto „Selbstverständlich Baiersbronn“ skizzierte das erste Team ein Konzept, bei dem die Gegebenheiten und Traditionen des Ortes den Rahmen für die Entwicklung geben.

4



5



Jede Maßnahme soll sich dabei selbstverständlich in das Gesamtbild einreihen. Sichergestellt wird dies durch ein dreigliedriges Konstrukt aus Leitbild mit Regeln, einem klaren Plan und einem Drehbuch für die Umsetzung der Maßnahmen.

Baiersbronns Status als „Sternedorf Deutschlands“ (drei lokale Restaurants vereinen insgesamt acht Michelin-Sterne), diente als Grundlage für die Idee des zweiten Teams. Sie skizzierten die Maßnahmen des Leitbilds anhand eines „Sternenbilds Baiersbronn“. Dieses vernetzt – gleich den astronomischen Vorbildern in verschiedener und stets anderer Weise – markante und identitätsprägende Punkte des Unterdorfs. Beispielsweise in einer Vernetzung von Aussichtspunkten oder Wassererlebnisbereichen.

Das dritte Team wählte das Leitmotiv „Baiersbronn blüht auf“, bei dem Topographie und landschaftliche Merkmale eine zentrale Rolle spielen. Diese natürlichen Gegebenheiten und Rahmenbedingungen bilden die Basis für die Ausarbeitung und Umsetzung weiterer Maßnahmen. Sie sollen genutzt und gestärkt werden, um daraus eine identitätsbasierte und nachhaltige Ortsentwicklung zu ermöglichen.

Transparenz durch Kommunikation

Während des Leitbildprozesses stellte eine umfassende Kommunikation Transparenz und Information sicher. Wöchentliche Bürgerstammtische mit Vertretern des Begleitgremiums boten den Baiersbronnern die Gelegenheit, sich über Details des Prozesses - auch zwischen den Präsentationen - zu informieren, Fragen zu stellen oder Meinungen zu äußern. Jene wurden während der Bearbeitung an die Büros weitergegeben. Ein eigens geschreinertes und maßstabgetreues Holzmodell des Ortes diente als praktisches Anschauungsobjekt für Pläne und Skizzen. Dieses war während des gesamten Prozesses im Foyer des Gemeindesaals öffentlich zugänglich.

Über eine enge Zusammenarbeit mit den Tageszeitungen wurde eine regelmäßige und umfängliche Berichterstattung gesichert. Diese wurde durch das Amtsblatt der Gemeinde Baiersbronn ergänzt.

In den sozialen Medien wurden bereits vorhandene Kanäle in den Prozess integriert. Auf ihnen erhielten Interessenten regel-

mäßig Updates zum Prozess – und die Möglichkeit, direkt mit den Verantwortlichen in Dialog zu treten.

Das Herzstück der Kommunikation bildete eine eigene Website mit Blog (www.baiersbronn-unserdorf.de). In diesem wurde zum einen detailliert über alle Abschnitte des Leitbildprozesses berichtet. Um das Bewusstsein für und die Identifikation mit dem Unterdorf zu fördern, wurden außerdem Themenbeiträge veröffentlicht, in denen Bürger verschiedener Altersklassen und Interessenslagen zu Wort kamen. Eine eigene Rubrik ging auf häufig gestellte Fragen ein. Außerdem waren sämtliche Informationsmaterialien – von der Aufgabenbeschreibung bis zur Pressemitteilung – für jedermann frei zugänglich und downloadbar. Um ältere Bürger ohne Internetzugang ebenfalls einzubinden, wurden alle Beiträge des Blogs regelmäßig ausgedruckt und in Form eines „analogen Blogs" im Gemeindesaal chronologisch ausgehängt. Website und Blog dienen heute als digitales Album zum Rückblick auf den Prozess.

Ergebnis: Komplizierte Entscheidungen durch Dialog und integrierte Planung möglich

Die Ergebnisse wurden in einer 66-seitigen Broschüre dokumentiert: sowohl die Gesamtkonzepte als auch vor allem Entwurfsideen für einzelne, als entscheidend herausgearbeitete Schwerpunkte.

Der Prozess hat neue Ideen für den Umgang mit der Landschaft, insbesondere mit den Grünzügen und den Wasserläufen hervorgebracht, er enthält ein klares Plädoyer gegen Umgehungsstraßen und schlägt statt dessen Alternativen vor (Seilbahn) sowie einen verkehrsberuhigten Ausbau der Bundesstraße im Ort und einen Kreisverkehr im Bereich der Kreuzung der Straße mit der Bahn. Er lenkt den Blick auf Leerstände, empfiehlt eine äußerst zurückhaltende Bebauung zentraler Grünzüge, und verknüpft dörfliche Freiräume mit dem Landschaftsraum. Alle Büros empfehlen den behutsamen Umgang mit der örtlichen Baukultur.

Das Leitbild versteht sich als Vorarbeit für einen Rahmenplan. Es wurde einstimmig vom Baiersbronner Gemeinderat beschlossen. Eine Reihe von Planungen wurden inzwischen auf den Weg gebracht, die Aufbruchstimmung hat gehalten. Eine Überführung des Leitbildes in einen Rahmenplan steht noch aus.

Studierende des KIT, die an der Tagung teilgenommen hatten, befragten im Anschluss an die Tagung insgesamt 48 Passanten und zeigten ihnen die Visualisierungen der Büros. Es zeigte sich, dass die Passanten von den Entwurfsideen ganz überwiegend



6

7



sehr angetan waren, dass aber viele den Prozess nicht kannten. Das kann man als Hinweis dafür nehmen, dass die Ergebnisse durchaus konsensfähig sind, aber dass selbst aufwendig gestaltete Beteiligungsprozesse nur einen Teil der Bevölkerung erreichen.

Team 1: bercholdkrass space & options/ STUDIO URBANE STRATEGIEN/ bau kultur landschaft, Florian Rauch/ diewald Bauingenieure/ RMP Stephan Lenzen
Team 2: Labor für urbane Orte und Prozesse, Stefan Werrer/ bauchplan/ AMUNT Nagel Theissen/ Verkehrsplanung Link
Team 3: Schaudt Architekten, Helmut Hagmüller, Planstatt Senner/ Breinlinger Ingenieure

Abbildungen:
1: Blick über das Unterdorf und den neugestalteten Grünzug mit Bacherweiterungen, sowie die Bundesstrasse, Visualisierung Team 3
2: Grundregeln für die Planung in Baiersbronn Unterdorf, Idee, Team 1
3: Vorschlag für Neugestaltung der Bundesstrasse mit Mittelstreifen als Querungshilfe, Visualisierung Team 2
4: Aufwertung des Bachufers im Ort durch Sitzstufen und befestigte Wege, Visualisierung Team 1
5: Vorschläge für die Übertragung der Merkmale der Baiersbronner Architektur auf zeitgenössisches Bauen (Team 2)
6: Neuer Bahnhofsplatz mit Mobilitätsstation, Seilbahnstation und Pflegewohnen, Visualisierung Team 3
7: Wöchentliche Bürgerstammtische am Holzmodell: intensiver Dialog interessierter Bürger mit den Verantwortlichen vor Ort
Alle Abbildungen aus: Gemeinde Baiersbronn: UNSERDORF BAIERSBRONN – Ein Leitbild für das Unterdorf, April 2016, Redaktion: Kerstin Gothe, Philipp Dechow

Tina Eberhardt



Tina Eberhardt ist Kommunikationsberaterin mit Schwerpunkt Standortkommunikation.
Ihre Agentur Aprinum Kommunikation betreute die mediale Öffentlichkeitsarbeit des Leitbildprozesses „Baiersbronn Unser Dorf".

Bürgermeister Michael Ruf



Bürgermeister Michael Ruf ist seit 2011 Bürgermeister der Gemeinde Baiersbronn.

Akademie Ländlicher Raum Baden-Württemberg

Die Akademie Ländlicher Raum Baden-Württemberg ist eine Einrichtung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz. Sie trägt mit ihrer Tätigkeit als Informationszentrum und dialogorientiertes Forum zur Stärkung des Ländlichen Raums bei. Im Vordergrund steht die umfassende Information von entsprechenden Zielgruppen und die Aufnahme ihrer Anregungen als Handlungshinweise für die Politik der Landesregierung. Schwerpunkte bilden die Bereiche Kommunalentwicklung, Landschaft, Landwirtschaft sowie Kultur und Neue Medien. Die Veranstaltungen werden dezentral im ganzen Land durchgeführt, dort wo die Themen von besonderer Bedeutung sind. Dadurch wird eine intensive Kooperation mit den Kommunen und mit regionalen Trägern der Erwachsenenbildung gepflegt.

Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg

Das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz ist zuständig für alle Fragen, die den Ländlichen Raum Baden-Württembergs betreffen. Knapp 70% der Landesfläche gehören zum Ländlichen Raum, in dem rund 35% der Bevölkerung wohnen. Der Ländliche Raum Baden-Württembergs zeichnet sich durch Lebensqualität und Wirtschaftskraft aus. Doch die demografische Entwicklung und die Verantwortung für einen sparsamen und schonenden Umgang mit den vorhandenen Ressourcen stellen die Politik vor große Herausforderungen. Neue Entwicklungen und Veränderungen im Ländlichen Raum müssen frühzeitig erkannt und bewertet werden, um nachteiligen Folgen eines Strukturwandels entgegenwirken zu können. Dabei geben Forschungs- und Modellvorhaben wichtige Impulse.

Karlsruher Institut für Technologie, Fachgebiet Regionalplanung und Bauen im Ländlichen Raum

Das Fachgebiet „Regionalplanung und Bauen im Ländlichen Raum“ am Institut für Entwerfen von Stadt und Landschaft hat seinen Forschungsschwerpunkt in der anwendungsbezogenen, praxisnahen Stadt-, Dorf- und Raumforschung. Innovative Konzepte und Instrumente werden entwickelt und erprobt und dokumentiert - etwa in der Begleitforschung zum Programm MELAP PLUS. In der Lehre konzentriert sich das Fachgebiet auf den Maßstab vom Quartier bis zur Region. Bearbeitet werden Aufgaben aus dem Planungsalltag von Kommunen und Regionen: Stadtumbau, Stadt- und Dorferneuerung und Entwicklungsplanung - im engen Dialog mit Planungspraktikern, Politikern und Bürgern.

Gemeinde Baiersbronn

Die Gemeinde Baiersbronn liegt im nördlichen Schwarzwald und hat rund 15.000 Einwohner. Flächenmäßig ist sie eine der größten Gemeinden Baden-Württembergs, ein beliebter Fremdenverkehrsort und bekannt für seine Spitzengastronomie.

Die Baukulturinitiative Baiersbronn wurde beim Staatspreis Baukultur Baden-Württemberg mit einer Nominierung gewürdigt. Die Initiative ist ein langjähriger interdisziplinärer Prozess, der Baukultur als integrierten Ansatz für die Ortsentwicklung und das Tourismusmarketing versteht. Mit Bürgerbeteiligung, Öffentlichkeitsarbeit und beispielgebenden Einzelprojekten wird das Ziel verfolgt, die lokale Identität zu fördern.